Protokoll

28. Bundesparteitag
19.–20. Mai 1980 · Berlin

CDU
sicher
sozial
und frei

Herausgeber: Christlich Demokratische Union Deutschlands,
Bundesgeschäftsstelle, Bonn, Konrad-Adenauer-Haus

Verlag: Union Betriebs GmbH, 53 Bonn, Argelander Straße

28. Bundesparteitag
der
Christlichen Demokratischen
Union Deutschlands

Niederschrift

Berlin, 19.–20. Mai 1980

Inhalt

		Seite
1.	Eröffnung	7
2.	Wahl des Tagungspräsidiums	9
3.	Beschlußfassung über die Tagesordnung	17
4.	Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission	18
5.	Wahl der Stimmzählkommission	18
6.	Grußworte	19/39/79/231
7.	Bericht des Parteivorsitzenden	24
8.	Bericht des Generalsekretärs	42
9.	Aussprache	52
10.	Bericht der Mandatsprüfungskommission	39
11.	Vorstellung des Wahlprogramms der Union für die Bundestagswahl 1980	42
12.	Aussprache und Verabschiedung des Wahlprogramms	52
13.	Antrag der Jungen Union - Jugend und Union -	139
14.	Anträge zur Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung	132
15.	Sonstige Anträge	136
16.	Neuwahl des Bundesparteigerichts für die Zeit vom 7. November 1980 bis 6. November 1984	138
17.	Rede des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU	159
18.	Schlußansprache des Parteivorsitzenden	189
Anhang I:	Beschlußprotokoll	193
Anhang II:	Wahlprogramm der CDU/CSU	199

Erster Verhandlungstag
Montag, 19. Mai 1980

1. Plenarsitzung
Beginn: 1o.oo Uhr

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Exzellenzen! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Hiermit eröffne ich den 28. Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union Deutschlands und darf Sie alle sehr herzlich in Berlin begrüßen.

(Beifall)

Unser erster Gruß zu Beginn dieses Parteitages geht an unsere Mitbürger in Ost- und West-Berlin, ebenso an alle unsere Mitbürger in der DDR, in Mittel- und Ostdeutschland.

(Lebhafter Beifall)

Sie sollen wissen, daß wir, die CDU Deutschlands, den geschichtlichen Auftrag, für die Einheit unserer Nation einzutreten, nie vergessen werden.

(Beifall)

Sie sollen wissen, daß wir, die wir das Glück haben, auf der Sonnenseite deutscher Geschichte, in der Bundesrepublik Deutschland zu leben, zu keinem Zeitpunkt vergessen werden, was wir unseren Mitbürgern im Blick auf die Einheit unseres Vaterlandes schuldig sind.

(Beifall)

Deswegen ist es selbstverständlich, daß wir erneut einen Bundesparteitag nach Berlin einberufen haben. Für uns ist es ein Stück Selbstverständnis unserer Partei, immer wieder in Berlin zu sein. Wenn jedes Jahr unser Bundesparteiausschuß hier tagt, wenn zweimal jährlich die CDU/CSU-Fraktion des Deutschen Bundestages im Reichstag tagt, wenn wir viele Fachkongresse und Tagungen hier in Berlin durchführen, dann geschieht das nicht als Demonstration, sondern das ist für uns ein Stück gelebte Wirklichkeit der Deutschen, die wir wahrnehmen wollen - gerade hier in Berlin, für unser ganzes Vaterland.

(Beifall)

Wir haben es in diesen zehn Jahren der Diskussion über Abrüstung und Entspannung immer wieder gesagt: Berlin ist der Prüfstein für wirkliche Entspannungspolitik. Berlin ist aber auch ein Prüfstein für jede demokratische Partei in Deutschland, also auch für uns, die Christlich Demokratische Union.
Hier müssen wir uns der Herausforderung der Geschichte stellen. Hier werden wir am Reichstag mit der Mauer konfrontiert. Hier haben wir heute früh - ich bin sicher, vielen ging es so wie mir - beim ökumenischen Gottesdienst in der Kaiser-Wilhlem-Gedächtniskirche verspürt, wie jenes geistige Berlin uns im Geistigen und Geistlichen gerade am Vorabend eines wichtigen Parteitages sehr viel zu sagen hat.

Wir wollen uns dem Auftrag der deutschen Geschichte stellen, für die Einheit unsers Vaterlandes einzutreten. Wir wollen unseren Beitrag leisten, daß die Deutschen den langen Atem von der Geschichte besitzen, um diese schwierige Zeit gemeinsam zu bestehen.

(Beifall)

Vor Eintritt in die Tagesordnung wollen wir unserer Tradition gemäß unserer heimgegangener Freunde gedenken.

(Die Anwesenden erheben sich)

Ich kann für die vielen, die von uns gegangen sind, nur einige wenige nennen. Seit unserem letzten Bundesparteitag waren es viele Freunde aus der älteren Generation, aus der Gründergeneration der Union, Baumeisterinnen und Baumeister unserer Republik, die uns verlassen haben.

Ich nenne Hugo Scharnberg, gestorben am 3o. April 1979. Er war Landesvorsitzender des CDU-Landesverbandes Hamburg, von 1949 bis 1961 Mitglied des Deutschen Bundestages, ein unerschrockener und aufrechter Kämpfer für die Ideale der Sozialen Marktwirtschaft.

Ich nenne Felix von Eckardt, gestorben am 11. Mai 1979. Er war von 1952 bis 1962 Sprecher der Bundesregierung, Weggenosse Konrad Adenauers. Von 1965 bis 1972 war er Mitglied unserer Bundestagsfraktion. Er war ein Zeuge und Mitgestalter der Aufbaujahre der Bundesrepublik Deutschland.

Ich nenne Franz Josef Röder, gestorben am 26. Juli 1979. Er war über 2o Jahre hindurch Ministerpräsident des Saarlandes. 15 Jahre war er Vorsitzender des CDU-Landesverbandes Saar. Er gehörte viele Jahre hindurch dem Bundesvorstand der CDU Deutschlands an. Franz Josef Röder hat in über zwei Jahrzehnten die Geschichte und die Geschicke seiner Heimat, des Saarlandes, geprägt. Er war ein überzeugter deutscher Patriot und ein großer Europäer.

Ich nenne Josef Müller, gestorben am 12. September 1979, Gründer der CSU, von 1945 bis 1949 Vorsitzender der CSU, von 1947 bis 1952 bayerischer Justizminister und von 1946 bis 1962 Mitglied des Bayerischen Landtages. Josef Müller war ein großer Patriot, ein aufrechter Mann und ein guter Christ. Als es Nacht wurde über Deutschland, hat er mit seinen Freunden alles gewagt. Er hat das Dritte Reich überstanden, und er hat dann seinen Beitrag für den Wiederaufbau unseres Vaterlandes geleistet. Wir, die CDU Deutschlands, werden nie vergessen, daß er , der Mann der ersten Stunde, stets das Gemeinsame der Union zwischen CDU und CSU betont hat.

Ich nenne Professor Gustav Stein, gestorben am 21. Oktober 1979, Mitglied des Deutschen Bundestages von 1961 bis 1972. Gustav Stein war ein führender Repräsentant der deutschen Industrie. Er war ein Mann von weltläufiger Kultur, den schönen Dingen offen und zugetan, in keiner Sache in seinem Leben eng und begrenzt. Er hat unserer Idee viel gegeben.

Ich nenne Rudolf Mendel aus Berlin, gestorben am 13. Dezember 1979. Er war 29 Jahre lang Mitglied des Abgeordnetenhauses von Berlin. Er hat unserer Partei und der Stadt Berlin viel gegeben.

Ich nenne Dr. Wilhelm Fay, gestorben am 7. Februar 1980. Er war Landesvorsitzender des CDU-Landesverbandes in Hessen von 1952 bis 1967. Er war von 1966 bis 1972 Bürgermeister der Stadt Frankfurt. Er hat in einer entscheidenden Phase den Wiederaufbau seiner Heimat und insbesondere auch den Landesverband Hessen der CDU geprägt.

Ich nenne Hans Dichgans, gestorben am 21. März 1980. Er war von 1961 bis 1972 Mitglied des Deutschen Bundestages und des Europäischen Parlaments. Wir alle haben noch seine Beiträge

zur wirtschaftlichen und kulturellen Entwicklung unseres Landes in Erinnerung.

Ich nenne Wilhelm Johnen, gestorben am 28. März 1980. Er war von 1951 bis 1959 Landesvorsitzender der CDU des Rheinlandes. Er war von 1950 bis 1959 Vorsitzender der CDU-Landtagsfraktion in Nordrhein-Westfalen. Er war ein Mann, der unserer Partei von der "Stunde Null" an seinen Beitrag für den Aufbau der Union in Nordrhein-Westfalen und seinen guten Dienst für die Bürger des Landes Nordrhein-Westfalen zur Verfügung stellte.

Ich nenne Dr. Wilhelm Claussen, gestorben am 4. April 1980. Er war von 1957 bis 1965 Staatssekretär im Bundesarbeitsministerium. Er kam aus der christlichen Gewerkschaftsbewegung. Er war ein engagierter Sozialpolitiker. Er hat mit seiner Person die Brücke der christlich-sozialen Bewegung der Weimarer Zeit in unsere Tage geschlagen.

Ich nenne Heinrich Köppler, gestorben am 20. April 1980. Er war seit 1946 Mitglied der CDU, seit 1969 Vorsitzender der CDU des Rheinlandes und seit 1970 Vorsitzender des Präsidiums der CDU in Nordrhein-Westfalen. Er war seit 1973 stellvertretender Vorsitzender der CDU Deutschlands. Heinrich Köppler war uns ein Vorbild für eine Politik aus christlicher Verpflichtung. Sein Name stand und steht für Grundsatztreue, Toleranz, Menschlichkeit und Zuverlässigkeit. Heinrich Köppler hat sich im Dienste unserer Idee, im Dienste unserer Sache verzehrt.

Ich darf Sie bitten, unseren heimgegangenen Freunden ein stilles Gebet zu widmen. - Ich danke Ihnen.

Ich rufe nunmehr Punkt 2 der Tagesordnung auf:

Wahl des Tagungspräsidiums

Darf ich davon ausgehen, daß Sie alle die schriftliche Vorlage zum Tagesordnungspunkt 2 erhalten haben? - Die Vorlage beginnt mit dem Vorschlag, als Tagungspräsident Peter Lorenz zu wählen. Ich gehe davon aus, daß Sie alle diese Vorlage haben. Werden weitere Vorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Vorschlag des Bundesvorstands für die Wahl des Tagungspräsidiums seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Enthaltungen? - Dann ist das einstimmig so beschlossen. Ich darf die Damen und Herren des Tagungspräsidiums bitten, die Geschäfte zu übernehmen.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Das Präsidium dankt für das Vertrauen des Parteitages und verspricht, die Verhandlungen des Bundesparteitages ordnungsgemäß, fair und zügig zu leiten. Wir bitten um Ihrer aller Mithilfe.

Liebe Freunde, der Parteitag ist in der alten deutschen Reichshauptstadt Berlin zusammengetreten. Hier wurde 1945 der Name unserer Partei "Christlich Demokratische Union Deutschlands" geboren. Es ist der dritte Bundesparteitag der CDU, der hier stattfindet. Der erste Bundesparteitag wurde hier 1952 abgehalten, als die Grenze zum anderen Teil Deutschlands noch eine Demarkationslinie und offen war.

Wir alle hofften damals, die Wiederherstellung der deutschen Einheit schneller zu erreichen.

Der zweite Parteitag in dieser Stadt fand im Jahre 1968 statt, in einem unruhigen Jahr, in dem die inneren Feinde unserer freiheitlich-demokratischen Grundordnung für längere Zeit das Bild auf den Straßen bestimmten. Um so mehr waren wir entschlossen, die Demokratie zu bewahren und fortzuentwickeln. Dieser Parteitag hat der Union das Berliner Programm, das wegweisend für unsere politische Arbeit in den 70er Jahren wurde, gegeben.

Der Parteitag heute und morgen findet in einer Zeit außenpolitischer Gefahren statt. Erneut muß die Bundesrepublik Deutschland ihre Stabilität und ihre Bündnistreue beweisen und östliche Bedrohungen abwehren. Bei der Bewältigung dieser Probleme hat die Union eine besondere Verantwortung. Wir nehmen diese Verantwortung auch im Namen der Deutschen wahr, die jenseits der Mauer leben und die uns und unserer Arbeit, wie ich selbst am Samstag in bewegender Weise erleben konnte, Vertrauen und Hoffnung entgegenbringen.

(Beifall)

Wir, liebe Freunde, wollen alles tun, um das Vertrauen unseres Volkes in Ost und West zu rechtfertigen.

Wir haben zu Beginn unseres Parteitages die Freude, liebe Freunde, zahlreiche Gäste bei uns willkommen heißen zu können. Ich begrüße sie alle recht herzlich und bitte gleichzeitig alle jene um Nachsicht, die möglicherweise durch das Parteitagsprotokoll noch nicht erfaßt worden sind und die jetzt vielleicht in der Begrüßung vergessen werden.

Zunächst begrüße ich auf diesem Parteitag sehr herzlich die Vertreter der drei alliierten Schutzmächte dieser Stadt Berlin.

(Beifall)

Insbesondere begrüße ich als Vertreter des amerikanischen Stadtkommandanten den Gesandten David Anderson und als Vertreter des britischen Stadtkommandanten den Gesandten Francis Robert McGinnis in unserer Mitte.

(Beifall)

Ich freue mich, unter uns den Regierenden Bürgermeister von Berlin, Herrn Dietrich Stobbe, herzlich begrüßen zu können.

(Beifall)

Er wird nachher ein Wort der Begrüßung an uns richten.

Mit besonderer Herzlichkeit danke ich dem Bischof der Evangelischen Kirche in Berlin-Brandenburg, Dr. Martin Kruse, und Herrn Domprobst Professor Dr. Haendly für die Worte, die sie heute morgen in dem ökumenischen Gottesdienst gesprochen haben.

(Beifall)

Ich bedanke mich auch bei den beiden Lektoren, Norbert Blüm und Horst Waffenschmidt.

(Beifall)

Der Parteitag heißt willkommen den Bevollmächtigten des Rates der Evangelischen Kirche Deutschlands, Herrn Prälaten Heinz-

Georg Binder, und den Leiter des Kommissariats der deutschen Bischöfe, Herrn Prälaten Paul Bocklet.

(Beifall)

Eine besondere Freude ist es mir, auf diesem Parteitag den Vorsitzenden des Direktoriums des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Werner Nachmann, willkommen zu heißen

(Beifall)

und mit ihm den Generalsekretär des Zentralrats der Juden in Deutschland, Herrn Alexander Ginsburg, und den Vorsitzenden der Jüdischen Gemeinde zu Berlin, Herrn Heinz Galinski, begrüßen zu können.

(Beifall)

Hier in Berlin möchte ich mit besonderem Nachdruck die Leiter einiger Bundesbehörden begrüßen. Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich den Präsidenten der Bundesanstalt für Arbeit in unserer Mitte, unseren Freund Dr. Josef Stingl.

(Beifall)

Für die in Berlin ansässigen Bundesbehörden begrüße ich den Präsidenten des Bundesgesundheitsamtes, Herrn Professor Dr. Georges Fülgraff, den Präsidenten des Bundeskartellamtes, Herrn Professor Wolfgang Kartte, den Präsidenten des Bundesversicherungsamtes, Herrn Dr. Alfred Christmann, den Präsidenten des Bundesaufsichtsamtes für das Versicherungswesen, Herrn Dr. Walter Rieger, den Präsidenten der Bundesversicherungsanstalt für Angestellte,Herrn Klaus Hoffmann,und den Kurator der Deutschen Stiftung für internationale Entwicklung, Herrn Dr. Gerhard Fritz.

(Beifall)

Für den Deutschen Gewerkschaftsbund begrüße ich seinen stellvertretenden Vorsitzenden, Herrn Gerd Muhr, und das Mitglied des geschäftsführenden Bundesvorstands, Herrn Martin Heiss.

(Beifall)

Ich begrüße den stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Angestellten-Gewerkschaft, Herrn Walter Quartier.

(Beifall)

Für den Deutschen Beamtenbund begrüße ich seinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden, den Bundestagsabgeordneten Ulrich Berger.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Deutschen Bundeswehrverbandes, Herrn Heinz Volland.

(Beifall)

Ein herzliches Willkommen richte ich an den Vorsitzenden des christlichen Gewerkschaftsbundes, den Bundestagsabgeordneten Günter Volmer.

(Beifall)

Ich freue mich, daß neben den Repräsentanten der gewerkschaftlichen Dachorganisationen auch eine große Zahl der Mitglieds-

verbände durch ihre Vorsitzenden, stellvertretenden Vorsitzenden und geschäftsführenden Vorstandsmitglieder hier vertreten sind. Ich heiße sie alle recht herzlich willkommen.

(Beifall)

Ein herzliches Großwort richte ich an den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Katholischen Arbeitnehmerbewegung Deutschlands, an unseren Freund Alfons Müller, und an den Vorsitzenden der Evangelischen Aktionsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen, Herrn Horst Leichtenberger.

(Beifall)

Für die kommunalen Spitzenverbände begrüße ich mit besonderer Herzlichkeit den Präsidenten des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, unseren Freund Dr. Horst Waffenschmidt.

(Beifall)

Zahlreiche Berufs- und Wirtschaftsverbände haben ihre Vertreter zu unserem Berliner Parteitag entsandt. An erster Stelle möchte ich unseren Freund, den Präsidenten des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks, Herrn Paul Schnitker, Mitglied des Europaparlaments, begrüßen.

(Beifall)

Für die Hauptgemeinschaft des Deutschen Einzelhandels begrüße ich den Vorsitzenden des Gesamtverbandes des Einzelhandels Berlin, Herrn Andreas Howaldt.

(Beifall)

Willkommen heiße ich den Präsidenten des Zentralverbandes der Deutschen Haus-, Wohnungs- und Grundeigentümer, Herrn Dr. Theodor Paul.

(Beifall)

Ich begrüße den Vorsitzenden des Verbandes Freier Wohnungsunternehmen, Herrn Werner Kock.

(Beifall)

Ich freue mich, in unserer Mitte den Direktor des Deutschen Mieterbundes, Herrn Helmut Schlich, begrüßen zu können.

(Beifall)

Für das deutsche Genossenschaftswesen begrüße ich den Vorstandsvorsitzenden der Deutschen Genossenschaftsbank, Herrn Dr. Felix Viehoff, und den Präsidenten des Bundesverbandes der Deutschen Volks- und Raiffeisenbanken, Herrn Bernhard Schramm.

(Beifall)

Ich freue mich sehr herzlich über die Anwesenheit des Präsidenten des Deutschen Lehrerverbandes, Herrn Clemens Christians.

(Beifall)

Mit ihm begrüße ich die anwesenden Vorsitzenden der dem Deutschen Lehrerverband angeschlossenen Verbände.

Mit gleicher Herzlichkeit begrüße ich den Vorsitzenden des Deutschen Richterbundes, Herrn Dr. Leo Witte, und den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Rechtspfleger, Herrn Karl Weiss.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten der Union der Leitenden Angestellten, Herrn Dr. Friedrich Ische.

(Beifall)

Mit besonderer Herzlichkeit begrüße ich den Vorsitzenden des Bundesverbandes der Kriegs- und Zivilbeschädigten, Herrn Oswald Engel, sowie den Vorsitzenden des Bundes Deutscher Kriegsopfer, Körperbehinderter und Sozialrentner, Herrn Dr. Paul Giebe.

(Beifall)

Ich begrüße den Präsidenten des Bundes der Vertriebenen, unseren Freund Dr. Herbert Czaja.

(Beifall)

Mit gleicher Herzlichkeit begrüße ich den Präsidenten des Bundes der Mitteldeutschen, Herrn Manfred Schmidt.

(Beifall)

Herzlich willkommen heiße ich den Vorsitzenden des Deutschen Journalisten-Verbandes, Herrn Dr. Manfred Buchwald.

(Beifall)

Unser Willkommensgruß gilt allen Vertretern von Rundfunk, Presse und Fernsehen, die gekommen sind, um von diesem Parteitag zu berichten oder ihre Anstalten hier zu vertreten. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Jetzt, meine Damen und Herren, liebe Freunde, habe ich die besondere Freude, mit großer Herzlichkeit und Verbundenheit den Ehrenvorsitzenden der CDU Deutschlands, Herrn Altbundeskanzler Kurt Georg Kiesinger, zu begrüßen.

(Lebhafter Beifall)

Ihnen, lieber Herr Dr. Kiesinger, und allen Anwesenden, die im Namen der Union in schwieriger Zeit Verantwortung für unser Land getragen haben, sage ich an dieser Stelle ein herzliches Wort des Dankes im Namen des Parteitages.

(Erneuter Beifall)

Erlauben Sie mir, liebe Freunde, an dieser Stelle einen besonderen Gruß an jemanden im Saal zu senden, dessen Charme und Liebenswürdigkeit für viele von uns eines der - zugegebenermaßen seltenen - angenehmen Ereignisse der Politik ist. Ganz herzlich grüße ich Frau Hannelore Kohl.

(Beifall)

Liebe Frau Kohl, der Blumenstrauß, den ich Ihnen schicke, ist nur ein bescheidener Dank für die vielen Opfer, die Sie dem Beruf Ihres Mannes und damit unserer Partei gebracht haben.

(Erneuter Beifall)

Liebe Freunde, ganz besonders herzlich begrüßen wir die anwesenden Vertreter der CSU, an ihrer Spitze Dr. Friedrich Zimmermann und unseren Freund Werner Dollinger.

(Beifall)

Dieser Parteitag wird morgen das Auditorium für ihren Vorsitzenden, für unseren Kanzlerkandidaten, für Franz Josef Strauß sein.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, mit großer Freude begrüße ich in unserer Mitte die Herren Botschafter, ihre Vertreter und die Mitglieder des diplomatischen und konsularischen Corps in der Bundesrepublik Deutschland und in Berlin. Wir freuen uns darüber, daß sie in so großer Zahl aufmerksame Gäste unseres Parteitages sind. Herzlich willkommen!

(Beifall)

Wir haben die große Freude, bei unserem Bundesparteitag 70 Delegierte befreundeter Parteien aus dem Ausland bei uns zu wissen.

(Beifall)

Die internationale Zusammenarbeit der CDU mit gleichgesinnten Parteien in anderen Ländern ist in den vergangenen Jahren immer wichtiger geworden. Gerade im Europawahlkampf, den wir mit unseren Freunden von der EVP siegreich bestanden haben, haben wir gespürt, was eine gemeinsame Kraftanstrengung mit europäischen Freunden, die für die gleichen Ziele und Werte eintreten, bewirken kann.

Wir begrüßen unsere ausländischen Freunde mit Dankbarkeit. Sie sind heute in noch größerer Zahl als bei früheren Parteitagen zu uns gekommen. Das spiegelt auch den gewachsenen Umfang unserer Auslandsarbeit wider. Aber es ist besonders bedeutungsvoll, weil sie den Weg nach Berlin gefunden haben. Wir wissen ihre Anwesenheit als eine Unterstützing für unsere Stadt, die alte und die zukünftige Hauptstadt Deutschlands, zu schätzen.

(Beifall)

Dieser Beweis für freundschaftliche Verbundenheit und Interesse an unserer Arbeit fällt in das Wahljahr 1980. Wir danken unseren ausländischen Freunden für den sichtbaren Beweis ihrer Unterstützung dessen, was wir uns bei diesem Bundesparteitag und bis zum 5. Oktober 1980 vorgenommen haben.

Lassen Sie mich mit unserer italienischen Schwesterpartei, der Democrazia Cristiana, beginnen. Wir haben die große Ehre und Freude, den neuen Parteichef der DC, den Politischen Sekretär Flaminio Piccoli, bei uns zu haben. Herzlich willkommen, lieber Freund Piccoli!

(Lebhafter Beifall)

Der italienischen Delegation gehört ferner Herr Ministerpräsident a.D. Mariano Rumor an,

(Beifall)

der zugleich in seiner Eigenschaft als Präsident der Christlich-Demokratischen Weltunion in Berlin ist.

(Erneuter Beifall)

Er gehört zu den treuen Besuchern unserer Parteitage, und wir begrüßen ihn herzlich.

Ich begrüße ferner den Präsidenten der christlich-demokratischen Fraktion im italienischen Abgeordnetenhaus, Herrn Gerardo Bianco.

(Beifall)

Ich begrüße Herrn Minister Vito Lattanzio, den neugewählten Leiter des Auslandsbüros der DC.

(Beifall)

Ich danke für ein freundliches Schreiben unseres Freundes Fanfani, der ursprünglich die Absicht hatte, teilzunehmen, jetzt aber leider absagen mußte.

In der italienischen Delegation begrüße ich ferner unseren alten Freund Angelo Ber Nassola, der gleichzeitig stellvertretender Generalsekretär der Weltunion ist.

(Beifall)

In der italienischen Delegation begrüße ich ferner die Herren Paolo Piccoli, Carlo Cantini und aus dem italienischen Norden Herrn Ingenieur Walter Rosa, Vorstandsmitglied der Trentiner Tiroler Volkspartei, und Herrn Klaus Dubis, Vorstandsmitglied der Südtiroler Volkspartei.

(Beifall)

Liebe Freunde, es erfüllt uns mit Freude und Stolz, daß gerade unsere italienischen Partner mit einer solch machtvollen Delegation zu uns gekommen sind. Die D.C. und die CDU/CSU sind die größten christlich-demokratischen Parteien Europas und der Welt. Sie sind eng befreundet. Wenn sie zusammenstehen, können sie Großes für die christlich-demokratische Sache und damit für Freiheit und Demokratie in der Welt bewirken. Für uns hat daher der Besuch dieser bedeutenden Delegation hohen Wert. Wir danken Ihnen von Herzen für Ihr Kommen!

(Beifall)

Die Vertreter der drei Regierungsparteien Frankreichs werden erst im Laufe des heutigen Tages eintreffen. Wir werden sie dann später begrüßen. Ich begrüße aber eine Delegation der Spanischen Zentrumsunion mit Herrn Parlamentspräsidenten Fernando Alvarez de Miranda und dem Cortes-Abgeordneten Perfecto Yebra an der Spitze.

(Beifall)

Aus Portugal begrüßen wir den Abgeordneten Lucas Pires, den stellvertretenden Vorsitzenden unserer jetzt regierenden Partnerpartei, des CDS, und Herrn Staatssekretär Ribeiro e Castro.

(Beifall)

Aus Malta von der Nationalist Party sind deren Vorsitzender Dr. Edward Fenech-Adami und der außenpolitische Sprecher Dr. Vincent Tabone zu uns gekommen.

(Beifall)

Von der Österreichischen Volkspartei begrüßen wir Herrn Nationalrat Roland Minkowitsch.

(Beifall)

Von der niederländischen Delegation ist bereits Herr Minister a. D. Dr. Roelof Kruisinga eingetroffen.

(Beifall)

Von der Konservativen Partei Großbritanniens begrüßen wir unter uns eine Delegation unter Leitung des Abgeordneten Anthony Kershaw. Ihr gehören ferner unser alter lieber Freund Tom Normanton, Abgeordneter aus Westminster und Straßburg, der Leiter der Politischen Abteilung, Alan Howarth, und der internationale Beauftragte Scott Hamilton sowie Herr Harvey Thomas an. Herzlich willkommen in Berlin!

(Beifall)

Von unserer finnischen Partnerpartei, der Kansallinen Kokoomus, begrüßen wir Herrn Reichstagsabgeordneten Pekka Jokinen.

(Beifall)

Aus Schweden ist als Vertreter der regierenden Moderata Samlingspartiet Herr Staatssekretär Carl Bildt, Reichtstagsabgeordneter, zu uns gekommen.

(Beifall)

Als Vertreter unserer Partnerpartei in Norwegen, der Høyre, begrüßen wir den Abgeordneten des Storting, Herrn Tore Austad.

(Beifall)

Liebe Freunde, neben diesen Parteien, mit denen wir seit vielen Jahren bilateral, in der Europäischen Volkspartei, in der Europäischen Union Christlicher Demokraten, in der Europäischen Demokratischen Union zusammenarbeiten, haben wir heute die große Freude, eine Reihe von gleichgesinnten Parteien zum erstenmal unter uns vertreten zu sehen, mit denen wir erst in den letzten Jahren enge Zusammenarbeitsbeziehungen begründet haben. Sie kommen aus Nordamerika und aus dem Mittelmeerraum.

Die demokratische Partei Tunesiens, die Parti Socialiste Destourien, ist heute durch Herrn Minister Kooli, den Direktor der Partei, vertreten

(Beifall)

Sehr geehrter Herr Minister, wir freuen uns, daß Sie so bald nach Ihrer Ernennung durch Präsident Bourgiba zu Ihrem hohen Amte den Weg zur CDU gefunden haben. Wir hoffen auf eine gute Entwicklung der Beziehungen zwischen den beiden Parteien. Wir verfolgen die Ereignisse in Ihrem Lande mit hoher Aufmerksamkeit. Wir möchten gern unseren Beitrag dazu leisten, daß Ihr Land noch enger an Europa, mit dem es viel verbindet, heranrükken kann.

(Beifall)

In seiner Eigenschaft als Mitglied des Zentralkomitees der Destourpartei ist der neue tunesische Botschafter in Bonn, Exzellenz Belkhodja, unter uns.

(Beifall)

Mit der marokkanischen Mehrheitspartei, dem Rassemblement des Indépendents, haben wir kürzlich bei einem hochrangigen, von

Ministerpräsident Ahmed Osman geleiteten Besuch in Bonn gute Arbeitsbeziehungen begründet. Wir begrüßen als Vertreter der Unabhängigkeitspartei besonders herzlich den Abgeordneten Belhadj in unserer Mitte.

(Beifall)

Mit der türkischen Gerechtigkeitspartei, der Partei Ministerpräsident Demirels, verbinden uns bereits enge Freundschaftsbeziehungen. Wir freuen uns, eine Delegation unter uns zu haben, der der stellvertretende Parteivorsitzende, Minister a.D. Ali Naili Erdem, der Generalsekretär Nahit Mentese und unser alter Freund Minister a.D. Bahri Dagdas und andere angehören. Auch Staatspräsident a.D. Celal Bayar, der vor wenigen Tagen seinen 98jährigen Geburtstag begangen hat, hatte seine Teilnahme zugesagt. Aus Gesundheitsgründen hat er doch von der Reise absehen müssen. Wir senden ihm unsere besten Wünsche.

(Beifall)

Zum ersten Male in der Geschichte der CDU sind die großen nordamerikanischen Parteien bei einem Bundesparteitag vertreten. In einer Zeit, in der es notwendiger denn je ist, die transatlantischen Bindungen zu festigen, freuen wir uns, durch ihre Teilnahme unter Beweis stellen zu können, daß die CDU mehr als jede andere deutsche Partei die Partei der Freundschaft mit Nordamerika ist.

(Lebhafter Beifall)

Unter uns weilt eine Delegation aus den USA, der für die Republikanische Partei Frau Noelle Gross und für die Demokraten Herr Anthony Bianca angehören. Der amerikanischen Delegation gehört ferner Professor George Agree, der Präsident der American Political Foundation, an, einer Einrichtung, über die die beiden amerikanischen Parteien in Zukunft ihre internationale Arbeit leiten wollen.

(Beifall)

Schließlich begrüße ich mit großer Herzlichkeit eine Delegation der Progressiv-Konservativen Partei Kanadas unter Leitung von Herrn Minister a. D. Allan Lawrence.

(Beifall)

Ihr gehören ferner die Abgeordneten Jack Ellis, Walter McLean und Lorne McCuish an. Generalsekretär Dr. Geißler hat vor zwei Jahren bei einem Besuch in Ottawa Beziehungen zwischen den Kanadiern und uns angeregt. Sie haben sich seither ausgezeichnet entwickelt. Wir freuen uns über eine so zahlreiche und gewichtige kanadische Beteiligung.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich rufe nun nach den Begrüßungen Punkt 3 der Tagesordnung auf:
Beschlußfassung über die Tagesordnung
Sie haben die Tagesordnung alle rechtzeitig übersandt bekommen, sie liegt Ihnen also vor. Wir haben allerdings bei der Vorbesprechung festgestellt, daß wir bei der Abwicklung, so wie sie ursprünglich vorgesehen war, in zeitliche Schwierigkeiten kommen werden. Wir sind deshalb der Meinung, daß wir bei der Abwicklung etwas anders gestalten müssen, damit genügend Zeit für die Dis-

kussion bleibt. Der Bundesvorstand hat daher auf seiner gestrigen Sitzung beschlossen, Ihnen zu empfehlen, die Aussprache zu Tagesordnungspunkt 9 mit der Aussprache zu Tagesordnungspunkt 12 zu verbinden und gemeinsam heute nachmittag nach dem Bericht des Generalsekretärs stattfinden zu lassen. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? - Ich höre keinen Widerspruch; damit ist beschlossen, so zu verfahren.

Ich lasse dann über die Tagesordnung abstimmen. Wer ihr zustimmt, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Danke schön. Das ist, soweit ich sehe, die große Mehrheit. Die Tagesordnung ist damit beschlossen.

Liebe Freunde, um genügend Zeit zur Diskussion heute nachmittag zu haben, haben wir beschlossen, daß unser Berliner Abend heute nicht um 2o, sondern erst um 21 Uhr beginnt. Ich bitte also vorzumerken: Berliner Abend heute um 21 Uhr am Kurfürstendamm.

Zunächst noch einige geschäftsleitende Beschlüsse.

Nach § 1o Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU wählt der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes für jeden Bundesparteitag eine Mandatsprüfungskommission. Für den 28. Bundesparteitag hat der Bundesausschuß bei seiner Sitzung am 1o. Dez. 1979 in Berlin folgende Mitglieder für die Mandatsprüfungskommission gewählt: als Vorsitzender Norbert Kaczmarek, CDU-Landesverband Berlin, als Beisitzer Harm Dallmeyer, Generalsekretär der CDU Schleswig-Holstein, Hartmut Perschau, Landesgeschäftsführer der CDU Hamburg, Karl Schumacher, CDU-Bundesgeschäftsstelle. Die Mandatsprüfungskommission wird ihren Bericht bei der 2. Plenarsitzung am heutigen Nachmittag abgeben.

Die genannten Mitglieder der Mandatsprüfungskommission werden gebeten, sich um 11 Uhr, also jetzt, im Büro der Organisationsleitung auf der Bühnenebene zu ihrer Sitzung einzufinden.

Weiter schlagen wir Ihnen, liebe Freunde, vor, daß wir folgende Fristen für die Einreichung von Initiativanträgen, die von 3o Delegierten unterschrieben sein müssen, jetzt festlegen:
1. für Anträge zum Wahlprogramm der CDU/CSU Montag, den 19. Mai 198o, 13 Uhr; 2. für Anträge zu Tagesordnungspunkt 14 - Anträge zur Änderung des Statuts, der Beitrags- und Finanzordnung und der Parteigerichtsordnung -, für Anträge zu Tagesordnungspunkt 15 - sonstige Anträge - und für Anträge zu Tagesordnungspunkt 13 - Jugend und Union - Montag, den 19. Mai 198o, 17 Uhr. Sind Sie mit diesem Vorschlag einverstanden? - Ich sehe keinen Widerspruch. Damit sind die Fristen so beschlossen.

Ich rufe den Tagesordnungspunkt 4 auf:
Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
Eine Aufstellung der vom Bundesvorstand nach § 1o Abs. 3 der Geschäftsordnung bestellten Antragskommission liegt Ihnen vor. Der Bundesparteitag kann diese Antragskommission um weitere Mitglieder ergänzen. Werden solche Ergänzungsvorschläge gemacht? - Das ist nicht der Fall. Dann bitte ich diejenigen, die die Antragskommission in der vorgeschlagenen Zusammensetzung bestätigen wollen, um das Kartenzeichen. - Das ist die Mehrheit. Damit ist die Kommission bestellt.

Ich rufe Tagesordnungspunkt 5 auf:
Wahl der Stimmzählkommission:
Der Vorschlag des Bundesvorstandes für die nach § 1o Abs. 2 der

Geschäftsordnung zu wählende Stimmzählkommission liegt Ihnen vor. Wenn Sie mit diesem Vorschlag einverstanden sind, bitte ich um das Erheben der Stimmkarten. - Das ist die Mehrheit. Damit ist die Stimmzählkommission bestellt.

Damit sind wir mit den geschäftsleitenden Angelegenheiten fertig.

Zu einem Grußwort erteile ich nunmehr das Wort für das gastgebende Land Berlin dem Regierenden Bürgermeister Dietrich Stobbe.

Dietrich Stobbe, Regierender Bürgermeister von Berlin (mit Beifall begrüßt):

Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen! Meine Herren! Ich heiße Sie alle in Berlin namens des Senats von Berlin sehr herzlich willkommen. Wir freuen uns, daß Sie Ihren Bundesparteitag bei uns abhalten.

Ihr Generalsekretär hat in der Vorausschau auf diese Tagung seiner Hoffnung Ausdruck gegeben, daß es in Berlin für die CDU einen Parteitag der Ermutigung geben werde. Lassen Sie mich dazu sagen: Wir Berliner begrüßen es, wenn Gäste in unserer Stadt Mut schöpfen. Wir nehmen das als ein gutes Zeichen für Berlin selbst und seine Aufgaben, die es für alle Deutschen erfüllt.

(Beifall)

Ihre Beratungen und Ihre Beschlüsse werden, auch wenn die Berliner selber nur bedingt an der Entscheidung des 5. Oktober mitwirken können, in unserer Stadt mit großer Aufmerksamkeit verfolgt; denn wir Berliner bleiben für politische Entwicklungen und Entscheidungen in besonderer Weise sensibilisiert. Keine andere Stadt in unserem Land ist so unmittelbar mit dem Gang der internationalen Ereignisse verbunden. In keiner anderen Stadt wird mit so vitalem Interesse beobachtet, welchen Beitrag unser Land für den Frieden leisten kann und muß.

Ihr Bundesparteitag findet in einer Zeit statt, in der die Doppelkrise im Mittleren Osten und die Diskussionen über ungeklärte Rüstungsfragen zwischen Ost und West die Welt in Atem halten. Er findet statt an einem Ort, an dem deutlich wird, daß sich trotz dieser krisenhaften Entwicklungen das in den letzten zehn Jahren geknüpfte Netz von Verträgen, Vereinbarungen und Kontakten als haltbar und ausbaufähig erwiesen hat. Das ist, so meinen wir, meine Damen und Herren, eine wichtige Erfahrung, die bei künftigen Entscheidungen nicht unberücksichtigt bleiben kann.

Meine Damen und Herren, wir in Berlin sind bereit, praktische Solidarität mit den Vereinigten Staaten von Amerika zu üben, auch wenn es Belastungen bedeuten sollte.

(Beifall)

Die Vereinigten Staaten haben Europa und insbesondere unserer Stadt in jeder Stunde der Nachkriegszeit Schutz und Hilfe gewährt. Das werden und dürfen wir nie vergessen. Das Abgeordnetenhaus von Berlin hat die Haltung der Bürger unserer Stadt erst vor kurzer Zeit einmütig - das kommt weiß Gott selten genug vor - zum Ausdruck gebracht.

(Beifall)

In Berlin, meine Damen und Herren, werden die Widersprüche der politischen Lage, in der wir Deutsche uns befinden, in besonderer Weise sichtbar. Wir wissen, daß der Frieden nur erhalten werden

kann, solange es das Gleichgewicht der Kräfte, insbesondere zwischen den großen Mächten, gibt. Dieses Gleichgewicht ist zugleich die Voraussetzung für die Erhaltung unserer Freiheit. Dieses Gleichgewicht bedeutet aber auch, daß keine Seite der anderen ihren politischen Willen aufzuzwingen vermag. Das wiederum bedeutet, daß in überschaubarer Zeit kein Erde der Teilung unserer Stadt und unseres Landes zu erwarten ist, weil sich Machtverschiebungen in Mitteleuropa eben ausschließen.

Diese Erkenntnis darf für niemanden Resignation bedeuten und hat sie insbesondere für die Berliner auch nie bedeutet. Sie war und ist vielmehr Ausgangspunkt der Politik, die das Ziel hat, die Folgen der Trennung abzubauen und Beiträge zu leisten, die auf eine allmähliche Verbreiterung des Kooperationsfeldes zwischen Ost und West hinzielen.

Indem wir das tun, eröffnen wir die Chance auf eine schrittweise Gestaltung einer europäischen Friedensordnung, die über das bloße Widerspiegeln der als Folge des Zweiten Weltkriegs entstandenen Machtstrukturen hinausweist. Berlins Auftrag bleibt es dabei - so sehen wir Berliner es -, ein Eigengewicht in das Machtgefüge zwischen Ost und West einzubringen, weil hier jeden Tag neu bewiesen werden kann, daß es sich lohnt, gemeinsam mit den drei Schutzmächten und dem Bund unsere Freiheit zu bewahren und gleichzeitig gemeinsam nach Wegen der Verständigung mit der anderen Seite zu suchen.

Meine Damen und Herren, Bundeskanzler Helmut Schmidt hat vor wenigen Monaten anläßlich des SPD-Parteitags mit Blick auf diese neue Berliner Tagungsstätte festgestellt: Wer sich im ICC zurechtfindet, findet sich auch im Leben zurecht.

(Heiterkeit und Beifall)

Ich bin sehr zuversichtlich, daß das auch für Sie gilt, zumal Sie mit einem neuen ICC-Leitsystem arbeiten. Die grüne Richtung ist für die Presse; das läßt manchen bestimmt hoffen. Die rote Richtung ist - man sehe und staune - für die Delgierten; verzeihen Sie mir, wenn ich sage, daß das zumindest mich hoffen läßt.

Ich wünsche Ihnen einen guten Bundesparteitag und einen angenehmen Aufenthalt in Berlin.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Herr Regierender Bürgermeister, wir danken Ihnen für die ermutigende Begrüßung, wenn auch vielleicht nicht alle Ihre Hoffnungen in Erfüllung gehen.

(Heiterkeit und Beifall)

Die Delegierten dieses Bundesparteitages der CDU fühlen sich in Berlin wohl, und wir danken Ihnen herzlich für die Gastfreundschaft in dieser Stadt.

(Beifall)

Seien Sie versichert, daß die CDU alles tun wird, um die Freiheit Berlins zu bewahren, seine Lebensfähigkeit zu stärken und seine Zukunft zu sichern.

(Beifall)

Zu einem Grußwort für den gastgebenden Landesverband Berlin erteile ich jetzt unserem Freund Richard von Weizsäcker das Wort.

Dr. Freiherr Richard von Weizsäcker (mit Beifall begrüßt): Herr Regierender Bürgermeister, Sie haben uns alle hier im Namen Berlins begrüßt. Ich möchte mich dem von Herzen anschließen, nicht nur weil Sie mein Berliner Vorredner sind, sondern weil Sie, wie ich zuversichtlich hoffe, auch mein Berliner Amtsvorgänger sind.

(Heiterkeit und Beifall)

Wir sind hier auf einem Parteitag; irgendwann muß es ja losgehen; Steigerungen bleiben sowieso vorbehalten.

(Heiterkeit)

Wir von der Berliner CDU sind von Herzen dankbar, daß die CDU Deutschlands in entscheidungsvoller Zeit wieder Berlin als Ort für den Parteitag gewählt hat. Es hat noch nie jemandem geschadet, nach Berlin zu kommen. Es ist immer gut, hierherzukommen, nicht nur gut für den Kampfgeist, sondern auch gut für die Perspektive für die eigene Politik. Erlauben Sie mir, Ihnen zu dieser Perspektive kurz drei Gedanken vorzutragen.

Zunächst: Was bedeutet die Gemeinschaft des Bundes, in die das freie Berlin fest eingeschlossen ist? Was bedeutet sie für Berlin, und was bedeutet sie für die Bundesrepublik Deutschland im ganzen? Für uns in Berlin bedeutet sie die Sicherung unserer Lebensfähigkeit und den Ausgleich unserer Standortnachteile, den lebensspendenden Strom für die menschliche und geistige Zusammengehörigkeit in Freiheit. Für die, die aus allen anderen Teilen der Bundesrepublik Deutschland nach Berlin kommen, aus Westdeutschland, wie man hier immer sagt - das mögen die Südlichter und die Nordlichter gnädig hinnehmen -, ist eine Reise nach Berlin schön, interessant, aufregend, auch aufwühlend. Überdies möchte ich anmerken, daß die Chaoten, die am Samstagabend am Amerika-Haus in Erscheinung getreten sind, überwiegend keine Berliner Pflanzen, sondern Teilzeitimporte aus allen möglichen Richtungen der Welt sind.

(Beifall)

Berlin ist aber für manchen, der in Westdeutschland mit Berlin zu tun hat, gelegentlich auch lästig. Es kostet Zeit, Geduld. Man muß sich mit der Berlin-Klausel, mit Fragen nach den Haushaltsmitteln abgeben. Ist es aber wirklich nur eine Last?

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, man stelle sich doch einmal vor: Wie würde sich die Mentalität in der Bundesrepublik Deutschland denn ohne das freie Berlin entwickelt haben? Wie würde sie sich im Blick auf das Ziel unseres Grundgesetzes, die Teilung Deutschlands zu überwinden, entwickelt haben? In unseren Grundsatzprogramm steht:

"Freiheit und Einheit für das gesamte deutsche Volk zu erringen, ist Aufgabe der deutschen Politik. In Frieden wollen wir die Spaltung Europas und mit ihr die Teilung unseres Vaterlandes überwinden."

Wie wäre es mit dem Bewußtstein in bezug auf diese Aufgabe ohne Berlin? Gewiß, Berlin wird gelegentlich als Last empfunden. Berlin bindet uns Deutsche aber an das, was wir eben nicht loslassen dürfen und nicht loslassen wollen. Der Wille der

deutschen Nation zur Einheit wird immer friedlich sein, denn er baut auf dem demokratischen Grundrecht der freien Selbstbestimmung auf.

Eben deshalb wird dieser Wille seine geschichtliche Kraft behalten. Diesen Willen täglich zu unterstreichen, ihn zu stärken, ihn auch einer neuen Generation in und durch Berlin verständlich zu machen - das ist es, was, neben anderem, Berlin für die Deutschen im ganzen bedeutet. So wirkt Berlin gelegentlich als Last. Mir scheint aber, es ist wie eine tiefere Weisheit der Geschichte, daß dieses Berlin zugleich Mahnung der Deutschen für das ist, was sie ohne diese Mahnung sonst vielleicht nicht so plastisch vor Augen hätten und nicht so deutlich als Aufgabe erkennen und behalten würden. Dies gilt es gerade auch in einem Wahljahr nicht zu vergessen.

Mein zweiter Gedanke ist dieser. Liebe Freunde, wir müssen - der Regierende Bürgermeister hat darauf mit Recht hingewiesen - hier in Berlin gemeinsam dem Ernst der weltpolitischen Lage gewachsen sein. Folglich lernen wir hier auch das, was Demokraten immer auszuzeichnen hat, nämlich zwischen dem, was wir gemeinsam zu tragen haben, und jenem anderen, worüber wir streiten müssen, zu unterscheiden. Der Regierende Bürgermeister hat mit Recht an die Ereignisse in den letzten Monaten hier in Berlin erinnert. Wir von der Berliner CDU haben ihn und die führenden Persönlichkeiten der Koalitionsparteien zu einem Gedankenaustausch eingeladen. Ziel dieses Gedankenaustausches war es, festzustellen, wie einer weiteren Verschlechterung des Verhältnisses zwischen den Vereinigten Staaten und uns entgegengewirkt werden könnte. Wir haben den Herrn Regierenden Bürgermeister nachdrücklich ermuntert, frühzeitig nach Amerika zu fahren und den Präsidenten Carter zu besuchen. Wir haben ihm dafür ausdrücklich die Unterstützung aller Berliner zugesagt. Sein Besuch bei dem amerikanischen Präsidenten, seine Eindrücke, die er drüben und hüben öffentlich zum Ausdruck gebracht hat, haben wesentlich dazu beigetragen, daß unser Gedanke einer gemeinsamen Entschließung im Abgeordnetenhaus verwirklicht werden konnte. Hier hat das freie Berlin seiner Haltung vor aller Welt Ausdruck verliehen. Die Unterstützung, die enge Bundesgenossenschaft mit unserer Schutzmacht, den Vereinigten Staaten, unser Wille, daß die amerikanische Position nicht geschwächt, sondern gestärkt werde - das alles entspricht nicht nur unserer Dankbarkeit aus schweren Zeiten dieser Stadt, sondern unserem gegenwärtigen und zukünftigen ureigensten Interesse.

(Beifall)

Natürlich gibt es aber auch streitige Bestandteile. Das deutsch-amerikanische Verhältnis war auf jene positiven Äußerungen dringend angewiesen. Kurz vorher hatte ja der Bundeskanzler den amerikanischen Präsidenten besucht. Er hatte auf die besondere Lage der Deutschen dort hingewiesen, wo seine Beurteilung der Weltlage von der des amerikanischen Präsidenten etwas abwich. Er hat auf Dinge verwiesen, die zweifellos stimmen. Wir haben eine besondere Verantwortung für unsere Landsleute im anderen Teil unseres getrennten Vaterlandes. Der Bundeskanzler hat dann aber auch gesagt, das, was unsere besondere Lage ausmache und uns von den Amerikanern unterscheide, seien die besondere Lage und die Verwundbarkeit Berlins. Meine Freunde, wenn es etwas Besonderes

gibt, was die Amerikaner und die Deutschen gerade nicht trennt, sondern verbindet, dann ist es die besondere Lage Berlins.

(Beifall)

Wir würden einen gefährlichen Weg gehen, wenn wir die Amerikaner darauf hinwiesen, daß das, was uns gegenüber ihnen in eine besondere Lage bringe, die Lage Berlins sei. Wir würden dann eines schönen Tages ja vielleicht genötigt sein, selber eine Schutzmachtrolle zu übernehmen. Wie würden denn dann die Vereinigten Staaten reagieren? Derartiges hat vor Bundeskanzler Schmit nie ein Bundeskanzler gesagt, egal, von welcher Partei er kam. Derartiges wird Franz Josef Strauß nie sagen.

(Beifall)

Daher waren die Reise des Regierenden Bürgermeisters und die gemeinsame Resolution des Berliner Abgeordnetenhauses gut und notwendig.

Mein dritter und letzter Gedanke, liebe Freunde: Die Stichworte, die diesen Parteitag und unseren Wahlkampf kennzeichnen, sind zugleich auch die Stichworte, die unsere Lage in Berlin kennzeichnen: Frieden und Freiheit.

In Berlin muß man lernen, daß Freiheit kein Geschenk, kein Bündel von Ansprüchen an andere, keine deutsche Übersetzung für das Wort Subventionsmentalität ist, sondern die Unterstützung, die wir von anderen nötig haben, gewinnen wir nur - und das wissen wir gemeinsam in Berlin -, wenn wir selbst die Freiheit als das verstehen, was sie ist: Aufgabe und Herausforderung an uns selbst.

Dazu gehört: Wir haben die Freiheit nur dann, wenn wir nicht weiter über unsere Verhältnisse leben. Wir werden die Freiheit nur dann erhalten, wenn wir an die Zukunft denken und die Zukunft sichern, nicht aber, wenn wir die Kosten der Gegenwart verantwortungslos auf die Zukunft schieben, nein, wenn wir uns die Zukunft in der Gegenwart etwas kosten lassen.

(Beifall)

Die Verantwortung des Menschen für sich selbst, sein Blick für den Nächsten, seine Hilfe für den Nachbarn, sein Engagement in der Gemeinde, das alles ist Sache des freien Menschen und nicht seiner Bürokratien.

(Beifall)

Daher müssen wir ernst machen und unsere Stichworte der Solidarität, der Subsidiarität, der Selbstverwaltung, der Dezentralisierung und anstelle undurchschaubarer Bürokratien und zentraler und kollektiver Systeme ernst nehmen.

Liebe Freunde, meine Damen und Herren, das Grundsatzprogramm der CDU ist kein bloßer Sonntagstext, sondern eine Notwendigkeit für den Alltag. Es ist die Ermutigung zu unserer eigenen Sache, die wir aus diesem Grundsatzprogramm entnehmen können. Wir ziehen jetzt gemeinsam in den Wahlkampf. 5o % der neuen Berliner Bundestagsabgeordneten kommen von der Berliner CDU - das mögen Sie als

Anzahlung auf das auffassen, was wir zu diesem Bundestagswahlkampf noch beitragen wollen.

(Beifall)

Was wir aber brauchen und was uns beflügelt, ist neben der Auseinandersetzung mit dem Gegner das Zutrauen zu uns selbst, das Zutrauen zur eigenen Sache. Das hat der Berliner in schweren und guten Tagen immer als eine ihn auszeichnende Qualität gehabt. Das wollen wir Berliner auch in den Bundestagswahlkampf einbringen. Das ist die Kraft, mit der Sie alle von Berlin gestärkt wieder nach Hause zurückkehren mögen - in den gemeinsamen Wahlkampf.

In diesem Sinne heißt die Berliner CDU Sie hier in Berlin alle herzlich willkommen.

(Anhaltender Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Richard von Weizsäcker, herzlichen Dank für diese Worte der Begrüßung. Mögen Ihre Hoffnungen alle in Erfüllung gehen. Der Parteitag wünscht Ihnen und der Berliner CDU für Ihre Arbeit in Berlin Glück und Erfolg.

Ich rufe Punkt 7 der Tagesordnung auf:

Bericht des Parteivorsitzenden
Ich erteile das Wort dem Vorsitzenden der Christlich Demokratischen Union Deutschlands, unserem Freund Dr. Helmut Kohl.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU (mit lang anhaltendem Beifall begrüßt): Meine lieben Freunde! Ein herzliches Wort des Dankes von mir für diese freundliche Begrüßung. Und jetzt wollen wir zur Sache kommen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Wir haben uns heute zu unserem Bundesparteitag in Berlin unter unserem Wahlslogan "Für Frieden und Freiheit" versammelt. Selten zuvor waren diese Grundlagen unserer Politik so unmittelbar gefährdet wie gerade heute.
Aber, bevor wir uns diesen drängenden und bedrückenden außen- und innenpolitischen Problemen zuwenden, erwarten Sie mit Recht vom Vorsitzenden der CDU ein Wort zur Lage unserer Partei. Es soll ein offenes Wort sein. Ich habe mit vielen von Ihnen in diesen Tagen gesprochen, viele haben mir geschrieben, manche mit Sorge, manche resigniert. Bei vielen unserer Mitglieder, unserer Wähler und Freunde spürt man, daß sie auf ein Wort der Ermutigung, auf eine Tat der Ermutigung warten.

(Beifall)

Wir haben im Laufe dieses Jahres bei den Landtagswahlen Rückschläge hinnehmen müssen. Ich sage es ganz drastisch, wie ich es empfinde: Das Wahlergebnis in Nordrhein-Westfalen steckt vielen von uns noch in den Knochen. Wir haben mit vollem Einsatz gekämpft, und wir haben es nicht geschafft. Ich kann die Gefühle unserer Freunde an Rhein und Ruhr verstehen, die in einer großartigen Weise gekämpft haben, überall um Wählerstimmen geworben haben. Sie haben unseren Dank und unseren Respekt verdient.

(Beifall)

Das gilt auch für unsere Freunde in Baden-Württemberg und an der Saar. Mit Recht fühlen sich nicht wenige nicht nur um einen möglichen, sondern auch um einen verdienten Erfolg betrogen. Betrogen durch einen Wahlkampf, in dem die Sozialdemokraten alle Register der Verleumdung, der Demagogie und der Verängstigung der Bürger gezogen haben.
Aber, es wäre ganz falsch, wenn unsere Antwort darauf Resignation wäre. Es wäre ebenso falsch, wenn unsere Antwort auf diese Form von Demagogie blinde Konfrontation wäre. Das ist nicht der Stil der Union in Deutschland.

(Beifall)

Wir wollen hart um jede Stimme kämpfen. Aber aus der Idee und aus den Überzeugungen der Union heraus sind wir nicht in der Lage, mit Unfairneß politische Geschäfte zu machen.

Wir sollten dies gerade hier in Berlin bedenken. Wer über diese Stadt blickt, wer am Reichstag steht, spürt etwas vom Auf und Ab unserer Geschichte.

Zu unserer Geschichte gehört auch die schlimme Erfahrung, daß die Republik von Weimar in den bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen, in dem Angriff der roten und braunen Horden zugrunde gegangen ist. Wer in unserem Lande Sturm sät, muß wissen, daß er Chaos ernten wird. Das ist die Erfahrung der deutschen Geschichte.

(Beifall)

Aber gerade weil dies die Erfahrung ist, müssen wir in den nächsten Monaten kämpferisch und entschieden unsere Argumente vortragen.

Eine Partei, die führen will, die den Bürgern sagt, daß gerade sie die schwierigen Probleme unserer Zeit meistern kann, eine solche Partei - und das sind wir - muß auch Rückschläge verkraften können; sie muß Stehvermögen beweisen können. Beharrlichkeit, Selbstvertrauen, die Mobilisierung aller unserer Kraftreserven und die Fähigkeit eines jeden von uns, sich in diesen kommenden Wochen und Monaten zu steigern - das ist jetzt das, was unsere Mitbürger von uns verlangen, was Sie mit Recht von mir, dem Vorsitzenden, verlangen, was ich von jedem Mitglied der CDU gleichermaßen erwarten darf.

(Beifall)

Wir müssen fähig sein, noch zuzulegen und aus den Rückschlägen der zurückliegenden Monate Konsequenzen zu ziehen.

Die erste Konsequenz lautet: doppelter Einsatz. Mehr als zwei Millionen Bürger, die 1975 gewählt haben, sind bei der letzten Wahl in Nordrhein-Westfalen zu Hause geblieben. Mit über 100.000 Stimmen weniger als bei der letzten Bundestagswahl haben die Sozialdemokraten jetzt die absolute Mehrheit erreicht. Auch viele unserer Wähler sind zu Hause geblieben. Wir müssen gerade diesen Mitbürgern bis zum 5. Oktober klarmachen, um was es bei dieser großen Entscheidung geht.

(Beifall)

Die zweite Konsequenz: Wir müssen mit unserer Politik nicht nur den Verstand, sondern stärker als bisher auch die Herzen der Menschen erreichen. Das ist eine der Voraussetzungen für den Wahlerfolg.

(Beifall)

Wir haben - und darauf sind wir stolz - in diesen letzten zehn Jahren unsere Sachkompetenz, unsere programmatische Kompetenz enorm gesteigert. Wir haben hervorragende, seriöse, überzeugende Programme.

Wir können zu Recht - Richard von Weizsäcker sprach aus gutem Grund davon - auf unser Grundsatzprogramm stolz sein. Aber, dies alles darf nicht nur kluge Parteitheorie für kleine Zirkel bleiben. Wir müssen seine Grundgedanken, wir müssen sein Menschenbild, wir müssen seine Ziele zur prägenden Kraft, zum Signum unserer Politik draußen im Lande auf den Straßen und Plätzen machen. Das ist die Voraussetzung, wenn wir die Wahl gewinnen wollen.

(Beifall)

Wir haben hervorragende jugendpolitische Leitsätze. Aber es ist uns offenbar bis jetzt nicht gelungen, diese Gedanken über eine kritische Distanz hinwegzutragen, die uns noch immer von Teilen der jungen Generation trennt - und zwar deswegen, weil auch wir nicht genug hinhören und die Sorgen nicht verständlich genug ansprechen.

Wir haben ganz gewiß das überzeugendste Umweltprogramm, das es in der Bundesrepublik Deutschland gibt. Aber dennoch müssen wir zur Kenntnis nehmen, daß die Grünen immer noch Zulauf finden.

Wir haben früher, intensiver als andere, die Neue Soziale Frage formuliert, haben uns zum Anwalt der Schwachen gemacht. Wir verzichten auf das einseitige Bündnis mit mächtigen Interessengruppen. Und dennoch hält sich das Vorurteil, daß eine andere Gruppe, die SPD, stärker die Interessen der sozial Schwachen vertritt, obwohl gerade diese zehn Regierungsjahre der SPD den Verrat an den Interessen der kleinen Leute jedermann deutlich machen können.

(Beifall)

Wir müssen von Geld und von Wirtschaft und von Investitionen und von Staatsquote reden. Aber wir dürfen nicht nur deshalb davon reden, weil die Sozialisten so eklatant versagt haben. Wichtiger ist es, unsere Mitbürger davon zu überzeugen, daß es uns eben nicht nur um Statistiken, um Daten, um Meßgrößen, sondern um die Menschen, um ihr ganz persönliches Schicksal, um die Qualität ihres Lebens geht.

Es fehlt uns ganz gewiß nicht an Analysen und Antworten auf die Probleme unserer Zeit. Aber - und das ist meine dritte Konsequenz aus diesen Erfahrungen des Jahres - wir müssen das soziale und das liberal-freiheitliche Profil unserer politischen Aussage deutlicher herausstellen.

(Beifall)

Wir können und dürfen den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik zusichern, die Steuern abbaut, damit sich Leistung, Einsatz und Risiko lohnen, damit sich die Überstunde wieder lohnt. Wir können den Menschen eine Politik zusichern, die die Renten sicherer macht und die Angst vor der Zukunft überwindet.

Wir können den Menschen in der Bundesrepublik Deutschland eine Politik zusichern, die unsere Energieversorgung sichert, damit

die Menschen nicht eines Tages gezwungen sind, das, was sie jetzt für den Urlaub verwenden, in Zukunft für das Heizöl sparen zu müssen.

Diese Ziele müssen wir im Wahlkampf selbstbewußt und klar herausstellen. Unsere Mitbürger sollen uns vertrauen. Es genügt nicht, daß sie uns etwas zutrauen.

Deshalb ist es so wichtig, daß wir unsere Programme und unsere Sachkompetenz auch personell darstellen. Wir, die Union, verfügen über ein breites Angebot qualifizierter und überzeugender Persönlichkeiten in allen Bereichen der Politik. Deswegen ist es wichtig, richtig und notwendig, daß wir in wenigen Tagen in Bonn gemeinsam mit Franz Josef Strauß eine Mannschaft vorstellen, die unser Programm vertritt, in der der Wahlbürger seine Politik auch in Persönlichkeiten wiederfindet.

(Beifall)

Meine Freunde, wir treten mit Franz Josef Strauß an, der mit Konrad Adenauer und der CDU/CSU die Verankerung der Bundesrepublik Deutschland im westlichen Bündnis mitgestaltet hat, der einer der Baumeister dieser Republik ist.

Wir treten mit Franz Josef Strauß an, der mit Ludwig Erhard und der CDU/CSU schon damals im Wirtschaftsrat der Bizone die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt hat.

Wir treten mit Franz Josef Strauß an, der als Verteidigungsminister der Regierung Adenauer die entscheidenden und noch heute wirksamen Grundlagen für unsere Sicherheit gelegt hat.

Wir treten mit Franz Josef Strauß an, der als Finanzminister der Regierung Kurt Georg Kiesinger unseren Bürgern gezeigt hat, was sorgsamer und verantwortungsbewußter Umgang mit dem Geld des Steuerzahlers bedeutet.

(Beifall)

Meine Freunde, es ist doch eine Heuchelei der Sozialisten, wenn die SPD in der mit der bisher größten Verleumdungskampagne in der Geschichte unserer Bundesrepublik Deutschland Wahlkampf führt - vor allem gegen Franz Josef Strauß. Das sind die gleichen Sozialdemokraten, die vor nicht allzu langer Zeit - in der Großen Koalition - ganz selbstverständlich neben Franz Josef Strauß am Kabinettstisch Platz genommen haben. Das ist die gleiche SPD, die damals die gute Zusammenarbeit mit diesem Mann gar nicht genug loben konnte.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, politische Gegnerschaft unter Parteien ist notwendig und richtig. Aber wenn politische Gegnerschaft in blanke Feindschaft, in blanken Haß umschlägt, dann ist das der Anfang vom Ende einer freiheitlichen Ordnung in unserer Bundesrepublik Deutschland.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Mit unserem gemeinsamen Programm, mit unserer Mannschaft, mit Franz Josef Strauß können wir die Wahl im Oktober gewinnen. Wir haben im vergangenen Jahr unter schwierigen Bedingungen die Europawahl in hervorragender Weise bestanden. Wir müssen kämpfen,

wir müssen um das Vertrauen unserer Mitbürger ringen. Es ist jetzt nicht die Zeit, um zu verschnaufen, jetzt müssen wir gemeinsam ohne Zaudern und Zagen die Ärmel hochkrempeln, gemeinsam und entschlossen kämpfen. Wer zögert, überzeugt nicht, und wer abwartet, wird lange warten müssen. Auch das muß jederman in der Partei begreifen.

(Beifall)

Unser Parteitag und unser Wahlkampf stehen unter dem Thema "Für Frieden und Freiheit". In keiner anderen Stadt unseres Landes haben die Menschen mehr Offenheit und Sensibilität für die Bedeutung und die Aktualität dieser Aussage als hier im freien Teil Berlins. Die Menschen in dieser Stadt lehnen sehr bewußt eine Politik ab, die den Frieden zum Preis der Freiheit erkauft.

Unser Parteitag findet in einer Lage statt, in der der Frieden in der Welt und unsere Freiheit gefährdet sind. Erstmals seit dem Zweiten Weltkrieg hat die Sowjetunion ihren Machtbereich mit militärischer Gewalt erweitert. Sie hat in der Woche nach Weihnachten Afghanistan überfallen. Sie ist damit den Ölquellen des Iran und der strategisch wichtigen Position am Persischen Golf ein großes Stück nähergerückt. Sie bedroht, wenn sie will, eine der Lebenslinien unserer Energieversorgung und unserer Wirtschaft. Der Westen - und auch wir in der Bundesrepublik Deutschland - sind durch diese Entwicklung erpreßbarer geworden. Die Gelegenheit schien der Sowjetunion günstig, das Risiko berechenbar. Die Schwäche des Westens, die Entschlußlosigkeit derjenigen, die die Freiheit verteidigen, ist für die Sowjetunion fester Bestandteil ihres machtpolitischen Kalküls. Dies ist die geschichtliche Stunde der Union, um diese für unsereFreiheit und für den Weltfrieden gleichermaßen gefährliche Rechnung zu durchkreuzen, genauso wie wir dies in 2o Jahren Regierungszeit mit Adenauer, Erhard und Kurt Georg Kiesinger getan haben.

(Beifall)

Wie hat sich diese Republik in diesen zehn Jahren verändert! "Für Frieden und Freiheit", diese für uns unlösbare Einheit, ist für nicht wenige unserer politischen Gegner bereits eine Provokation. Eine starke Fraktion innerhalb der SPD ist nicht mehr bereit, diese elementare Programmaussage zu unterschreiben. Um so entschlossener müssen wir uns für eine Politik einsetzen, die den Frieden und die Freiheit sichert, die bereit ist, die Freiheit zu verteidigen und notfalls auch Opfer für die Freiheit zu bringen; denn die Freiheit hat ihren Preis, und das müssen wir unseren Bürgern wieder deutlicher sagen.

(Beifall)

Wenn wir uns "Für Frieden und Freiheit"einsetzen, dann muß unser Land entschlossen an der Seite der Vereinigten Staaten stehen. Sie allein garantieren unsere Freiheit, und nur gemeinsam mit den Vereinigten Staaten von Amerika können wir den Frieden und die Freiheit unserer Bundesrepublik Deutschland sichern.

(Beifall)

Unsere amerikanischen Freunde haben in den letzten Wochen erlebt, wie sich Wehner, Brandt, Bahr und auch Helmut Schmidt beflissen und einfühlsam in die Sicherheitsbedürfnisse der Sowjetunion versetzt, aber gleichzeitig die Solidarität mit den USA in klein-

lichem "Wenn und Aber" zerredet und abgewertet haben.

(Beifall)

Wir müssen unseren Mitbürgern deutlich machen, daß es für die Bundesrepublik Deutschland keinen dritten Weg gibt. Es gibt in der machtpolitischen Auseinandersetzung unserer Zeit keine "deutsche Karte", die ein deutscher Bundeskanzler ausreizen könnte, ohne dabei lebenswichtige deutsche Interessen zu verletzen. Wenn es in der krisenhaften Zuspitzung der weltpolitischen Lage für uns Deutsche überhaupt eine besondere Mission gibt, dann besteht sie vor allem in unserem Beitrag zur Festigung des westlichen Bündnisses. Dieses Bündnis schützt uns, in ihm sind wir Partei. Daran darf es keinen Zweifel geben.

(Beifall)

Unser Platz ist nicht zwischen den Blöcken, unsere Aufgabe ist nicht die Rolle des Vermittlers. Dies würde uns weit überfordern. Der Friede ist heute deshalb so gefährdet, weil die Sowjetunion durch ihre beschleunigte Aufrüstung, durch die weltweite Aggression das militärische Gleichgewicht zwischen Ost und West zu ihren Gunsten immer weiter verschoben hat. Die Entscheidung der NATO im Dezember letzten Jahres war in letzter Stunde die notwendige Antwort, um das Gleichgewicht der Kräfte und damit Frieden und Freiheit wieder zu sichern. Nur vier Monate danach hat Bundeskanzler Schmidt ohne jede Absprache mit den Bündnispartnern und offenkundig auch zur Überraschung seines eigenen Außenministers diese zentrale Position des Westens in Frage gestellt und damit den Beschluß in seiner politischen Wirkung eingeschränkt. Der monatelange Sturmlauf der Sowjetunion gegen diesen NATO-Beschluß hat ausgerechnet bei uns, den Deutschen, die wir diesen Beschluß am dringendsten benötigen, den ersten Einbruch erzielt.

Bei der Entscheidung über die Nichtteilnahme an den Olympischen Sommerspielen haben Schmidt und die SPD den empörenden Eindruck vermittelt, als gehe es dabei mehr um eine Rücksichtnahme auf die USA als um einen Protest gegen die imperialistische Politik der Sowjetunion. Was ist eigentlich eine deutsche Solidarität wider Willen noch wert? Brauchen wir wirklich die Amerikaner, um unsere Probleme, unser moralisches Gewicht als Teil der freien Welt deutlich werden zu lassen? Haben wir aus der jüngsten deutschen Geschichte nicht genug Erfahrung, daß wir gegen jede Diktatur, gegen jede Verletzung der Menschenrechte aufstehen, ob sie von rechts oder von links kommt?

(Beifall)

Es muß klar gesagt werden: Der Ausweg aus der Krise muß von der Sowjetunion kommen. Sie muß im Sinne des Votums der Vereinten Nationen vom Januar ihre Truppen aus Afghanistan zurückziehen, sie muß ihr Nein zu Verhandlungen über die Abrüstungsfrage im Mittelstreckenbereich zurücknehmen. Wenn wir über all diese Dinge sprechen, dann müssen wir verzeichnen, daß sich in der verfaßten Meinung der Welt ein Begriff auftut, der in der deutschen Politik seine Bedeutung hat: Es ist die Rede von einer "Moskauer Fraktion" innerhalb der SPD.

Es ist die Rede von Kräften, die für die sowjetische Haltung mehr Verständnis als für die amerikanische Politik aufbringen. Erinnern Sie sich an das undurchsichtige Spiel, das Herr Bahr noch

in letzter Minute trieb, als es um die Abstimmung im Nationalen Olympischen Komitee ging. Was ist das für ein Akt der Heuchelei, wenn ein Mann im Bundestag der Regierungsentscheidung zustimmt und diese Entscheidung dann in Frage stellt, um das Ziel über einen Umweg zu erreichen?

(Beifall)

Da ist die Rede von Kräften, die selbst nach der sowjetischen Aggression in Afghanistan die USA und die Sowjetunion moralisch auf eine Stufe stellten. Da ist die Rede von Kräften, die die Bundesrepublik Deutschland immer stärker von Amerika und dem westlichen Bündnis abkoppeln und innen- und außenpolitisch einen dritten Weg zwischen Ost und West suchen.

Da ist die Rede von Kräften, die bereits die Sprache der Kommunisten übernommen haben, die von Berufsverboten, Militarismus und Imperialismus in der Bundesrepublik Deutschland sprechen.

Diese Strategie hat in der Politik der SPD Methode. Sie ist angelegt auf Verunsicherung. Sie soll Zweifel ausstreuen, Angst machen, wo der offene Kurswechsel noch nicht gewagt wird. Wenn die Sozialdemokraten jetzt mit dem Slogan in die Wahl ziehen "Sicherheit für Deutschland", dann ist das schlicht ein Wählerbetrug. Denn es waren doch die Sozialdemokraten, die mit ihrer Theorie vom "Wandel durch Annäherung" Illussionen erzeugt, die Zweifel an unseren außenpolitischen Positionen genährt und die Bereitschaft der jungen Generation, unsere Freiheit zu verteidigen, systematisch untergraben haben.

(Beifall)

Noch vor zehn Jahren war es jedem Schulkind in der Bundesrepublik Deutschland klar, wer unsere Freunde in der Welt sind, wem wir unsere Freiheit und unsere Sicherheit verdanken und wer diese Sicherheit und diese Freiheit bedroht. Inzwischen geht die Saat des Zweifels auf. Ein dumpfer Antiamerikanismus macht sich hier in den Reihen der SPD breit. Das ist wieder die alte SPD, die SPD vor Godesberg. Ich warne nachdrücklich davor, diese Anzeichen einer unheilvollen Entwicklung zu unterschätzen.

In diesem Zusammenhang müssen wir von jener infamen Kampagne sprechen, aus der Kriegsangst unserer Bürger parteipolitisches Kapital zu schlagen und die Union mit ihren über 18 Millionen Wählern 1976 - das ist praktisch jeder zweite in unserem Lande - in den Verdacht der Kriegstreiberei zu stellen. Das war kein Ausrutscher in Nordrhein-Westfalen, das war der Beginn einer sorgfältig geplanten Kampagne. In der Bundestagsdebatte am vergangenen Dienstag hat der Bundeskanzler ja selber die Argumente für diese Aktion geliefert. Hier kann der Mantel des Staatsmannes den Brandstifter nicht mehr verdecken.

(Lebhafter Beifall)

Wer es zuläßt, daß im Jahre 198o Frauen, die ihre Männer und Söhne auf den Schlachtfeldern des Zweiten Weltkriegs verloren haben, vor den Karren seiner Wahlpropaganda gespannt werden, der verletzt nicht nur die Regeln von Anstand und Moral, sondern der tritt auch die Gefühle und die Würde der Menschen mit Füßen.

Wir alle wollen den Frieden. Es gibt kaum ein Volk auf dieser Erde, das in zwei schrecklichen Kriegen, in der Teilung des Vaterlandes, der Vertreibung und dem Verlust der Heimat, die Lektion der Geschichte so bitter gelernt hat wie wir, die Deutschen.

Wir wollen den Frieden. Aber Frieden nach draußen ist nicht möglich, wenn der Friede im Innern nicht gewährleistet ist. Zum inneren Frieden gehört, daß man sich in den Grundfragen der Politik die Anständigkeit der Motive als selbstverständlich unterstellt. Das ist eine der Voraussetzungen einer lebendigen Demokratie.

(Beifall)

Was betreibt der Kanzler in diesem Zusammenhang? Er sagte uns am Dienstag im Bundestag, wir seien unfähig zum Frieden, aber er selbst hat durch Wort und Tat den inneren Frieden mit zerstört.

Meine Freunde, ich sagte, in diesen zehn Regierungsjahren hat sich unsere Republik wesentlich verändert. Sie hat sich tiefgreifender verändert, als sich dies mancher von uns in der Auseinandersetzung der Tagespolitik heute klar macht. Die Erfahrung in diesen Tagen beim feierlichen Gelöbnis von Bundeswehrsoldaten in Bremen macht dies schlaglichtartig deutlich. Daß das öffentliche Gelöbnis junger Soldaten auf unsere Verfassung den Staat in Atem hält, daß dabei ein heftiger Streit in der großen Regierungspartei SPD provoziert wird, daß dieses Gelöbnis nur unter dem Schutz eines riesigen Polizeiaufgebots möglich ist, daß dann unter bürgerkriegsähnlichen Verhältnissen Hunderte von Soldaten und Polizeibeamten verletzt werden und daß man anschliessend in der Öffentlichkeit darüber diskutiert, ob derartige Veranstaltungen künftig nicht besser hinter verschlossenen Türen abgehalten werden sollten, zeigt in wenigen Sätzen die dramatische Veränderung zwischen 1969 und 1980.

(Beifall)

Das alles wirft ein grelles Schlaglicht auf den inneren Zustand unseres Staates. In welchem anderen Land der Welt wäre es denkbar, daß gegen eine Veranstaltung demonstriert wird, bei der Soldaten auf die Verteidigung des Friedens, der Freiheit und des Rechtes verpflichtet werden?! Was tun eigentlich diese jungen Soldaten? Was ist denn der Stein des Anstoßes?

Diese Soldaten geloben: "Ich gelobe, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen."

In welchem anderen Land wäre es vorstellbar, daß Zweifel am Sinn dieses öffentlichen Gelöbnisses eine Partei, die sich demokratisch nennt, die Sozialdemokratische Partei, in zwei Lager spalten, daß es führende Mitglieder der SPD wagen, öffentlich zur Demonstration gegen dieses Treuegelöbnis der Soldaten aufzufordern, daß sich Arbeitsgemeinschaften der SPD nicht mehr scheuen, mit Verfassungsfeinden zusammenzuarbeiten, die als gewalttätig bekannt sind?! Dies alles legt doch Abgründe offen, dies alles müssen wir doch unseren Mitbürgern deutlich machen in diesen letzten entscheidenden Wochen!

(Lebhafter Beifall)

Wir alle erwarten von unseren Soldaten, daß sie unseren demokratischen Staat verteidigen, daß sie in der Bedrohung ihr Leben einsetzen, daß sie dem Frieden dienen. Was geht in einem jungen Soldaten vor, der seiner Wehrdienstpflicht nachkommt, wenn er solche Ereignisse erleben muß? Wie kann eigentlich diese Bundeswehr, wie können ihre Soldaten das Gefühl haben, Teil des Ganzen

zu sein, wenn sie sich in einem Getto wiederfinden und man sie nach Möglichkeit nicht mehr in der Öffentlichkeit vorzeigt? Meine Damen und Herren, es ist das Ende des Verteidigungswillens der Bundesrepublik Deutschland, wenn wir dies hinnehmen.

(Lebhafter Beifall)

Ich sage nochmals: Unser Volk erwartet von den Soldaten, daß sie diesen demokratischen Staat verteidigen und in der Bedrohung ihr Leben einsetzen, um dem Frieden zu dienen - aber auch für einen Staat, in dem die Regierungspartei SPD diese Verpflichtung lächerlich und verächtlich machen läßt und in Zweifel zieht? So verrottet die Würde unseres Staates in den Händen von Sozialisten.

In unserer Bundesrepublik Deutschland gibt es heute Leute an Schaltstellen der Macht, die hier in diesem Saal vor wenigen Monaten auf dem Bundesparteitag der SPD in brausenden Jubel und Beifall ausbrachen, als Walter Jens in seiner demagogischen Rede die demokratische Grundordnung unserer Verfassung im Jargon der Kommunisten als "jene FDGO" diffamierte, die "längst zur Panzerfaust des Staates" geworden sei.

Ich frage Herrn Schmidt, ich frage Herrn Brandt, und ich frage die vielen alten demokratisch gesonnen deutschen Sozialdemokraten: Kann eine solche Entwicklung in der SPD ein Beitrag dazu sein, daß Lehrer unsere Kinder zu selbstbewußten, überzeugten Demokraten erziehen, wenn sie selbst, die doch ein Beispiel geben sollten, zu solchen Diffamierungen der Republik Beifall spenden?

(Beifall)

Ich sage nicht "Die Sozialdemokraten", ich sage aber: Wichtige Teile der SPD sprechen heute die Sprache der Systemüberwinder. So reden Leute, die nicht diese Bundesrepublik Deutschland, sondern eine ganz andere Republik haben wollen!

(Beifall)

Dies ist auch nicht mehr die Sprache Kurt Schumachers, Erich Ollenhauers, Fritz Erlers, Ernst Reuters, Carlo Schmids, nicht die Sprache von Herbert Weichmann.

Seit zehn Jahren sieht die SPD tatenlos zu, wie ihre Jugendorganisationen an Dutzenden von deutschen Universitäten Volksfrontbündnisse mit Kommunisten abgeschlossen haben und mit ihnen vor allem aus einem Grund zusammenarbeiten: um andere, demokratische Hochschulgruppen wie etwa den RCDS zu diffamieren und auszuschließen. Meine Freunde, vergessen wir nie: Die Studenten von heute, das sind die Lehrer, das sind die Professoren, das sind die Richter und das sind die Abgeordneten von morgen!

(Beifall)

Wer die Entwicklung in der SPD sorgfälig beobachtet, der stellt fest, daß nach der Bundestagswahl die Gruppe derer in der SPD, die dem Umfeld solcher Volksfrontbündnisse entstammen, noch stärker sein wird. Helmut Schmidt kann das nicht bremsen. Nein, er richtet sich schon heute auf diese Entwicklung ein. Vieles von dem, was er heute sagt und tut, und mehr noch das, was er nicht sagt und nicht tut, ist die Anpassung an diese Entwicklung, die Rücksichtnahme auf die Stategie einer neuen dogmatischen Linken in der SPD.

Diese neue Linke hat hier in diesem Saal auf dem letzten SPD-Parteitag ihre Truppen vorgeführt. Fast die Hälfte der Delegierten ist ihr bereits gefolgt. Aus diesem Geiste wurden die Wahlkämpfe in Nordrhein-Westfalen und bei den Wahlen zuvor zu einer Entscheidung über Krieg und Frieden umfunktioniert.

Das Geschäft mit der Angst, die Kriegslüge des Jahres 1980 meine Freunde, dies alles gab es schon einmal, dies alles hat Vorgänger:
- in der Aufschwunglüge des Jahres 1975,
- in der Rentenlüge des Jahres 1976.
Und es hat Nachfolger in der Finanzlüge und in der Engergielüge des Jahres 1980.

Wer sich daran erinnert, in welchem Zustand Kurt Georg Kiesinger das Staatsschiff an Willy Brandt und Helmut Schmidt übergab, der weiß: Vor zehn Jahren herrschte in unserem Lande Aufbruchstimmung; die Kassen waren voll, die Vollbeschäftigung war gesichert, es ging aufwärts; die Menschen hatten Vertrauen zu ihrem Staat, sie sahen optimistisch in die Zukunft.

Heute nach zehn Jahren sozialdemokratischer Politik, blicken viele mit Sorge in die Zukunft. Der äußere Frieden ist unsicherer denn je, die Entwicklung im Inneren ist mit einer gewaltigen Hypothek aus Versäumnissen, Pseudoreformen und auch Schulden belastet. Das soziale Klima ist kälter, die Gesellschaft anonymer, der Staat bürokratischer, seinen Bürgern fremder geworden. Unsere Mitbürger wissen, daß der Wohlstand auf tönernen Füßen steht, daß in diesen letzten Jahren viel versäumt und wenig investiert wurde, daß wir viel an Kraft und Substanz eingebüßt haben. Sie wissen vor allem auch, daß wir jetzt auf Kosten der nächsten Generation leben.

Diese Politik war und ist in ihrem Ergebnis ausgesprochen reaktionär. Sie hat für unser Land Probleme geschaffen, die wir längst überwunden glaubten, und sie hat vor den Problemen der Zukunft versagt. Je länger diese Krisen dauern, desto schwieriger wird ihre Lösung. Deswegen müssen wir jetzt die notwendigen Entscheidungen herbeiführen. Die Regierung ist dazu nicht in der Lage.

Wir haben zur Lösung dieser Aufgaben überzeugende Programme vorgelegt. Wir werden auf diesem Parteitag unser Wahlprogramm, das die Schwerpunkte der Regierungsarbeit enthält, diskutieren. Im Vordergrund stehen drei Hauptziele unserer Politik:

1. Die Bewahrung des Friedens in Freiheit,
2. die Sicherung der materiellen Grundlagen in Staat und Wirtschaft,
3. die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft für alle Menschen in unserem Lande.

Der Ausweg aus der gegenwärtigen Krise heißt:
Wir wollen nicht mehr Staat, sondern mehr freiheitliche, mehr private Initiative des einzelnen.

(Beifall)

Wir wollen nicht mehr Schulden, sondern mehr Investitionen für die Zukunft.

Wir wollen nicht Arbeitslosigkeit finanzieren, sondern mehr Arbeitsplätze schaffen.

Wir wollen nicht mehr Steuern, sondern mehr Lohn, für eigene Leistung, für eigenes Risiko, für eigene Verantwortung.

(Beifall)

Wir sagen unseren Mitbürgern zu: Wir wollen die Steuern senken. Wir werden dem Arbeitnehmer die Steuern zurückerstatten, die ihm von dieser Regierung durch Inflation und Progression unzulässigerweise aus der Tasche gezogen wurden.

Wir sagen zu: Wir werden die Betriebe steuerlich entlasten, wir wollen ihre Investitionskraft stärken und so neue Arbeitsplätze schaffen.

Wir sagen zu, daß die maßlose Verschuldung des Staates und damit die Ausplünderung der Zukunft unserer Kinder und Enkel gestoppt wird.

Meine Freunde, wir haben das durchgerechnet, und unser Finanzierungsplan stimmt. Nicht hektisch zusammengeschriebene Maßnahmenkataloge, sondern politische Prioritäten und klare, inhaltlich präzise gesetzliche Vorgaben sind jetzt notwendig.

Das gilt vor allem für eine der ganz großen Aufgaben, die vor uns liegen, für eine Aufgabe, die als eine besondere Herausforderung das Interesse der jungen Generation berührt: Wir müssen die Soziale Marktwirtschaft mit einem ökologischen Ordnungsrahmen versehen. Dazu bedarf es einer klaren Zielbestimmung, es bedarf langfristig verläßlicher Ordnungsdaten, und wir benötigen Zuverlässigkeit.

Für uns sind - lassen Sie uns das draußen kämpferisch vortragen - Umweltschutz und Wirtschaftswachstum keine prinzipiellen Gegensätze. Im Gegenteil: Wachstum ist eine notwendige Voraussetzung für wirksamen Umweltschutz in der Zukunft.

(Beifall)

Zum Umweltschutz gehört die Sicherung unserer Energieversorgung. Sie ist eine der wichtigsten und vorrangigsten Aufgaben für die nächsten Jahre. Sicherheit setzt dabei in erster Linie voraus, daß wir uns darauf besinnen, unsere Abhängigkeit von außen abzubauen. Der Ausbau aller vorhandenen Energieträger ist ebenso unverzichtbar wie die friedliche Nutzung der Kernenergie und die sparsame Energieverwendung.

Wir wollen nicht wegen der Entschlußlosigkeit der SPD auf unabsehrbare Zeit durch die Launen der Ajatollahs erpreßbar bleiben. Wir müssen jetzt für die Zukunft handeln!

(Beifall)

Die Erfahrungen der letzten Jahre und die innere Entwicklung in der SPD und auch in der FDP haben deutlich gezeigt, daß nur die CDU/CSU in der Lage ist, ein überzeugendes Energiesicherungsprogramm durchzusetzen, ein Programm, das die breite Zustimmung unserer Bürger findet.

(Beifall)

Eine große, vor allem die Mitarbeit der jungen Generation herausfordernde Aufgabe wird die Gestaltung einer lebenswerten Zukunft sein. Viele unserer Mitbürger sind heute der Meinung, daß die Mehrung unseres materiellen Wohlstandes allein keine befriedigende Zukunftsperspektive sein kann. Dabei geht es nicht um die Al-

ternative eines "einfachen Lebens", sondern um das Ziel eines sinnerfüllten Lebens. Nach zehn Jahren sozialdemokratischer Regierungsherrschaft in der Bundesrepublik Deutschland gibt es viele deprimierende Anzeichen menschlicher Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit:

- Die Drogensucht, der steigende Alkoholismus, die Flucht zu den Jugendsekten, die wachsende Zahl von Selbstmorden Jugendlicher, das alles hat sich in einem Jahrzehnt ereignet und verschärft, in dem die Sozialisten angeblich eine bessere Gesellschaft bauen wollten.

- Der Rückgang der Geburtenraten, die wachsende Zahl von Scheidungen, die Krise der Familie, dies alles ist nicht zuletzt auch ein Beweis dafür, daß die Menschen desorientiert sind, daß sie in ihre Zukunft nur noch wenig Hoffnung setzen.

Meine Freunde, dies ist einer unserer zentralen Punkte. Lassen Sie uns unseren Beitrag dazu leisten, daß wir in der Bundesrepublik Deutschland endlich wieder eine kinderfreundliche Gesellschaft bekommen.

(Beifall)

Die Politik, die dies alles mitzuverantworten hat, ist gescheitert. Sie war in ihrem Ergebnis zutiefst unsozial.

Anzeichen der Desorientierung in einer anonymen bürokratischen und für viele Mitbürger zunehmend als undurchsichtig empfundenen sozialen Umwelt ist auch die ständig steigende Nachfrage nach Beratung in allen Lebensbereichen. Selbst in den Kernbereichen des Privaten - Ehe, Familie, Erziehung - meinen immer mehr Menschen, ohne fremde Hilfe nicht mehr auskommen zu können.

Wenn sich heute eine große Zahl junger Mitbürger von unserer Gesellschaft abwendet, sich ins Private oder in sogenannte Subkulturen zurückzieht, dann ist das eine Absage an die Ergebnisse einer Politik, die technokratisch und ohne Herz und Sensibilität für die immateriellen Bedürfnisse der Menschen vonstatten ging. Vor allem die Kreativität, die Offenheit junger Mitbürger und noch mehr die Mitarbeit der Frauen in unserer Gesellschaft ist hier herausgefordert. Statt der häufig zu beobachtenden Emanzipation von der Familie bietet sich den Frauen hier eine Chance der Emanzipation für die Familie!

(Beifall)

Die Frage, wie wir in Zukunft leben wollen, wird eines der zentralen Themen der 80er Jahre sein. Hier gilt für uns der Satz: Die Familie muß wieder Mittelpunkt unseres eigenen Lebens werden, aber auch des Lebens unseres Staates. Der alte Satz - in den Gründerjahren dieser Republik ganz selbstverständlich - muß wieder Glanz und Geltung erhalten, daß nämlich eine gesunde Familie die Voraussetzung eines gesunden Staates ist.

(Beifall)

Die Familie ist der wichtigste Ort individueller Geborgenheit. Ehe und Familie sind das Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates. Diese ganz entscheidende Feststellung unseres Grundsatzprogramms muß den Weg aufzeigen. Die Perspektive, unter der wir die Gesellschaft und den Staat fortentwickeln wollen,

zeigt deutlich die geistig-moralischen und die sittlichen Grundlagen, die wir in der Familie sehen.

3o Jahre nach Gründung unserer Bundesrepublik Deutschland ist zu verzeichnen, daß die Gründergeneration mehr oder weniger abgetreten ist. Die Wähler, die im Oktober zum ersten Mal wählen, gehören dem Geburtsjahrgang 1962 an. Sie sind zu einem Zeitpunkt geboren, als sich Konrad Adenauer anschickte, die Kanzlerschaft der Bundesrepublik Deutschland niederzulegen. Sie haben nichts von jener großen Aufbauphase erlebt. Sie leben ganz selbstverständlich in Freiheit. Niemand sollte ihnen das vorwerfen. Gott sei Dank war es das Verdienst der Gründergeneration, daß jetzt eine ganze Generation in Deutschland in Frieden und Freiheit aufgewachsen ist!

(Lebhafter Beifall)

Aber wir alle spüren es in den Anfragen junger Mitbürger, in den Gesprächen und Diskussionen, daß uns immer wieder die Frage gestellt wird: Sind die materiellen Formen eures Staates so wichtig, sind Renten, Steuern und Finanzen wirklich alles? Die Fragen nach den geistigen, nach den sittlichen und den moralischen Grundlagen unseres Gemeinwesens werden gerade von Jungen mit äußerster Radikalität gestellt. Da genügt nicht die Antwort, daß wir "nur" sagen: Wir haben für die Renten die besseren Vorstellungen, wir haben für die Finanzreform die bessere Vorstellung. Das ist alles wichtig, aber junge Leute überzeugt dies allein noch nicht. Unser Beispiel muß sie überzeugen, meine Damen und Herren, unser Beispiel im Alltag des Lebens, auch im Alltag unserer Partei!

(Beifall)

Wir sagen in unserem Grundsatzprogramm: Im Mittelpunkt steht der Mensch, nicht das Kollektiv. Dann müssen wir aber auch danach handeln und das soziale Unrecht, das die Familien in diesen Jahren ins soziale Abseits gedrängt hat, endlich wieder beseitigen.

Deswegen sagen wir zu:

- Wir werden nach der Regierungsübernahme jeder Mutter ein Mutterschaftsgeld und ein Erziehungsgeld zahlen, weil wir ihre Funktion als Hausfrau und Mutter richtig zu würdigen wissen.

(Beifall)

- Wir wollen das Steuerrecht familienfreundlich gestalten und Kinderfreibeträge wieder einführen.

- Wir wollen familienfreundliche Wohnungen bauen.

Das alles ist finanzierbar. Wir haben es vorgerechnet. Ich füge hinzu: Es muß finanzierbar gemacht werden, selbst um den Preis, daß wir andere wichtige Leistungen in der Reihenfolge zurückstellen müssen, denn hier geht es um eine Priorität allerersten Ranges. Ohne die familiäre Entwicklung der Zukunft hat die Bundesrepublik Deutschland keine Zukunft!

(Beifall)

Wir werden nicht über die Frauen reden, sondern wollen mit ihnen gemeinsam den richtigen Weg finden. Wir werden den Beruf der Hausfrau und Mutter schrittweise sozial absichern. Es bleibt die per-

sönliche Entscheidung einer Frau, ob sie berufstätig ist oder nicht. Es bleibt die persönliche Entscheidung eines Ehepaares, ob es ja sagt zum Kind oder nicht. Aber wenn dieses Ehepaar ja sagt und wenn diese Hausfrau und Mutter zu Hause bleibt und ihre Kinder erzieht, dann hat sie einen juristisch wie moralisch berechtigten Anspruch, daß ihr Dienst genauso gewertet wird wie der einer berufstätigen Frau.

(Beifall)

Wir werden die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht wiederherstellen.

Wir werden die bruttolohnbezogene dynamische Rente wieder einführen. Wie damals bei Adenauer, Erhard und Kurt Georg Kiesinger sagen wir: Bei uns kann sich jeder Rentner darauf verlassen, daß seine Rente sicher ist. Bei uns wird es nicht passieren, daß die Rentner, die schon zwei Inflationen erlebt haben, jetzt wieder die Leidtragenden der Inflation sind. Die Rentner, meine Freunde, sind keine Almosenempfänger des Staates. Deshalb ist es ein Skandal, daß die Rentner in diesem Jahr bei 6 % Inflation nur 4 % mehr Rente bekommen. Dies ist ein Fall sozialer Demontage, und zwar bei solchen Mitbürgern, die sich nicht wehren können.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, dies ist ein ehrliches, dies ist ein solides, dies ist ein finanzierbares Programm.

Damit weiß jeder in unserem Land, was wir für ihn ganz persönlich tun wollen. Wir versprechen nicht allen alles. Aber wir halten, was wir versprechen.

Als die Generation unserer Väter vor den Trümmern des verlorenen Krieges stand, wagte sie die Vision eines freien Landes, das seine Not ohne ideologischen Zwang, ohne Mangelverwaltung, allein mit der Kraft und mit dem Lebensmut seiner Bürger überwinden wollte. Damals gehörte viel Mut zu dieser Vision der Freiheit. Mit diesem Mut, mit politischer Phantasie und mit dem Vertrauen in die schöpferische Kraft unserer Bürger wird es uns gelingen, diese Vision von Frieden und Freiheit auch für die Zukunft zu bewahren und wahrzumachen.

Meine Freunde, ich rufe Ihnen allen zu, und ich fordere uns alle auf: Für Frieden und Freiheit, für eine bessere Politik, für einen Wahlsieg der Union laßt uns gemeinsam kämpfen - mit Franz Josef Strauß, mit unserer Mannschaft, mit unseren Programmen, mit allen unseren Freunden draußen im Lande, einig, solidarisch und entschlossen! Es kommt auf jeden von uns an!

(Außergewöhnlich langanhaltender, sich steigernder lebhafter Beifall und wiederholte Bravo-Rufe; die Delegierten erheben sich)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Lieber Helmut Kohl, der Beifall für Sie - nicht nur nach, sondern auch vor dieser Rede - hat gezeigt, wie dankbar wir alle Ihnen sind. Sie haben in den letzten Jahren die CDU durch Erfolge und auch durch Rückschläge unbeirrbar, beharrlich und zuverlässig hindurchgeführt. Auf diesem Wege, meine Freunde, gab es nicht nur Freundschaft und Solidarität, sondern auch Enttäuschungen und Zwietracht. Um

so mehr, lieber Helmut Kohl, danken wir Ihnen für Ihre Treue, Ihr unermüdliches Eintreten für die Einheit der Union, Ihren kämpferischen Einsatz für unsere gemeinsame Sache.

(Lebhafter Beifall)

Lieber Helmut Kohl, die CDU Deutschlands weiß gerade nach den Erfahrungen der letzten Jahre, was sie an Ihnen hat. Zusammen mit Ihnen wollen wir geschlossen unseren Weg gehen: hin zum Erfolg für unsere gemeinsamen Ziele zum Wohle unseres Volkes und zum Wohle unseres Landes.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, damit sind wir am Ende unserer Plenarsitzung des Vormittags. Da wir am Nachmittag viel vor uns haben, bitte ich Sie herzlich, zur 2. Plenarsitzung pünktlich zu erscheinen. Es empfiehlt sich deshalb, das Mittagessen im Selbstbedienungsrestaurant im Saal 2, der unmittelbar hinter uns liegt, einzunehmen.

Die 1. Plenarsitzung des 28. Bundesparteitags ist damit geschlossen.

Ich rufe die 2. Plenarsitzung für heute mittag, 13.30 Uhr, ein.

(Unterbrechung von 12.27 Uhr bis 13.30 Uhr)

Montag, den 19. Mai 1980
2. Plenarsitzung
Beginn/ 13.30 Uhr

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Meine Freunde, ich eröffne die Nachmittagssitzung.

Zunächst frage ich, ob die Mandatsprüfungskommission ihre Arbeit abgeschlossen hat und der Vorsitzende jetzt Bericht erstatten kann. - Das ist der Fall. Dann rufe ich nunmehr Punkt 10 der Tagesordnung auf:

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Der Vorsitzende der Kommission, Norbert Kaczmarek, wird den Bericht erstatten. Ich erteile ihm das Wort.

Norbert Kaczmarek, Mandatsprüfungskommission:

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die Mandatsprüfungskommission hat heute getagt und dabei festgestellt, daß von den 781 Delegierten um 12 Uhr 752 anwesend waren.

(Beifall)

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren alle 30 anwesend.

(Beifall)

Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts bei Abstimmungen nach § 29 Abs. 5 - dort geht es im wesentlichen um Abstimmungen über das Statut, die Finanz- und Beitragsordnung sowie die Parteigerichtsordnung - nicht stimmberechtigt.

Die Überprüfung hat ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist. Der Parteitag ist beschlußfähig.

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank.
Wir kehren jetzt zu Tagesordnungspunkt 6 zurück: Grußworte.

Im Namen der christlich-demokratischen Parteien in Europa spricht nun der Generalsekretär der italienischen Christdemokraten, unser Freund Flaminio Piccoli, zu uns. Ich erteile ihm das Wort.

Flaminio Piccoli (mit Beifall begrüßt): Liebe Freunde! Ich werde mich in meinem unperfekten Deutsch ausdrücken.

(Beifall)

Es ist wirklich eine große Anstrengung; ich will es aber tun, um unseren großen Respekt für Eure große Partei auszudrücken.

(Beifall)

Es freut mich, Ihrem Parteitag den Gruß der italienischen Christdemokraten überbringen zu können, einen Gruß aufrichtiger Freundschaft auch in Hinsicht auf die Wahlen im Herbst, die für Europa von großer Wichtigkeit sind. Ein brüderliches Wort möchten wir an unseren Freund, den Vorsitzenden der CDU, Helmut Kohl, richten,

(Beifall)

mit dem uns nunmehr eine lange Zusammenarbeit verbindet. Aufrichtige Wünsche sprechen wir Ihrem Kanzlerkandidaten Franz Josef

Strauß aus, der auf die lebhafteste Solidarität der italienischen christlichen Demokraten zählen kann.

(Beifall)

Unsere Vorschläge sind keine gelegentlichen Vorschläge, sondern Ausdruck des gemeinsamen Willens, ein geeintes Europa aufzubauen, das wir mit unseren konkreten Idealen und einer an diesen Idealen orientierten Politik verwirklichen wollen. Ein neues Kapitel hat sich in den Beziehungen zwischen den europäischen christlichen Demokraten mit der Gründung der Europäischen Volkspartei und mit den europäischen Direktwahlen eröffnet. Dies ermöglichte es uns, uns im Rahmen europäischer Einrichtungen zu einem direkten Gedankenaustausch zu treffen, um die wichtigsten Probleme in Ruhe eingehend zu besprechen, angefangen bei den ökonomischen und monetären Problemen bis hin zu den internationalen Problemen. Bei diesem Treffen wurde auch das delikate Thema einer Bilanz betreffend eine gemeinsame Position in Europa behandelt. Für eine solche Position hat sich unser Freund Egon Klepsch, der mit großer Fähigkeit der Parlamentsfraktion der Europäischen Volkspartei vorsitzt, positiv ausgesprochen. Ihm möchten wir unseren besten Dank aussprechen.

(Beifall)

Die Verschiedenheit der regionalen Situationen hat also das Erreichen positiver Resultate nicht verhindert. Dieser bedeutende Anlaß gibt uns Grund, nachdrücklich zu betonen, daß dies die Basis für noch tiefergehende Entwicklungen in der Zukunft darstellt.

Liebe Freunde, auch wir in Italien haben zu kämpfen. Am 8. Juni müssen wir die Regional-, Provinz- und Gemeindewahlen - dies wird ein schwieriger Kampf - in Angriff nehmen. Für diese Wahlen wurde auf unserem letzten Bundesparteitag, zu dem mit Ihr Vorsitzender Kohl Ihre Grüße überbracht hat, für die wir erneut danken wollen, eine klare politische Linie festgelegt. Auf diesem Parteitag wurde mit Entschiedenheit und Bestimmtheit unsere negative Position gegenüber der italienischen Kommunistischen Partei bestätigt und deren Forderung nach Regierungsbeteiligung abgelehnt.

(Beifall)

Er hat auch der Wiederaufnahme direkter Gespräche mit der Sozialistischen Partei Italiens, die nun wieder in der Regierung ist, zugestimmt. An der Regierung sind auch die Republikaner beteiligt. Sie ermöglichen somit die Regierung Italiens nach einer Phase ungenügender und unstabiler Mehrheitsverhältnisse im Parlament. Es gab in Italien Stimmen, die schon in direkter Verbindung mit unseren Kongreßpositionen das Todesurteil über unsere aktuelle Legislatur aussprachen. Diese Propheten des Unglücks wurden Lügen gestraft.

(Beifall)

Es gelang uns in kurzer Zeit, die Regierungskrise beizulegen. Wir haben damit bewiesen, daß es möglich ist, auch in Italien eine Regierung ohne die Kommunistische Partei zu formen.

(Beifall)

Die Kommunistische Partei versucht nun, Verbindung mit den sozialdemokratischen Parteien Europas aufzunehmen. Zu einigen hatte sie auch in der Vergangenheit Beziehungen.

Wir stellen uns offen und mit Klarheit dem Urteil der Wähler mit einer Bilanz, die wir für positiv halten und beweisen, daß das Italien der 80er Jahre nicht ein sich in einer Mißlage befindliches Italien ist, sondern sich - wenn es alle wollen - der Wiederaufschwung durchsetzen kann. Wir hoffen, daß uns das italienische Volk eine positive Antwort in diesem schwierigen Kampf gibt.

(Beifall)

Liebe Freunde, in der Formulierung der Themen unserer internen Situation legen wir die größte Beachtung auf die schwerwiegende internationale Lage; denn diese beeinflußt immer mehr unsere Verhaltensweise. Wir bestätigen und bekräftigen die enge Verbindung mit unseren europäischen Verbündeten und mit den Vereinigten Staaten.

(Beifall)

Wir lassen nicht zu, daß eine derartige Beziehung geschwächt wird. Angesichts einer derartigen Weltkrise halten wir eine aufrichtige Partnerschaft, einen konstanten Dialog anläßlich der Gipfeltreffen der westlichen Verbündeten im Hinblick auf gemeinsame Entscheidungen für unerläßlich. Wir akzeptieren nicht, daß ein neues München eine neue europäische Phase kennzeichnet.

(Beifall)

Die Vergangenheit muß uns zu der Einsicht bringen, daß es nötig ist, flexibel in den Verhandlungen zu sein. Wir müssen jedoch auch die Fähigkeit haben, unsere Positionen zu verteidigen. Dabei dürfen wir das Risiko der Situation nicht verhehlen.

Wir haben ohne Zögern die Stationierung von Raketen der NATO auf unserem Territorium als einen unentbehrlichen Faktor einer gleichgewichtigen Verteidigung gegenüber der Macht und der Aggression der Sowjets bejaht.

(Beifall)

Wir sind für den Frieden. Die Christlichen Demokraten sind für den Frieden. Aber wir verpflichten uns, uns für die Sicherheit, die Respektierung der Rechte eines jeden Volkes, die Respektierung des ökonomischen und kulturellen Eigentums einzusetzen, um mit Erfolg den Kampf gegen Arbeitslosigkeit, Hunger und Armut, das wahre Unglück der Menschheit, aufzunehmen.

(Beifall)

Auch wenn in Italien einige Beobachter in der Polemik, die sich zwischen den politischen Kräften entwickelt, die Invasion in Afghanistan, einen wahren Akt des sowjetischen Imperialismus, mit der gescheiterten Blitz-Aktion Amerikas im Iran auf eine Stufe stellen, lassen wir uns nicht täuschen und verurteilen sie auf etwas Schwerwiegendes, das jedes grundlegende Recht ignoriert und nur den Sowjets einen Vorteil bringt. Nein, wir können uns keine Neutralität erlauben. Wir italienischen christlichen Demokraten stehen solidarisch an der Seite unserer westlichen Verbündeten

(Beifall)

und setzen uns für die Entspannung ein. Wir sagen: Diese ist wie der Frieden unteilbar. In diesem Sinne bestätigen die italienischen Christdemokraten ihre Verpflichtung, gemeinsam mit allen Schwesterparteien und somit auch der CDU/CSU die bewußte Identität des europäischen Bürgers zu definieren und zu vertiefen sowie auf diesem Wege die Teilnahme unserer Gastarbeiter in der Europäischen Gemeinschaft - viele davon befinden sich in der deutschen Bundesrepublik - zu konkretisieren.

Mit Nachdruck sagen wir den Italienern - und wir wiederholen das hier auf Ihrem Parteitag in Berlin; denn wir vertreten dieselben Ideen und haben dieselben Verpflichtungen -, daß wir die Pflicht haben, uns für die Verteidigung der staatsbürgerlichen Rechte, die in der heutigen Welt der moralischen und materiellen Gewalttätigkeit mißbraucht werden, einzusetzen.

(Beifall)

Vernehmen wir den Ruf der Unterdrückten der verschiedenen totalitären Regierungen des rückkehrenden Kolonialismus, des sowjetischen Imperialismus und seien wir solidarisch mit jenen, die für die Verteidigung des Rechtes eines jeden Volkes auf Unabhängigkeit, also für die Freiheit, kämpfen!

(Beifall)

In diesem Sinne wiederhole ich unseren freundlichen brüderlichen Gruß und möchte Ihnen sagen, daß die christliche Demokratie Italiens an Ihrer Seite steht, daß wir uns in Italien nicht der bewaffneten Partei gefügt haben und nicht fügen werden, auch nicht einem Terrorismus, der vor allem unsere Männer tödlich trifft. Ich habe gerade jetzt erfahren, daß wieder eine führende christdemokratische Persönlichkeit, Regionalassessor in Neapel, vor einigen Stunden ermordet wurde. Sein Opfer folgt vielen anderen, unter ihnen Aldo Moro.

Meine Freunde, wir sind mit Ihnen für die Errichtung eines freien demokratischen Europa. Wir hoffen, daß das unter christlich-demokratischer Führung geschaffen wird, und wir hoffen. daß es ab nächsten Herbst mehr freiheitliche Politik in Deutschland geben wird.

(Beifall)

Lothar Späth, Tagungspräsidium: Lieber Freund Piccoli, der Parteitag dankt Ihnen sehr herzlich für diese Ihre Rede und den besonderen Ausdruck der engen freundschaftlichen Verbundenheit der Christdemokraten Italiens mit der CDU. Wir danken Ihnen aber auch - das möchte ich hinzufügen - für die ganz klaren und besonders wichtigen Aussagen zur europäischen Bündnispolitik, zu unserem gemeinsamen Selbstverständnis zu dieser Bündnispolitik.

Wir setzen die Beratungen fort. Ich rufe nunmehr die Punkte 8 und 11 der Tagesordnung auf, die wir, entsprechend dem Beschluß von heute vormittag, gemeinsam beraten:

Bericht des Generalsekretärs und Vorstellung des Wahlprogramms der Union

Das Wort hat zu diesem Tagesordnungspunkt der Generalsekretär, unser Freund Dr. Heiner Geißler.

Dr. Heiner Geißler, Generalsekretär der CDU: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte zunächst unserem Freund Flaminio Piccoli unsere Anteil-

nahme und Solidarität aussprechen. Die Ermordung von Pino Amato, einem der führenden christlichen Demokraten Italiens, bewegt uns. Unsere Anteilnahme und unsere Solidarität gehören den Angehörigen und der Democrazia Cristiana. Aber ich glaube, wir müssen den Bürgern auch folgendes sagen. Dies ist nur einer von vielen Terroranschlägen gegen christliche Demokraten in Italien, aber auch in anderen Ländern der Welt. Die Konzentration des linken Terrorismus auf die christlichen Demokraten der ganzen Welt, auch bei uns in Deutschland vor wenigen Jahren, zeigt, daß die christlichen Demokraten das eigentliche geistige Bollwerk gegenüber dem Totalitarismus sind.

(Beifall)

Ich habe heute die Aufgabe, neben einem kurzen Bericht über das vergangene Jahr zu unserem Wahlprogramm Stellung zu nehmen. Ich darf Sie zunächst auf den Bericht der Bundesgeschäftsstelle hinweisen, den Sie in Ihren Tagungsmappen finden und den ich Ihrer aufmerksamen Lektüre empfehle. Ich verbinde mit der Vorstellung des Berichts meinen Dank gegenüber den Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, stellvertretend für alle gegenüber dem Bundesgeschäftsführer Ulf Fink, für die geleistete Arbeit

(Beifall)

und dafür, daß die Bundesgeschäftsstelle diesen Parteitag inhaltlich und organisatorisch so gut vorbereitet hat. Ich möchte noch eine zweite Bemerkung machen. Mit diesem Bundesparteitag leiten wir die dritte Phase unseres Bundestagswahlkampfes ein. Auch dazu liegen Ihnen die Materialien vor. Wir bauen diesen Bundestagswahlkampf auf den Erfahrungen des erfolgreichen Bundestagswahlkampfes 1976 und des Europawahlkampfes 1979 auf. Ich glaube, die Arbeit, die wir leisten, zeigt, daß die SPD die Schlagkraft unserer Organisation und des Konrad-Adenauer-Hauses zu Recht fürchtet. Ich zitiere den parlamentarischen-politischen Pressedienst der SPD: "Früher als Kanzlerwahlverein verspottet, haben sich CDU und CSU zu schlagkräftigen Mitgliederparteien gemausert. Die SPD muß eingestehen, daß ihr traditioneller und organisatorischer Vorsprung kaum noch existiert." Soweit wollte ich den politischen Gegner zitieren.

Ich möchte auch Fritz Zimmermann an dieser Stelle herzlich danken. Bei der Vorstellung unseres Wahlprogramms in der CSU-Landesgruppe in Bonn hat er den Mitarbeitern des Konrad-Adenauer-Hauses gesagt, daß die CDU im edlen Wettstreit mit der CSU in ihrer Wahlkampfeffektivität die CSU mittlerweile eingeholt und sogar überholt habe. Es fällt natürlich einem gestandenen CSU-Mann nicht leicht, so etwas zu sagen; aber die Wahrheit beflügelt uns alle für den kommenden Bundestagswahlkampf.

(Beifall)

Wir haben seit dem letzten Bundesparteitag in Kiel bewegte Zeiten und wichtige, auch spannende Wahlkämpfe erlebt. Ich nenne hier nur einige besonders wichtige Ereignisse. Wir diskutieren oft lange über Niederlagen und vergessen schnell die Siege. In Schleswig-Holstein hat die CDU in einem schweren Wahlkampf, auf dem Höhepunkt der Auseinandersetzung um die Kernenergie, mit Gerhard Stoltenberg ihre Position erfolgreich behauptet.

(Beifall)

Wir haben mit der absoluten Mehrheit in der Bundesversammlung, ein einmaliges historisches Ereignis in der Parteiengeschichte der Bundesrepublik Deutschland, Karl Carstens zum Bundespräsidenten der Bundesrepublik Deutschland gewählt.

(Beifall)

Wir haben mit über 49 % der Stimmen bei den ersten Europa-Wahlen ein überragendes Ergebnis erzielt. Christliche Demokraten und Konservative sind gegen Sozialisten und Kommunisten in Europa die stärkste politische Kraft geworden. Im übrigen ein Beweis dafür: Wir können auch auf Bundesebene - und die geringere Wahlbeteiligung, das können wir beweisen, spricht nicht dagegen - absolute Mehrheiten erringen.

(Beifall)

Franz Josef Strauß wurde von der Bundestagsfraktion zum Kanzlerkandidaten nominiert. Er - nicht Helmut Schmidt - muß Kanzler werden im Herbst dieses Jahres.

(Beifall)

Wir gratulieren der CDU von Baden-Württemberg und Lothar Späth zu der erneuten klaren, absoluten Mehrheit, ebenso der saarländischen CDU und Werner Zeyer, der sich in kurzer Regierungszeit mit seiner Koalition durchgesetzt hat.

(Beifall)

In Nordrhein-Westfalen hat unsere Partei einen harten und durch den Tod unseres Freundes Heinrich Köppler überschatteten Wahlkampf führen müssen. Ich war - wie viele andere - in Nordrhein-Westfalen mit im Wahlkampf, und wir alle haben festgestellt: Die Christlichen Demokraten in Nordrhein-Westfalen haben mit hohem Einsatz in einer schwierigen Situation gekämpft. Ich möchte unseren Freunden in Nordrhein-Westfalen sagen, daß ihnen unsere ganze Solidarität und Anerkennung gehört.

(Beifall)

Wir müssen natürlich aus dem Landtagswahlkampf in Nordrhein-Westfalen Schlüsse für die Strategie und die Aussage für die Bundestagswahl am 5. Oktober ziehen, weil wir aus diesem Wahlkampf ablesen können, mit welchen Methoden, mit welcher Strategie und mit welchem Ziel die SPD den Bundestagswahlkampf bestreiten wird. Die SPD will dem Bürger einreden, es gehe bei der Bundestagswahl um die Alternative Krieg oder Frieden. Der Versuch von Helmut Schmidt, die SPD mit Frieden und die Union mit Krieg gleichzusetzen, ist eine Geschichtslüge und wird wie jedes Lügengespinst zerreißen.

(Beifall)

Hätten die Sozialdemokraten in den ersten 20 Jahren die Bundesrepublik Deutschland regiert, dann gäbe es heute keine Mitgliedschaft in der NATO, dann gäbe es heute keine Europäische Gemeinschaft, dann gäbe es heute keinen deutsch-französischen Freundschaftsvertrag, dann hätten wir in der Tat eine andere Republik, eine Republik mit sicherlich weniger Frieden und mit weniger Freiheit.

(Beifall)

Was den inneren Frieden anbetrifft, meine Damen und Herren - lassen Sie uns das den Sozialdemokraten gegenüber offensiv vertreten -: Wir, nicht die Sozialdemokraten, haben den sozialen Frieden auf der Grundlage einer wirtschaftlichen und sozialen Ordnung geschaffen und begründet, die uns die Sozialisten auf der ganzen Welt erst einmal nachmachen müssen.

(Beifall)

Nicht Krieg oder Frieden ist das Thema, sondern Frieden und Freiheit. Dies ist die Aussage unseres Wahlprogramms: Frieden und Freiheit nach außen und Frieden und Freiheit im Innern. Es geht um die großen grundsätzlichen Alternativen: Frieden in Freiheit statt Frieden unter sowjetischen Bedingungen, Investitionen für die Zukunft und nicht nur für die Gegenwart, Partnerschaft statt Klassenkampf. Das sind die drei großen, übergreifenden Themen unseres Wahlprogramms. Es geht letzten Endes darum, ob das Modell Bundesrepublik Deutschland, das wir Christliche Demokraten nach dem Kriege geschaffen haben, gefestigt und ausgebaut wird oder ob diese Republik in den absoluten SPD-Staat abgleitet.

Meine Damen und Herren, wir müssen uns darüber im klaren sein: Diese grundsätzliche Auseinandersetzung zu verschleiern, ist die Absicht der SPD. Wir müssen besonnen und ruhig überlegen, wie wir diese Strategie durchkreuzen können.

Bisher konnte der absolute SPD-Staat verhindert werden. Dafür gibt es ja Gründe: Das Bundesverfassungsgericht hat trotz der Versuche der Einschüchterung durch die Bundesregierung seinen Verfassungsauftrag erfüllt. In zwei Dritteln aller Städte und Gemeinden stellt die CDU den Bürgermeister oder Oberbürgermeister. Über die Hälfte der Bürger lebt in christlich-demokratisch regierten Bundesländern, und der Bundesrat verfügt über eine Mehrheit der Union. Wir haben aus dieser Position auch in den letzten vier Jahren die Politik dieses Landes mitgestaltet.

Aber nach der Wahl in Nordrhein-Westfalen müssen wir uns mit der Frage auseinandersetzen, was aus dieser Republik würde, wenn die Machtübernahme der SPD sich am 5. Oktober im Bund wiederholte. Ich bin mir sicher, die Bürger wollen keine absolute Mehrheit der SPD.

(Beifall)

Ich bin mir genauso sicher, daß die Freien Demokraten die Bürger vor dieser Gefahr nicht schützen können.

(Zustimmung)

Die Liberalen sind im Blockbündnis mit der SPD nicht Freie Demokraten geblieben. Sie sind zu Filialdemokraten der SPD geworden.

(Beifall)

In Düsseldorf wurde die Filiale über Nacht geschlossen. Wir wenden uns deshalb an die liberalen Wähler, die in der politischen Verbindung von Helmut Schmidt, Graf Lambsdorff und Herbert Wehner einen politischen Sinn erblickt haben. Wir geben ihnen zu überlegen, welchen Sinn es hat, eine Partei zu wählen, von der man nicht weiß ob sie über 5 % kommt; eine Partei, die beim Kostendämpfungsgesetz mit der SPD stimmt, aber hinter vorgehaltener Hand den Ärzten sagt, die CDU werde dies im Bundesrat schon reparieren; eine Partei, die mit der SPD den Kinderfreibetrag ablehnt, aber im Stillen darauf hofft, daß die CDU im Bundesrat

ihn durchsetzt; eine Partei, die mit der SPD eine Verschärfung des Vermögensteuerrechts beschließt und sich bei den Unternehmern mit dem Hinweis entschuldigt, das müsse man dem Koalitionspartner zuliebe tun, aber die CDU werde das im Bundesrat schon richten; eine Partei, die mit den Sozialdemokraten eine verschärfte Besteuerung der Bauern beschließt, Herrn Ertl aber sagen läßt - mit Hinweis auf den Bundesrat -, so heiß würden die Kartoffeln nicht gegessen; eine solche Partei wird den absoluten SPD-Staat nicht verhindern. Wer diesen nicht will, kann die FDP vergessen, er muß die Union wählen.

(Beifall)

Wie ist unsere Strategie?

Erstens. Wir müssen nicht in erster Linie danach fragen, was Helmut Schmidt sagt, sondern danach, was die SPD will. Wir müssen jedem Bürger klarmachen: Wer Schmidt wählt, liefert diesen Staat der SPD aus; er wählt, ob er es will oder nicht, den SPD-Staat.

Zweitens. Wir werden in diesem Wahlprogramm, das wir heute vorstellen, die Überlegenheit und die Faszination einer freiheitlichen und sozialen Politik deutlich machen - unverkürzt, unverfälscht, mit Argumenten und offensiv.

Nun möchte ich etwas zu dem Thema "Der SPD-Staat und die Alternative der Union" sagen. Unter der Regierungsverantwortung von SPD und FDP ist die Politik eindimensional geworden, sie hat nur die erste Dimension, die der Gegenwart, berücksichtigt und die zweite Dimension, die der Zukunft, vernachlässigt. Was hat diese Frage mit dem SPD-Staat zu tun? Der Generationenkonflikt, die dramatische Staatsverschuldung, die Diskriminierung von Kindern und Familien, die ungesicherte Energieversorgung, das Schwinden der Widerstandskraft gegenüber der Bedrohung unserer Demokratie nach innen und außen beweisen, daß der Zukunftsbedarf der Gesellschaft von den Sozialdemokraten systematisch unterschätzt wird. Die zentrale Frage dieses Jahrzehnts ist die Wiederherstellung des richtigen Verhältnisses zwischen Gegenwart und Zukunft.

Es ist bemerkenswert, was die Sozialdemokraten auf diese zentrale Frage, auf die zentrale Frage der Zukunft, in ihrem Wahlprogramm "1o Gründe, SPD zu wählen" unter Punkt 7 antworten. Die Überschrift: "Wer morgen sicher leben will, muß heute die Zukunft gestalten. Deshalb werden wir alles daransetzen, die Wohnwelt menschlicher zu gestalten."

Ich frage: Wie? Keine Antwort. Ich zitiere weiter: "Deshalb machen wir" - so die SPD - "eine andere Verkehrspolitik."

Ich frage: Welche? Keine Antwort. Das Zitat geht weiter: "Deshalb kann sich die junge Generation auf unsere Solidarität verlassen."

Ich frage: Was schlägt die SPD vor? Sie gibt keine Antwort. "Und deshalb fragen wir uns - sagt die SPD - "ob alles technisch Mögliche auch gesellschaftlich wünschbar ist; das gilt besonders für die neuen Medien."

Punkt, Ende des Zitats. Das ist alles.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, diese Aussage beweist: Die SPD hat überhaupt nicht begriffen, worum es heute geht.

(Beifall)

Ich habe früher schon einmal gesagt: Der Sozialismus hat im letzten Jahrhundert schon keine richtigen Antworten gegeben, aber er hat wenigstens einige richtige Fragen gestellt. Heute stellen die Sozialdemokraten nicht einmal mehr die richtigen Fragen.

(Beifall)

Dies, meine Damen und Herren, hat seinen Grund in der Person des Bundeskanzlers - er ist die personifizierte Perspektivlosigkeit-,

(Beifall)

aber auch in der geistigen Grundlage seiner Partei.
Ich bin davon überzeugt, daß zur Erfüllung der Aufgabe, in der Gegenwart die Weichen für die Zukunft richtig zu stellen, in der Gegenwart Opfer für die Zukunft zu bringen, den Interessen der Zukunft den Vorrang zu geben, letztendlich nur eine Partei in der Lage ist, die von ihren Grundlagen her daran glaubt, daß der Sinn der Politik über die Gegenwart, über die eigene Generation, über das Diesseits hinausreicht und daß dazu nur Menschen fähig sind, die wissen, daß ihre politischen Entscheidungen über das eigene Leben hinaus einen Sinn haben. Politische Parteien, die auf materialistischen oder positivistischen Philosophien aufbauen, sind dazu nicht in der Lage, weder der liberalistische Kapitalismus, der den Menschen auf den homo oeconomicus, der keine Fragen nach den Werten jenseits von Angebot und Nachfrage stellt, verkürzt, noch der Sozialismus, dessen wichtigste Grundlage der Historische und Dialektische Materialismus ist.

Wir haben ein anderes Menschen- und Weltbild, das über eine Generation, das Diesseits und die Gegenwart hinausweist. Für uns ist das Gemeinwesen kein Selbstbedienungsladen und keine Gegenwartsgesellschaft mit beschränkter Haftung für die Zukunft. Wir haben den Mut zu sagen: Der Mensch hat nicht nur Rechte in der Gegenwart, er hat auch Pflichten für die Zukunft.

(Beifall)

Ein zweiter fundamentaler Unterschied kommt hinzu. Wir bestreiten den demokratischen Sozialisten nicht, daß sie das Glück der Menschen wollen. Aber wir unterscheiden uns von ihnen dadurch, daß die Sozialisten das Glück, das s i e für richtig halten, den Menschen aufzwingen wollen, während wir die Voraussetzungen dafür schaffen, daß jeder sein Glück selber finden kann. Wir setzen auf Kreativität, Vielfalt, Freiheit, Personalität, während der Sozialismus sich selbst ein Monopol für die wahre Demokratie und für die richtige Politik zuspricht, während er den Anspruch erhebt zu wissen, was das Glück des Menschen ist.

Helmut Schmidt hat vor dem Parteirat der SPD am 13. Februar 1969 in Bonn gesagt: "Der demokratische Staat ist nichts anderes in seinem Fundament als die Sozialdemokratische Partei." Helmut Schmidt setzt hier - wie schon die SPD im Godesberger Grundsatzprogramm - Demokratie und SPD in eins. Deswegen spreche ich vom SPD-Staat.
Überall dort, wo die Sozialdemokraten an der Macht sind, trifft der Bürger in den Ämtern die Genossen. SPD-Staat, das ist die

Verbindung von Parteibuch und Inkompetenz.

(Beifall)

Wie ist es eigentlich zu erklären, daß in SPD-regierten Ländern, beim HeLaBa-Skandal in Hessen angefangen bis zum Klinikum in Aachen und zum Steglitzer Kreisel in Berlin, Finanzpleiten und Skandale aufeinander folgen, dagegen in keinem von der Union regierten Land - ich wiederhole: In keinem und zu keinem Zeitpunkt - ähnliches geschehen ist? Wie ist das zu erklären, meine Damen und Herren?

(Beifall)

Der Grund liegt darin, daß im SPD-Staat in wichtigen Positionen die falschen Leute sitzen, weil die richtige Gesinnung wichtiger als Können und Leistung ist.

(Beifall)

Und noch etwas zu diesem SPD-Staat: Während sich am 6. Mai 1980 in der Bremer Innenstadt die Demonstranten zu ihrem gewalttätigen Marsch auf das Weserstadion formierten, wurde in Radio Bremen unverhohlen Stimmung für diese Demonstration gemacht. Da hieß es: "Im Weserstadion demonstriert die Bundeswehr" und "Beim Demonstrieren hilft dem Militär Karl Carstens"; da war davon die Rede, es sei einfach Blech zu sagen, die Demonstration sei kommunistisch gesteuert.

Was ist das eigentlich? Radiostationen als Einsatzzentralen gewalttätiger Demonstrationen? Wir sind Ernst Albrecht und Gerhard Stoltenberg dankbar dafür, daß sie ein Zeichen für die Informations- und Meinungsfreiheit in der Bundesrepublik Deutschland gesetzt haben.

(Starker Beifall und Bravo-Rufe)

Die SPD an der Macht, das bedeutet auch die Bedrohung aller Institutionen und Gemeinschaften, die sich dem Absolutheitsanspruch des demokratischen Sozialismus widersetzen. Im Zweiten Familienbericht, von dem sich die SPD nie distanziert hat, heißt es: "Die Erziehung der Kinder ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe besonderer Art und Bedeutung. Die Wahrnehmung dieser Aufgaben überträgt unsere Gesellschaft Familien und außerfamiliären pädagogischen Einrichtungen".

Es ist vom "Erziehungsmonopol der Eltern" die Rede, und angestrebt wird "eine soziale Kontrolle elterlichen Erziehungshandelns", denn "die private Verfassung des Familienraumes hindert genaue Transparenz und schnelle Interventionen". Der erste Entwurf der Bundesregierung zum Recht der elterlichen Sorge hat es so formuliert: "Der junge Mensch muß aus der Fremdbestimmung der Eltern befreit werden." Wir wollen hier einmal feststellen, daß all diese Vorstellungen in totalitäre Herrschaftssysteme gehören, aber keinen Platz in einer freiheitlichen Gesellschaftsordnung haben.

(Beifall)

Die SPD gibt das Mutterschaftsgeld nur Frauen, die im Produktionsprozeß stehen. So ist es Gesetz geworden. Schmidt sagt, dies hätte finanzielle Gründe. Wir wissen, daß für die Sozialdemokraten mehr dahintersteckt. Marx hat den Menschen als pro-

duzierendes Wesen definiert und erklärt, daß gesellschaftlich relevante Leistungen nur im industriellen Produktionsprozeß erbracht werden können. Es ist in diesem Sinne marxistisch konsequent, daß die DDR die Alten und Rentner über die Zonengrenze in den kapitalistischen Westen läßt, denn sie erzielen aus marxistischer Sicht keine gesellschaftlich relevante Leistung mehr, aber es entspricht derselben geistigen Wurzel, daß die Sozialdemokraten das Mutterschaftsgeld nur berufstätigen Müttern zugestehen. Kinderhaben und Kindererziehung ist offenbar für die SPD keine Aufgabe, sondern eine Unterbrechung der Erwerbstätigkeit.

(Beifall)

Die Union versteht unter Gleichberechtigung dagegen die Wahlfreiheit zwischen einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten. Die Frau muß frei entscheiden können, ob sie ihre persönliche Entfaltung entweder in der Familie oder in einer Berufstätigkeit außerhalb der Familie oder der Verbindung von beidem will. Die wirkliche Gleichberechtigung wird erst dann erreicht sein, wenn jede Frau in jeder Lebensphase den Schwerpunkt ihrer Arbeit nach eigener Entscheidung setzen kann.

Auf dem Kulturpolitischen Kongreß der SPD in Böblingen 1969 wurde der Berliner Wissenschaftssenator Peter Glotz zum unfreiwilligen Kronzeugen dieses SPD-Staats, von dem wir gerade reden, indem er die Hoffnung beschrieb, die die Sozialdemokraten in eine tiefgreifende Umgestaltung des Bildungssystems gesetzt hatten. "Wir haben unsere ganze Hoffnung," so sagte Peter Glotz, "insbesondere nach der Diskussion um das Godesberger Programm, an die Bildung und an das Bildungssystem gehängt. Es hat viele gegeben, die gesagt haben: Die Umgestaltung der Wirtschaftsordnung ist schwer möglich oder nicht nötig; laßt uns das Bildungssystem umgestalten. Damit ist dann die Gesellschaft auch in eine sozialistische zu verwandeln."

Die Gesamtschule in Frankfurt-Nord-West-Stadt unterrichtet fast 4000 Schüler. Es ist klar, daß durch die Vermassung in diesen Riesenkästen und das komplizierte Kurssystem die schwächeren Schüler, die Hemmungen haben, untergehen. Das Gefühl, in der Masse verloren zu sein, nicht mehr wie früher in einem vertrauten Beziehungsfeld zu stehen, bewirkt bei robusten Naturen Neigung zu Aggression, bei schwächeren das Gefühl von Vereinsamung und Ängst. Die Erfahrung zeigt: Der isolierte Jugendliche ist anfälliger für den Sozialismus. Wir müssen sogar sagen: Der Sozialismus braucht den entwurzelten Menschen, damit er ihn besser manipulieren kann.

(Beifall)

Wir lehnen diese Bildungspolitik des SPD-Staates ab. Wir wollen die menschliche Schule, ein überschaubares Schulsystem, das Geborgenheit und Vertrauen ermöglicht.

Lassen Sie mich noch auf eines hinweisen. Es ist eine der großen Errungenschaften der politischen Kultur, daß in den bürgerlichen Demokratien der Neuzeit die wirtschaftliche und die politische Macht getrennt wurden. Dadurch wurde der Feudalismus abgelöst, um mit dieser Gewaltenteilung die Freiheit des Bürgers wirkungsvoll zu sichern. Wir müssen heute verhindern, daß durch Investitionslenkung, Investitionskontrolle und die daraus folgende Vergesellschaftung der Unternehmen die Unabhängigkeit und Autonomie

der unternehmerischen Entscheidung zerstört werden und in einer neuen Art von Feudalismus rote Barone die politische und wirtschaftliche Macht in eine Hand bekommen.

(Beifall)

Orwells "1984" ist keine Utopie. Sie kann relativ rasch Realität werden. Wir wollen den Vorzug des freiheitlichen Staates erhalten, daß er dem einzelnen Leben, Freiheit und das Recht, sein Glück zu finden, garantiert - so die klassische Formulierung der amerikanischen Unabhängigkeitserklärung. In den 80er Jahren geht es um die Frage, ob der einzelne auch in Zukunft dieses Recht und die Möglichkeit haben wird, es zu gebrauchen. Ich weiß, es wird viele geben, die glauben wollen, daß der SPD-Staat keine reale Gefahr ist. Seine konkreten Lebensumstände findet der einzelne leicht für beweiskräftiger als die Programme, die Zielsetzungen, die ja zunächst Worte und Gedanken sind und die nur Zug um Zug und Schritt um Schritt in die Tat umgesetzt werden.

Was uns aber vom SPD-Staat trennt, ist in Wirklichkeit viel weniger, als eben viele glauben. Es sind in Wirklichkeit nicht mehr als einige hunderttausend Stimmen, auf die es bei der nächsten Wahl ankommt.

Meine Damen und Herren, der politische Gegner glaubt, er hätte diesmal bei der Bundestagswahl leichtes Spiel; doch er wird sich täuschen über die Kraft, die in unserer Partei steckt.

(Beifall)

Die CDU ist in schwerer Zeit entstanden. Sie ist geboren im Widerstand gegen den Nationalsozialismus und aus der geschichtlichen Notwendigkeit, die jahrhundertealte politische Spaltung unseres Volkes in Konfessionen, Regionen und soziale Gruppen zu überwinden. Sie hat ihren geschichtlichen Auftrag seit über 30 Jahren immer gegen schwere Widerstände durchsetzen müssen. Sie hat das letzte Jahrzehnt in der Opposition zu einer beispielhaften geistigen Erneuerung genutzt. Der geschichtliche Auftrag unserer Partei bleibt.

Das Grundsatzprogramm und das auf dem Grundsatzprogramm aufgebaute Wahlprogramm 1980 geben Zeugnis, mit welchem Ethos und mit welchem Ziel wir diesen geschichtlichen Auftrag in den 80er Jahren erfüllen wollen. In dieser Frage nach den Zielen und Gründen der Politik liegt die entscheidende Schwäche des SPD-Kanzlers. Der SPD-Staat ist in Theorie und Praxis erkennbar. Helmut Schmidt redet vom Machbaren und Möglichen. Aber wir fragen: Machbar wozu und möglich warum? Schmidt bekennt sich zur Mitbestimmung, aber Sozialdemokraten wollen mehr. Er spricht vom Gleichgewicht der Kräfte, aber Sozialdemokraten nennen die Nachrüstung der NATO eine Provokation. Welchen Weg nimmt dieses Land unter seiner Führung?

(Beifall)

Die SPD hat in den vergangenen Monaten ein diffuses Bild unserer außenpolitischen Lage gezeichnet. Tadel für Amerika, Verständnis für die Sowjetunion, Beschreibung der Ohnmacht des Westens und der Übermacht der Sowjetunion. Sollte hier ein Szenario entworfen werden, das immer mehr Bürgern plausibel machen soll, daß der Friede in Europa nur gesichert bleiben könne, wenn bestimmte neue Bedingungen der Sowjetunion erfüllt werden, der europäische Friede auch Bestandteil der pax sowjetica werde? Ich bin davon überzeugt, daß dieses schillernde, in sich widersprüchliche,

fast groteske Bild das Resultat mangelnder innerer moralischer Kraft ist, in der Gefahr, in der wir uns heute befinden, klar Position zu beziehen.
Die Unsicherheit und Angst, die hinter dieser Politik stecken, sind in Wahrheit aber unbegründet.
Der Westen ist stark. Die Leistungskraft der Sowjetunion und des gesamten Ostblocks entspricht bei weitem nicht der Leistungskraft der freien Staaten der westlichen Welt. Sie ist sogar im Vergleich zu derjenigen der freien Staaten der westlichen Welt in den letzten Jahren gesunken. Realistisch gerechnet ist die Wirtschaftskraft der Sowjetunion heute kaum größer als die der Bundesrepublik Deutschland und kleiner als die Japans, von einem Vergleich mit der gesamten Wirtschaftskraft des freien Westens gar nicht zu reden.

Am Lebensstandard gemessen ist die Sowjetunion ein Entwicklungsland. Die Führer in der Sowjetunion haben die Hoffnung längst aufgegeben, den Westen einholen zu können. Die Bedeutung der Sowjetunion beruht allein auf militärischer Macht, deren Hochrüstung die sowjetische Diktatur mit einer gnadenlosen Ausbeutung der sowjetischen Bürger erkauft. 2 Millionen Menschen leben in der Sowjetunion heute in Konzentrationslagern.

Dem Westen fehlt also gar nicht die Macht, Frieden und Freiheit durchzusetzen. Ihm fehlt nicht die materielle und finanzielle Überlegenheit, auch nicht die militärische Möglichkeit, Frieden und Freiheit zu sichern. Er hat Macht und Überlegenheit, aber es gibt Führer und Parteien in den westlichen Ländern, denen die innere, die geistige und moralische Kraft fehlt, Macht und Überlegenheit mutig und entschlossen für die Freiheit einzusetzen, und die die Bereitschaft verloren haben, Moral und Recht den Vorzug vor Bequemlichkeit und Geschäft zu geben.

(Beifall)

Ich glaube nicht, daß wir zur Erneuerung dieser inneren Kraft in der Bundesrepublik Deutschland auf die SPD warten und auf diese Partei und ihren Kanzler bauen können. In unserem Grundsatzprogramm, auf dem unser Wahlprogramm aufbaut, steht: "Der Mensch ist zur sittlichen Entscheidung befähigt. In verantworteter Freiheit sein Leben und die Welt zu gestalten, ist Gabe und Aufgabe für den Menschen." Danach zu handeln, ist unser Auftrag.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Lieber Heiner Geißler, der Parteitag hat Dir durch diesen Beifall für Deinen Bericht und für die Vorstellung des Wahlkampfprogramms gedankt. Aber, meine Freunde, ich glaube, der Parteitag dankt Heiner Geißler darüber hinaus für seinen unermüdlichen, aufrechten und tapferen Dienst für unsere Partei.

(Beifall)

Er dankt für ein ganzes Jahr klarer, kluger, zielstrebiger Politik und dafür, daß durch diese Rede eben die Strategie gewiesen worden ist, wie die Union den Wahlkampf gewinnen kann. Herzlichen Dank dem Generalsekretär der Christlich Demokratischen Union!

(Beifall)

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, werden die Mitglieder der Antragskommission gebeten, sich um 18.oo Uhr im Sitzungszimmer der Antragskommission zu einer weiteren Sitzung einzufinden.

Ich rufe jetzt die Tagesordnungspunkte 9 und 12 auf: 9. Aussprache zu den Berichten des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs, 12. Aussprache und Verabschiedung des Wahlprogramms.

Das Tagungspräsidium schlägt Ihnen vor, diese Aussprachen in den nächsten Stunden in sechs große Beratungsblöcke zu gliedern. Im Block 1 wollen wir eine Generalaussprache über die Berichte des Parteivorsitzenden und des Generalsekretärs führen sowie über die Präambel und den Wahlaufruf am Schluß des Wahlprogramms diskutieren. Im Block 2 sollen die Ziffern 1.1 bis 1.5, in Block 3 die Ziffern 2.1 bis 2.2 sowie 2.8 und 2.3 behandelt werden. In Block 4 rufen wir die Ziffern 2.4, 2.5, 2.6 und 2.7 zur Beratung auf. Als Block 5 wird Ziffer 2.9 aufgerufen. In Block 6 stehen abschließend die Ziffern 2.1o, 2.12, 2.13, 2.14 und 2.15 zur Beratung.

Das Präsidium macht darauf aufmerksam, daß es nach § 18 Abs. 3 der Geschäftsordnung die Redezeit auf fünf Minuten begrenzen kann. Wir wollen von dieser Möglichkeit zunächst noch keinen Gebrauch machen, in der Hoffnung, daß sich die Redner ohne vorher festgelegten Zwang freiwillig kurz fassen. Das Tagungspräsidium bittet um Einverständnis, daß wir für jeden der sechs Beratungsblöcke etwa 45 Minuten Zeit vorsehen. Damit jedoch insgesamt ausreichend Zeit zur Verfügung steht, haben wir die Berliner Freunde gebeten, den Berlin-Abend erst um 21.oo Uhr beginnen zu lassen. Ich darf fragen, ob sich zu diesem Vorschlag betreffend Gliederung der Diskussion Widerspruch erhebt. - Da das nicht der Fall ist, werden wir so verfahren.

Ich bitte denjenigen, der sich zu Wort melden möchte, den Wortmeldezettel vollständig auszufüllen und beim Tagungspräsidium abzugeben. Dabei möge bitte vermerkt werden, wozu der einzelne sprechen möchte, am besten durch Angabe der Ziffer.

Ich eröffne jetzt die Aussprache zum Beratungsblock 1. Es handelt sich um die Generalaussprache, auch um die Diskussion über Präambel und Wahlaufruf. Wer eine Wortmeldung abgeben möchte, möge das bitte bei den Hostessen an den Treppen zu dieser Tribüne tun. Ich benutze diese Gelegenheit, den Hostessen für ihren Dienst während dieses Parteitages schon hier sehr herzlich zu danken.

(Beifall)

Die erste Wortmeldung zum Rechenschaftsbericht kommt von Herrn Franz-Josef Jung von der Jungen Union. Ich darf Herrn Jung bitten. An ihn schließt sich Herr Jäger, Wangen, an.

Dr. Franz-Josef Jung, Bundesvorstand: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Heiner Geißler hat im Vorfeld zu dieser Zusammenkunft in Berlin diesen Parteitag als einen Parteitag der Ermutigung bezeichnet. Nach Auffassung der Jungen Union ist aber aller Wille zu Geschlossenheit und Motivation nicht ausreichend, wenn es uns nicht gelingt, die Ansätze - die hier auch in der Rede von Helmut Kohl zum Ausdruck kamen - zu einer programmatischen Profilierung zu erreichen und über ein

paar Punkte in der Vergangenheit nachzudenken, die zu noch mehr programmatischer Profilierung unserer Partei nach außen beitragen.

Hierbei kann es nach unserer Auffassung - ich sage dies offen - nicht darum gehen, persönliche Schuldzuweisungen vorzunehmen. Es muß vielmehr darum gehen, selbst mit dazu beizutragen, mehr Mut und Entschlossenheit in unseren eigenen Reihen zu verbreiten und die Voraussetzungen für die parteipolitische Profilierung zu schaffen. Aus der Sicht der Jungen Union muß deshalb die Frage aufgeworfen werden, ob nicht die Konzentration auf die wichtigsten Punkte, die zwischen uns und der SPD kontrovers sind - sie kommen auch im Wahlprogramm zum Ausdruck -, in der Wahlkampfauseinandersetzung dringend geboten ist und ob nicht dort, wo die SPD die Angriffsflächen bietet, unsere entscheidende Wahlkampfauseinandersetzung erfolgen muß. Wir meinen, daß gerade die wichtigen Kapitel des Programms - die Fragen der Familienpolitik, der Bildungspolitik, der Energiepolitik, Fragen der Vollbeschäftigung und der Jugendpolitik sowie die Problematik der finanziellen Belastbarkeit des Bürgers - mehr als in der Vergangenheit in den Vordergrund gerückt werden müssen, weil die SPD gerade auf diesen Gebieten die entscheidenden Schwachpunkte aufweist und wir die besseren Alternativen anzubieten haben.

Meine Damen und Herren, deshalb sage ich auch folgendes etwas kritisch an die Adresse des Parteitags. Nach unserer Auffassung trägt ein Wahlprogramm, das erst drei Wochen nach Antragsschluß vorgelegt wird, nicht dazu bei, auch die innerparteiliche Motivierung zu fördern, die notwendig ist, um den entscheidenden Wahlerfolg zu erreichen.

(Beifall)

Aus der Sicht der Jungen Union hätten wir uns gewünscht, daß wir Zeit und Gelegenheit dazu gehabt hätten, das Programm im Vorfeld dieses Parteitages zu diskutieren und hier sodann zu verabschieden.

(Beifall)

Dies schließt nach unserer Auffassung auch die Bewertung und die Behandlung der eigenen Programme ein, die teilweise durch führende Persönlichkeiten unserer Partei in der Öffentlichkeit dargetan werden. Nach unserer Meinung - dies sage ich gerade aus der Sicht der Jungen Union - wäre es notwendig gewesen, das Grundsatzprogramm in der Vergangenheit stärker umzusetzen und draußen an den Mann zu bringen, gerade in einer Zeit, in der junge Menschen die Perspektivlosigkeit der Regierungspolitik so vehement beklagen. Wir meinen, daß wir mit unserem Angebot das Grundsatzprogramms in der Zukunft deutlichere Akzente setzen müssen.

Wenn wir über Wahlniederlagen diskutieren und den Analysen immer wieder entnehmen, daß wir z.B. in katholischen Regionen, in Hochburgen Stimmenverluste zu verzeichnen haben, dann frage ich mich, ob vom Wähler und Bürger in der Vergangenheit teilweise nicht auch eine Akzentuierung unserer Politik aus christlicher Verantwortung vermißt worden ist. Wir brauchen - um es klar und deutlich zu sagen - eine harte Auseinandersetzung in der Sache, aber ohne persönliche Diffamierung des politischen Gegners. Wir haben das bessere Programm. Wir haben die überzeugenderen Persönlichkeiten, die nach unserer Meinung für den Wähler als Mannschaft

unbedingt erkennbar werden müssen, wobei in den wichtigsten Bereichen konkrete Kompetenzzuweisungen erfolgen sollten.

(Beifall)

Wenn wir diese Voraussetzungen auf unserem Parteitag schaffen - programmatische Profilierung, Darstellung unserer hervorragenden Persönlichkeiten -, dann können wir dem Bürger und Wähler die besseren Alternativen deutlich machen und am 5. Oktober trotz der schwierigen Ausgangslage unser Wahlziel erreichen. Wir als Junge Union Deutschlands werden unter diesem Aspekt unseren entschiedenen Beitrag leisten, um diese Voraussetzungen zu schaffen und den Erfolg am 5. Oktober zu gewährleisten.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jung.

Jetzt hat Herr Jäger, Wangen, vom Landesverband Baden-Württemberg das Wort. Nach ihm spricht Herr Dr. Huck. Bitte, Herr Jäger.

Claus Jäger, Wangen: Herr Vorsitzender! Meine lieben Parteifreunde! Helmut Kohl und Heiner Geißler haben uns auf das eingestimmt, was in den kommenden Monaten auf uns wartet. Es wird - daran kann überhaupt kein Zweifel bestehen - zu einer beispiellosen Konfrontation, zu einer beispiellosen Diffamierung unseres Spitzenkandidaten, zu einer beispiellosen Diffamierung all jener Frauen und Männer, die ihm als Mannschaft zur Seite gestellt werden, kommen. Wir haben ja auch schon mit unserem Freund Ernst Albrecht nach der berechtigten Entscheidung über Angelegenheiten des Norddeutschen Rundfunks erlebt, daß und wie schnell die Diffamierung auch auf andere führende Persönlichkeiten der Union übergreift. Wir haben uns also gegen eine Konfrontation von einem Ausmaß zu wappnen, über das sich vielleicht manche von uns noch nicht die notwendige Klarheit verschafft haben. In dieser Konfrontation, meine lieben Parteifreunde, gilt es nun in der Tat nicht - darin folge ich meinem Vorredner mit großem Nachdruck -, auch unsererseits zu diffamieren. Es gilt aber - darin folge ich vor allem dem, was Helmut Kohl gesagt hat -, mit großer Deutlichkeit zu zeigen, auf welches abschüssige Gebiet und auf welch abschüssige Bahn sich ein Großteil der Führer der Sozialdemokratischen Partei in seiner Kampagne gegen uns bereits begeben hat.

Ich kann einfach nicht daran glauben, daß es bloß schlichte Einfalt war, die Herrn Bahr veranlaßte, dem Nationalen Olympischen Komitee einen Brief zu schreiben, mit dem dem ganzen Deutschen Bundestag und seiner beinahe einmütigen Entschließung in beispielloser Unverfrorenheit in den Rücken gefallen wird.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich kann nicht daran glauben, daß bloß schlichte Unkenntnis der Sachzusammenhänge das Motiv dafür ist, daß der Fraktionsvorsitzende der SPD die Maßnahmen der Sowjetunion im Rahmen ihrer Hochrüstung als defensiv und den Einmarsch in ein kleines tapferes, aber wehrloses Land als eine Maßnahme der Vorsorge für den islamischen Siedlungsraum der Sowjetunion darstellt. Meine lieben Freunde, ich kann auch nicht glauben, daß es bloße Arglosigkeit ist, wenn der Bundeskanzler in seiner Rede, auf die Helmut Kohl verwiesen hat, davon spricht, daß die Union die Fähigkeit zur Friedenspolitik nicht habe.

Die Sowjetunion hat es in einem Ausmaß, das wir uns vor zehn Jahren noch nicht vorstellen konnten, fertiggebracht, unsere Ostpolitik, d.h. die Ostpolitik der Bundesregierung dieser Republik,in der Tat in eine Spielart der sowjetischen Westpolitik umzufunktionieren. Dies klarzumachen, muß in den kommenden Monaten eines der entscheidenen Anliegen sein. Seien wir also gewappnet! Krempeln wir die Ärmel hoch und sorgen wir dafür, daß unser Volk endlich erfährt, auf welch schiefe Bahn es mit dieser Politik getrieben wird, und daß, wenn diese Politik fortgesetzt werden sollte, der Zeitpunkt nicht mehr allzu fern sein kann, zu dem die Bundesrepublik Deutschland den Status der Finnlandisierung,erreicht,einen Status, in den uns so manche führenden Männer der heute Regierenden durch ihre Reden, durch ihre Briefe und durch ihre Äußerungen bereits hineinbringen. An uns selber liegt es, ob wir dieser Konfrontation standhalten und ob wir durch unsere Aktivität dafür sorgen, daß die Bevölkerung unserer Republik erkennt, daß ohne die Union eine friedliche Zukunft unseres Landes nicht zu erreichen ist.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Jäger.

Jetzt hat Herr Dr. Bernd Huck, JU-Bundesvorstand, das Wort. Nach Herrn Huck spricht Kurt Biedenkopf. Herr Huck, bitte.

Dr. Bernd Huck: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Es gibt ein altes Sprichwort, welches lautet: Wer über das Ziel hinausschießt, ist von diesem genausoweit entfernt wie derjenige, der es gar nicht erst anstrebt.- Ich will damit folgendes sagen. Wer jetzt nach den NRW-Wahlen eine härtere Gangart fordert, muß deutlich machen, daß er damit nicht bloß einen verbalen Rundumschlag, sondern auch eine klare und bestimmte Sachaussage meint.

Mit Verbalienjurien, die wir leider auch in der letzten Zeit hin und wieder gefunden haben, und mit Polemik können wir aus einem hundertprozentigen CDU-Wähler vielleicht einen hundertfünfzigprozentigen machen aber nicht diejenigen ansprechen, die heute noch zögern oder gar ablehnen, die Union zu wählen. Das gilt insbesondere für die Jugendlichen.

(Beifall)

Es ist - und da kann ich auf das verweisen, was vorhin Franz-Josef Jung gesagt hat - wirklich unerträglich, wenn nach einzelnen Erlebnissen, die wir hatten, einige von uns pauschal, vielleicht im Hinblick auf den Oktober auch vorsorglich, schon den Schuldigen zu finden versuchen.

Vielmehr - und das darf ich für die Junge Union sagen - brauchen wir eine uneingeschränkte, vorbehaltlose Solidarität zu unserer Führungsmannschaft und zu unserem Programm, was wir heute verabschieden werden - selbst wenn der eine oder andere da persönliche Abstriche wird machen müssen. Ich wiederhole: vorbehaltlose Solidarität.

Wir brauchen erstens eine im Stil saubere Auseinandersetzung, keine Polemik. Wir müssen in der Sache klar und hart sein und in der Sache zu den wesentlichen Punkten Stellung nehmen. Das bedarf - ich muß das angesichts des Wahlprogramms, das uns im Entwurf vorliegt, sagen - in der weiteren Diskussion in den nächsten Monaten einer Ergänzung. Wir brauchen ferner einen überzeugenden

Einsatz unseres gesamten Personalkapitals, über das wir glücklicherweise verfügen.

Die Junge Union ist insofern dem Parteivorsitzenden sehr dankbar, der das Problem heute morgen in seiner Rede aufgegriffen hat. Wir würden es sehr begrüßen, wenn die Diskussion, die in den letzten Wochen in der Presse geführt wurde - und scheinbar allzu gerne mit Spekulationen darüber, wer alles in diese Mannschaft hineinkomme, noch weiter geführt wird -, möglichst schnell durch eine klare Beschlußfassung der dafür zuständigen Gremien ein Ende fände.

(Beifall)

Im Hinblick auf diese Beschlußfassung und zur Stärkung dessen, was unser Vorsitzender, Matthias Wissmann, dann hoffentlich dazu vortragen wird, möchte ich im einzelnen schon jetzt folgendes sagen: Es ist nach unserer Auffassung erforderlich, daß diese Kernmannschaft nach Kompetenzbereichen zusammengesetzt wird, daß den einzelnen Mitgliedern klare Sachkompetenzen zugewiesen werden. Es muß nicht nur für uns, sondern auch draußen für den Wähler klar und unzweifelhaft sein, daß die Mitglieder der Kernmannschaft bereit sind, anschließend in einem Kabinett Ministerämter zu übernehmen. Hier können wir den Wählern nichts vormachen. Wir müssen in dieser Kernmannschaft insbesondere auch das soziale und liberale Element unserer Programmatik personifizieren.

(Beifall)

Wir müssen den Bürgern immer wieder eines deutlich machen: Hinter der bürgerlichen Kaiser-Wilhelm-Mütze Helmut Schmidts, die in Bonn regiert, regieren tatsächlich die Ballonmützen von Brandt, Bahr, Wehner und vielen anderen. Die Mehrheit der Wähler wird dann geneigt sein, diesen Mützen die Hutablage zu zeigen, wenn wir insgesamt eine personelle und sachliche Alternative bieten, wenn wir eine Mannschaft aufbieten, die zusammen mit unserem Spitzenkandidaten Franz Josef Strauß bei den Wählern überzeugend für unser Programm einsteht. Vielen Dank.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Huck. Es spricht jetzt Herr Biedenkopf und nach ihm Herr Heinzel vom Landesverband Westfalen. Herr Biedenkopf, die zeitliche Begrenzung, die ich vorhin erbeten habe, gilt bei Ihnen nicht, weil wir von Ihnen eine etwas ausführlichere Darlegung erwarten. Das Wort hat Kurt Biedenkopf.

Prof. Dr. Kurt H. Biedenkopf: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Liebe Freunde! Vor vier Jahren haben wir uns in Hannover auf dem 24. Bundesparteitag der CDU auf die Bundestagswahl 1976 vorbereitet. Die politische Entscheidung, vor der die Bürger damals standen, lautete: Freiheit oder Sozialismus. Unsere Antwort lautete: Freiheit statt Sozialismus. Die Union war der Anwalt der Freiheit in der Auseinandersetzung mit dem Sozialismus in Deutschland und in Europa.

Wir waren nach der Bundestagswahl die mit Abstand stärkste Partei. 3oo ooo Stimmen trennten uns von der Mehrheit im Bundestag. Wieder war es die Koalition, die der stärksten politischen Kraft im Lande den Weg zur politischen Verantwortung versperrte.

Seitdem haben wir Rückschläge erlitten. Helmut Kohl hat davon gesprochen. Dazu gehört auch die Landtagswahl in Nordrhein-West-

falen. Wir haben gekämpft, zunächst mit unserem Freund Heinrich Köppler und, als der Tod ihn aus unserer Mitte riß, alleine, ohne den Freund. Wir haben gekämpft, und wir haben verloren. Trotzdem werden wir weiterkämpfen.

(Lebhafter Beifall)

Wir haben ein wichtiges Heimspiel verloren aber das Rückspiel steht noch aus.

(Beifall)

Wir in Nordrhein-Westfalen haben für die Solidarität der Union zu danken. Wir haben zu danken unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl und allen Mitgliedern des Präsidiums. Wir haben zu danken für einen fabelhaften Einsatz in Nordrhein-Westfalen, einen Einsatz, der die Lücken geschlossen hat, die mitten im Wahlkampf entstanden sind, einen Einsatz, der uns ermutigt hat, einen Einsatz, der uns mitgerissen hat. Wir haben zu danken für den Einsatz von Franz Josef Strauß.

(Beifall)

Franz Josef Strauß hat geholfen zu kämpfen. Er hat - und er wollte es - in dieser Landtagswahl mitgetan. Wir haben ihn gebeten, so viel wie möglich zu tun. Er ist wahrscheinlich der einzige - den örtlichen Fußballklub eingeschlossen -, der in der Lage war, das Aachener Fußballstadion zu füllen.

(Beifall)

Ich persönlich habe meinem Freund Konrad Grundmann zu danken. Konrad Grundmann hat in den letzten Wochen dieses Wahlkampfes in großartiger Weise mitgeholfen, das Team zu erhalten, auf dem der Wahlkampf aufgebaut war.

Wir haben in Nordrhein-Westfalen den Blick nach vorne gerichtet. Was wir in Zukunft besser machen können, werden wir zu Hause ernsthaft diskutieren und zu Hause regeln. Wir haben einen Landtagswahlkampf geführt, denn es ging um das Land Nordrhein-Westfalen - natürlich auch mit Bundesthemen, denn Kernenergie, Sicherung der Zukunft, Staatsverschuldung, die Wiedergenesung des Ruhrgebiets, all dies sind Themen der Bundesrepublik Deutschland.

Unser Kanzlerkandidat Franz Josef Strauß hatte in diesem Wahlkampf eine dienende Funktion. Das haben wir so gewollt. Deshalb gehört die Verantwortung für das Ergebnis in Nordrhein-Westfalen in die Hände der Union. Dort sollte es auch bleiben.

Jetzt, meine Freunde, geht es nach vorne. Mit dem Wahlprogramm und auf diesem Parteitag diskutieren wir über den Auftrag der Union und den Weg in den kommenden Monaten. Aus der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen können wir dafür drei wichtige Erkenntnisse mitnehmen, die von großer Bedeutung für die zukünftige Strategie dieses Bundestagswahlkampfes sein werden.

Erstens. Die FDP ist aus dem Landtag ausgeschieden. Sie konnte an der Seite der SPD nicht länger überleben. Die Leute, die zu vornehm waren, sich duzen zu lassen und deshalb nicht bei der SPD waren, haben es sich anders überlegt und sind dorthin gegangen. Andere sind zu uns gekommen.

Zweitens. Die Volksfront in der SPD wird wieder sichtbar. Sichtbar wird die Unversöhnlichkeit der sozialdemokratischen und der sozialistischen Positionen. Diese Unversöhnlichkeit haben wir

1974 schon einmal demonstriert und aufgegriffen. Wir haben gezeigt, daß die Sozialdemokratische Partei nicht in der Lage war - wie sie glaubte -, den Marxismus in der Bundesrepublik Deutschland zu integrieren. Was inzwischen geschehen ist, ist nicht eine Integration des Marxismus in die SPD, sondern die zunehmende Zerstörung der demokratischen Substanz der SPD durch den Marxismus.

(Beifall)

Der Konflikt, angelegt im Godesberger Programm, bricht wieder auf. Heute hat dieser Prozeß selbst die SPD in Nordrhein-Westfalen voll ergriffen. Die Freien Demokraten hatten dies bisher verdeckt. Heute ist es sichtbar.

Schon kurz nach der Wahl machen sich viele Gewerkschaftsführer in unserem Lande Sorgen, daß der Linksruck in der Sozialdemokratischen Partei, daß das Immer-stärker-Werden des marxistischen Flügels auch die Einheitsgewerkschaft bedrohen könnte, daß die Unfähigkeit der SPD, gegen Feinde der Demokratie vorzugehen, es den Gewerkschaften immer schwerer machen könnte, sich in ihren eigenen Reihen vor Unterwanderung zu schützen.

Drittens. Schmidt hat in Nordrhein-Westfalen gezeigt - und dies ist wahrscheinlich das wichtigste Ergebnis dieser Landtagswahl -, wie er den Bundestagswahlkampf gewinnen will: 1. durch Konzentration des Wahlkampfes ganz auf seine Person - die Sozialdemokratische Partei, der SPD Ministerpräsident Rau, kam im Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen bei der SPD nicht vor -, 2. durch Verleumdung des politischen Gegners und 3. mit der Parole: "Krieg oder Frieden".

Mit der Konzentration auf Schmidt ist Schmidt unser Gegner, nicht nur die SPD. Schmidt hat sich von der SPD abgesetzt; die Volksfront in der SPD läßt ihm keine Wahl. Er versucht in der Bevölkerung den Eindruck zu erwecken, Helmut Schmidt als Bundeskanzler sei etwas anderes als die Sozialdemokratische Partei in der Bundesrepublik Deutschland. Diesen erneuten Versuch der Täuschung der Wähler werden wir nicht zulassen; er wird ihm nicht gelingen.

(Beifall)

Was folgt aus diesen Erfahrungen: 1. Die Alternative für die Bundestagswahl heißt: Die Union mit Franz Josef Strauß gegen Schmidt und eine durch die Volksfront gelähmte SPD. Diese Alternative muß unseren Wahlkampf bestimmen.

Wir sind eine Partei, die eine gemeinsame Politik hat. Unser Grundsatzprogramm, unser Wahlkampfprogramm haben dies bewiesen. Schmidt ist ohne eine Partei mit einer gemeinsamen Politik. Die SPD ist durch die Volksfront gelähmt.

2. Die Verleumdungen, meine Freunde, waren zum Teil schrecklich. In den Straßen von Köln ließen sozialdemokratische Landtagskandidaten Lautsprecherwagen auffahren, die der Bevölkerung mitteilten: "Nur wer SPD wählt, sorgt dafür, daß unsere Söhne nicht im Jemen fallen müssen."

(Pfui-Rufe)

Vorher war das gleiche schon in Saarbrücken geschehen. Dort hieß es vom Saarbrücker Oberbürgermeister: Ihr müßt SPD wählen, damit wir nicht auf unseren Friedhöfen Kreuze für im Nahen Osten gefallene deutsche Soldaten errichten müssen."

Die Kriegerwitwen und ihr Schicksal wurden für Anzeigen mißbraucht.

braucht, die an Peinlichkeit, Demagogie und Geschmacklosigkeit nicht zu überbieten waren; und all dies trug die Unterschrift von Helmut Schmidt.

(Beifall)

Dagegen, meine Freunde, kann man etwas Gleichartiges nur setzen, wenn man - wie Schmidt - bereit ist, nicht nur die wirtschaftliche Substanz unseres Landes, die Chancen seiner Zukunft, sondern auch die moralische Substanz der Demokratie aufs Spiel zu setzen, nur, um an der Macht zu bleiben.

(Beifall)

Dazu sollten wir nicht bereit sein. Denn was nach einer solchen Auseinandersetzung übrig bleibt, ist keine funktionsfähige Demokratie mehr, sondern eine Demokratiehülse - eine Demokratiehülse, von der sich die Menschen abwenden, vor allem die Jugend, die keinen Halt und keine Stabilität mehr bieten kann und die zusammenbricht, wenn wir sie wirklich belasten müssen.

3. Aber, meine Freunde, wir haben es auch gar nicht nötig, gegen diese Verleumdung eine andere zu setzen. Denn wir setzen etwas gegen die Parole: "Krieg oder Frieden". Diese Parole - und das ist die wichtige Erkenntnis aus der Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen- ist keine Verleumdung, sie ist der Endpunkt einer Politik der Illusionen und damit der Kapitulation vor der Wirklichkeit. Schmidt glaubt wirklich an diese Alternative. Sie ist der Ausdruck der Ausweglosigkeit seiner Politik. Die Alternative "Krieg oder Frieden" ist die Bankrotterklärung der von Brandt begonnenen und von Schmidt fortgesetzten Kapitulation vor der Führungsaufgabe, die in einer freiheitlichen Demokratie geleistet werden muß,

(Beifall)

vor der Verantwortung politischer Führung in einem freien Land, vor dem sittlichen und moralischen Auftrag der Demokratie.

Wer nichts mehr zu sagen weiß als "Krieg oder Frieden", der ist politisch am Ende. Denn, meine Freunde, da es Krieg in Europa nicht geben kann, ohne daß Europa selber aufhört zu existieren, bedeutet die Formel "Krieg oder Frieden": Frieden um jeden Preis.

Die Formel "Krieg oder Frieden" bedeutet: Wir haben gar keine Alternative mehr, sondern wir haben nur noch Frieden um jeden Preis, auch den Frieden in der DDR, auch den Frieden in Polen, auch den Frieden in der Sowjetunion, auch den Frieden des Archipel GULAG.

Nicht Krieg oder Frieden ist deshalb der wahre Inhalt der Schmidtschen Politik. Der wahre Inhalt der Politik von Schmidt - nach außen wie nach innen - ist die Kapitulation.
Worum wir in dieser Bundestagswahl ringen, ist eine ganz andere Frage; es ist nicht die Frage "Krieg oder Frieden", sondern es ist die Frage: welchen Frieden wollen wir haben?

(Beifall)

Den Frieden der Freiheit oder den Frieden des Sozialismus? Den Frieden der Verantwortung oder den Frieden der Entmündigung? Den Frieden durch Freiheit oder den Frieden durch Kapitulation?

Freiheit oder Kapitulation - das ist die Alternative. Freiheit in Frieden, Freiheit und Frieden, das ist unsere Antwort.

(Beifall)

Dies gilt in der Außenpolitik. Die Union - das heißt praktische, praktizierte Solidarität mit den Vereinigten Staaten; das heißt das, was der Regierende Bürgermeister von seinem Besuch Amerika mitgebracht und was er hier den Berlinern gesagt hat: daß Solidarität keine Einbahnstraße ist, sondern daß auch wir kämpfen und für die Vereinigten Staaten einstehen müssen.

Schmidt - das heißt Kapitulation vor denen, die im Bundestag die Zustimmung zum Olympia-Boykott verweigert haben. Die Koalition hätte für diese Boykott-Empfehlung im Bundestag keine Mehrheit gehabt, wenn es richtig wäre, daß die Union die sogenannte Friedenspolitik blockiere; denn dann hätten wir gegen die Empfehlung des Kabinetts gestimmt, und Schmidt wäre mit leeren Händen vor den Präsidenten der Vereinigten Staaten getreten. Wir haben diese Entscheidung getragen.

(Beifall)

Die Union - das heißt einstehen für die Bundeswehr, einstehen für die Jungs, die dort ihr Gelöbnis abgeben, immer wenn es darum geht, neue junge Männer in die Bundeswehr aufzunehmen, einstehen dafür, daß unsere Bundeswehr den angemessenen politischen, gesellschaftlichen, moralischen und geistigen Stellenwert in unserem Lande hat;

(Beifall)

Schmidt und die SPD - das heißt Kapitulation vor denen, die die Bundeswehr verhöhnen.

Die Union - das heißt Stärkung des Bündnisses, auch durch die Übernahme von Verantwortung, wie sie zum Beispiel mit den Nachrüstungsbeschlüssen der NATO verlangt wird;

Verantwortung auch dafür, solche Beschlüsse mehrheitsfähig zu machen, Verantwortung auch dafür, die Menschen davon zu überzeugen, daß solche Raketen aufgestellt werden müssen, wenn unser Verteidigungswille glaubhaft sein soll.

Schmidt, das heißt Kapitulation vor der Unfähigkeit der SPD, diese Stärkung mitzutragen. Schmidt, das heißt, Kapitulation vor Brandt und Bahr.

(Beifall)

Dies gilt natürlich in der gleichen Weise auch in der Innenpolitik.

Die Union, das bedeutet das Einstehen für die Notwendigkeit neuer Technologien und die Bereitschaft, die Verantwortung für diese Technologien zu übernehmen, eine Verantwortung, die wir gerade gegenüber den Entwicklungsländern haben; einen moralischen Auftrag, unsere Möglichkeiten einzusetzen, damit das knappe Rohöl für die zur Verfügung steht, die keine hochentwickelten Technologien handhaben können. Die Union, das bedeutet, daß wir durch unsere neuen Technologien einen eigenen Beitrag für das Überleben der Entwicklungsländer leisten.

Schmidt, das heißt Kapitulation vor der Herausforderung, die Entwicklung neuer Energiequellen mehrheitsfähig zu machen, neue Energiequellen zu erschließen und Frieden durch Abbau der Abhängigkeiten von außen zu sichern. Schmidt, das heißt, sich so zu verhalten wie der Reiche, der in einer Hungersnot jeden Preis für Brot bietet, ohne Rücksicht auf die Fähigkeit der Armen zu

kaufen und damit ohne Rücksicht auf deren Überleben.

(Beifall)

Die Union, das bedeutet, in der Gegenwart für die Zukunft zu sorgen, die Solidarität mit der nächsten Generation zu sichern.

Schmidt, das bedeutet die Kapitulation vor dem Druck organisierter Interessen und vor der Aufgabe, die Interessen derer zu wahren, die noch kein Stimmrecht haben, vor der Aufgabe, die Zukunft vor dem Zugriff der Gegenwart zu schützen. Schmidt, das bedeutet, die Zukunft zu plündern, um in der Gegenwart über die Runden zu kommen.

(Beifall)

Die Union, das heißt, ein Demonstrationsrecht zu schaffen, das die Freiheit der Meinung ebenso wie die Ordnung unseres Landes sichert und nicht zuläßt, daß die Freiheit der Meinung gegen den inneren Frieden ausgespielt wird.

Schmidt, das heißt die Kapitulation vor denjenigen, die sich als Demonstranten mit Helmen und anderem Schutzgerät versehen, nicht um sich vor der Polizei zu schützen, sondern um die Polizei als Quelle der Gewalt und damit die Staatsgewalt selbst zu diffamieren, die den inneren Frieden sichert.

(Beifall)

Die Union, das heißt die klare Verwirklichung des Anspruchs der Bürger, daß die öffentlichen Dienste auf den Auftrag unserer Verfassung verpflichtet bleiben, nämlich auf die freiheitlich demokratische Ordnung.
Schmidt, das heißt die Kapitulation vor der Aufgabe, die Demokratie vor einer Ideologie zu schützen, die die Bindung des einzelnen und seiner Einrichtung an die Wertordnung als Unterdrückung diffamiert, um die Leistungsfähigkeit dieser freiheitlichen Ordnung zu zerstören und damit neue undemokratische Herrschaft zu errichten.

Die Union, das heißt, auch die öffentlich-rechtlichen Medien auf den sittlichen Auftrag der Demokratie dauerhaft zu verpflichten.

Schmidt, das heißt die Kapitulation vor Leuten, die in Radio Bremen der Propagierung der Volksfront und der Verhöhnung der Bundeswehr freien Lauf lassen - und dann von der Zerschlagung öffentlich-rechtlicher Anstalten sprechen, wenn wir nichts anderes tun wollen, als die Herrschaft des Grundgesetzes wiederherzustellen.

(Beifall)

Die Union, das heißt, Einheitsgewerkschaften, in denen alle Arbeitnehmer eine solidarische Heimat finden können, auch die, die CDU wählen.

Schmidt, das bedeutet den Mißbrauch der Gewerkschaften für die Sozialdemokratische Partei und damit die Öffnung der Einheitsgewerksckaften für das Eindringen der Volksfront.

(Beifall)

Die Union, das heißt schließlich, die Familie und deren Auftrag zu schützen und ihr die Kraft zu erhalten, die sie braucht, um Kinder zu erziehen und das Fundament der Zukunft zu legen.

Schmidt, das bedeutet kapitulieren vor denjenigen, die die elterliche Autorität von Mutter und Vater zerstören, um die haltlos und orientierungslos gewordenen jungen Menschen mit dem Netz einer Ideologie einzufangen, die die Sicherheit verspricht und die Freiheit nimmt.

(Beifall)

Freiheitliche Friedensordnung oder Kapitulation vor dem Auftrag, freie Demokratie zu sichern, darum wird es in den kommenden Monaten gehen. Wir, meine Freunde, stehen auf der Seite der Freiheit. Wir stehen auf der Seite des Friedens in Freiheit. Eines Friedens, zu dem es keine annehmbare Alternative gibt.

In diesem Kampf stehen wir alle, jeder von uns. Er begründet unsere Solidarität. In diesem Kampf führt uns Franz Josef Strauß: Weil wir ihn dafür gewählt haben und weil er dafür der richtige Mann ist.

(Beifall)

Wir waren 1976 Anwalt der Freiheit. Wir kämpfen heute wieder als Anwalt der Freiheit und des Friedens. In der Konfrontation von Freiheit oder Kapitulation sind wir diejenigen, die den Frieden in Freiheit sichern.

Wir haben das Heimspiel verloren; aber wenn wir wollen, können wir das Rückspiel gewinnen. Und dazu ruft die nordrhein-westfälische CDU die ganze Bundespartei auf: nach vorwärts zu gehen, zu arbeiten, den Menschen im Lande zu zeigen, worum es wirklich geht, nicht um Krieg oder Frieden, sondern um die Friedensordnung, die wir schaffen wollen.

Adenauer hat gewußt: Die Politik darf die Bundesrepublik Deutschland nie vor die ausweglose Alternative "Krieg oder Frieden" stellen. Er wußte, daß es nur einen Frieden in Freiheit geben kann und daß es ihn auch geben wird, wenn wir ihn wollen und wenn wir die damit verbundene Verantwortung auf uns nehmen.

Die Politik von Brandt und Schmidt hat dazu geführt, daß diese Verantwortungsfähigkeit beeinträchtigt und das Wissen um die Notwendigkeit dieser Verantwortung gelähmt ist. Daß die Kraft des Landes durch eine Ideologie zugeschüttet wurde, die uns einreden will,es gebe einen Naturschutzpark Bundesrepublik Deutschland, in dem man trotz einer feindlichen Ordnung der Unfreiheit im Osten in Frieden leben könnte, in der wir nur über den Zaun reden müßten, um in Ruhe gelassen zu werden. Dies ist eine Utopie. Eine Politik jedoch, die auf Utopie aufbaut, ist lebensgefährlich; denn sie gibt die falschen Antworten und weist damit den falschen Weg.

Die wirkliche Herausforderung heißt: Frieden und Freiheit, Frieden durch Freiheit, Frieden in Freiheit. Allein darum geht es.

Wenn wir diese Herausforderung annehmen, werden wir nicht nur das Rückspiel gewinnen. Dann werden wir auch in Nordrhein-Westfalen das nächste Heimspiel haushoch gewinnen. Und dafür wollen wir arbeiten.

(Anhaltender Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Kurt Biedenkopf, für diese Rede und unseren Freunden aus den Landesverbänden Rheinland und Westfalen-Lippe noch einmal herzlichen Dank

für ihren Einsatz in den letzten Wochen und Monaten.

Bevor ich das Wort weitergebe, möchte ich einen Gast begrüßen. Ich begrüße herzlich den Generalsekretär der CSU, Herrn Edmund Stoiber, hier unter uns.

(Beifall)

Wir danken Ihnen, Herr Stoiber, daß Sie schon heute gekommen sind, und wir freuen uns, daß Sie hier bei unserem Parteitag dabei sind. Herzlich willkommen!

Das Wort hat Herr Heinzel aus dem Landesverband Westfalen-Lippe. Ihm folgt Herr Dr. Friedmann aus dem Landesverband Baden-Württemberg.

Richard Heinzel: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir sind in diesen Tagen hier zusammengekommen, um erklärtermaßen unser Wahlprogramm zu verabschieden. Aber jetzt geht es nicht zuletzt auch darum, die Unsicherheit zu beseitigen, die sich nach den Wahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen breitgemacht hat, und der Basis wieder einen festeren Halt zu geben. Wie können wir das, was benötigen wir dazu?

Wir benötigen dazu den Durchblick der Basis, vor allen Dingen aber den Durchblick derer, die wir besonders erreichen wollen, nämlich der Arbeitnehmerschaft und der Jugend. Wenn wir in diesen Tagen ein Wahlprogramm verabschieden, das in schönen Worten und sicherich auch richtig das umschreibt, was wir verfolgen wollen, dann ist es meiner Meinung nach genauso nötig, so schnell wie möglich den Inhalt dieses in schöne Worte gefaßten Programms der Basis verständlich darzustellen. Wir brauchen Leute, die an der Basis mit den Arbeitern über das diskutieren, was wir hier festschreiben. Wir haben solche Leute; wir haben genug Gewerkschaftler in der CDU, und wir haben genug CDU-Leute in den Gewerkschaften, die darauf warten, informiert zu werden. Sie sollten an die Hand genommen werden, und es muß ihnen gezeigt werden, welchen Weg die CDU bis zum 5. Oktober gehen will.

Unsere Organisation muß jetzt all die Leute, die basisbezogen mit der Arbeitnehmerschaft und mit der Jugend diskutieren können, herausziehen, informieren und auf sichere Füße stellen. Wenn ich z.B. in meinen Betrieb zurückkehre - ich komme aus dem Ballungsraum Ruhrgebiet - und lese den Diskutanten,die ich sicherlich antreffe, vor, was im Wahlprogramm steht, werde ich auf wenig Verständnis stoßen, obwohl das, was darin steht, sehr gut ist.

Wir müssen uns also bemühen, an dieser Stelle schnellstmöglich einzugreifen. Denn wenn wir die andere Seite sehen: die wagt sich in die tiefsten Niederungen hinein und meint damit die Arbeitnehmer und auch die Jugend ansprechen zu können. Meines Erachtens sollten, wenn es nötig ist, auch wir uns in diese Niederungen hineinbegeben. Wir wollen nicht etwa mit Dreck werfen oder mit solchen miesen Verleumdungen arbeiten, wie das die andere Seite tut. Nein, wir müssen eine Strategie entwickeln, die uns dazu verhilft, den anderen immer einen Schritt voraus zu sein. Wir müssen also dazu kommen, daß wir Leute haben, die praktisch auskundschaften, was die anderen vorhaben und unseren Leuten an die Hand geben: das und das passiert. Wir müssen

unseren Leuten Argumentationshilfen geben, damit sie in den Stand versetzt werden, rechtzeitig an der Basis zu diskutieren. Nur das bringt uns einen Schritt weiter.

(Beifall)

Wir müssen uns nämlich bemühen, daß wir da Stimmen gewinnen, wo wir bis jetzt immer abgefallen sind, weil die Gewerkschaften mit ihren großen Organen - ich nenne hier mal die IG Metall und die IG Bergbau, die mir aus dem Ruhrgebiet sehr gut vertraut sind - in keiner Weise mit Schmutzschleuderei zurückhalten. Wir müssen also in den Stand gesetzt werden, all das, was in den Organen steht, rechtzeitig zu entkräften und als Multiplikatoren einen großen Kreis von Leuten heranzuziehen, die das Gedankengut der CDU wieder in die Arbeitnehmerschaft hineinbringen. Da liegt nämlich ein Stimmenreservoir für uns. Wenn wir in der Weise verfahren, sehe ich nicht die Gefahr, daß wir am 5. Oktober wieder hinten herunterfallen. Um mit Herrn Biedenkopf zu sprechen: dann können wir das Rückspiel gewinnen.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium! Das Wort hat jetzt Herr Dr. Friedmann vom Landesverband Baden-Württemberg. Ihm folgt der Herr Burckhardt vom Landesverband Westfalen-Lippe.

Dr. Bernhard Friedmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Im zweiten Absatz der Präambel heißt es, daß unsere militärische Sicherheit und unsere wirtschaftliche Sicherheit gleichermaßen bedroht seien. Ich halte es für richtig, daß gleich am Anfang auf dieses Problem hingewiesen wird. In der Tat ist in unserer Bevölkerung ein tiefes Gefühl der Unsicherheit, ja sogar der Angst verbreitet.

Indessen haben Sicherheit und Unsicherheit zumindest noch eine weitere Komponente, nämlich die geistige. In den zurückliegenden Landtagswahlkämpfen hat sich gezeigt - und das zeichnet sich jetzt auch für den Bundestagswahlkampf ab -, daß wir vom politischen Gegner in die Ecke des Säbelrasslers, des Kriegshetzers gedrängt werden. Das ist Tyrannei, das ist Ausübung geistiger Gewalt uns gegenüber. Dies dürfen wir nicht hinnehmen.

Ich bin der Meinung, es wäre gut, wenn wir die betreffende Stelle in der Präambel interpretierten und folgendermaßen faßten: "Unsere Sicherheit ist militärisch, wirtschaftlich und geistig bedroht." Die jetzt vorgesehene Formulierung, daß die militärische Sicherheit bedroht sei, könnte dahin ausgelegt werden, daß die Bundeswehr und die NATO bedroht seien. In Wirklichkeit ist es doch die militärische Übermacht des Ostens, die uns bedroht. Weiterhin könnte man die andere jetzt vorgesehene Formulierung, daß die wirtschaftliche Sicherheit bedroht sei, dahin verstehen, daß unsere materielle Sicherheit bedroht sei. In Wirklichkeit sind es doch die ständigen sozialistischen Eingriffe, die unsere Soziale Marktwirtschaft in Gefahr bringen. Wir können es auch nicht hinnehmen, daß der Psychoterror auf geistigem Gebiet weiter ausgeübt wird. Wir wollen, daß hier nicht Schindluder getrieben wird. Wir wollen, daß die Freiheit des Geistes zum Zuge kommt, und alles, was dagegen ist, wollen wir nicht haben.

Ich wäre dankbar, wenn eine Interpretation in diesem Sinne möglich wäre.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Das Wort hat Herr Burkert. Nach ihm spricht Herr Brok.

Dieter Burkert: Herr Präsident! Herr Vorsitzender! Liebe Parteifreunde! Der Generalsekretär unserer Partei, Heiner Geißler, hat u.a. gesagt: Wir müssen natürlich aus dem Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen unsere Schlüsse ziehen. Unser Landesvorsitzender Kurt Biedenkopf, hat dies vorhin in der ihm eigenen brillanten Weise getan. Lassen Sie mich als kleinen Basiskämpfer aus Nordrhein-Westfalen etwas aus dieser Sicht hinzufügen. Da ich im Rahmen der allgemeinen Aussprache spreche, will ich versuchen, das so zu tun, daß auch die Freunde aus den anderen Landesverbänden etwas davon haben.

Ich stelle folgende Frage: Welches Politikverständnis haben eigentlich die beiden Hauptkontrahenten in der Bundesrepublik Deutschland, die Christlich Demokratische Union einerseits und die Sozialdemokratie andererseits? Genau dies war es meiner Meinung nach, was in Nordrhein-Westfalen letztlich aufeinandergeprallt ist. Auf der Seite der Sozialdemokratie stelle ich ein Ausweichen vor den Sachfragen, eine Diffamierung des politischen Kontrahenten und eine Emotionalisierung durch Unwahrheiten fest. Dies fasse ich unter dem Begriff eines Politikverständnisses der verschleierten Substanzlosigkeit zusammen.

Auf der anderen Seite dürfen wir uns dadurch nicht von dem Zugehen auf Sachfragen, von dem Stellen des politischen Gegners, von dem Aufrütteln unseres Volkes durch Wahrheiten abbringen lassen. Wir stellen der Politik der verschleierten Substanzlosigkeit der SPD eine Politik der offenen Zukunftssicherung gegenüber.

Mit diesem unterschiedlichen Politikverständnis hängt der derzeitige Zustand unseres politischen Gegners, der SPD, mit Sicherheit zusammen. Was ist dies für eine Partei? Es ist dies eine Partei der Doppelzüngigkeit, die nach oben und außen mit der Miene des staatsmännischen Biedermannes auftritt und die sich nach unten und innen sozialistisch-verfassungsgleichgültig, ja teilweise verfassungsfeindlich zeigt. Sagen wir dem Wähler, daß es gar nicht "die SPD" gibt, sondern Gruppen von Sozialdemokraten, die teilweise völlig gegensätzlich denken und auch handeln.

Wir können sicher sein, daß der Wähler bei dieser Taktik der Entlarvung unseres politischen Kontrahenten verstehen wird, wem er zum Wohle des deutschen Volkes seine Stimme zu geben hat: der Partei, die geschlossen, aussagekräftig und zuversichtlich in den Bundestagswahlkampf zu ziehen weiß. - Danke schön.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Burkert!

Meine Damen und Herren, zur Geschäftslage: Für die allgemeine Aussprache habe ich jetzt noch zwei Wortmeldungen vorliegen, und dann möchten wir gern den Präsidenten der Weltunion der Christlichen Demokraten, Mariano Rumor, um sein Wort bitten. Es soll hier in diesem "Raumschiff" etwa zehn Minuten dauern, bis die Dolmetscherin hier ist. Ich darf deshalb auf diese Weise die Dolmetscherin bitten, sich auf den Weg zu machen, damit ich diesen Zeitplan einhalten kann.

Das Wort hat jetzt Herr Brok von der Jungen Union.

Elmar Brok: Herr Vorsitzender, liebe Parteifreunde! Wir als Junge Union hätten uns gefreut, wenn wir auf Grund der früheren Beschlußfassung dieser Partei über dieses sicherlich in weiten Bereichen gute Programm auf einem gemeinsamen Parteitag von CDU und CSU hätten sprechen können und wenn wir es gemeinsam hätten beschließen können. Wir sind optimistisch, daß wir dies vielleicht beim nächsten Mal hinbekommen werden.

(Beifall)

Lassen Sie mich im Zusammenhang mit dem Programm bitte einige Bemerkungen bezüglich der Situation der Jungwähler machen. Es ist so, daß bei der Bundestagswahl in diesem Jahr 6,5 Millionen Wähler - das sind 14 % aller Wähler - zwischen 18 und 24 Jahre alt sind. Wir müssen feststellen, daß unsere Ergebnisse in dieser Wählergruppe in der Vergangenheit katastrophal gewesen sind und daß wir uns etwas überlegen müssen, um da herauszukommen. Wir wissen aus Untersuchungen, daß die Erstwählerentscheidung von diesen jungen Leuten in ihrem weiteren politischen Leben mitgetragen wird und daß von daher für uns insgesamt eine Basisverschlechterung eintritt. Dies muß Anlaß zu ernsthaften Überlegungen sein. Schimpfen auf die ach so anders geartete Jugend hilft dabei nicht weiter. Zu Recht heißt es im Protokoll des Bergedorfer Gesprächskreises:

„Die Beziehungen und Konflikte zwischen Jugend und Gesellschaft sind nicht primär als Jugendprobleme oder Generationskonflikt zu verstehen, sondern sie resultieren vornehmlich aus ungelösten Problemen und Spannungen der Gesellschaft selber. Die zerfallende Kohäsion der Gesellschaft, die Bindungsschwächen ihrer Institutionen bedingen die Verselbständigung der Jugend in Form einer Teilkultur. Krisensituationen sind ein Hinweis darauf, daß neue Formen der Integration entwickelt und neue Wertsysteme gebildet werden müssen".

Besonders im bürgerlichen, begünstigten Teilen der Jugend, die sich oftmals als konfliktbereite Minderheit mit überzogenem Moralismus erweist, hat deshalb die Forderung nach einer Revolutionierung der Gesellschaft eine gewisse Attraktivität. Dieser Einstellung der jungen Generation darf die CDU nicht allein durch die Verteidigung der gegenwärtigen Situation in der Bundesrepublik Deutschland entgegentreten; vielmehr muß sie offen auf vorhandene Mißstände hinweisen und der jungen Generation in einem Dialog Lösungen zur Beseitung dieser Mißstände anbieten. Nur dann, wenn sich die freiheitliche Staats-, Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung als verbesserungs- und entwicklungsfähig erweist, hat sie eine Chance, in ihren Prinzipien gegen utopische Ideologien erfolgreich verteidigt zu werden.

Die Ursache für die politische Einstellung vieler Jugendlicher ist eine vielfältige Zukunftsangst. Um dies zu verstehen, ist es richtig, daß die Situation der Jugend aus ihrer eigenen Sicht untersucht wird. Lassen Sie mich deshalb einige verkürzende Stichworte, die schlagartig die Situation aus der Sicht der jungen Generation erhellen, aufzeigen.

Erstens. Kinder und Jugendlich sind enttäuscht darüber, daß ihre Eltern,nicht selten gehetzt, nur dem Materiellen nachjagen und für sie keine Zeit haben. Sie machen dafür bewußt oder unbewußt unsere Wirtschaft- und Gesellschaftsordnung verantwortlich, in der oftmals materielle Gesichtspunkte vor Sinnfragen rangieren.

Zweitens. Dieser Bindungsverlust wird noch durch die Auflösung der Klassenverbände in den Schulen und durch die dort oftmals gelehrte Konfliktpädagogik ergänzt.

Drittens. Unpersönliche Mammutschulen mit hohem Leistungsdruck, der aus der Unsicherheit der beruflichen Zukunftschancen entsteht, ergänzen dieses Bild.

Viertens. Die vielfältige Reizüberflutung überfordert viele Jugendliche.

Fünftens. Die Zerstörung lebenswerter Umwelt und vertrauter gewachsener Stadtbilder wird als ein Verlust an Lebensqualität empfunden.

Sechstens. Die Macht der staatlichen Bürokratie und einer wertfreien, sich unbegrenzt entwickelnden Wissenschaft wird als freiheitsgefährdend angesehen.

Wir meinen, daß das Wahlkampfprogramm von CDU und CSU hierauf eine Antwort geben kann. Wir meinen aber, daß dies im Wahlkampf personell und sachlich noch besonders dargestellt werden muß. Nach unserer Auffassung geht es nicht darum, daß wir eine Mannschaftsgruppe bilden, die nach amtsbezogenen Gesichtspunkten zusammengesetzt ist; vielmehr muß es darum gehen, daß wir Leute in eine Mannschaft bekommen, die für bestimmte Sachthemen stehen und die im Rahmen dieser Sachthemen nach einer Regierungsübernahme in Bonn auch für die entsprechenden Aufgaben zur Verfügung stehen. Alles andere ist unglaubwürdig.

Ich stimme mit dem Parteivorsitzenden überein, wenn er sagt, daß wir nicht auf Grund der Wahlkampfpolemiken der SPD mit einer totalen Konfrontationsstrategie antworten dürfen. Es ist so, daß Leute wie Bernt Engelmann, unterstützt durch die SPD, mit ihrem kalkulierten Haß in dieser Republik ein Schießklima erzeugen und daß daraus ein totalitärer Machtanspruch ersichtlich wird. Dann beispielsweise, wenn Bernt Engelmann sagt, er mache dies, weil man dadurch eine Mobilisierung der jungen Generation für die SPD erreichen könne, bedeutet dies, daß es ihm nicht um die Sache geht, sondern daß er die Verhetzung einer ganzen jungen Generation auf Grund parteitaktischer Überlegungen vornimmt und damit ein Stück Zerstörung der Demokratie auf sich lädt.

(Beifall)

Wir müssen aber bei unseren Aussagen auch deutlich machen, daß wir nicht bei dieser Kritik stehenbleiben. Wir müssen auch deutlich machen, daß wir den Führungsanspruch der Union nicht mit ihren Leistungen in der Vergangenheit und auch nicht allein mit den Schwächen der SPD begründen. Wir müssen diesen Anspruch durch die verdeutlichte Kompetenz der Union für die Zukunftsfragen begründen.

Dazu ist im Programm und heute in den Reden einiges zum Ausdruck gebracht worden: die Herausstellung der Grundwerte, die Verdeutlichung, daß dieser Sozialstaat für die Benachteiligten da sein muß und nicht für die Cleveren, die in der Lage sind, sich im Gesetzeswust zurechtzufinden. Es muß vor allen Dingen der jungen Generation deutlich gemacht werden, daß die Politik der Verschuldung von Schmidt bedeutet, daß die Sozialdemokraten ihren Wahlsieg im Jahre 1980 mit dem Geld kommender Generationen erkaufen wollen und damit die Zukunftschancen dieser jungen Generationen verfrühstücken. Dies müssen wir in diesem Wahlkampf deutlich machen!

(Beifall)

Und wir müssen auch das eine deutlich machen: daß wir für Umweltpolitik stehen, daß wir aber einen gesunden Kompromiß zwischen Umweltgesichtspunkten, sozialen Gesichtspunkten und wirtschaftlichen Notwendigkeiten anstreben.

Nicht diejenigen, die sich in eine Bauernhausidylle zurückziehen und es sich dort in einer bequemen Lebensart gut gehen lassen, haben einen moralischen Anspruch, sondern diejenigen, die auch Risiken in Kauf nehmen, um auf diese Weise dafür Sorge zu tragen, daß die Benachteiligten in unserem Lande in eine bessere Situation kommen und daß der Hunger in der Dritten Welt beseitigt werden kann. Jemand, der aus vordergründigen nationalen Überlegungen gegen die Kernenergie ist, muß sich sagen lassen, daß er in seiner Haltung aus diesen Gesichtspunkten heraus unmoralisch handelt.

Lassen Sie mich zum Schluß dieses noch sagen: Wir sollten für die Ideale der westlichen Welt werben und über die NATO nicht nur als Zusammenschluß von Waffenmöglichkeiten diskutieren, sondern sollten deutlich machen, daß in der Präambel des Atlantischen Vertrages die Forderungen nach Freiheit, Demokratie und sozialer Gerechtigkeit stehen. Dies ist der Auftrag. Wir müssen deutlich machen, daß in unserem Lande nicht diejenigen die junge Generation symbolisieren, die, wie wir heute in einer Berliner Zeitung lesen konnten, einen Sturm auf das Amerika-Haus vorgenommen haben, sondern diejenigen, die mit den USA gemeinsam für eine freiheitliche Welt eintreten. Das ist die wirkliche deutsche Jugend. Wir sollten uns dabei nichts vormachen lassen.

(Beifall)

Wir müssen befürchten, daß wir auf Grund der Berichterstattung, die darüber zwangsläufig in den Vereinigten Staaten kommen wird, in den Vereinigten Staaten in der jungen Generation eine Entwicklung haben, daß man dort sagt : Wenn ihr gegen uns seid, dann sehen wir nicht ein, daß wir eure Freiheit in Berlin und eure Freiheit in Europa verteidigen sollen. Wir müssen hier etwas unternehmen. Wenn nämlich die Völker nicht mehr hinter dem Atlantischen Vertrag stehen und vor allem nicht die junge Generation, dann ist das nur ein formales Gebäude, das sicherheitspolitisch keinen Wert mehr hat. Deshalb sollten wir überlegen, wie wir aus der Sicht der jungen Generation die Solidarität wieder deutlich machen können. Wir sollten überlegen, wie wir eine Lücke schließen, die immer deutlicher wird, daß nämlich junge Amerikaner nichts mehr über unser Land wissen. Die Generation, die in Amerika aus den Erfahrungen der Nachkriegszeit politischeVerantwortung getragen hat, ist nicht mehr am Ruder. Es sind jetzt Leute da, die nicht mehr das Verständnis für uns haben. Ich meine, es ist eine große außenpolitische Aufgabe, die junge Generation in Amerika wieder für Deutschland, für Europa zu interessieren, um sie auf diese Art und Weise wieder für unsere und ihre eigene Sicherheit zu interessieren. Die europäischen Jugendverbände diskutieren zur Zeit sehr oft im Ost-West-Dialog über gesamteuropäische Zusammenarbeit. Es ist aber unsere Aufgabe zu überlegen, ob wir nicht ein deutsch-amerikanisches Jugendwerk auf die Beine stellen können, um auf diese Weise einen Beitrag zu leisten, daß die jungen Generationen in Deutschland und in den Vereinigten Staaten wieder zusammenfinden.
finden.

(Beifall)

Wenn wir einen Wahlkampf in dieser Richtung machen, wenn wir mit solchen Vorstellungen offensiv in die junge Generation hineingehen, sind wir in der Lage, viel verlorenen Boden wiedergutzumachen. Dann sind wir in der Lage, die jungen Menschen, die in eine politische Apathie, in eine Selbstausbürgerung oder einen Radikalismus verfallen, wieder dafür zu gewinnen, praktisch für unsere freiheitliche Gesellschaft zu arbeiten. Ich meine, daß die Union das in einem solchen Wahlkampf nicht allein aus parteitaktischen Überlegungen heraus sehen darf, sondern daß dieses die große staatspolitische Aufgabe der Union ist, weil die anderen Parteien und ihre Jugendorganisationen dieser Aufgabe in keiner Weise gerecht werden. Man ist hier allein auf uns angewiesen, und wir müssen dieser Verpflichtung gerecht werden. - Herzlichen Dank!

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Herr Brok. Als letzter Redner in diesem ersten Block hat Herr Decker vom Landesverband Baden-Württemberg das Wort.

Rudolf Decker: Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Eine nüchterne und sachliche Untersuchung bringt für uns alle zutage, seit vielen Jahren haben innen- wie außenpolitische Entwicklungen noch nie der Politik der Union in Anlage und Ziel, in Tat und Wahrheit derart recht gegeben, wie in diesen Tagen. Dazu möchte in an drei Beispiele erinnern.

Zum einen: In diesem Jahrzehnt sozialliberaler Politik schaffte es die Bundesrepublik Deutschland, die niedrigste Geburtenrate der Welt zu erreichen. Das Gespenst leerstehender Schulen und bald auch leerstehender Universitäten und Fabriken macht mehr und mehr die Runde und wird mehr und mehr sichtbar. Das alles ist ein Zeichen für mangelnde Zukunftshoffnungen, mangelnden Selbstbehauptungswillen aber auch für eine Diffamierung der Familie und nicht zuletzt mangelnde Kinderfreundlichkeit. Ist es nicht gerade die Familienpolitik der CDU und nur sie allein, die hier in der Lage ist, das Steuer herumzureißen, um Zukunft und soziale Stabilität wieder zu gewährleisten?

Zum zweiten: Dieser Staat ist nach zehn Jahren sozialliberaler Politik nahezu pleite. Schon zum zweiten Male unternimmt es der Finanzminister dieses Staates, bei den Ölmagnaten in Saudi-Arabien vorzusprechen und um Kredite zu bitten. Da muß es doch der Letzte merken, wie schrecklich dieser Staat von den Sozialisten heruntergewirtschaftet wurde. Wir können deutlich machen, daß es allein die Union ist, die in der Lage ist, dies wieder in einem vernünftigen Rahmen in Ordnung zu bringen.

Ein Drittes und Letztes: Frieden und Freiheit sind doch ständig voneinander abhängig: von den Vereinigten Staaten, der NATO und den befreundeten westlichen Staaten. Heute wurde daran erinnert: Es war die CDU und nicht die SPD, die dies geschaffen hat. Es kann und wird die Union sein, die dies auch für die Zukunft zu gewährleisten vermag. Wir sind die Parteien, die für dieses Land Frieden undFreiheit gestiftet haben. Wir sind die Parteien, die allein die Gewähr dafür geben, daß sie auch auf die Dauer erhalten bleiben. Noch nie seit Jahrzehnten - ich wiederhole das - haben innen- wie außenpolitische Entwicklungen der Politik der Union in Anlage und Ziel, in Tat und Wahrheit derart recht gegeben wie heute. Es gibt deshalb viel zu tun, und wir sollten die

falschen Propheten packen und ihnen entgegenhalten, daß die CDU die Gewähr für Freiheit und Frieden gibt.

(Beifall)

Dr. Bernhard Vogel, Tagungspräsidium: Vielen Dank für diesen Beitrag.

Meine Damen und Herren, damit ist die Aussprache zu Block 1 abgeschlossen. Ich rufe zur Aussprache über Block 2 auf. Das sind die Kapitel 1.1. bis 1.5. Das Wort hat als erster Sprecher Walther Leisler Kiep.

Walther Leisler Kiep: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! In unserem Wahlkampfprogramm ist die Außenpolitik zu Recht, wie ich meine, an die vorderste Stelle gerückt worden. Unsere außenpolitische Debatte, die in der Bundesrepublik Deutschland läuft, findet weltweite Beachtung. Ziel unseres Wahlkampfes muß es sein klarzumachen, daß die Grundlagen der Außenpolitik der Bundesrepublik Deutschland und daß die Interessen der Bundesrepublik Deutschland unverändert geblieben sind. In Moskau darf nicht der Eindruck entstehen, als ob hier allmählich eine Veränderung unserer Politik in Richtung auf Abkoppelung vom Bündnis und Selbstneutralisierung erfolgt. Es darf auf der anderen Seite in den Vereinigten Staaten nicht der Eindruck entstehen, als ob die Gemeinsamkeit der Interessen zwischen Amerika und Deutschland in den 8oer Jahren nicht mehr gegeben sei. Wir müssen diese Auseinandersetzung in der Außenpolitik mit Entschiedenheit, mit Deutlichkeit, sachbezogen und verantwortungsbewußt führen. Wir müssen uns dabei darüber klar sein, daß die Diskussion von Außenpolitik in einem Wahlkampf hohe Anforderungen an die Teilnehmer dieser Debatte stellt: Deutliche Kritik und deutliche Abgrenzung, aber auch Gesamtverantwortung und nationale Interessen dürfen dabei zu keinem Zeitpunkt aus dem Auge verloren werden.

Wo und wie diese Interessen nationaler Art verletzt werden, haben wir im letzten Wahlkampf, im Landtagswahlkampf von Nordrhein-Westfalen, erlebt und erleben wir in diesen Tagen in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten. Wir müssen die Sozialdemokraten davor warnen und darauf hinweisen, daß ihre Diffamierung der CDU letzten Endes die gleichen Töne enthält, wie sie der CDU aus Moskau entgegenklingen. Zweifel am deutschen Friedenswillen, ausgesprochen von Deutschen gegen Deutsche, meine Freunde, ist sowjetische Propaganda und nicht deutscher Wahlkampf unter Demokraten.

(Beifall)

Die Ablösung der Sozialdemokratischen Partei ist gerade und insbesondere im Interesse der Friedenspolitik der 8Oer Jahre notwendig. Auf der Wahlkampfbühne, meine Freunde, deren erster Vorhang sich öffnet, erscheint Helmut Schmidt. Der zweite Vorhang hinter ihm bleibt bis zum 5. Oktober geschlossen. Hinter dem zweiten Vorhang verbirgt sich die Riege von SPD-Politikern, die im Grunde genommen die Strategie der Außenpolitik dieser Partei bestimmen. Sie bedienen sich der Gallionsfigur Helmut Schmidt vor dem ersten Vorhang, weil sie wissen, daß sie nur mit ihm eine Chance haben, die Wahl zu gewinnen.

Unsere Aufgabe besteht darin, deutlich zu machen, was sich hinter dem zweiten Vorhang verbirgt, wie die wirkliche SPD-Außen-

politik für die 80er Jahre aussieht.

Lassen Sie mich an vier Beispielen deutlich machen, wovon ich spreche.

Erstens: Die Handhabung der Frage der Entsendung einer deutschen Olympiamannschaft nach Moskau. Schmidt hat sich in der Behandlung dieser Frage, wie ich meine, zwischen die Stühle gesetzt. Zunächst einmal hat er durch sein Zögern und sein Offenhalten keineswegs eine besondere Behandlung durch die Sowjetunion erreichen können. Aber - und das ist viel wichtiger - durch unsere Offenhaltepolitik, die in den Vereinigten Staaten zögernd betrachtet worden ist, ist ein entscheidender Einbruch in der Solidarität zwischen uns und Amerika entstanden, dessen Folgen wir noch verdauen müssen. Wenn dies alles noch nicht genügt hätte, dann hat der Brief von Egon Bahr, der praktisch dazu aufgefordert hat, die Folgen einer Teilnahme an den Olympischen Spielen um Himmelswillen nicht als eine Beeinträchtigung der deutschen Außenpolitik darzustellen, ein übriges getan. Bahr hat in dieser Frage die deutsch-amerikanischen Beziehungen geschädigt, und er hat die Politik der Regierung, der er angehört, die er unterstützt, letzten Endes unterlaufen.

Zweitens: Der Rüstungsbeschluß der NATO. Dieser Beschluß wurde nach langen Debatten schließlich hier möglich gemacht, nachdem Herbert Wehner, der die Rüstungsüberlegenheit der Sowjetunion als defensiv klassifizierte, gebremst hatte. Der gleiche Rüstungsbeschluß wurde kurz danach, im Höhepunkt der Krise nach Afghanistan, von Helmut Schmidt ohne Not in Frage gestellt. Damit hat er sicherlich alles dazu getan, daß die Sowjetunion auf das mit dem Nachrüstungsbeschluß verbundene Verhandlungsangebot nicht eingeht.

Drittens: Die Bundesregierung, insbesondere Schmidt, hat in den Monaten seit Afghanistan konsequent jeden amerikanischen Vorschlag zur Bewältigung der Krise, jeden Vorschlag für eine gemeinsame Strategie des Westens gegenüber dieser Invasion abgelehnt. Alle Vorschläge hatten irgendwelche Eigenschaften, die sie für Schmidt und die Bundesregierung nicht akzeptabel machten. Das gilt von den wirtschaftlichen Maßnahmen bis hin zu den konkreten Vorschlägen über die Verstärkung der Verteidigung in Europa. Damit hat man praktisch für diese Bundesregierung, für diesen Bundeskanzler ein Alibi zum Nichtstun geschaffen, zum Nichtstun in einer Zeit, in der das Bündnis zu gemeinsamem Handeln aufgefordert war, in der die Vereinigten Staaten in einer Neuformulierung und Neubewertung ihrer Außenpolitik begriffen waren.

Viertens: Früher, meine Freunde, war ein intaktes Bündnis, war eine funktionierende Westpolitik sozusagen die Grundlage für jede Deutschland- und Ostpolitik. Heute haben sich die Dinge anscheinend ins Gegenteil verkehrt. Heute kommt es mehr darauf an, die Errungenschaften der Ost- und Deutschlandpolitik zu erhalten, als die Grundlage dieser Politik, nämlich das Atlantische Bündnis, zu festigen. Alle Energien dieser Bundesregierung zeigen ganz deutlich in diese Richtung. Ich glaube, damit wird klar, daß die Prioritäten der deutschen Außenpolitik und damit die Sicherung von Frieden und Freiheit durch dieses Versagen in den Monaten seit Afghanistan in Frage gestellt sind.

Es ist schon so, meine Freunde, daß eben realistische Entspannungspolitik für uns keine Marscherleichterung bedeuten

kann. Realistische Entspannungspolitik ist kein Sonntagsnachmittagsspaziergang, sondern eher Hochleistungssport, weil zwei Dinge von uns gleichzeitig verlangt werden, die frühere Regierungen seit der Gründung unserer Republik geleistet haben: erstens die Bereitschaft, mit langem Atem zu verhandeln, zweitens die Fähigkeit, zu jedem Zeitpunkt Mehrheiten im Parlament und in der eigenen Partei zu haben, die dafür gesorgt haben, daß das militärisch-strategisch-politische Gleichgewicht aufrechterhalten worden ist .

Aus diesen Gründen, meine Damen und Herren, fordern wir die Ablösung der SPD und nimmt die Außenpolitik in unserem Wahlkampfprogramm die Priorität Nummer eins ein.

Nach dem Zweiten Weltkrieg, nach der Gründung der Bundesrepublik Deutschland war die Staatsräson dieser Bundesrepublik Deutschland die Erhaltung und Sicherung des Friedens. Konrad Adenauer hat die Grundlagen gelegt. Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger haben sie weitergeführt. Auch für die beiden SPD-Kanzler, Brandt und Schmidt, hat diese Staatsräson des Friedens Gültigkeit gehabt. Genauso, meine sehr verehrten Freunde, wird es auch unter Bundeskanzler Franz Josef Strauß sein.

Deutschlandpolitik, meine Freunde, spielt in unserem Wahlkampfprogramm den Part, der ihr in der Liste der Prioritäten unserer Partei zukommt. Der Verfassungsauftrag, der uns zur Verfolgung einer Politik verpflichtet, die Einheit in Frieden und Freiheit herzustellen, hat in diesem Programm seinen Niederschlag gefunden.

Maßstab für die Fortschritte in dieser Politik ist dabei die Freizügigkeit, ist das Maß an Freizügigkeit, das wir mit dem anderen Teil Deutschlands verwirklichen und erreichen können. Der Grund dafür ist einfach der: Die Offenhaltung der deutschen Frage wird uns dann nicht weiterbringen, wenn nicht durch menschliche Begegnung das Zusammengehörigkeitsgefühl der Deutschen, insbesondere der jungen Generation, erhalten und gestärkt bleibt. Was würde es uns nützen, meine Freunde, wenn sich eines Tages unter veränderten weltpolitischen Umständen neue Möglichkeiten ergäben, aber die dann handelnde Generation nicht wüßte, wo Eisenach, wo Weimar, wo Rostock und wo Erfurt liegen!

Das Nordatlantische Bündnis ist eine Gemeinschaft freier Völker mit klar definierten moralischen Grundlagen. Menschenrechte und Menschenwürde sind, wie aus unserem Wahlkampfprogramm deutlich hervorgeht, die Grundlage dieses Zusammenschlusses. Es besteht überhaupt gar kein Zweifel darüber, daß die deutsche Außenpolitik auch und gerade in den 80er Jahren die Aufgabe hat, Menschenrechte und Menschenwürde überall zum Durchbruch zu verhelfen.

Lassen Sie mich zusammenfassend feststellen:

Die deutsch-amerikanische Interessenidentität, das Bündnis zwischen Europa und Amerika, das Bündnis zwischen Deutschland und den Vereinigten Staaten sind eine Art zweites Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland, sind Grundlage für Frieden, für Freiheit und für Sicherheit für unser Volk. Der außenpolitische Teil unseres Wahlkampfprogramms zeigt uns den richtigen, zeigt uns den sicheren Weg.

Lassen Sie uns alle durch eine große gemeinsame Anstrengung da-

für sorgen, daß wir diese Politik für Frieden und Freiheit nach dem 5. Oktober verwirklichen können.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Vielen herzlichen Dank, Walther Leisler Kiep.

Jetzt hat unser Freund Manfred Wörner das Wort. Ihm folgt Hans Katzer.

Dr. Manfred Wörner (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine sehr verehrten Freunde! Es ist nicht die Stärke der Sowjetunion, sondern es ist die Schwäche des Westens, die uns am meisten Sorge bereitet. Ich meine damit gar nicht in erster Linie die militärische Schwäche. Ich meine die Schwäche des Willens. Ich meine den Mangel an Entschlossenheit. Ich meine das Defizit an Führungskunst und Führungskraft.

Dabei haben wir Europäer überhaupt keinen Grund, mit den Fingern auf den amerikanischen Präsidenten zu zeigen. Der amerikanische Präsident Jimmy Carter hat nach Afghanistan mehr Mut und Entschlossenheit gezeigt als alle Europäer zusammen.

(Beifall)

Ich sage dies gerade auch mit dem Blick auf den Bundeskanzler Helmut Schmidt und die Bundesregierung.

Meine Freunde, nicht die immer offenkundigeren inneren Probleme der Bundeswehr, nicht der Rückgang der deutschen Verteidigungsleistungen, nicht einmal die wachsende Mißstimmung diesseits und jenseits des Atlantiks sind die größten Gefahren für unsere Sicherheit. Die größte Gefahr ist die zunehmende Bewußtseinsveränderung, eine Veränderung im Wertbewußtsein unseres Volkes, und zwar keineswegs nur in der jungen Generation. Dies ist sicher nicht nur meine Erfahrung in Wahlkämpfen, Diskussionen und zahllosen Einzelgesprächen: Die Bereitschaft, sich Unrecht und Gewalt zu widersetzen, weicht mehr und mehr dem Bedürfnis nach Ruhe um jeden Preis, nach einer Insel der Geborgenheit in der stürmischen See des Weltgeschehens. Die wachsende Kriegsfurcht, die wir alle beobachten, erzeugt nicht etwa mehr Widerstandswillen, sondern die Bereitschaft zurückzuweichen und zu beschwichtigen. Das Gefühl wachsender Bedrohung, das sich allmählich in unserem Volk einstellt, setzt sich eben nicht in mehr Verteidigungsbereitschaft, sondern in die Bereitschaft zur Nachgiebigkeit, fast möchte ich sagen: zur Nachgiebigkeit auch um jeden Preis um. Meine Freunde, man kann es, glaube ich, ohne Übertreibung sagen: Der Schatten der Macht Moskaus legt sich spürbar über unser Volk. Wer sich den Prozeß der psychologischen Erosion, wer sich die selbstverschuldete Handlungsschwäche der Bundesregierung vergegenwärtigen will, frage sich doch einmal, ob wir heute noch in der Lage wären, einen deutschen Verteidigungsbeitrag mit allen Konsequenzen durchzusetzen, da wir es nicht einmal mehr richtig fertigbringen, den Nachrüstungsbeschluß in diesem Volk durchzusetzen, und zwar so, daß er hält.

(Beifall)

Wer sich diese andere Ausgangssituation verdeutlicht, weiß, wohin wir gekommen sind.

Es ist schon bezeichnend, wenn eine so angesehene britische Zeitung wie die "Daily Telegraph" schreibt: Tatsache ist, daß zu-

nehmende russische Einschüchterungen beunruhigende Veränderungen in der Moral sowohl der deutschen Regierung als auch der Öffentlichkeit bewirkt haben, wobei die letzteren in beträchtlichem Ausmaß den erstgenannten folgen. - Hier hat eine englische Zeitung den Finger auf die entscheidende Wunde gelegt. Hier liegt das tiefste Führungsversagen der Bundesregierung und des Bundeskanzlers ganz persönlich. Meine Freunde, wer es nicht nur zuläßt, sondern aktiv dazu beiträgt, daß Freiheitswillen und Verteidigungsbereitschaft schwinden, untergräbt die Sicherheit, untergräbt die Freiheit. Wer dies tut, dem fehlt die Fähigkeit zum Frieden - nicht etwa uns.

(Beifall)

Auch wenn es andere in der Bundesrepublik Deutschland kaum mehr aussprechen, wir sagen es noch: Unser Volk, alle Bürger unseres Volkes verdanken den über 30jährigen Frieden in erster Linie einer wirksamen Verteidigung und einer funktionierenden Abschreckung durch das Bündnis und die Bundeswehr. Ohne die deutschen, ohne die amerikanischen, die britischen, die belgischen, die französischen Soldaten hätten wir keinen Frieden gehabt und hätten wir auch in Zukunft keinen Frieden zu erwarten.

(Beifall)

Deshalb können die Soldaten der Bundeswehr für sich in Anspruch nehmen, daß sie für den Frieden in diesem unserem Volk wesentlich mehr getan haben als viele von denen, denen das Wort vom Frieden so wohlfeil täglich vom Munde geht.

(Beifall)

Lassen Sie mich hier eine Mahnung anschließen. Wir von der CDU/CSU dürfen es nicht zulassen, daß es als schick gilt, seinen Wehrdienst nicht abzuleisten, daß der als der Dumme angesehen wird, der die Uniform des Soldaten anzieht. Das gilt gerade auch für Abiturienten. Wer in diesem Volk einmal Führungsaufgaben in Gesellschaft, Staat und Wirtschaft übernehmen will, hat in der Übernahme auch unangenehmer Pflichten beispielhaft voranzugehen.

(Beifall)

Ein weiteres Wort, das sich vor allen Dingen an unsere Kulturpolitiker in den Ländern, an die Kultusminister der von CDU und CSU geführten Bundesländer richtet. Wir dürfen es nicht länger der Bundeswehr allein überlassen, ihre Existenz vor den Wehrpflichtigen zu rechtfertigen. Hier haben wir es im Grunde genommen mit einem Skandal zu tun. Es ist die Pflicht des Elternhauses und der Schulen, die Notwendigkeit der Verteidigung sachlich zu begründen.

(Beifall)

Wir werden mit dieser unserer Forderung weitgehend alleinstehen. Bremen hat es gezeigt. Solange Bundeskanzler Helmut Schmidt es noch nicht einmal schafft, seine eigene Partei, seine eigenen Jungsozialisten von der Notwendigkeit der Verteidigung zu überzeugen, so lange kann er nicht glaubwürdig vor der jungen Generation für Verteidigungsbereitschaft eintreten. Hier werden die Versäumnisse der letzten zehn Jahre deutlich: Es ist eine Tatsache, daß man die Bedrohung über Jahre verharmlost oder verschwiegen hat. Es ist eine Tatsache, daß man unserem Volk vorenthalten hat, daß die Sowjets unter Entspannung etwas ganz anderes als wir verstehen, nämlich Kampf. Es ist eine Tatsache, daß die Bundesregierung das Faktum unterschlagen hat und weiterhin unter-

schlägt, daß die Sowjetunion in der Zeit der Entspannung ihre militärische Macht schlechthin verdoppelt hat. Der Bundeskanzler stellt die Sowjetunion und die Vereinigten Staaten von Amerika auf die gleiche Stufe.

Die SPD redet vom Rüstungswettlauf, als ob beide Weltmächte dafür die gleiche Verantwortung trügen. Tatsache ist, daß die Amerikaner heute 600 000 Mann weniger unter Waffen haben als vor Vietnam. Tatsache ist, daß die Amerikaner 1979 weniger für Verteidigung ausgegeben haben als im Jahre 1961, vor Vietnam. Tatsache ist, daß die Bundesrepublik Deutschland im Jahre 1980, gemessen am Bundeshaushalt, gemessen am Bruttosozialprodukt, weniger für Verteidigung ausgibt als in allen 20 Jahren vorher. Tatsache ist, daß die Europäer die Wehrdienstzeit im Schnitt um fünf Monate verringert haben - und dies alles in gutem Glauben an die Entspannung, während die UdSSR ihre militärische Macht - ich sage es noch einmal - verdoppelt hat. Die Welt, meine Freunde, wäre heute sicherer, viel sicherer, wenn es diese Machtverschiebung zuungunsten des Westens nicht gegeben hätte. Hier liegt die tiefste Ursache dafür, daß der Frieden unsicherer geworden ist.

(Beifall)

Wer deshalb nur die Fortsetzung dieser seither betriebenen Art der Entspannungspolitik als Rezept anzubieten hat, muß dann auch sagen, daß dies die Fortsetzung der sowjetischen Macht- und Einflußpolitik bedeuten würde.

Meine Freunde, wir von der CDU/CSU suchen des Gespräch, die Verhandlung, die Entspannung. Aber wir wissen - und wir sind auch und gerade vor Wahlen bereit, dafür einzustehen -, daß ohne eine stärkere Verteidigung, d.h. ohne ein Mehr für die Verteidigung, der Frieden und die Freiheit nicht zu bewahren sind, gerade in Europa nicht. Ohne Wiederherstellung des Gleichgewichts werden wir den Frieden nicht stabilisieren können.

Daher - das sei mein Letztes in diesem Zusammenhang - müssen wir die Friedensdiskussion viel offensiver als bisher führen. Wir haben gar keinen Grund, uns ein schlechtes Gewissen einzureden. Wir brauchen gar nicht peinlich und verlegen darauf hinzuweisen, daß wir für eine starke Verteidigung sind. Beschwichtigungspolitik, Nachgiebigkeit und Schwäche gegenüber Diktatur und Gewalt haben noch stets - das hat die Geschichte bewiesen - Kriege und Gewaltanwendung zur Folge gehabt. Darum sind nicht wir, die für eine starke Verteidigung eintreten, diejenigen, die den Frieden gefährden, nein, diejenigen, die den einseitigen Vorleistungen das Wort reden, diejenigen, die um jeden Preis nachgeben, diejenigen, die der Schwäche das Wort reden, sind es,die - nach aller historischen Erfahrung - den Frieden in Europa und auf der Welt gefährden.

(Beifall)

Es mag schwierig sein, eine solche Diskussion zu führen, unmöglich ist es nicht. Was uns, die wir nun über Jahre in der Verteidigungspolitik stehen, den Mut und die Kraft gibt, ist das Wissen darum, daß ohne die CDU/CSU der Verteidigungswille, die Verteidigungsbereitschaft in diesem Volk schon längst erloschen wären. Wir von der CDU/CSU sind die einzige politische Kraft, die unser Volk auf dem richtigen Weg halten kann, die den Weg zurück in den Neutralismus, in den Antiamerikanismus und in die Schwäche blockieren und umkehren kann. Darum sollten wir alle uns nicht

scheuen, dieses Feld - auch wenn es zunächst unpopulär scheinen mag - in den Wahlkämpfen, so, wie in unserem Programm, in den Vordergrund zu stellen und offensiv von einer starken Verteidigung, von einem friedensbereiten, aber entschlossenen Volk zu reden. Ich danke schön.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Manfred Wörner.

Das Wort hat jetzt Hans Katzer. Danach rufe ich zu einem kurzen Grußwort für die Christlich Demokratische Weltunion den langjährigen Ministerpräsidenten Mariano Rumor auf.

Hans Katzer: Herr Vorsitzender! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Freunde! Vor einem Jahr standen wir in der Schlußphase des Europawahlkampfes. Auf unserem letzten Bundesparteitag in Kiel haben wir die Alternative der Union für die Europapolitik formuliert: für ein partnerschaftliches und solidarisches Europa, das auf der Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft die Prinzipien der Freiheit und des sozialen Ausgleichs miteinander verbindet, für ein Europa des Friedens und der Freiheit, gegen ein sozialistisches Europa.

Die SPD ist damals für ein Europa der Arbeitnehmer angetreten. Sie schickte Gewerkschaftsvorsitzende wie Loderer und Haunschild ins Europaparlament. Es dauerte kein halbes Jahr, bis sie sich, nachdem es ihnen nicht gelungen war, ein sozialistisches Europa zu zementieren, aus Europa zurückgezogen und damit die Wähler hinters Licht geführt haben; denn man hatte versprochen, was man nicht gehalten hat.

(Beifall)

Die Union hat demgegenüber gesagt: Wir wollen ein Europa für alle Bürger, wir wollen ein Euorpa, in dem sich jeder wiederfinden kann. Unsere Mitbürger haben sich für die Alternative der Union entschieden.

Aus der Europawahl sind wir Christlichen Demokraten als stärkste Partei hervorgegangen. Meine Freunde, was ich bedaure, ist, daß dieses hervorragende Ergebnis von der Partei nicht mehr genutzt und in Siegeszuversicht auch für die vor uns stehenden Wahlen umgesetzt worden ist.

(Zustimmung)

Meine Freunde, ich bin davon überzeugt, daß die Alternative der Union, wenn wir sie dem Wähler klar vor Augen führen, auch in Zukunft die Zustimmung der Mehrheit unserer Bürger finden wird.

Dem Bürger war bei der Wahl bewußt, daß es von der Union geführte Regierungen waren, die nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Aufbau Europas alles getan haben, damit wir nicht noch einmal die Schrecken eines Krieges erleben müßten.Es war die Union mit Konrad Adenauer, die die Aussöhnung mit unseren französischen Nachbarn vorangetrieben, die die Freundschaft mit unseren europäischen Verbündeten aufgebaut und die die europäische Einigung als Werk des Friedens vorangetrieben hat.

Den Frieden in Freiheit zu sichern,war,ist und bleibt Ziel christlich-demokratischer Politik. Wer deshalb - Kollege Biedenkopf hat es vorhin deutlich angesprochen; ich unterstreiche es Wort

für Wort - wider besseres Wissen unter Mißbrauch der Opfer des Krieges, den Eindruck erwecken will, die Union treibe Kriegspolitik und die SPD betreibe Friedenspolitik, handelt zutiefst unmoralisch.

(Beifall)

Ich bin nicht blauäugig genug, zu glauben, daß das Ausrutscher im Wahlkampf von Nordrhein-Westfalen waren. Nein, meine Freunde, das war dasselbe Strickmuster wie im Bundestagswahlkampf 1972, mit dem man - unter der Hand - gearbeitet hat.

(Beifall)

Ich kann nur sagen: Wer dies tut, betreibt politischen Rufmord. Wer wie der Kanzler bei der letzten Debatte im Bundestag der Union die Fähigkeit zum Frieden abspricht, hat den tragenden Geist der europäischen Einigung als Werk der Völkerfreundschaft und des Friedens nicht begriffen, der leugnet den Beitrag, den die Europäische Gemeinschaft für den Frieden in Europa und in der Welt geleistet hat und leistet, der hat auch nicht die Faszination des europäischen Einigungswerkes begriffen, das nicht nur den Westen umfaßt, sondern auch die Völker des Ostens mit einschließt.

Daß der Bundeskanzler diese historische Dimension der Europäischen Einigung aus dem Blickfeld verloren hat, macht in der Tat einen Teil der Schwierigkeiten aus, mit denen die Europäische Gemeinschaft heute konfrontiert ist.

Sozialdemokraten haben damit angefangen, Europa mit der kleinlichen Münze des Zahlmeisters zu messen. Wir dürfen uns deshalb nicht wundern, wenn Großbritannien sich heute sträubt, diese Rolle zu übernehmen.

Spätestens die Krisen um Afghanistan und Persien haben überdeutlich werden lassen, vor welchen Herausforderungen Europa steht. Ich kann nur sagen, meine Freunde: Knapp ein Jahr nach der Wahl des Europäischen Parlaments ist es sicherlich noch zu früh, Bilanz zu ziehen; aber dies darf man wohl sagen: Die Sozialistische Fraktion ist zwar nominell die stärkste Fraktion, aber sie ist in sich so zerstritten - auf der einen Seite Sozialisten, auf der anderen Seite Sozialdemokraten -, daß sie praktisch handlungsunfähig ist.

Und dies sage ich meinen Freunden in Nordrhein-Westfalen: Dort hat die SPD vom Wähler eine absolute Mehrheit bekommen. Es wird sich aber bald zeigen, daß auch diese SPD nicht in der Lage ist, eine klare und eindeutige Politik zu betreiben, weil sie in sich zerrissen ist in Sozialisten und Sozialdemokraten.

(Beifall)

Die SPD wird weder in der Energiepolitik, noch in der Familienpolitik, noch in der Rentenpolitik die Kraft haben, zu einheitlichem Wirken zu kommen.

Für diese Aufgabe, meine Freunde, wird dem Europäischen Parlament - dem ersten direkt gewählten Parlament - eine besondere Verpflichtung zukommen. Das Parlament hat seinen Willen bekräftigt, diese Verpflichtung ernst zu nehmen. Erstmals in der Geschichte hat sich das Parlament über die Haushaltsentscheidungen des Ministerrates mit übergroßer Mehrheit hinweggesetzt.

Diese Entscheidung ist nicht - wie der eine oder andere schrieb - Ausdruck einer Krise der Europäischen Gemeinschaft; sie ist im Gegenteil dazu geeignet, die notwendige Integration Europas voranzutreiben.

Die treibende Kraft im Europäischen Parlament sind die Christdemokraten, das ist die Christdemokratische Fraktion der Europäischen Volksparteien. Wir haben als erste unsere Entschliessung zum Olympia-Boykott eingebracht. Wir haben als erste die Entwicklung im Iran verurteilt. Wir haben als erste eine Afghanistan-Debatte im Europäischen Parlament initiiert.

Ich glaube, es wäre gut und nützlich, wenn zwischen der Bundespolitik und der europäischen Politik eine engere Verzahnung erfolgen würde, wenn eine engere Verbindung vorhanden wäre als das in der Vergangenheit der Fall gewesen ist.

(Beifall)

Die große Mehrheit, mit der diese Entscheidungen getroffen wurden, zeigt, daß die Mehrheit der europäischen Abgeordneten über nationale und parteipolitische Unterschiede hinweg sich darin einig ist, die politische Entwicklung Europas mitzubestimmen und dem Parlament größere Mitspracherechte zu geben.

Das Europäische Parlament muß die treibende Kraft der europäischen Entwicklung sein. Ich kann, meine Freunde, das, was in unserem Wahlprogramm steht, nur deutlich unterstreichen; lassen Sie mich das auch auf einem solchen Parteitag kritisch an uns selbst gerichtet sagen: Wir brauchen nicht Sonntagsreden zum Parlament, wir brauchen die starke Hilfe der nationalen Parlamente für unsere Position im Europäischen Parlament.

(Beifall)

Der Kanzlerkandidat der Union ist im Augenblick nicht hier; aber der Kollege Stoiber ist ja da, und vielleicht kann er ihm das sagen. Ich würde ihn bitten, dem Kanzlerkandidaten der Union folgendes zu sagen: Er soll für das einstehen, was wir in unserem Wahlprogramm postulieren, nämlich, daß wir auf Mehrheitsentscheidungen des Ministerrates drängen müssen, damit Europa aus der Phase des Debattierklubs herauskommt und zu einer wirklichen parlamentarischen Kraft wird.

Meine Freunde, lassen Sie mich abschließend sagen: Unser europapolitischer Ansatz war richtig. Unsere Arbeit im Europaparlament hat erste Früchte gezeigt. Wir wollen, meine lieben Freunde, ein starkes und einiges Europa. Wir werden alles tun, damit die historische Dimension der europäischen Einigung nicht aus dem Blickfeld kommt. Wir wollen ein Europa des Friedens und der Freiheit. Europa braucht deshalb christliche Demokraten in der Bundesrepublik in der Regierungsverantwortung. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hans Katzer.

Nunmehr spricht zu uns Mariano Rumor, der Präsident der Christlich-Demokratischen Weltunion. Noch einmal herzlich willkommen in unserer Mitte, Mariano Rumor, unser Freund aus Italien, der langjährige Ministerpräsident von Italien und jetzige Sprecher

unserer Christlich-Demokratischen Weltunion. Bitte schön, das Wort hat Mariano Rumor.

Mariano Rumor (mit Beifall begrüßt) (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung):

Herr Präsident, ich bin Ihnen sehr dankbar, daß Sie mir das Wort erteilt haben, um Ihrem CDU-Parteitag die herzlichsten Grüße der Christlich-Demokratischen Weltunion zu überbringen.

(Beifall)

Frieden und Freiheit für die Völker, Sicherheit und soziale Sicherheit, Freiheit für die einzelnen Bürger - das ist die Fahne, die Sie in diesem Wahlkampf erheben, und zwar gerade in einem Augenblick, in dem die Kommunisten ein Volk und auch die Freiheit der Bürger mit Füßen treten.

(Beifall)

Frieden, Freiheit und soziale Sicherheit - das sind die Werte, von denen sich die Christdemokraten in der ganzen Welt inspirieren lassen. Wir versuchen, mit allen unseren Kräften und unseren politischen Institutionen diese Werte zu verteidigen. Doch in der Welt gibt es sehr viele Menschen, die erst versuchen müssen, diese Werte zu erobern. Sie zahlen dafür mit Gefängnis und zum Teil mit großen Opfern und ihrem eigenen Leben.

(Beifall)

Es gibt drei Dinge, die für die menschliche Gemeinschaft im Augenblick außerordentlich wichtig sind: Das sind erstens die geistigen und bürgerlichen Werte, zweitens die Garantie für Freiheit und Fortschritt und drittens der Kampf gegen eine Verflachung, eine Gleichmachung und einen Opportunismus. Wir sind diejenigen, die diesen Kampf führen.

(Beifall)

Wir brauchen ein geeintes Europa, kein neutralisiertes oder neutrales Europa, ein Europa, das fest im westlichen Bündnis verankert ist, ein Europa, das Partner der Vereinigten Staaten auf gleicher Ebene ist.

(Beifall)

Politische Kräfte wie wir kämpfen gegen den Totalitarismus, gegen Parteien, die doppelzüngig sprechen. Wir kämpfen gegen diejenigen, die nicht für eine fortschrittliche Entwicklung sind, die sich für einen wirtschaftlichen und ideologischen Imperialismus einsetzen.

(Beifall)

Daher blicken Millionen von Christdemokraten in 50 Parteien in vielen Erdteilen mit großer Hoffnung auf Ihren Wahlkampf und sprechen Ihnen ihre Solidarität aus.

(Beifall)

In ihrem Namen spreche ich Ihrem Parteivorsitzenden Kohl und dem Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß die besten Wünsche für einen großen Wahlerfolg aus. Dieser Erfolg wäre nicht nur ein Sieg für Sie, sondern auch ein Sieg und eine Hoffnung für Millionen von christlichen Demokraten in der ganzen Welt.

(Beifall)

Meine besten Wünsche! - Danke schön.

(Lebhafter Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Meine lieben Freunde, wir danken Mariano Rumor sehr herzlich für diese Grußbotschaft, für die guten Wünsche, die er uns übermittelt hat, aber insbesondere auch für die klaren Aussagen zur grundsätzlichen Orientierung unserer christlich demokratischen Politik. Wir wünschen unserem Freund Rumor Glück und Erfolg bei der wichtigen Aufgabe in der christlich demokratischen Weltunion. Alles Gute, lieber Mario Rumor! Nochmals herzlichen Dank!

(Beifall)

Nun gebe ich das Wort Elmar Pieroth. Ihm folgen Olaf von Wrangel und Herbert Hupka.

Elmar Pieroth: Herr Präsident! Liebe Freunde! Krisen in der Dritten Welt flimmerten bisher als Bilder über Fernsehkanäle in unsere Wohnstuben und rührten allenfalls humanitäre Gefühle. Heute greifen solche Krisen durch die Ölleitungen an unseren Lebensnerv, an unsere ureigensten Interessen, unser wirtschaftliches Interesse an gesicherter Energie und gesicherten Rohstoffen, unser politisches Interesse an Sicherheit und Frieden. Für diese Krisenlage hat die Bundesregierung offensichtlich kein Konzept, schlimmer, die Bundesregierung hat kein echtes Interesse an Entwicklungspolitik. Minister Offergeld ist der ideale Mann im Sinne des Kanzlers, besser gar nichts zu tun, als heute Unpopuläres zu wagen, was für die Dritte Welt morgen unverzichtbar ist. Eine solche Haltung ist für Deutschland beschämend und für unsere lebenswichtigen Interessen sehr gefährlich.

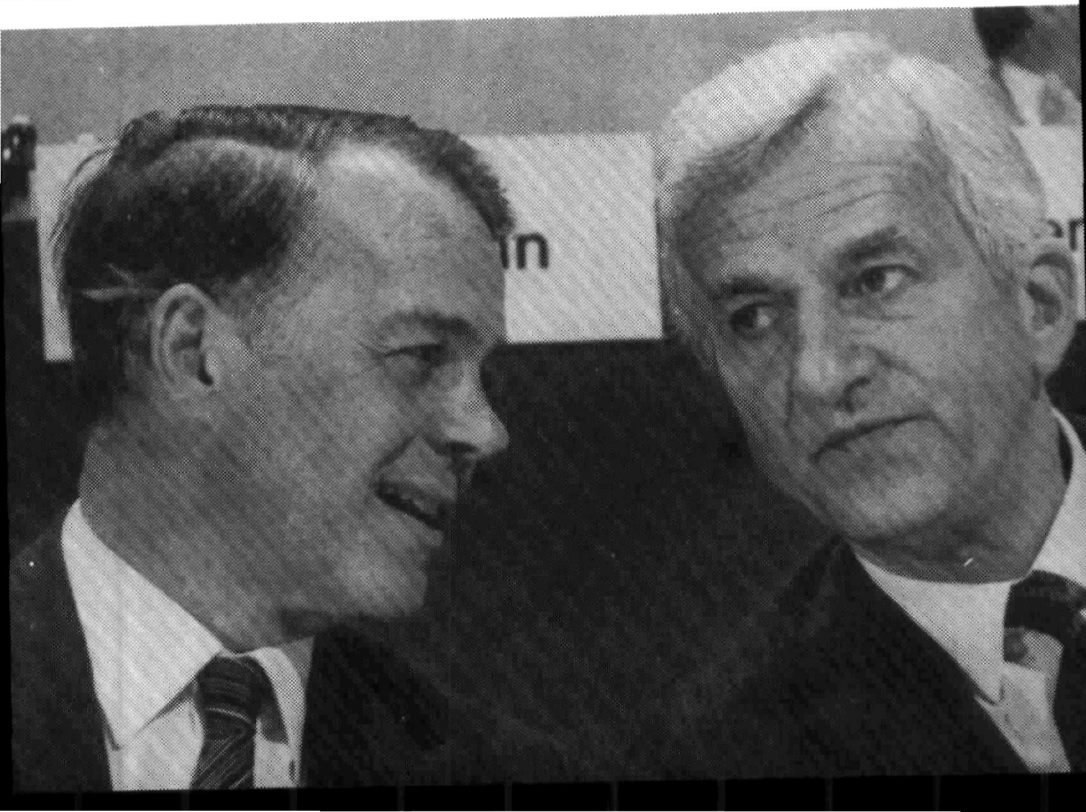
(Beifall)

Diese Interessen und unsere moralische Verpflichtung erfordern eine neue Entwicklungspolitik,die zu einer Weltwirtschaft beiträgt, in der die Entwicklungsländer auf freien Märkten kaufkräftige Partner werden, in der Menschenrechte überall in der Dritten Welt verwirklicht werden und in der und mit der wir den Kampf gegen diese elende Armut von über 800 Millionen Menschen aufnehmen. Während wir zum Teil schon gegen Folgen des Wohlstands kämpfen, kämpfen diese 800 Millionen Menschen tagtäglich ums nackte Überleben. Beseitigung von Hunger, Krankheit, Analphabetentum, Angst, Unwissenheit, Ungerechtigkeit, das ist unsere große Herausforderung, unsere große Aufgabe, der wir uns stellen müssen. Die Kirchen leisten ihren Beitrag seit Jahren. Auf ihrem entwicklungspolitischen Kongreß haben sie im letzten Jahr erste Priorität dafür gefordert. Die Missionen draußen widmen sich dieser Aufgabe mit leidenschaftlicher Hingabe. Wir danken den Kirchen dafür und stehen als Christdemokraten an ihrer Seite, aus Liebe, Barmherzigkeit und Opferbereitschaft mehr für die Ärmsten dieser Welt zu tun.

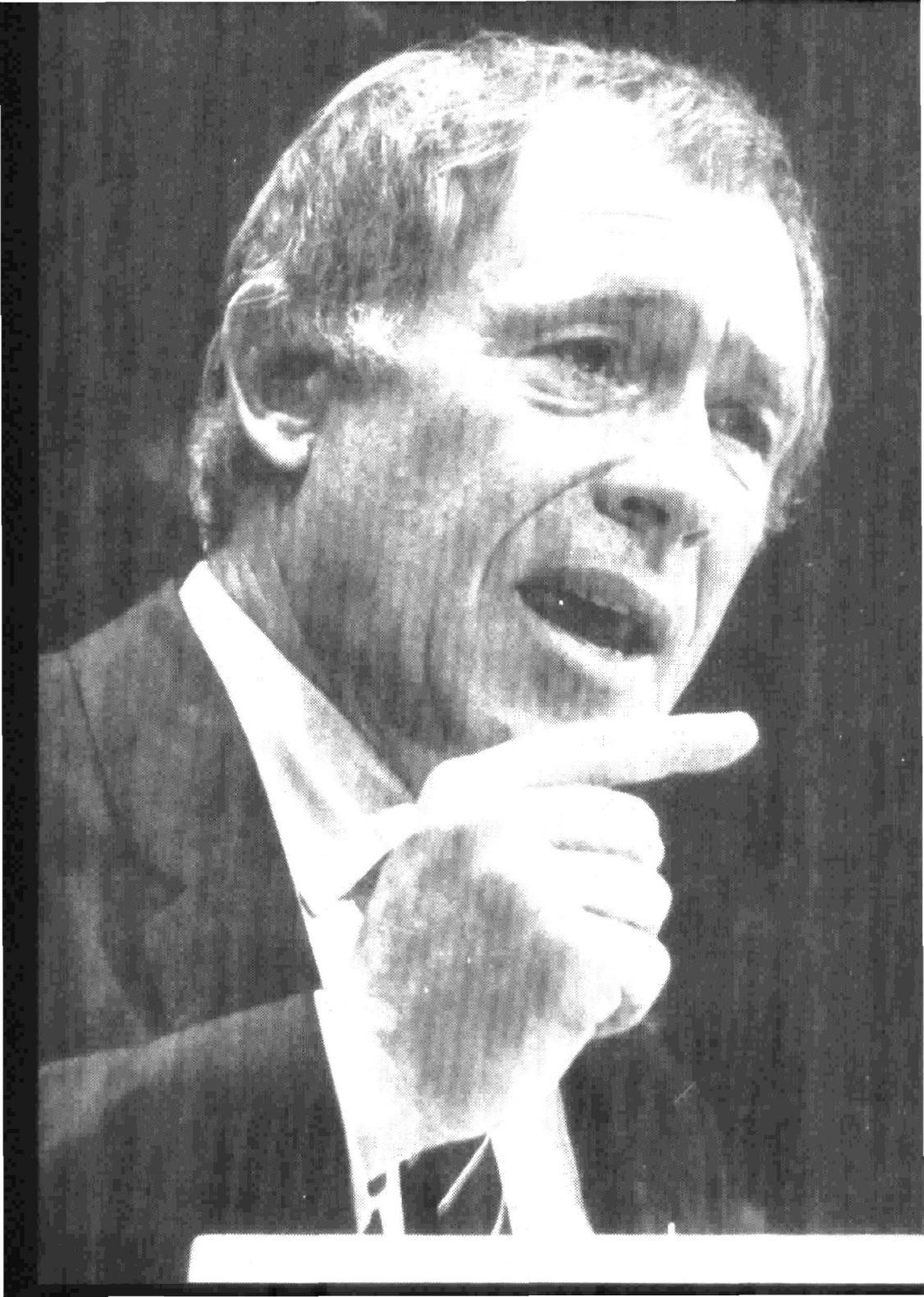
(Beifall)

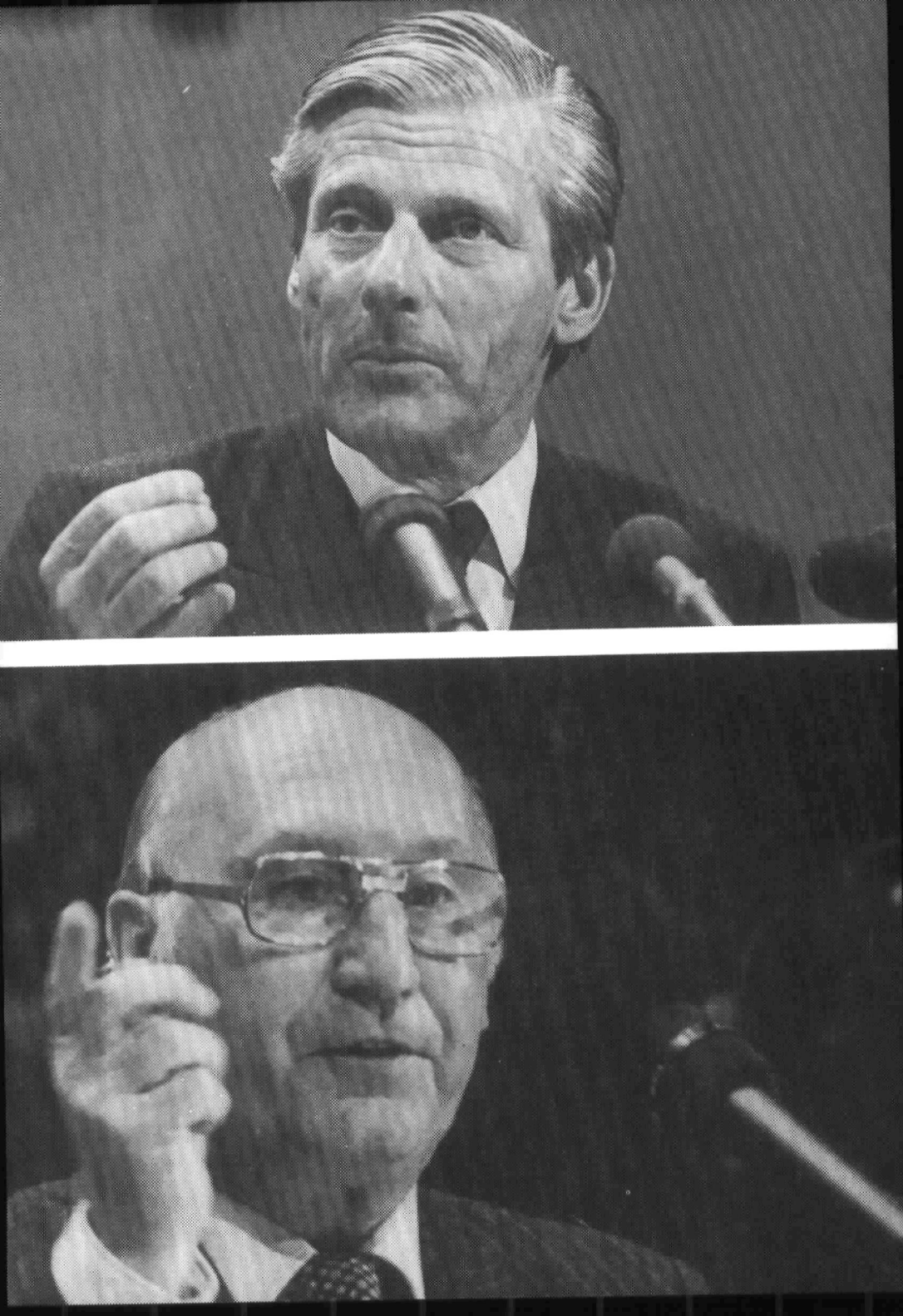
In Weltwirtschaftsfragen hat sich die Bundesregierung in die Defensive, in die dirigistische Versuchung führen lassen. Wir müssen in die Offensive, durch Öffnung unserer Märkte bei politischer Vorsorge zur sozialen Bewältigung des Strukturwandels kommen, der bei uns damit einhergehen wird. Wir müssen durch mehr Privatinvestitionen in den Entwicklungsländern über inten-

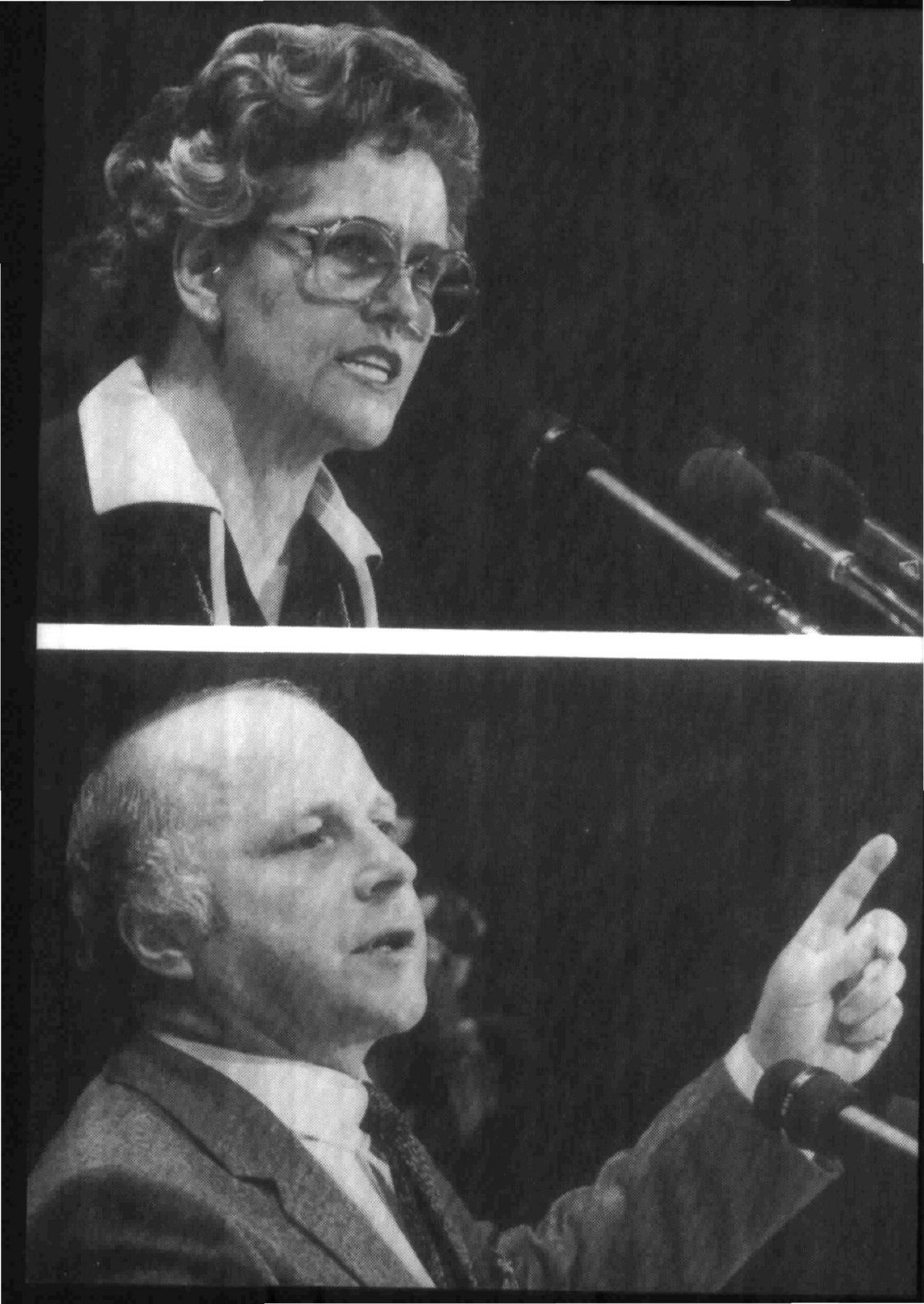
Für Frieden
und Freiheit
sicher
sozial
und frei

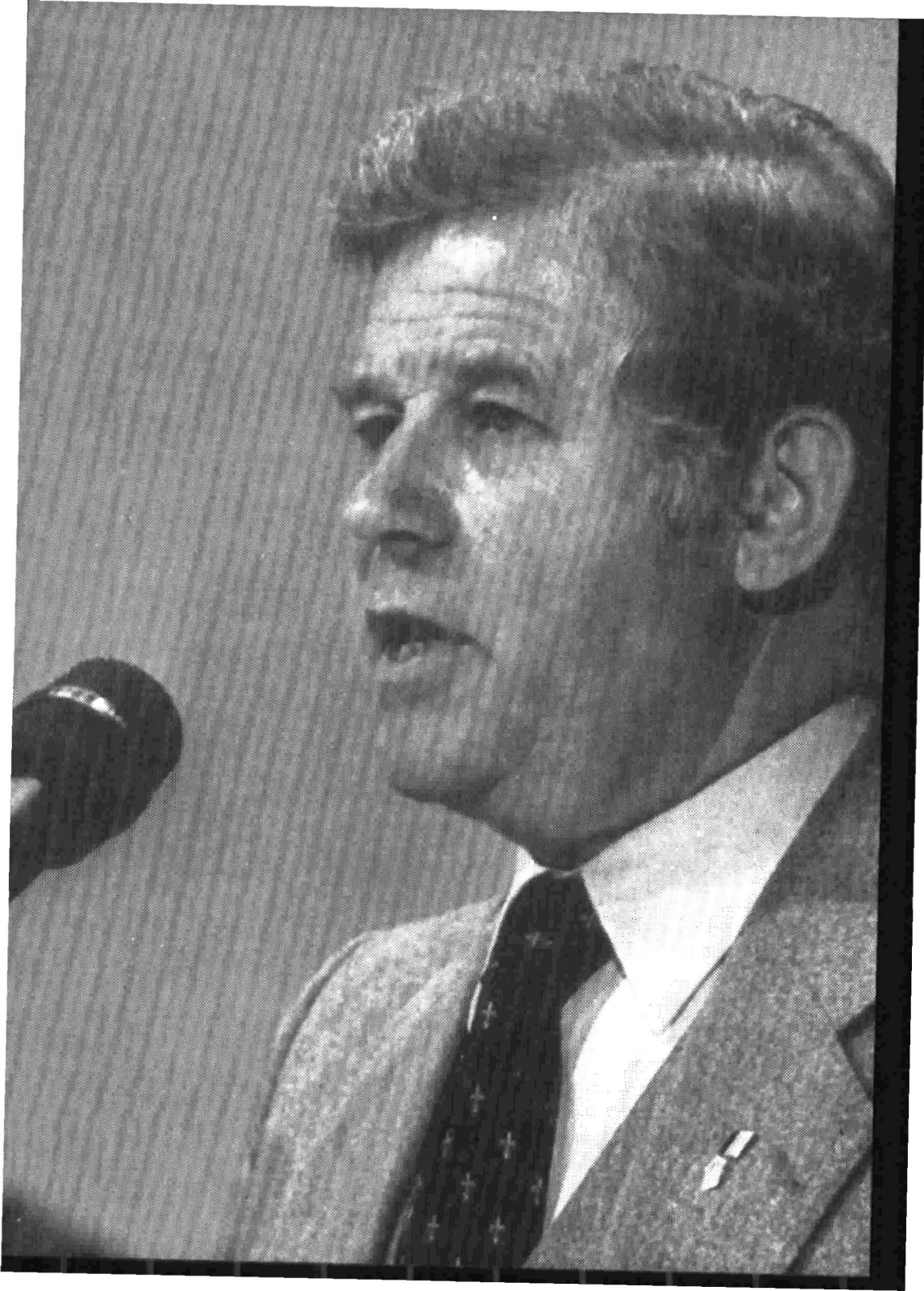


S

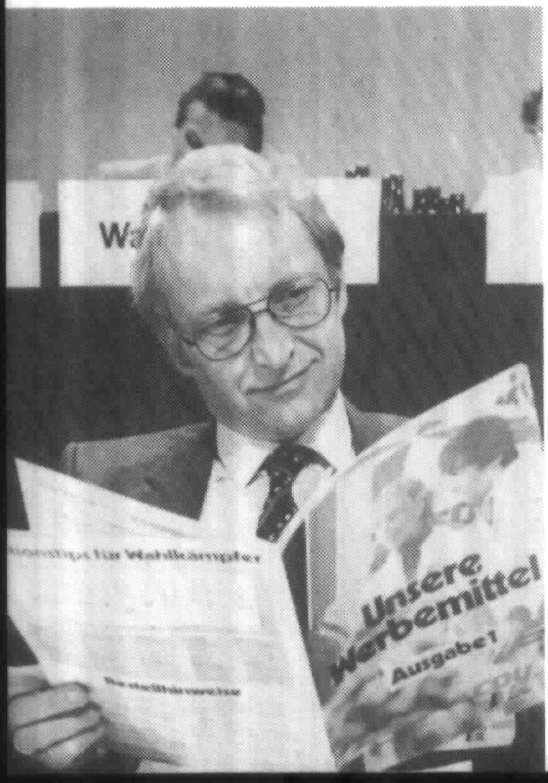


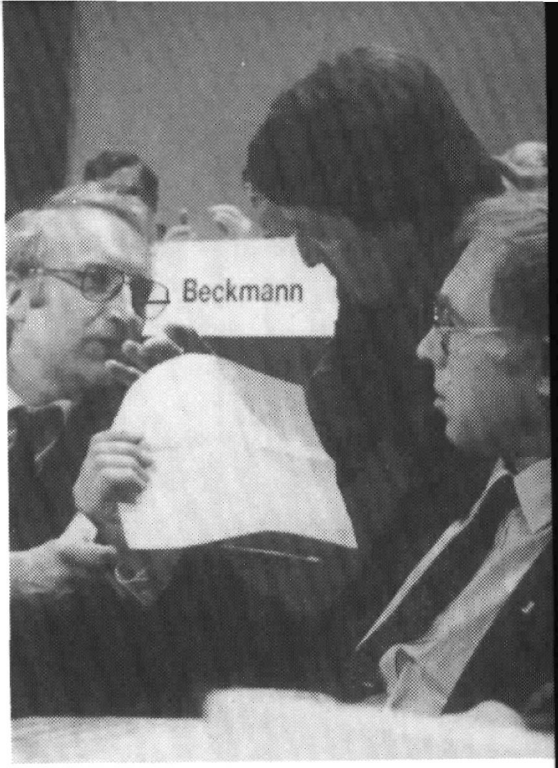


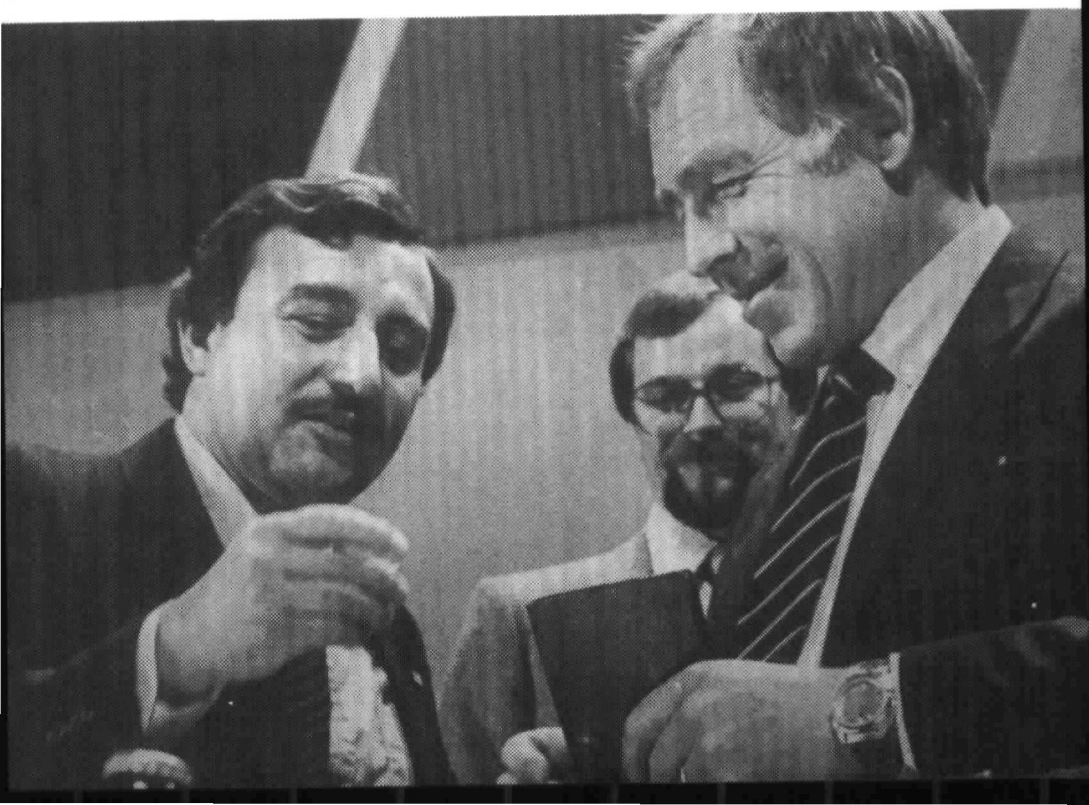




Vog


Unsere
Werbemittel
Ausgabe 1


Beckmann



Für Frieden
und Freiheit
CDU
sicher
sozial
und frei
CDU
sicher
sozial
und frei
12 04

sivere Bemühungen zur Verbesserung des Investitionsklimas in diesen Entwicklungsländern kommen. Direktinvestitionen gehen aber so gut wie überhaupt nicht in die sogenannten ärmsten Entwicklungsländer; Marktöffnung hilft diesen ärmsten Ländern nicht, weil sie noch gar nicht marktfähig sind. Für diese ärmsten Entwicklungsländer brauchen wir neben einer leistungsfähigeren Landwirtschaft deshalb in einer ersten Stufe kleine und mittlere Unternehmen des Handwerks, des Gewerbes, des Handels. Es ist eine faszinierende Aufgabe für Deutschlands kleine und mittlere Unternehmer, Handwerker, Gewerbetreibende, sich selbständig fühlende Menschen, die etwas wagen wollen, in partnerschaftlicher Aufgabenstellung in den Entwicklungsländern mitzuhelfen zusammen mit Kirchen und den Stiftungen als neuer Schwerpunkt einer neuen Entwicklungspolitik. So können wir dann auch alte Fehler eher vermeiden.

Unsere Mitbürger, unsere Steuerzahler sagen uns immer mehr und sie merken immer mehr, daß das Steuergeld für große Prestigeobjekte in Entwicklungsländern ausgegeben wird, die dann häufig breitesten Bevölkerungsschichten so gut wie nichts bringen. Daß unsere Steuergelder immer häufiger in bodenlose Fässer kollektivistischer Wirtschaftsexperimente gesteckt werden, ist offensichtlich. Volkmar Köhler hat es einmal sinngemäß so ausgedrückt, das Einzige, was die Sozialisten von Außenpolitik verstünden, sei der Export von Gesellschaftsmodellen. Unsere Steuergelder müssen wir konzentrieren, um den armen Volksmassen Beschäftigung, Ausbildung, Kaufkraft, Selbsthilfeeinrichtungen und Mitwirkungsrechte zu verschaffen, und unsere Steuergelder sind nicht dafür da, um den Luxus der dünnen Oberschicht noch zu vermehren.

(Beifall)

Deshalb müssen wir bei der Vergabe unserer Mittel stärker darauf hinwirken, daß diese Mittel gegeben werden, damit sie auch den Menschenrechten zugute kommen. Die Drohung linker Diktaturen, uns gegen den Osten auszuspielen, darf uns davon nicht abhalten. Genausowenig ist Entwicklungshilfe an rechte Diktaturen allein schon deshalb sinnvoll, weil rechte Diktaturen sich antikommunistisch nennen.

Deshalb ist einer der wichtigsten Sätze unseres entwicklungspolitischen Programms, daß Gewaltherrschaft, gleichgültig ob von rechts oder von links, verurteilt wird. So steht es jetzt auch im Wahlprogramm.

(Beifall)

Für solche Entwicklungspolitik sind unsere Bürger bereit, Steuern zu zahlen, und für solche Entwicklungspolitik können wir auch die Menschen finden, - Menschen, die noch wichtiger sind als die Finanzen, junge Menschen, die es in den Industrieländern langweilig finden, weil schon alles da ist, und in den Entwicklungsländern trostlos finden, weil alles fehlt.

Die Bundesrepublik Deutschland hat nur knapp 1.5oo Entwicklungshelfer weltweit im harten Einsatz. Das kleine Kuba hat allein 1.2oo Lehrer nach Nicaragua geschickt. Es kann doch nicht so weitergehen, daß unsere Regierung nur Geld schickt und Länder wie Kuba das Personal, - Personal, das zum Teil auch mit unserem Geld bezahlt wird.

(Beifall)

Es ist noch viel zu tun in der Welt. Die Besten, die Tüchtigsten, die Eliten sind gerade gut genug, draußen im Busch und zu Hause bei uns als Vorbilder für unsere Jugend zu wirken. Deshalb müssen sie hinaus in die Welt. Ein solches mögliches Engagement vieler Tausender junger Deutscher aus menschlicher und christlicher Verantwortung hat die Bundesregierung nicht ermöglicht. Deshalb darf die Entwicklungspolitik nicht weiter in den Händen eines ideenlosen Helmut Schmidt und nicht in den Händen von Brandt, Bahr und der Sozialistischen Internationale mit ihrer Entwicklungsbürokratie bleiben, sondern sie muß in die Hände von CDU und CSU.

(Beifall)

Dr. Horst Waffenschmidt, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! Jetzt hat das Wort Olaf von Wrangel. Im folgt Herbert Hupka. - Meine Damen und Herren, ich spreche sicherlich in Ihrer aller Namen, wenn ich die Diskussionsredner noch einmal bitte, ihre Diskussionsbeiträge zu straffen. Wir haben erfreulicherweise noch eine ganze Reihe von Wortmeldungen vorliegen. Ich glaube, es dient unseren Verhandlungen, wenn sich jeder eine freiwillige Selbstbeschränkung auferlegt.

Olaf von Wrangel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich glaube, gerade hier in Berlin müssen wir mit aller Deutlichkeit aussprechen, daß deutsche Außenpolitik immer auch ein Stück Deutschlandpolitik sein muß. Wenn wir dies sagen und wenn wir als CDU ausdrücklich betonen, daß wir ein Sorgerecht und eine Sorgeverpflichtung für alle Deutschen haben, dann müssen wir auch mit aller Klarheit deutlich machen, daß wir als CDU nationale Sachwalter sind. Wenn wir diese Aufgabe nicht erfüllen, dann wird es eines Tages zu einem schlimmen Nationalismus in diesem Lande kommen können.

Wir haben in diesen Tagen das 25jährige Bestehen des Deutschlandvertrags gefeiert. Ich glaube, es ist in der Tradition von Konrad Adenauer, Ludwig Erhard und Kurt Georg Kiesinger notwendig hervorzuheben, daß gerade dieser Deutschlandvertrag nicht in den Archiven verstauben darf, sondern daß wir ihn als wirksames Instrument unserer Politik anwenden müssen, wenn wir wieder regieren, und das wird im Oktober sein.

(Beifall)

Bei dieser Bundesregierung hat die Entspannungspolitik leider so etwas wie eine innenpolitische Alibifunktion. Wer aber die Deutschlandpolitik ständig mit innenpolitischer Effekthascherei betreibt, der ist natürlich in Versuchung, die eigene Verhandlungsposition zu demontieren. Deshalb kann nur die CDU Deutschland-Politik betreiben: Mit der notwendigen Stetigkeit, mit dem Mut und mit dem Stehvermögen, den bzw. das die Bundesregierung leider nicht besitzt.

Wir möchten ausdrücklich sagen, daß wir für Verhandlungen sind, daß wir für Vereinbarungen sind. Aber wir müssen auch sagen, daß Leistung und Gegenleistung ausgewogen sein müssen und daß, wer von vornherein bereit ist, Vorschüsse zu zahlen, sich in eine

Situation der Erpressbarkeit begeben kann. Druck und falsche Gefälligkeit sind allemal noch die schlechtesten Ratgeber in der Außen- und Deutschlandpolitik gewesen.

Wir als CDU müssen immer wieder deutlich machen, daß sich Deutschlandpolitik nicht nur auf rein technische Vereinbarungen erstrekken darf und daß Deutschlandpolitik niemals zu einem Experimentierfeld sozialistischer Ideologen gemacht werden darf. Wer glaubt - und das hören wir ja immer wieder von einigen "Architekten", besser: Ruinenarchitekten, oder wie man das nennen will -, daß sich Entspannungspolitik nur im Sozialismus verwirklicht, der geht den Weg der Anpassung, der Anbiederung. Dies ist in unseren Augen ein verhängnisvoller Weg, weil er zu Lasten des ganzen deutschen Volkes geht.

Es muß über drängende Fragen gesprochen werden. Wir müssen, wenn im Grundlagenvertrag das Wort von der guten Nachbarschaft steht, darauf dringen, daß auch über den Abbau der Mordmaschinen an Mauer und Zonengrenze gesprochen wird.

(Beifall)

Wir können auf eine offensive Menschenrechtsdiskussion in Deutschland nicht verzichten. Ein solcher Verzicht wäre ein Verzicht auf ein Stück Freiheit, und das wäre auch ein Verzicht auf ein Stück unseres christlich-demokratischen Staatsverständnisses.

Zu den Verhandlungen, die zu führen sind, gehören noch einige Punkte, die ich stichwortartig erwähnen will: Die Militarisierung aller Lebensbereiche im anderen Teil Deutschlands, die verhängnisvolle Erziehung zum Haß und die bedrückende Tatsache, daß - ich denke an die Stellvertreterkriege - von deutschem Boden aus wieder Gewalt ausgeübt wird.

Wir als Christlich Demokratische Union sind mehr als irgendeine andere Partei dazu aufgerufen, darauf zu dringen, daß die deutsche Frage auf die Tagesordnung der Weltpolitik kommt. Die Bundesregierung kann die gebotene Behandlung dieser Themen nicht mehr wahrnehmen, weil sie sich auf dem Gebiet der Deutschlandpolitik in wahltaktischen Manövern verfangen hat. Sie hat damit einen wesentlichen Teil der Verantwortung für Deutschland verspielt. Wir werden diese Verantwortung übernehmen.

(Beifall)

Professor Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Olaf von Wrangel. Das Wort hat unser Parteifreund Herbert Hupka.

Herbert Hupka: Herr Präsident! Meine Damen, meine Herren! Liebe Parteifreunde! An die Spitze meiner Ausführungen möchte ich einen Satz stellen, der im Wahlprogramm steht, ein sehr guter, ein sehr notwendiger, ein wichtiger Satz: Deutschland bleibt unser Vaterland.

(Beifall)

Dieser Satz löst aber gleich drei Fragen an die SPD aus: Erstens: Was versteht die SPD in ihrem Namen unter dem Kennzeichen "D" für Deutschland? Im Jahre 1964 gab es noch einen SPD-Parteitag, wo ganz Deutschland in den Grenzen von 1937 mit der Aufschrift "Erbe und Auftrag" zu sehen war.

Mit an Sicherheit grenzender Wahrscheinlichkeit wäre heute ein derartiges Plakat auf einem SPD-Parteitag undenkbar.

Was versteht nun die SPD unter "Deutschland"? Ich weiß, daß Herr Wehner wiederholt all diejenigen attackiert und diffamiert, die sich auf das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 beziehen, die auf die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts vom Jahre 1973 Bezug nehmen, und daß er sie - um ihn zu zitieren - der "Reichsmythologie" verdächtigt. Ich fand es richtig, daß heute früh der Präsident unseres Parteitages, unser Freund Lorenz, von Berlin als der Reichshauptstadt sprach, und wir haben allen Grund, dann, wenn wir an unser Vaterland denken und für unser Vaterland Politik betreiben, Deutschland, das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 zu meinen.

Die zweite Frage: Warum führt die SPD diesen Kampf gegen die Wiedervereinigung als politischen Begriff, als politische Aufgabe? Wir haben sogar in Berlin vor knapp einem Jahr vernehmen müssen, daß der Bundeskanzler sagte, er gebrauche dieses Wort nicht gerne. Herr Wehner hat - philologisch zwar richtig, aber mit einer bestimmten Absicht - festgestellt, daß der Begriff "Wiedervereinigung" im Grundgesetz gar nicht vorhanden ist. Wir alle aber verstehen die Präambel des Grundgesetzes als Wiedervereinigungsgebot, und unter diesem Gebot steht auch die SPD, ob sie es nun heute wahrhaben will oder nicht.

(Beifall)

Herr Brandt hat einen Pappkameraden aufgebaut und meint, wenn wir von der Wiedervereinigung sprächen, müßten wir uns davor hüten, etwa das Deutsche Reich von 1871 zu meinen. Herr Ehmke ist der Meinung, wenn schon Wiedervereinigung, dann Wiedervereinigung auf dem Boden des Sozialismus; wir hier sollten uns zum demokratischen Sozialismus entwickeln, und die in Ost-Berlin könnten sich ja zum humanistischen oder humanen Sozialismus entwickeln.

Die dritte Frage an die SPD: Warum ist es gerade in den Bundesländern, die Sozialdemokraten als Kultusminister haben, so schlecht um die Darstellung von ganz Deutschland bestellt? Warum wird - um den Düsseldorfer Kultusminister zu zitieren - nur noch auf der geographischen Karte - in Wirklichkeit meint er die historische Karte - Deutschland in den Grenzen von 1937 dargestellt? Wir - das gilt für die CDU/CSU-regierten Bundesländer - meinen, daß überall, wenn Deutschland auf Landkarten gezeigt werden muß, ganz Deutschland in allen seinen Teilen zu zeigen ist.

(Beifall)

Deutschland bleibt unser Vaterland. Wir nehmen den Auftrag zu diesem Satz in unserem Wahlprogramm erstens aus dem Grundgesetz, aus der Pflicht zur Wiedervereinigung und zweitens aus der Kontinuität der Geschichte. Warum soll ausgerechnet durch Hitler die Kontinuität unserer Geschichte für alle Zeiten unterbrochen worden sein? Das würde ja, nachdem Hitler ohnehin schon 12 Jahre zu lange regiert hat und seine Anhänger ihm das "Tausendjährige Reich" prophezeit hatten, bedeuten, ihm nun nachträglich noch das ewige Leben zu schenken.

Drittens handeln wir als Anwalt derer, die in Unfreiheit leben, der Deutschen in Mittel- und Ostdeutschland. Es ist ermutigend, daß wir trotz der Jahrzehnte der Teilung ein Volk geblieben sind; das bezeugen all diejenigen, die in Mitteldeutschland einen Be-

such bei unseren Landsleuten machen, und diejenigen, die als Landsleute zu uns kommen, das bezeugen aber auch all diejenigen, die als Aussiedler zu uns kommen, nachdem sie über die Jahrzehnte hinweg unserem deutschen Volk die Treue gehalten haben.

Viertens. stehen wir in der Kette der Generationen. Unser Bundespräsident hat das gute Wort gesagt: Dann, wenn diese Generation die Einheit Deutschlands in Freiheit nicht schafft, ist es der Auftrag an die nächste Generation, wenn die nächste Generation es nicht schafft, ist es der Auftrag an die dann folgende usw. usw. - wie er sich ausgedrückt hat. Das heißt, wir haben in Generationen zu denken. Wenn aber eine Generation in dieser Kette versagt, bleibt Deutschland für alle Zeiten geteilt.

(Beifall)

Fünftens. Wir nehmen den Auftrag aus unserer Verantwortung für die Menschenrechte. Selbstverständlich streiten wir für die Menschenrechte überall in der Welt. Es ist aber nicht einzusehen, daß dann, wenn im Deutschen Bundestag von Kollegen der SPD oder der FDP nach den Menschenrechten gefragt wird, ausschließlich nach den Menschenrechten der Verfolgten in den Diktaturen in Argentinien oder in Chile gefragt wird, nie aber nach den Menschenrechten der Deutschen in Mittel- und Ostdeutschland.

(Beifall)

Es ist gut, daß - wie auch im Grundsatzprogramm - im Wahlprogamm noch einmal die rechtliche Position ihren Ausdruck gefunden hat. Vielleicht sollte man das noch um einen Hinweis auf Art. 7 des Deutschlandvertrages mit dem Friedensvertragsvorbehalt ergänzen.

Aber es wäre nicht gut, wollten wir die deutsche Frage verrechtlichen, wollten wir sie nur im Hinblick auf die Möglichkeit, Rechtspositionen wahrzunehmen, sehen. Entscheidender als alle Rechtspositionen ist die Idee der Freiheit und ist der Wille des deutschen Volkes. Es kommt darauf an, diesen Willen des deutschen Volkes, vor allem soweit es in Freiheit lebt, kundzutun und damit zu demonstrieren, daß wir uns mit der Teilung unseres Vaterlandes nicht abgefunden haben.

Um so bestürzender ist es, daß die SPD alles daransetzt, den Tag der deutschen Einheit, der uns dazu in besonderem Maße Gelegenheit gibt, aus dem Kalender zu streichen. Mit der Art und Weise, wie wir - gerade auch von der CDU/CSU - diesen Tag bestreiten, tun wir kund, daß wir uns mit der Teilung nicht nur nicht abgefunden haben, sondern sie auch überwinden werden.

Wiederholt wird gesagt: Die deutsche Frage ist offen. Auch Leisler Kiep hat dies in seinem Diskussionsbeitrag zu Recht gesagt. Aber ich bin sicherlich mit ihm einer Meinung, wenn ich sage, daß es nicht ausreicht, nur diese Feststellung "Die deutsche Frage ist offen" zu treffen. Wir müssen hinzufügen: Die deutsche Frage muß offengehalten werden.

(Beifall)

Sie muß offengehalten werden, erstens damit die Wiedervereinigung wieder ein Thema unserer deutschen Politik wird,

(Beifall)

zweitens damit die Teilung Deutschlands und deren Überwindung wieder bewußt gemacht werden können, drittens damit die junge Generation hier eine Aufgabe sieht, die sie als zu diesem Volk

gehörige in ihrer Haftungsgemeinschaft übernehmen muß, und damit auch viertens - damit greife ich das auf, was Olaf von Wrangel gesagt hat - die Teilung Deutschlands und ihre Überwindung endlich auch wieder ein Thema der Weltpolitik werden.

(Beifall)

Es ist ja nicht einzusehen und ist ein Versagen insbesondere auch des Bundesaußenministers, daß in einem Jahr vor den Vereinten Nationen nur einmal über die Teilung Deutschlands gesprochen wird, und dann wird lediglich in einer Paraphrase der Brief zur deutschen Einheit genannt.

Der ursächliche Auslöser der deutschen Teilung ist Hitler. Die Fortdauer der deutschen Teilung hat nun nichts mehr mit Hitler zu tun; sie ist die Schuld der Sowjetunion. Wir aber müssen uns davor hüten, aus eigenen freien Stücken an dieser Teilung mitschuldig zu werden, damit nicht aus der gewaltsamen Teilung ein zusätzlicher, von uns verschuldeter Teilungsprozeß wird.

Ich meine - das sei mein letzter Satz -, Deutschland hat Zukunft, wenn wir Deutschland Zukunft geben. Geben wir Deutschland wieder eine Zukunft, indem wir am 5. Oktober für den Wechsel in Bonn sorgen!

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Hupka!

Als nächster spricht Herr von Thümen vom Landesverband Westfalen zu uns.

Karl-Heinrich von Thümen: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Zu den Aufgaben der Teilnehmer dieser Veranstaltung gehört es nicht nur, hier eigene und besondere Ideen zum Ausdruck zu bringen, sondern es ist sicher für diejenigen, die unser politisches Schicksal führen sollen, wichtig, eine Resonanz auf das zu hören, was sie hier gesagt haben. Ich möchte in diesem Sinne auf einige wenige Punkte eingehen, die hier angesprochen wurden.

Zunächst möchte ich an das anknüpfen, was unser Vorsitzender Dr. Helmut Kohl gesagt hat, als er davon sprach, wir müßten mit unserer Politik nicht nur den Verstand ansprechen, sondern stärker als bisher das Herz der Menschen erreichen. Wir haben unser Programm und unsere Sachkompetenz in den letzten zehn Jahren enorm gesteigert. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, ich habe in Kiel auf die Frage des Einsatzes der Sachkompetenz hingewiesen und habe mir den Beitrag, den ich damals geleistet habe, noch einmal durchgelesen. Ich bin zu dem Ergebnis gekommen, daß er an Aktualität nichts eingebüßt hat. Wir sind uns darüber im klaren, daß es sicher notwendig ist, das Gefühl stärker anzusprechen statt einer nüchternen Sachlichkeit. Wir haben es aber mit einem Gegner zu tun, der in der Lage ist, "Brot und Spiele" besser einzusetzen, als wir das können. Er hat bisher mehr Tatsachen verdreht, als wir das könnten; er hat bisher besser diffamiert, als wir es könnten, und er hat mit "Brot und Spiele" bei den Wahlkämpfen, zuletzt beim Wahlkampf in Nordrhein-Westfalen, erreicht, daß viele bei Freibier und Tanzveranstaltungen geglaubt haben, ihre Interessen seien bei der SPD gut aufgehoben.

Meines Erachtens genügt der Appell an die Solidarität nicht. Mindestens genauso wichtig ist es, daß wir in der CDU Sachaussagen machen, mit denen sich unsere Wähler identifizieren können. In diesem Zusammenhang möchte ich gerne auf zwei Dinge aufmerksam machen, die meines Erachtens für unsere politische Zukunft von Bedeutung sind. Sicher sind viele Dinge von Bedeutung. Denken Sie aber bitte daran, hier ist wiederholt davon gesprochen worden, daß wir uns mit Demonstrationen auseinandersetzen müssen, bei denen nicht einige hundert, sondern bei denen bis zu 1o ooo Demonstranten eingesetzt werden. Meine Damen und Herren, ich habe die Zeit vor 1933 persönlich erlebt. Ich weiß, was es bedeutet, im Besitz der Straße zu sein. Wir haben es hier mit einer Bewegung zu tun, die bewaffnet, mit Stahlhelmen ausgerüstet und mit einer glänzenden Generalstabsunterbauung und einer ausgezeichneten Logistik in der Lage ist, Zehntausende von Menschen in das Ruhrgebiet, nach Bremen, nach Gorleben und an andere Stellen zu befördern. Ich möchte Ihre Aufmerksamkeit darauf lenken, daß es sich hier um den Anfang einer Bewegung handelt, die Sie bitte nicht unterschätzen wollen. Es genügt auch nicht, dazu zu sagen, wir wendeten uns in gleicher Weise gegen Radikalismus von rechts und von links. Ich habe von rechts zwar einmal gehört, daß dort einige zwanzig oder dreißig junge Leute in Verblendung Dinge gesagt und getan haben, die wir nicht haben wollen. Es kann sich aber nicht um eine Massenbewegung handeln, die mit dem vergleichbar ist, was Sie in den letzten Monaten erlebt haben.

(Beifall)

Der Großeinsatz dieser Gruppe hat sich zuletzt in besonderer Form gegen die Vereidigung von Bundeswehrrekruten in Bremen gerichtet, und dies ist mein zweiter Punkt. Meine Damen und Herren, wir haben in dem Programm, das uns vorliegt, etwas zu diesem Thema gesagt, daß nämlich CDU und CSU dieses Bündnis und den Aufbau der Bundeswehr und ihre moderne Ausrüstung gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt haben. Ich weiß aber nicht, meine Damen und Herren, inwieweit wir damit rechnen können, daß es sich hier um eine absolute Wahrheit handelt; denn eine Seite später heißt es: "Dabei achten wir selbstverständlich die echte Gewissensentscheidung gegen den Dienst mit der Waffe." Hier ist von Herrn Marx und von anderen darauf hingewiesen worden, daß die Bundeswehr unseren besonderen Schutz und unsere besondere Fürsorge nötig hat. Die Bundeswehr kann für uns nicht eine soziale Frage sein. Die Bundeswehr ist vielmehr das Rückgrat der Abschreckung und das einzige Mittel, diese Abschreckung sichtbar zu machen. Wir müssen uns darüber im klaren sein, daß wir der russischen Artilleriewalze wahrscheinlich nicht lange standhalten können. Aber auch die russische Artilleriewalze wird nicht gerne und nicht freiwillig gegen eine echte Abschreckung, ein echtes Risiko vorgehen. Dieses Risiko kann unsere Bundeswehr sein. Herr Dr. Kohl hat darauf hingewiesen, daß wir es aber nicht dazu kommen lassen dürfen, daß die Bereitschaft der jungen Generation, die Freiheit zu verteidigen, untergraben wird.

Meine Damen und Herren, wir haben hier eine ganze Reihe von Rednern gehört, die sich als Vertreter der jungen Generation ausgegeben haben. Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß bei diesen Beiträgen, wenn es um die Frage ging, was 18- bis 24jährige bewegt, ein Zeitraum von mindestens 15 Monaten ausgelassen worden ist, in dem diese Jugendlichen ihren Wehrdienst ableisten sollen. Meine Damen und Herren, es geht doch nicht an,

daß wir, wenn wir am Freitag abend irgendwo auf einen Bahnhof kommen, Angst bekommen, ob wir noch in den Zug hineinkommen, ob wir mit diesem Zug mitfahren können. Es geht doch nicht an, daß wir unsere Wehrpflichtigen in eine Uniform stecken, bei der sie nur einen Wunsch haben, sie nämlich, sobald die Übung beendet ist, wieder auszuziehen. Das gibt es in keiner Nation der Welt. Es geht auch nicht an, daß die jungen Leute nach Hause kommen und fragen, welches der Sinn ihrer Arbeit war, daß sie also das Gefühl haben: Wir haben dort kein Erlebnis gehabt.

Ich möchte Sie darauf aufmerksam machen, daß es wichtig ist, daß sich die CDU mit der Bundeswehr und mit diesem Zeitraum im Leben aller unserer Söhne und Brüder identifiziert. Es ist notwendig, ihnen erstens das Wissen darum zu vermitteln, welchen Sinn das hat, und es ihnen zweitens zu ermöglichen, daß sie an diese Zeit gerne und mit Stolz zurückdenken und daß sie sich auch als Bundeswehrangehörige in der Öffentlichkeit zeigen. Drittens müssen sie das Gefühl haben, daß sie in diesen fünfviertel Jahren ein Erlebnis gehabt haben, an das sie im späteren Leben gerne zurückdenken und über das sie auch noch sprechen wollen. - Ich danke Ihnen!

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr von Thümen. Das Wort hat nun Herr Dr. Köhler.

Dr. Volkmar Köhler: Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Ich möchte über unsere Politik gegenüber der Dritten Welt sprechen. Ich habe mich um das Wort beworben, um noch einmal in meiner Eigenschaft als stellvertretender Vorsitzender des Bundesfachausschusses für Entwicklungspolitik zu unterstreichen, wie wichtig und wie begrüßenswert es ist, daß in diesem unserem Wahlprogramm die Entwicklungspolitik an so prominenter Stelle und so signifikant auftritt. Wir sollten uns daran erinnern, daß es diese unsere Partei gewesen ist, die seit Anfang der 70er Jahre in einem Dialog mit allen gesellschaftlichen Gruppen eine entwicklungspolitische Programmatik so umfassend und so detailliert entworfen und sich zu eigen gemacht hat wie keine andere Partei in Deutschland. Wir sollten zur Kenntnis nehmen, daß wir zusammen mit unseren Freunden in den christlich-demokratischen Parteien Europas, in der Europäischen Volkspartei, einen entwicklungspolitischen Konsens herbeigeführt haben, den keine andere Parteiengruppierung zur Verfügung hat.

Ein Drittes. Wir haben mit unseren christlich-demokratischen Freunden in der Dritten Welt eine entwicklungspolitische Programmatik entwickelt, Industrieländer und Länder der Dritten Welt zusammen, für die es ebenfalls auf sozialistischer oder liberaler Seite kein entsprechendes Äquivalent gibt.

Wenn wir so gerüstet sind, meine Freunde, dann ist das, was wir zu tun haben, dies gemeinsam vor uns herzutragen und aktiv und offensiv an den Wähler heranzubringen. Denn dort - dabei ist gerade die junge Generation eine wichtige Gruppe - sind die Resignation und die Frustration über den blutleeren Pragmatismus der Entwicklungspolitik von Herrn Schmidt und dem vorhin hier zu Unrecht erwähnten Herr Offergeld weit ausgebreitet.

Unsere Darlegungen in diesem Programm enthalten eine klare Absage an dirigistische Umverteilungsmechanismen, die in Wahrheit nur gigantischen Bürokratien und irgendwelchen Eliten dienen, aber

nicht den Völkern, die sie vertreten sollten.

Es muß deutlich werden, meine Freunde, daß wir nicht im geringsten gesonnen sind, der SPD dabei zu helfen, daß sie ihre sozialistischen Vorstellungen in die Dritte Welt transporniiert, nur weil sie in diesem Land gottlob bisher nicht in der von ihr gewünschten Konsequenz hat durchführen können.

Wir setzen auf den partnerschaftlichen, aufrichtigen Dialog und auf die Solidarität gegenüber den Menschen in der Dritten Welt. Wenn wir uns dabei zu einer freiheitlichen Weltwirtschaftsordnung bekennen, dann beinhaltet das auch, daß wir bereit sind, den Ländern und Völkern, die Startprobleme haben, die dort nicht in der gleichen Stärke auftreten können wie unsere Länder, beim Einstieg in den Welthandel zu helfen - sei es durch Erlösstabilisierungen, sei es durch Handelspräferenzen -, bis sie in der Lage sind, sich in diesem Kontext selber zu bewegen und zu behaupten.

Wenn wir in diesem Zusammenhang für uns das Leitbild der freien Sozialen Marktwirtschaft von neuem betonen, dann deshalb, weil wir wissen, daß nur diese Form die Verwandlungsfähigkeit mit sich bringt, die in dem Jahrhundertprozeß einer neuen Aufteilung der Güter und der Arbeit in dieser Welt in Wirklichkeit vonnöten ist. Unsere politischen Gegner haben ihre Entwicklungspolitik immer gern als einen verlängerten Arm ihrer Friedenspolitik angepriesen und tun es auch heute noch, als wenn es nicht im Zuge dieser Politik dazu gekommen wäre, daß die schlimmsten weltpolitischen Krisen und Bedrohungen inzwischen gerade in der Dritten Welt entstanden sind, was doch wohl den Bankrott dieser Politik bezeichnen würde.

Unter dem Titel der Friedenspolitik und der Politik der Selbstbestimmung der Völker in der Dritten Welt hat in Wahrheit bei der SPD schon längst ein politisches und moralisches Kapitulantentum schlimmster Art in der Entwicklungspolitik Platz gegriffen. Ich erinnere Sie daran, daß es der frühere Entwicklungsminister Bahr gewesen ist, der dem Deutschen Bundestag einen Bericht über die Lage der Menschenrechte in der Dritten Welt verweigert hat.

Welches ist eigentlich die politische, die entwicklungspolitische und die humanitäre Antwort der gegenwärtigen Regierung darauf, daß in der Dritten Welt 13 Millionen Menschen auf der Flucht sind, und zwar, meine Freunde, nicht hin zum Kommunismus, sondern weg vom Kommunismus, was manchmal heißen kann, von einem mörderischen zu einem vielleicht etwas weniger mörderischen Zustand, vom reinen Totschlagen vielleicht zur Gefahr des Ertrinkens zu kommen?

Wenn man nicht den Mut hat, dem sowjetischen Imerialismus, der diese Zustände in der Dritten Welt erzeugt und verschärft hat, entgegenzutreten, wenn man sich dazu nur in einer beschwichtigenden Art stellt, dann wird man die volle moralische Verantwortung für diese Übelstände mitzutragen haben. Für micht ist es eine der beschämendsten Tatsachen, die ich kenne, daß ein Land wie Somalia, das heute beinahe ein Drittel seiner Bevölkerung als Flüchtlinge versorgen muß, ein Land, dem unser Land und wir Dank schulden, von der Bundesrepublik bisher Flüchtlingshilfe in einer Größenordnung bekommen hat, die gerade dem Reiseetat des Bundesministeriums für wirtschaftliche Zusammenarbeit entspricht.

(Beifall)

Dies, meine Freunde, muß anders werden.

Die SPD - gerade der Kanzler - weiß genau, daß diesem Kontext der Entwicklungspolitik eine ihrer größten Schwachstellen liegt und daß der Pragmatismus des Kanzlers dieser Generationenaufgabe nicht entspricht.

Für uns - und damit, Herr Präsident, darf ich schließen - heißt Entwicklungspolitik zusammenarbeiten, von einander lernen, eine echte Begegnung der Kulturen herbeiführen, die Zuwendung von Menschen zu Menschen. Ich bekräftige das, was mein Freund Elmar Pieroth vorhin gesagt hat, daß es eine schlimme Tatsache ist, wenn dieses Land zur Zeit nur 1 500 Entwicklungshelfer und etwa 1 500 hochbezahlte Experten in der Dritten Welt hat. Diese Zahl liegt 25 % niedriger als vor zehn Jahren. Es wäre mein Wunsch, daß von hier und heute aus ein Ruf an die junge Generation in diesem Lande ausging, sich für diese Ziele tatkräftig zu engagieren.

(Beifall)

Man sollte ein, zwei, drei Jahre des Lebens nicht nur auf die Karriere, sondern auch auf diese Aufgabe verwenden.

Meine Freunde, für die deutsche Entwicklungspolitik ist ein neuer Impetus, ist neuer Schwung notwendig. Es ist unsere Angelegenheit, dabei an der Spitze zu marschieren.

(Beifall)

Prof. Dr. Gerhard Zeitel, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Dr. Köhler, für die Betonung der Aufgaben im Bereich der Entwicklungspolitik.

Liebe Parteifreunde, bevor wir zu einem neuen Aussprachegegenstand übergehen, wollen wir die Gelegenheit nutzen, unseren Parteifreund Rainer Barzel, der unter uns weilt, sehr herzlich zu begrüßen.

(Beifall)

Wir schreiten in der Aussprache fort. Ich rufe nun Block 3 der Diskussion mit den Ziffern 2.1, 2.2, 2.3 und 2.8 auf; das ist also der Gesamtbereich der Wirtschaftspolitik. Ich bitte den Ministerpräsidenten von Schleswig-Holstein, unseren Parteifreund Gerhard Stoltenberg, das Wort zu nehmen.

Dr. Gerhard Stoltenberg (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine lieben Parteifreunde! Der innenpolitische Teil unseres Wahlprogramms beginnt mit dem Kapitel "Soziale Marktwirtschaft". Darin wird, wie ich glaube, zweierlei deutlich. Einmal wird deutlich, daß Soziale Marktwirtschaft ein Schlüsselbegriff für den Bereich der Wirtschafts-, der Gesellschafts- und Innenpolitik, im Selbstverständnis der Christlich Demokratischen Union in den Erfordernissen zur Zukunftsbewältigung, bei der Lösung der Zukunftsaufgaben bleibt.

Zum zweiten wird folgendes deutlich; ich will das auf diesem Wahlparteitag sagen: So bedeutend die außenpolitischen Themen sind, so beherrschend sie aus gutem Grund in den Vordergrund der öffentlichen Debatte getreten sind, - wir müssen unser Profil, wir müssen unsere Alternative auch im Feld der Innen-, der Gesellschafts- und der Wirtschaftspolitik ganz deutlich machen.

(Beifall)

Soziale Marktwirtschaft ist für uns mehr als der Name für eine große historische Leistung Ludwig Erhards und der Union in der Nachkriegszeit. Soziale Marktwirtschaft ist auch mehr als ein wichtiges Instrumentarium für Wirtschaftswachstum, Wohlstand und Vollbeschäftigung. Sie ist als moderne Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit das Konzept für die Lösung der Aufgaben der kommenden Jahrzehnte. Sie gründet - auch das möchte ich hier noch einmal in Anknüpfung an unsere Ludwigshafener Debatte betonen - in der christlichen Anthropologie, dem Menschenbild des freien Bürgers, der seine soziale Verantwortung aus sittlicher Überzeugung bejaht. Sie ist deshalb eng mit den Grundwerten verbunden, vor allem mit den Begriffen von Freiheit und Solidarität.

Die Soziale Marktwirtschaft ist mit Freiheit und Solidarität in zweifacher Hinsicht verbunden. Es geht heute um die Sicherung der Freiheitsräume für den einzelnen, auch für den privaten Bereich, auch für den außerstaatlichen Bereich sozialer und kultureller Initiative. Es geht um die notwendige Freiheit in Wirtschaft und Gesellschaft angesichts der Gefahren einer schleichenden Einengung, ja, vielleicht sogar einer Überwältigung durch immer mehr Administration, immer mehr Lenkung, immer mehr sogenannte gesamtgesellschaftliche Regelungen. Zugleich tritt Soziale Marktwirtschaft für die soziale Sicherung der Schwächeren ein, die nicht oder nicht voll am Leistungswettbewerb teilnehmen können.

Aber mit der Sozialen Marktwirtschaft vertrauen wir nicht nur auf Gesetze, auf Regelungen und Administrationen.

Wir vertrauen vor allem auf die unersetzlichen schöpferischen Kräfte des Menschen, schöpferisch in der beruflichen Leistung, schöpferisch in der Wissenschaft, in Kultur und Wirtschaft, schöpferisch, produktiv auch in der erwähnten Solidarität gegenüber dem Nächsten, dem Nachbarn, aber auch den Fremden. Ich sage das zu Eingang auch auf einem Wahlparteitag, weil wir die moralische Grundkonzeption der Sozialen Marktwirtschaft aus dem Geist Erhards, Röpkes, Müller-Armacks, aus dem Zusammenfluß der christlich-sozialen und liberalen Überzeugung ganz bewußt machen müssen, gerade der jungen Generation in unserem Land, gerade den Nachdenklichen, gerade denen, die von manchen Strömungen eines anderen Zeitgeistes erfaßt sind.

(Beifall)

Hier liegt die prinzipielle Überlegenheit der Sozialen Marktwirtschaft gegenüber den Alternativen des Sozialismus: in dem erwähnten anthropologischen Ansatz, im christlichen und humanistischen Menschenbild, aber auch eindringlich in der geschichtlichen Erfahrung der letzten Jahrzehnte, wie sich beim Vergleich der Systeme von Ost und West, aber auch beim differenzierten Vergleich der verschiedenen Politiken in Westeuropa in den vergangenen Jahrzehnten ergibt. Meine Freunde, es bleibt in der geistigen Situation unserer Zeit ein erstaunlicher Tatbestand, auf den große Wissenschaftler des liberalen und auch des konservativen Bereichs wie Raymond Aron oder Professor von Hayek immer wieder hinweisen, daß die politische und intellektuelle Linke in der Bundesrepublik Deutschland, in Westeuropa gegenüber den offenkundigen Resultaten der verschiedenen Wirtschaftsverfassungen und der Gesellschaftskonzepte blind ist. Wir haben es teilweise

ja schon mit dem erwähnten Problem eines psychologischen Überdrusses, eines Zweifels an der Wohlstandsgesellschaft oder - wie es ein Wissenschaftler unserer Tage definiert hat - der Überflußgesellschaft zu tun. Auf der anderen Seite aber gibt es doch weit über 1oo Millionen Europäer und 17 Millionen unserer Landsleute, denen in 3o Jahren Sozialismus die politischen Freiheiten und Menschenrechte vorenthalten wurden und noch nicht einmal die Erfüllung der elementaren materiellen Lebensbedürfnisse und somit eine würdige Existenz ermöglicht wurden.

(Beifall)

Krasser kann der Vergleich in den Resultaten doch eigentlich nicht ausfallen.

Eine sozialistisch-planwirtschaftliche, hier: kommunistische Welt ist zunehmend auf Kredite, auf Subventionen des Westens, der sogenannten Kapitalisten angewiesen, um nicht zusammenzubrechen. Zu ihren erkennbaren politischen Zielen gehört es, diese Subventionen zunehmend durch politisches und militärpolitisches Übergewicht in Tribute umzuwandeln. Natürlich ist es gut, wenn es in diesen Monaten begrenzte Vereinbarungen etwa im innerdeutschen Bereich über Fragen des Verkehrs gibt. Natürlich ist nichts dagegen einzuwenden, wenn innerdeutsche Gespräche weitergeführt werden. Man muß allerdings auch die Tatsachen und die Motive erkennen. Die Gesprächsbereitschaft der Herren Honecker, Gierek und anderer gegenüber der Bundesregierung beruht doch nicht auf einem abstrakten Willen zur Entspannung, sondern entspringt dem dringenden Wunsch, dem intensiven Streben, ihrer unfähigen, ihrer bankrotten Wirtschaftspolitik dadurch zu helfen, daß wir für jede Vereinbarung einen weit überhöhten materiellen und finanziellen Preis zu zahlen haben.

(Beifall)

Man kann darüber diskutieren, ob für die wünschenswerte Verbesserung des Zonengrenzübergangs bei Herleshausen, für den Gewässerschutz in Berlin ein Preis von über 5oo Millionen DM aus Steuermitteln der Bundesrepublik Deutschland noch angemessen oder kraß überhöht ist. Man darf diesen Preis aber doch nicht verschweigen, wenn man in diesen Monaten, in diesem Jahre über innerdeutsche Politik und Ost-West-Beziehungen spricht.

(Beifall)

Schließlich müssen auch die Interessen und die Motive jederzeit deutlich sichtbar werden.

Aber auch beim differenzierten Vergleich der Wirtschaftspolitiken, der gesellschaftspolitischen Konzeptionen in Westeuropa und im demokratischen Europa ergibt sich, daß die Warnzeichen unübersehbar sind. Vor Jahren haben die Sozialdemokraten in Bund und Ländern Wahlkämpfe mit dem Vorbild, dem Beispiel der skandinavischen Wohlfahrtsstaaten Schweden und Dänemark geführt. Niemand, auch niemand auf der deutschen Linken käme auf die Idee, uns die Entwicklung in diesen Staaten, in denen die Sozialdemokraten, die Sozialisten jahrzehntelang maßgebend waren, als ein Modell vorzuenthalten, weil dort die extremen Auswirkungen, die Übertreibungen einer sozialistischen Politik heute in schweren inneren Erschütterungen sichtbar werden, auch in der Veränderung von Mehrheiten - wie in Schweden -, wobei dann sogenannte bürgerliche Regierungen eine unerträglich harte Hypothek übernehmen. Dieses

Problem wird für uns auch in Verbindung mit der mutigen Politik der britischen Konservativen Margaret Thatcher und ihrer Freunde in diesen Jahren sichtbar. Diese Warnzeichen, diese Beispiele müssen auch für uns ein Appell sein, dafür zu sorgen, daß wir nicht durch sozialistische Politik westlicher Prägung in eine Krise geraten, in der eine Veränderung im ökonomischen, im sozialen und im gesellschaftspolitischen Bereich überhaupt nur noch unter drastischen Opfern und Einschränkungen über viele Jahre hinweg denkbar und erreichbar ist.

(Beifall)

Sicher, die Situation in den Monaten vor der Bundestagswahl wird in der Bundesrepublik Deutschland und der Mehrzahl der Länder Westeuropas noch durch ein überwiegend freundliches konjunkturelles Klima bestimmt. Man muß auch ganz klar sagen, daß eine Wirtschaftslage, die die meisten Menschen als gut oder befriedigend ansehen, immer einen gewissen Bonus für die Regierenden darstellt. Kein aufmerksamer Betrachter, kein nachdenklicher Bürger der Bundesrepublik Deutschland kann aber übersehen, daß die härteren Bedingungen und Belastungen der Achtziger Jahre, von denen so viele reden, schon erkennbar und in Ansätzen wirksam sind. Ich habe in einer Sonntagszeitung vom gestrigen Tage in dieser Hinsicht die sehr interessante Stellungnahme eines der führenden Männer der deutschen Wirtschaft gelesen. Er schreibt:

Wir brauchen vor allem eine Umkehr in der Finanzwirtschaft des Staates. Eine Staatsquote von fast 47 %, wie wir sie auch für das laufende Jahr wieder zu erwarten haben, ist auf Dauer unerträglich. Sie nimmt dem einzelnen Bürger und dem Kapitalmarkt zuviel weg. Sie wirkt zinstreibend.

In den folgenden Absätzen wird dann darauf hingewiesen, daß in den zehn Jahren seit 197o die Bruttoinvestitionen des Staates nur um 69 % gestiegen seien, während der Staatsverbrauch um 156 % gestiegen sei. Er wird darauf hingewiesen, daß der staatliche Sektor 197o noch mit einem Überschuß abschloß, während wir jetzt eine öffentliche Neuverschuldung von weit über 4o Milliarden DM jährlich haben. Der Mann, der hier sein mahnende und warnende Stimme mit den Argumenten der Union erhebt, ist der langjährige Bundeswirtschaftsminister Hans Friderichs, der jetzige Vorstandsvorsitzende der Dresdner Bank. Das, was ich hier in wenigen Sätzen zitiere, ist im Grunde eine Bestätigung der Position, die die Union seit vielen Jahren einnimmt. Wir vertraten diese Position auch schon 1976, als wir uns im Bundestag in großen Debatten, die im Fernsehen übertragen wurden, mit Hans Friderichs als dem Wirtschaftsminister des Kabinetts Schmidt auseinandersetzten und er genau das Gegenteil von dem vertrat, was er heute schreibt.

(Beifall)

Manche Politiker der Freien Demokratischen Partei sind in der selbstverschuldeten Fesselung an die Sozialdemokraten offenbar erst dann in der Lage, zu einer vollkommenen, offenen und klaren Beurteilung der Wirklichkeit zu kommen, wenn sie in den wohlverdienten Ruhestand getreten sind, meine lieben Freunde.

(Beifall)

Schmidts Politik in den letzten Jahren war durch das Bestreben gekennzeichnet, die Tagesprobleme auf Kosten der Zukunft zu erleichtern. Dies wird am krassesten in der katastrophalen Entwicklung der öffentlichen Verschuldung sichtbar. Als der Bundes-

finanzminister Franz Josef Strauß 1969 seinem sozialdemokratischen Nachfolger die Bundeskasse übergab, hatten wir in Bonn eine Verschuldung von 14 Milliarden DM und mehrere Millionen DM Rücklagen. Im Jahr 1980 steigt allein die Verschuldung des Bundes auf über 200 Milliarden DM an. Das heißt, unter der Führung von Brandt und Schmidt sind im Bund in zehn Jahren fünfzehnmal soviel Schulden gemacht worden wie in 20 Jahren unserer Regierungszeit, einer Zeit, in der wir in einer großen Gemeinschaftsleistung mit Sozialer Marktwirtschaft dieses zerstörte Land wieder aufgebaut und 8 Millionen neue Arbeitsplätze geschaffen haben.

(Beifall)

Die Gesamtverschuldung der Bundesrepublik Deutschland - Bund, Länder und Gemeinden - wird in diesem Jahr die 450-Milliarden-DM-Grenze überschreiten. Das sind Schulden in Höhe von 7.500 DM pro Kopf der Bevölkerung, mehr als 20.000 DM für jeden Berufstätigen, Selbständigen und Arbeitnehmer. In diesem Jahr 1980 wird wie im Vorjahr bei wirtschaftlichem Wachstum, in einer relativ günstigen konjunkturellen Situation, die Kreditaufnahme bei 45 Milliarden DM liegen.

Was heißt das? Das heißt, SPD und FDP haben uns in zehn Jahren in eine Situation gebracht, wo Politik zur Belebung von Investitionen und zur Stützung von Arbeitsplätzen ohne eine geradezu hemmungslose Ausweitung der öffentlichen Verschuldung offenbar nicht mehr möglich ist.

Wie muß es eigentlich um unser Land stehen, wenn ein Bundesfinanzminister im Zeichen des wirtschaftlichen Wachstums erklärt, es gäbe keine andere Alternative, um die Arbeitsplätze zu sichern. Für mich ist dies nicht nur wirtschafts- und finanzpolitisch falsch, sondern im Grunde eine politische Bankrotterklärung.

(Beifall)

Denn über zwei Konsequenzen, meine lieben Freunde, müssen wir uns im klaren sein: Bei den jetzt vorgegebenen politischen Daten droht die Finanzpolitik in einer denkbaren Zeit der Stagnation und der Rezession vollkommen handlungsunfähig zu werden. Das zweite: Die Sozialdemokratische Partei hat sich in einen unlösbaren Widerspruch begeben. Ihre Finanzpolitik ist unverändert - wie die genannten Zahlen deutlich machen - auf extremes Wachstum hin orientiert. Zugleich haben in derselben SPD jene Kräfte entscheidend an Boden gewonnen, die prinzipiell wirtschaftliches Wachstum in Frage stellen, die sich den neuen Strömungen des Wachstumsskeptizismus, zum Teil sogar der emotionalen Ablehnung der Voraussetzungen für wirtschaftliches Wachstum angeschlossen haben. Aber dies ist nur ein unlösbarer intellektueller Konflikt, sondern es ist die sicherste Methode, ein Land, ein Volk bald in eine ausweglose Krise zu treiben. Ja zu extremem Wachstum der Schulden und Ausgaben und nein zur Steigerung der volkswirtschaftlichen Leistung - wer so in seinem Betrieb, in seinem persönlichen Lebensbereich verfährt, muß in wenigen Jahren Bankrott anmelden.

(Beifall)

Wir müssen dafür sorgen, daß die Sozialdemokraten nicht in der Lage sind, auf diesem verhängnisvollen Wege unser Land in einen dritten Staatsbankrott in diesem Jahrhundert zu treiben.

(Beifall)

Deswegen müssen wir sie im Oktober in der politischen Verantwortung ablösen.

Natürlich gibt es neue ernste und kritische Fragen an unser Konzept der Sozialen Marktwirtschaft. Ich nenne hier in der Kürze der Zeit nur das große Thema "Ökonomie und Ökologie". Ja, auch wir haben hier neue Maßstäbe gesucht, auch wir bemühen uns hier um ein neues Gleichgewicht - in der prinzipiellen Begründung ebenso wie in den vielen unendlich schwergewordenen Einzelentscheidungen, die damit verbunden sind. Aber ich sage in aller Deutlichkeit: Wir können uns den Bedingungen eines härter werdenden internationalen Wettbewerbs nicht entziehen. Jede Absage an den technischen Fortschritt und seine Konsequenzen, in der Energiepolitik wie in anderen Bereichen, würde die Probleme des Arbeitsmarktes, der beruflichen Zukunft der Jugend schlechthin unlösbar machen.

Zum Bild dieses Jahres gehört neben einigen noch positiven ökonomischen Daten auch, daß Schlüsselbereiche unserer Volkswirtschaft in neue Schwierigkeiten kommen. Die Stahlindustrie steht durch die drastische Verschlechterung der internationalen Wettbewerbsbedingungen vor einer weiteren kritischen Phase. Unsere Automobilindustrie hat nach glänzenden Jahren nicht nur einen deutlichen Absatzrückgang zu verzeichnen - das wäre vielleicht noch zu verkraften -, sondern sieht sich der Tatsache gegenüber, daß der Marktanteil der Japaner auf dem deutschen Markt, der 1977 noch 2 % betrug, in diesem Jahr dicht an die 10 % herankommt. Das bedeutet schon jetzt Kurzarbeit. Das kann in absehbarer Zeit in vielen Betrieben die Frage nach dem Fortbestand der Arbeitsplätze aufwerfen, wenn wir nicht einen starken Impuls für technischen Fortschritt, für Investitionen geben, hier und anderswo, um unsere Stellung zu behaupten. Dies verlangt einen höheren Stand der privaten Investitionen.

Dazu gehört - lassen Sie mich das als letzten entscheidenden Punkt sagen - auch eine erfolgreiche Politik der Vermögensbildung für Arbeitnehmer,

(Beifall)

d.h. die breitere Streuung des Eigentums an Produktionsmitteln. Wir als Union haben in den ausgehenden 50er Jahren gegen manche Widerstände und Bedenken bei beiden Sozialpartnern damals einen Anfang gemacht. Es waren erste, wichtige Schritte.

Zu den uneingelösten zentralen Versprechungen der Regierungserklärung des Bundeskanzlers Schmidt von 1976 gehört dieser Punkt. Die letzten Jahre haben keinen Fortschritt gebracht. SPD und FDP waren nicht in der Lage, sich auf ein weiterführendes Konzept zu einigen. Sie waren nur in der Lage, gemeinsam die Anträge unserer Bundestagsfraktion abzulehnen. Deswegen ist eine aktive Politik der Vermögensbildung ein Kernstück unseres Wahlprogramms und unserer Konzeption der Sozialen Marktwirtschaft

Sie ist ökonomisch notwendig, auch zur Entschärfung der Verteilungskonflikte. Sie ist gesellschaftspolitisch richtig. Sie entspricht dem eingangs erwähnten moralischen sozial-ethischen Grundkonzept Sozialer Marktwirtschaft. Wir müssen es nach manchen Deformationen und Einschränkungen der lezten Jahre wieder zur vollen Wirksamkeit bringen, damit wir die Zukunftsprobleme der kommenden Jahrzehnte meistern können.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Christa Thoben (Tagungspräsidium): Vielen Dank, Herr Dr. Stoltenberg. Sie haben mit Ihrem Beitrag erneut unterstrichen, daß die Union der einzig überzeugende und überzeugte Anwalt der Sozialen Marktwirtschaft, unserer freiheitlich sozialen Wirtschaftsordnung ist. Vielen Dank dafür.

Darf ich nun Herrn Dr. Albrecht, den Ministerpräsidenten von Niedersachsen, bitten.

Dr. Ernst Albrecht (mit Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Wir haben einen langen, arbeitsamen Tag hinter uns. Aber das, was wir auf diesem Parteitag unseren Delegierten und auch unserer Bevölkerung draußen im Lande zeigen wollten, ist, daß die Christlich Demokratische Union ein klares Konzept für die Lösung der eigentlichen Zukunftsfragen unseres Landes hat.

Gestatten Sie mir deshalb, daß ich - gewissermaßen im Geschwindschritt - einige Worte zu einer dieser Zukunftsfragen sage; ich meine: die Energieversorgung unseres Landes.

In Wahrheit ist dies gar nicht so kompliziert, wie der Außenstehende oft denken mag. Da ist die erste Grundfrage: Welches ist der voraussichtliche Engergiebedarf, der in den nächsten 2o Jahren von uns zu decken ist?

Meine Damen und Herren, da gibt es verschiedene Schätzungen. Wir können uns hier ruhig an die Bundesregierung halten. Noch im Frühjahr dieses Jahres hat die Bundesregierung schriftlich gesagt, daß bis zum Ende dieses Jahrhunderts - das heißt in 2o Jahren - sich der Engergiebedarf der Welt etwa verdoppeln wird. Wir haben gar keinen Anlaß, hier zu widersprechen, wenn man weiß, daß selbst bei drastisch zurückgehenden Geburtenraten anstelle der vier Milliarden Menschen, die heute die Erde bevölkern, schon in 2o Jahren sechs Milliarden Menschen auf der Erde leben werden. In weiteren 3o Jahren werden es wahrscheinlich neun Milliarden sein. Es ist ja auch egal, ob es acht oder neun Milliarden sein werden.

Völlig klar ist, daß hier ein großer zusätzlicher Energiebedarf auf uns zukommt; denn diese Menschen werden in den Entwicklungsländern geboren. Dort gibt es keine Möglichkeit der Engergieeinsparung. Wenn diese Menschen leben sollen - und menschenwürdig leben sollen -, dann müssen wir ihnen auch die Energie zur Verfügung stellen, die sie zum Leben brauchen.

(Beifall)

Die Bundesregierung hat in der sogenannten zweiten Fortschreibung ihres Energieprogramms gesagt, der gesamte Energieverbrauch in der Bundesrepublik Deutschland werde bis zum Ende dieses Jahrhunderts auf etwa 6OO Millionen Tonnen Steinkoheeinheiten anwachsen. Das bedeutet etwa 5o % mehr als heute, also eine Steigerung von 4oo Millionen auf 6oo Millionen Tonnen. Meine Damen und Herren, es ist auch hier völlig gleichgültig, ob wir schließlich 15o, 2oo oder 22o Millionen Tonnen mehr brauchen. Das Entscheidende ist die Tendenz, daß wir mehr Energie brauchen.

Die Frage ist, wie wir uns angesichts der Unsicherheit der Schätzungen - keiner ist Prophet - verhalten. Da, meine ich, ist die Antwort gar nicht so schwierig: Angesichts der gewaltigen wirtschaftlichen, sozialen und politischen Katastrophen, die uns

treffen würden, wenn wir hier einen Fehler machten, müssen wir die Kapazitäten der Energiebereitstellung an die obere Grenze nehmen. Das kostet seinen Preis. Aber es ist Sicherheit, es ist Vorbeuge gegen die Katastrophen, die uns sonst treffen könnten.

Nun ist doch die zweite Frage: Wie können wir diesen zusätzlichen Bedarf - ich spreche jetzt einmal von der Bundesrepublik - von etwa 200 Millionen Tonnen Steinkohleeinheiten decken?

Da gibt es eine erste Feststellung: nämlich daß die Hauptenergiequelle der heutigen Welt, das Erdöl, hierfür nicht mehr zur Verfügung steht. Alle Fachleute sind sich einig, daß die Erdölförderung im Jahre 2000 bestenfalls genauso hoch sein wird wie heute, möglicherweise geringer. Das heißt: der gesamte zusätzliche Energeibedarf muß aus anderen Energiequellen gedeckt werden.

Wenn wir fragen, aus welchen Energiequellen, dann stellt sich natürlich als erstes die Frage nach der Kohle. Wie sieht es hier aus? Die Bundesregierung selber sagt uns, daß die Förderung der deutschen Kohle nicht mehr wesentlich gesteigert werden kann, zumindest nicht in kurzen Fristen. Fragen wir die deutsche Kohle selber, dann sagt sie: wir können vielleicht in zehn Jahren zehn oder zwölf Millionen Tonnen zusätzlich produzieren. Dies ist, gemessen an dem, was wir brauchen, ein Tropfen auf den heißen Stein.

Wenn man dies weiß, dann erkennt man erst ganz deutlich, wie unsinnig es ist, zu sagen: "Wir Sozialdemokraten geben der Kohle den Vorrang." Das Problem des Vorranges gibt es ja nur, wenn es ein Konkurrenzproblem gibt.

In Wahrheit ist es genau umgekehrt. Wir werden alle Kohle brauchen, die wir zur Verfügung haben. Es kann sich hier nicht um ein Vorrangproblem handeln. Nein, in Wahrheit ist die Formel der Sozialdemokraten vom Vorrang der Kohle nichts anderes als der Versuch, die eigene Unfähgikeit zu kaschieren, sich zu der Frage der Kernenergie klar zu äußern.

(Beifall)

Wenn es richtig ist, daß die deutsche Kohle, so sehr wir sie brauchen, die Antwort nicht zu geben vermag, dann muß man die Einfuhrkohle in den Kreis der Betrachtung einbeziehen. Die Schätzungen variieren auch hier. Einige sagen, wir werden zehn Millionen Tonnen zusätzlich einführen können; andere sagen, wir werden vielleicht 30 Millionen Tonnen zusätzlich einführen können. Aber gemessen an den 200 Millionen Tonnen, die wir brauchen, reicht auch dies mit Sicherheit nicht aus, um unsere Probleme zu lösen.

Deshalb müssen wir als Christliche Demokraten unserer Bevölkerung immer wieder ehrlich sagen: wer die Energieprobleme unserer Welt und auch die Energieprobleme unseres Landes lösen will, der kann sich um die Frage der Kernenergie nicht herumdrücken. Hier wird die eigentliche Entscheidung fallen.

(Beifall)

Die Bundesregierung weiß das übrigens sehr gut. Sie hat deshalb den Versuch unternommen, auf dem Berliner Parteitag der SPD so etwas wie ein Ja zur Kernenergie zuwege zu bringen.

Aber fragen wir doch einmal aus unserer eigenen Erfahrung, wie es in der politischen Wirklichkeit aussieht. Was sagen denn die Landesverbände der SPD heute nach dem Berliner Parteitag? Schles-

wig-Holstein: gegen die Kernenergie;Bremen: gegen die Kernenergie; Hamburg: gegen die Kernenergie; Niedersachsen: verbal für die Kernenergie; aber als wir gesagt haben, wir wollen jetzt ein einziges zusätzliches Kernkraftwerk - in Lingen - genehmigen, sind die Sozialdemokraten sofort dagegen gewesen.

Wir haben den Wahlkampf im Saarland erlebt. Da hieß es: kein Kernkraftwerk an die Saar. Wir haben den Wahlkampf im volkreichsten deutschen Bundesland, in Nordrhein-Westfalen, erlebt. Da hieß es: keine Kernenergie, absoluter Vorrang für die Kohle - obwohl die Kohle nicht zur Verfügung steht.

In Bayern gibt es vielleicht eine etwas andere Position; ich sage: vielleicht. Vielleicht auch in Hessen, obwohl man schon weiß, daß der große mächtige Bezirksverband Hessen-Süd der SPD engagiert gegen die Kernenergie ist. Wie es in Baden-Württemberg bei Erhard Eppler aussieht, das brauche ich Ihnen nicht zu sagen.

In Wahrheit ist der Berliner Parteitagsbeschluß der SPD nichts anderes als ein Fetzen Papier, der Helmut Schmidt dazu diente, das Gesicht zu wahren; er hat keinerlei reale Bedeutung.

(Beifall)

Wenn man sich den ganzen Ernst dieser Situation vor Augen halten will, so kann man das an Hand des Programms tun, das für die Bundesregierung immer noch gilt. Dort heißt es, daß wir in 1990 etwa 40 000 MW brauchen, das sind etwa 15 Kernkraftwerke zusätzlich zu den bestehenden und den schon im Bau befindlichen. Wir fragen uns, wo für diese die Genehmigungen beantragt werden. Wir alle wissen, daß man heute, vom Antrag gerechnet bis zur Inbetriebnahme eines Kernkraftwerkes, 10 Jahre braucht. Wo werden denn die Anträge für diese 15 Kernkraftwerke - es ist egal, ob es 1o, 11, 12, 13, 14 oder 15 sein müßten - entgegengenommen und mit der Absicht bearbeitet, sie zu genehmigen? Im sozialdemokratischen Berlin tut sich nichts, in Bremen nichts, in Hamburg nichts. Im größten Land, in Nordrhein-Westfalen, liegen seit fünf Jahren drei Anträge vor, die von der Landesregierung einfach nicht bearbeitet werden. Im Wahlkampf ist deutlich geworden, daß sie auch in Zukunft nicht bearbeitet werden. In Hessen gibt es noch das Projekt Biblis C, aber auch hier liegt der Antrag auf Genehmigung seit drei Jahren vor, ohne daß auch nur eine erste Teilerrichtungsgenehmigung erteilt worden wäre. Es ist die bittere Wahrheit, daß Kernkraftwerke zur Zeit ausschließlich in CDU/CSU-regierten Ländern genehmigt werden. Aber dies müssen wir an die Adresse unserer Bevölkerung deutlich sagen: Wir tun unser Bestes, um die Versäumnisse der SPD/FDP-Regierung in Bonn und in den Ländern zu kompensieren, aber wir können nicht allein die ganze Last dieses Problems tragen. Wir brauchen dafür eine Bundesregierung, die mitzieht und die auch in der Lage ist, Entscheidungen zu treffen.

(Beifall)

Dies alles liegt klar auf der Hand. Wenn man jetzt noch die Ereignisse der letzten Wochen und Monate einbezieht - ich meine Afghanistan -, dann bekommt all dies eine ganz besondere Dringlichkeit; denn Afghanistan heißt nichts anderes, als daß sich die Sowjetunion anschickt, die Hand auf das Nahostöl zu legen, um Europa in die Abhängigkeit zu zwingen, um uns erpreßbar zu machen. Dies ist die eigentliche Bedeutung von Afghanistan.

(Beifall)

Wenn man das weiß, dann heißt Friedenspolitik, daß wir in Deutschland eine glasklare Entscheidung treffen, nämlich uns so schnell wie möglich von diesem Erdöl aus Nahost unabhängig zu machen. Wenn irgendwo eine friedenspolitische Tat der Bundesregierung gefordert ist, dann ist es diese Entscheidung.

Wenn wir uns heute fragen, ob es einen Plan der Bundesregierung gibt, um uns vom Nahostöl unabhängig zu machen, dann müssen wir sagen: Nein. Gibt es eine Entscheidung, gibt es Entscheidungen, die getroffen worden wären, um uns diesem Ziel spürbar näher zu bringen? Auch da müssen wir sagen: Nein. Hier zeigt sich deutlicher als vielleicht an anderen Punkten, wie sehr diese gegenwärtige Bonner Regierungskoalition in wichtigen Fragen unserer Nation entscheidungsunfähig geworden ist. Deshalb meine ich, daß wir recht haben, wenn wir behaupten, daß nur die Christlich Demokratische Union und die Christlich Soziale Union in der Lage sind, die eigentlichen Lebensfragen unseres Volkes zu lösen.

Meine Damen und Herren, liebe Freunde, lassen Sie mich zum Schluß in aller Kürze noch ein persönliches Wort zu dem sagen, was heute morgen angesprochen worden ist. Wir alle wissen, wieviel Enttäuschung nach den Wahlergebnissen vom Saarland und von Nordrhein-Westfalen in unseren Reihen war. Dies kann kein Jubelparteitag sein. Vielleicht ist es auch ganz gut, daß der Parteitag vor der eigentlichen Auseinandersetzung nicht nur ein Jubelparteitag ist. Dies kann aber nach meiner Überzeugung auch kein Parteitag sein, wo wir uns in Stimmung reden, in eine Stimmung, die verfliegt, sowie wir aus den schrecklichen Hallen dieses Gebäudes herauskommen.

(Beifall)

Nein, ich meine, wenn dies ein guter Parteitag sein soll, dann muß deutlich werden, daß das, was uns immer wieder instandsetzt, alle Mühsal der Politik auf uns zu nehmen, tiefer liegt, nämlich in der Überzeugung, daß wir die bessere Politik für unser Volk anzubieten haben.

(Beifall)

Es muß deutlich werden, daß die Wurzeln unserer Kraft in der Entschlossenheit liegen, alles, wirklich alles mit letztem Einsatz zu tun, um Schaden von unserem Vaterlande abzuwenden. Wenn wir uns hierauf besinnen, wenn wir aus Berlin mit der Überzeugung nach Hause gehen, daß die Union auf dem richtigen Weg ist, daß sie die Antwort auf die Lebensfragen unserer Nation weiß und daß sie entschlossen ist zu kämpfen, dann ist dies ein guter Parteitag gewesen.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Herr Ministerpräsident Albrecht, der Parteitag dankt Ihnen für Ihren Beitrag. Ich glaube, daß der Beifall deutlich gemacht hat, welch hohes Ansehen und welche starke Zustimmung Ihre Politik und Ihre Person in der CDU Deutschlands haben.

(Beifall)

Als nächster hat unser Freund Adolf Müller aus Remscheid das Wort.

Adolf Müller, Remscheid: Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Lassen Sie mich zum Thema Soziale Marktwirtschaft einen besonderen kurzen Beitrag zu der Thematik leisten: Wir schaffen wieder Vollbeschäftigung. Eine der wichtigsten wirtschafts- und gesellschaftspolitischen Aufgaben für die nächsten Jahre ist die Sicherung der Vollbeschäftigung. Es ist deshalb eine wirtschaftspolitische Aufgabe, weil Arbeitslosigkeit riesige volkswirtschaftliche Schäden verursacht. Eine Million Arbeitslose kosten die Steuer- und Beitragszahler an Arbeitslosengeld, Steuer- und Beitragsausfall jährlich rund 20 Milliarden DM. Von 1975 bis heute mußte die Bundesanstalt für Arbeit allein für Arbeitslosengeld und Arbeitslosenhilfe fast 50 Milliarden DM ausgeben. Das ist eine dringende gesellschaftspolitische Aufgabe, weil sich hinter diesen nüchternen Zahlen millionenfaches menschliches Leid verbirgt. Wir wissen aus Untersuchungen, daß Arbeitslosigkeit für die meisten Betroffenen sozialen Abstieg, familiäre Belastung, soziale Isolierung und das Gefühl bedeuten, ein Versager zu sein. Arbeit ist nicht nur Broterwerb, sondern eine Form der Selbstverwirklichung und kann durch keine noch so hohe Arbeitslosenunterstützung aufgewogen werden, wie es in unserem Grundsatzprogramm heißt.

(Beifall)

Daher lautet einer der wichtigsten innenpolitischen Programmpunkte in unserem Wahlprogramm für die Bundestagswahl: Wir schaffen wieder Vollbeschäftigung. Wir finden uns nicht wie die SPD einfach mit Millionenarbeitslosigkeit ab. 1980 wird schon das sechste Jahr sein, in dem bei uns eine Million Menschen ohne Arbeit sind. Das ist für diese angebliche Arbeitnehmerpartei SPD eine klägliche Bilanz.

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, die SPD versucht jetzt aus wahltaktischen und parteipolitischen Gründen, den Eindruck zu erwecken, man habe das Problem Arbeitslosigkeit langsam im Griff. Aber dieses Spielchen ist für uns nicht neu. Schon seit fünf Jahren kommt die SPD im Sommer mit diesen Jubelmeldungen, wenn die Arbeitslosenzahlen aus saisonalen Gründen etwas zurückgehen.

Wenn wir uns ansehen, was die SPD in der Arbeitsmarktpolitik außer dieser Vertröstungs- und Verharmlosungspropaganda noch zu bieten hat, dann müssen wir feststellen: nur traurige Rekorde. Unter SPD-Verantwortung hat sich die Vollbeschäftigung in Millionen-Arbeitslosigkeit verkehrt. Seit 20 Jahren gab es in der Bundesrepublik Deutschland nicht mehr so viele Arbeitslose wie in der Regierungszeit von FDP und SPD. Noch nie mußte so viel Geld für die Bezahlung der Arbeitslosigkeit ausgegeben werden, und noch nie wurden den Arbeitnehmern so hohe Beiträge zur Arbeitslosenversicherung abverlangt wie von SPD und FDP.

Liebe Parteifreunde, die angebliche Arbeitnehmerpartei muß seit Jahren Millionen-Arbeitslosigkeit verantworten. Vor allem die Problemgruppen des Arbeitsmarktes, die älteren Arbeitnehmer, die Arbeitnehmer in strukturschwachen Gebieten, die Frauen, die Jugendlichen ohne Ausbildungsplätze, die Schwerbehinderten zahlen die Zeche für diese Politik. Wenn wir nichts tun, wird sich die Situation auf dem Arbeitsmarkt mittelfristig eher noch verschärfen. In den nächsten zehn Jahren werden mit den geburtenstarken Jahrgängen eine Million Menschen mehr ins Erwerbsleben eintre-

ten als gleichzeitig aus ihm ausscheiden. Um die Arbeitslosigkeit abzubauen, wäre nach dem Urteil der Fachleute ein Wirtschaftswachstum von 4% notwendig. Soviel erwartet die Bundesregierung mittelfristig selbst nicht. In diesem Jahr werden es nach der Prognose der Wirtschaftsforschungsinstitute allenfalls 2,5% sein.

Diese Zahlen und Daten zeigen: Um endlich wieder Vollbeschäftigung zu erreichen, sind wir, ist die Union gefordert. Denn wir sind die Partei der Vollbeschäftigung. Wir haben in 20jähriger Regierungsverantwortung bewiesen, daß wir die Vollbeschäftigung sichern können. Die Union hat nach dem Kriege Millionen von Flüchtlingen, Aussiedlern und Arbeitslosen in kurzer Zeit Brot und Arbeit gegeben. Die Union hat in der Zeit ihrer Regierungsverantwortung die Grundlage für eine leistungsfähige Arbeitsmarktpolitik geschaffen.

Auch in den letzten Jahren haben wir wie auf kaum einem anderen Gebiet immer wieder Initiativen zur Wiederherstellung der Vollbeschäftigung ergriffen. 1977 haben wir das Programm zur Wiedergewinnung der Vollbeschäftigung vorgelegt. 1978 haben wir detaillierte Vorschläge zur Verringerung der Frauenarbeitslosigkeit erarbeitet. 1979 haben wir ein wirtschaftspolitisches Programm verabschiedet, dessen Kernanliegen Arbeit für alle ist. Und vor zwei Monaten haben wir ein Zehnpunkteprogramm zum Abbau der Arbeitslosigkeit vorgelegt, das in erster Linie auf eine bessere Qualifizierung und eine Erhöhung der freiwilligen Mobilität der Arbeitslosen abzielt. Denn es ist für uns ein Ärgernis und eine unerträgliche Verschwendung, wenn bei einer Million Arbeitslosen nicht alles dafür getan wird, daß die vorhandenen über 300 000 offenen Stellen besetzt werden.

Meine Damen und Herren, die SPD hat seit 1974 mit 12 Sonderprogrammen und Milliarden von Steuergeldern versucht, die Arbeitslosigkeit abzubauen - ohne nennenswerten Erfolg. Wir werden durch eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft den beschäftigungspolitischen Problemen begegnen. Eine gute Wirtschaftspolitik, die Vertrauen auch für Investoren schafft und die Rentabilität von Arbeitsplätzen im Auge behält, ist wesentlicher Bestandteil einer erfolgreichen Beschäftigungspolitik.

Um Hunderttausende von Facharbeiterstellen besetzen zu können, müssen die Maßnahmen der Arbeitsmarktpolitik auf eine bessere Förderung der beruflichen und regionalen Mobilität ausgerichtet werden. Unsere Vorschläge für eine bessere Arbeitsmarktpolitik liegen auf dem Tisch. Wir werden Arbeitslosigkeit nicht verwalten und bezahlen und uns damit abfinden wie die SPD, wir werden Arbeitslosigkeit beseitigen.

(Beifall)

Für uns ist Arbeitslosigkeit kein unabwendbares Schicksal, sondern eine wirtschaftliche und soziale Herausforderung, die wir meistern werden. Deshalb, liebe Parteifreunde, in unserem Programm:
Wir schaffen wieder Vollbeschäftigung.

(Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren, bevor ich Frau Breuel als nächster Rednerin das Wort erteile, weise ich darauf hin, daß die Beratungen über unser Wahlprogramm noch

für die nächsten anderthalb bis zwei Stunden andauern werden, da sich noch bedeutende Redner zu Wort gemeldet haben. Es werden noch reden: Ministerpräsident Lothar Späth, Frau Wex, Herr Blüm, Herr Dr. Dregger, Frau Laurien, Ministerpräsident Vogel und Dr. Riesenhuber. Ich sage dies, weil ich glaube, daß die Teile des Programms, zu denen diese Redner sprechen werden, die gleiche Aufmerksamkeit verdienen wie die zuvor behandelten Teile des Programms.

(Beifall)

Ich möchte nun Ihr Einverständnis darüber herbeiführen, daß wir entsprechend § 16 der Geschäftsordnung Frau Breuel als Gast das Wort erteilen; sie ist keine Delegierte.

(Zustimmung)

Ich stelle soeben fest, daß Frau Breuel nicht im Saale ist. Dann möchte ich die Gelegenheit benutzen, einem weiteren Gast das Wort zu erteilen, und zwar dem Generalsekretär der türkischen Gerechtigkeitspartei, Herrn Nahit Mentese. Ich heiße ihn herzlich willkommen.

(Beifall)

Herr Mentese ergreift das Wort, um eine persönliche Botschaft von Ministerpräsident Suleyman Demirel, dem Vorsitzenden der Gerechtigkeitspartei in der Türkei, zu verlesen. Herr Mentese, Sie haben das Wort.

Nahit Meneste (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Delegierte der CDU! Es ist mir eine Freude, Sie im Namen der Delegation der Gerechtigkeitspartei begrüßen zu dürfen. Die Bundesrepublik Deutschland und die Türkei, also Ihre und meine Heimat, befinden sich an geopolitisch wichtiger Stelle der Welt. Nach den Ereignissen in Afghanistan und im Iran ist das Augenmerk der Völker der Welt auf den Raum in Nahost gerichtet, wo auch die Türkei liegt. Die Intervention der Sowjetunion in Afghanistan und die Ereignisse im Iran sind wichtige politische Ereignisse in der Welt. Unser Wunsch ist es, daß die Invasion Afghanistans beendet wird und daß das afghanische Volk seine Regierung frei wählen kann.

(Beifall)

Wir wünschen auch, daß das Problem der amerikanischen Geiseln auf friedliche Weise gelöst wird. Für den Nahen Osten und für den Weltfrieden insgesamt spielt die staatliche Struktur im Iran eine enorme Rolle.

(Beifall)

Die Regierungspartei in der Türkei, die Gerechtigkeitspartei, wird ihre Aufgaben auf diesem Gebiet voll erfüllen. Wir sind sicher, daß den antikommunistischen Ländern dieser Region, die für den internationalen Kommunismus ein Ziel bilden, vor allen Dingen aber der Türkei, dabei geholfen wird.

Von diesem Gefühl getragen, wünsche ich dem Vorsitzenden und den geehrten Delegierten, daß dieser Parteitag dem deutschen Volke und der CDU Glück und Segen bringt.

(Beifall)

Ich überbringe auch hier eine persönliche Botschaft des türkischen Premierministers Suleyman Demirel.

Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Delegierte der CDU, meine werten Damen und Herren! Ich möchte meiner Freude darüber Ausdruck geben, daß die Christlich Demokratische Union Vorstandsmitglieder der Gerechtigkeitspartei aus der Türkei zu ihrem Parteitag nach Berlin eingeladen hat.

(Beifall)

Meine besten Wünsche für einen Erfolg mögen diesen Ihren Parteitag in Berlin begleiten, der in einer Stadt stattfindet, die von besonderer Bedeutung und Wichtigkeit für Europa ist. Es ist ein vornehmlicher Wunsch der Gerechtigkeitspartei, daß diejenigen Länder, die sich zur freiheitlichen Demokratie bekennen, untereinander Solidarität fördern und verwirklichen. An einem anderen höchst empfindlichen Ort der Welt setzt sich die Gerechtigkeitspartei für jene hohen Werte wie Freiheit, Gerechtigkeit und Wohlstand ein, die mit der Würde des Menschen aufs engste verknüpft sind. Aus diesem Grunde strebt die Gerechtigkeitspartei Freundschaft und Solidarität mit der Christlich Demokratischen Union sowie mit anderen konservativ-liberalen Parteien Europas an.

(Beifall)

Einigkeit und gegenseitige Unterstützung zur Gewährleistung der Freiheit, des Friedens und des Wohlstands sind die Ziele der Menschheit. In diesem Sinne übersende ich dem Vorstand und den werten Delegierten dieses Parteitages meine besten Wünsche und Grüße.

Suleyman Demirel

Premierminister

(Beifall)

Rudolf Seiters, Tagungspräsidium: Herr Generalsekretär, der Parteitag dankt Ihnen für diese wichtige Geste Ihres Ministerpräsidenten. Wir bekunden unseren Respekt vor der mutigen Politik des Ministerpräsidenten Demirel und sagen ihm, daß sich die CDU Deutschlands weiterhin für die Unterstützung der Partei in ihrer bedrängten, aber für uns strategisch unersetzlich wichtigen Lage einsetzen wird.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Diskussion des dritten Themenblocks ist abgeschlossen. Ich rufe Block 4 - die Abschnitte 2.4., 2.5., 2.6. und 2.7. - auf. Als erster hat der Ministerpräsident von Baden-Württemberg, unser Freund Lothar Späth, das Wort.

Lothar Späth (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Freunde! Ich will einige wenige Anmerkungen zu dem machen, was wir im Rahmen unserer Programmvorlage unser familienpolitisches Programm nennen. Wir haben heute mehrmals die Frage besprochen, wie es mit der Zukunftssicherung aussieht. Wer eine Bilanz dieses Themas zieht, kommt zu dem nüchternen Ergebnis, daß in den Zeiten der sozialliberalen Koalition für die Zukunftssicherung im Grunde eben nichts getan wurde, sondern Substanz verbraucht wurde. In der ersten Hälfte wurde die Substanz verbraucht, die wir in der Nachkriegszeit aufgebaut hatten. In der zweiten Phase wurden so viele Schulden angesammelt, daß nahezu auch die Substanz der nächsten Generation verbraucht ist. Und was sind das für Zukunftschancen einer jungen

Generation, die im wesentlichen darin bestehen, daß diese eines Tages die Schulden bezahlen soll, die wir gemacht haben, um unsere Situation - nicht die der nächsten Generation - zu verbessern?

(Beifall)

Der dritte Bereich - und das bezieht sich auf morgen und übermorgen - ist eine sträfliche Vernachlässigung der Frage, wie es denn in der Familienpolitik aussieht und wie sichergestellt wird, daß eines Tages nicht über Rentenformeln diskutiert wird, sondern über die Frage, was passiert, wenn die Zahl der Beitragszahler abnimmt und die der Rentner zunimmt. In 25 Jahren werden nicht 100 Arbeitnehmer für 37 Nichtarbeitnehmer sorgen, sondern 67 Nichtarbeitnehmer auf 100 Arbeitnehmer werden erwarten, daß sie erfahren, wie dann die Finanzierung der sozialen Sicherheit aussieht. Das heißt schlicht, wer nicht in Familien und ihre Sicherheit investiert, begeht den größten Fehler und die größte Sünde an der Sicherheit der Zukunft unserer Gesellschaft. Wer sich vergegenwärtigt, daß sich die Zahl der Kinder pro Jahrgang inzwischen - in den letzten Jahren - halbiert hat, muß sich doch überlegen, woher das kommt. Wer sich überlegt, daß in einem der reichsten Länder der Erde, zu denen wir uns zählen, eine Familie mit drei oder vier Kindern sozial an den Rand abgedrängt wird, muß doch einmal fragen, warum es dieser Regierung überhaupt nicht gelingt, ja, fast möchte ich sagen, warum sie noch nicht einmal ein Interesse daran bekundet, sich diesem Problem zu stellen.

Das fängt beim Steuerrecht an. Wir haben ein Steuerrecht, das im Grunde die Familie mit vier Kindern genauso besteuert wie das kinderlose Ehepaar. Das führt dann zu der Konsequenz, daß die Einkommensverhältnisse so verschieden sind, daß sich das kinderlose Ehepaar den zweiten Auslandsurlaub überlegt und daß sich das Ehepaar mit vier Kindern den Urlaub gar nicht mehr leisten kann und auch keinen Platz mehr findet, an dem es mit den Kindern unterkommt.

(Beifall)

Wer fragt, warum die soziale Lage so schwierig ist, muß sich einfach nüchtern überlegen, was jungen Leuten passiert, wenn sie heiraten und zunächst beide arbeiten. Dann haben sie aus beiden Verdiensten zusammen vielleicht 3000 Mark netto. Dann, wenn sie drei Kinder haben und einer zu arbeiten aufhört, haben sie einschließlich Kindergeld vielleicht 2000 bis 2500 Mark netto. Das heißt, der soziale Abstieg sieht so aus, daß im einen Fall pro Kopf der Familie 1500 DM und im anderen Fall zwischen 500 und 700 DM zur Verfügung stehen.

Wer den Familienlastenausgleich, der hier notwendig ist und den wir in unserem Programm ankündigen, nicht leisten will, hat einfach prinzipiell in der Frage der Behandlung der Familien im Sinne der Gerechtigkeit versagt.

(Beifall)

Ich glaube sogar, es gibt keinen Bereich, in dem wir der Bevölkerung so deutlich klarmachen können, wie die SPD über das Thema "Kinder, Familie, Gesellschaft" denkt. Ich möchte das in drei Punkten ansprechen, die symptomatisch sind und die diesen Hintergrund aufzeigen.

Der erste Bereich betrifft die Diskussion um den sogenannten Kinderbetreuungsbetrag. Wir wollten den echten Freibetrag. Die SPD sagte: Nur auf Nachweis. Das bedeutet doch im Grunde, daß unstrittig ist - ich nehme den Familienbericht der Bundesregierung -, daß ein Kind mindestens 5ooo DM im Jahr kostet, daß aber bei 12oo DM die Nachweispflicht beginnt. Das heißt, daß die Mutter aus dem Kindergartenbesuch mit Quittungen zum Finanzbeamten laufen muß, damit das steuerlich anerkannt wird. Sie können alles von der Steuer absetzen, was Fremdbetreuung ist. Selbst wenn die Nachbarskinder auf Ihre Kinder aufpassen, können Sie das von der Steuer absetzen. Passen Sie nicht selbst auf Ihre Kinder auf, denn der Fall ist im Steuerrecht der Sozialdemokraten nicht mehr vorgesehen. Als Kinderbetreuung ist das nicht mehr absetzbar.

(Beifall)

Im Grund können Sie mit den Nachbarn die Kinder tauschen, dann können Sie das beide von der Steuer absetzen. Das zeigt, daß der Gedanke der Kinderbetreuung für die Sozialdemokraten immer mehr Fremdbetreuung, Gesellschaftsbetreuung meint und nicht mehr die Sicherung der Substanz der Familie und des Zusammenhalts zwischen Kindern und Erwachsenen.

(Beifall)

Aber auch der zweite Bereich gehört zu diesem Thema. Das ist das Mutterschaftsgeld. Meine Freunde, im Grunde ist es ein Skandal, daß das Mutterschaftsgeld nur die in abhängiger Arbeit stehende Frau bekommt. Ich will ganz klar sagen, ich bin für dieses Mutterschaftsgeld, auch dort, wo es jetzt nur die Arbeitnehmerin bekommt. Es ist völlig in Ordnung, daß die berufstätige Frau, wenn sie ein Kind bekommt, sechs Monate aussetzen kann, um sich ihrem Kind zu widmen. Ich möchte aber einmal wissen, warum die Handwerkersfrau diese Möglichkeit nicht bekommt. Die braucht doch auch eine Entlastung in dieser Zeit.

(Beifall)

Bei der Landwirtsfrau ist es im Grunde nicht anders.

Im Grunde liegt da der nächste Punkt der geistigen Grundhaltung: Das Mutterschaftsgeld wird nicht mehr als familienrechtlicher, sondern als arbeitsrechtlicher Ansatz gebracht. Das heißt - das ist der Grundgedanke -, alles emanzipiert sich nur im abhängigen Arbeitsverhältnis, und die Leistung der Hausfrau und Mutter des Selbständigen gilt in der gesellschaftlichen Anerkennung bei den Sozialdemokraten eben nichts. Das müssen wir aber draußen klarmachen.

(Beifall)

Ich sage Ihnen, wir werden die Frauen, auch die berufstätigen, weil die einen guten Sinn für diese Gerechtigkeitsfrage haben, wir werden die jungen Ehepaare nur gewinnen, wenn wir einmal klar machen, daß wir dafür sind, daß in der Gesellschaft das Erziehen von vier Kindern durch eine nichtberufstätige Frau mit großen Opfern genauso anerkannt werden muß wie der Einsatz der berufstätigen Frau und des berufstätigen Mannes.

(Beifall)

Wer diese Dinge so vernachlässigt, der muß sich vorwerfen lassen, daß er im Grunde keine Ideen zum Schutz der Familie hat. Das ist aber nur der zweite Punkt.

Der dritte Punkt ergibt sich beim Jugendhilferecht. Meine Freunde, Sie müssen einmal unabhängig vom jetzigen Diskussionsstand den Entwurf der Bundesregierung zum Jugendhilferecht auf das Thema "Eltern und Kinder" hin ansehen. Da ist der nächste Schritt vollzogen. Es zeigt sich das Mißtrauen der Sozialdemokraten gegenüber der Grundinstitution Familie. Deshalb plant man, 1o.ooo oder 12.ooo Sozialberater bei den Jugendämtern einzustellen und führt dafür das Klagerecht der Heranwachsenden gegen die Erziehungsmaßnahmen der Eltern ein: Mißtrauen gegen die Familie, als ob der Staatsfunktionär immer alles besser wisse - weil er das Problem studiert hat - als die Eltern, die mit den Kindern leben müssen.

(Beifall)

Ich bin der Meinung, wir sollten diesen Ansatz in der Auseinandersetzung mit den Sozialdemokraten prinzipiell aufgreifen, weil er etwas von der geistigen Haltung zur Familie und zum Staat zeigt.

Das paßt auch zur Bildungspolitik. Wir können keinen großen Reparaturbetrieb des Staates mit viel Geld aufziehen, der all das reparieren soll, was durch die mangelnde Förderung und Substanzsicherung bei unseren Familien kaputtgegangen ist. Wir brauchen eine andere gesellschaftliche Anerkennung der erziehenden Eltern, eine Pädagogik, die nicht vom Konflikt lebt, sondern von der Erziehung zur Toleranz, zur Gemeinschaft von Alt und Jung, zur gegenseitigen Achtung.

(Beifall)

Wir werden noch den Zeitpunkt erleben, wenn wir diese Gesellschaft nicht mehr so einteilen können, wie das jetzt geschieht: die Jungen ins Jugendhaus, die Alten ins Altersheim, die Behinderten in die Behinderteneinrichtungen. Das Ergebnis ist ein immer größerer Betreuungsapparat unter Verzicht auf das, was Mitmenschlichkeit ausmacht. Wir sollten gegen diesen Staatsapparat, den die auch noch "soziales Netz" nennen, eine große Initiative setzen, die aus unserer geistigen Haltung als Union kommt, nämlich eine Initiative der Verwirklichung von Nächstenliebe und Solidarität. Wir sollten die Mitmenschen ansprechen - gerade die junge Generation ist längst wieder auf solche Dinge ansprechbar -, daß jeder Mitbürger ein Stück seiner Freizeit für seine Mitmenschen einsetzt und seine Freizeit und Freiheit so versteht. Dann werden wir weniger Geld benötigen, dafür aber mehr Gemeinschaft, mehr Nächstenliebe, mehr Solidarität und mehr Befriedigung als mit allen perfekten staatlichen Versorgungsprogrammen in dieser Gesellschaft erreichen.

(Beifall)

Meine Freunde, ich glaube, hier ergibt sich die Notwendigkeit des Umdenkens. Wir haben in Baden-Württemberg beispielsweise das Mutterschaftsgeld für die nichtberufstätige Frau eingeführt, um ein Zeichen zu setzen, daß es in einem unionsregierten Land auch anders gemacht werden kann.

(Beifall)

Wir haben inzwischen auch Familiendarlehen eingeführt. Warum? Ich glaube, wir sollten den Mut haben, in diese Grundsatzauseinandersetzung hineinzugehen, denn nirgends unterscheidet sich die geistige Position der Sozialdemokraten von unserer so grundlegend, wenn wir davon reden, daß es uns um den Menschen, seine Entfaltungsmöglichkeiten, seine Gemeinschaft, seine Selbstverwirklichung geht und nicht um immer mehr Staat, immer mehr Formalitäten und immer mehr Ordnungssysteme mit dem Ergebnis, daß der Mensch zwar perfekt betreut ist, seine Identifikation in der freien Gesellschaft aber nicht mehr findet.

(Beifall)

Lassen Sie mich abschließen. Wir werden in diesen Wahlkampf gehen. Alles, was wir heute zur Bilanz dieser Regierung gehört haben, zeigt doch im Grunde, wieviel da übertüncht wird und wiewenig die Sozialdemokraten in der Frage nach langfristigen Zukunftssicherung unserer Menschen in einer freiheitlichen Gesellschaft geleistet haben, wie sehr sie dieser Frage ausweichen müssen, wie sehr sie da versagt haben. Meine Bitte ist aber, lassen Sie uns in diesem Wahlkampf nicht nur sagen, was die nicht geleistet haben, sondern lassen Sie uns am Beispiel der Familienpolitik und der Zukunftssicherung für die junge Generation aufzeigen, daß wir eine klare Konzeption mit einer geistigen Basis haben, mit der wir langfristig gewinnen müssen, weil die Menschen immer mehr entdecken, daß in einem freiheitlichen Staat der Staat nicht immer umfassender werden kann, sondern daß die Menschen zuerst kommen, die Familie zuerst, die Substanz des Menschen und seiner Gemeinschaft zuerst und dann der Staat und seine Funktionäre.

(Anhaltender Beifall)

Rudolf Seiters, Tagungspräsidium: Der Parteitag dankt Ihnen, Herr Ministerpräsident Späth, für diesen Beitrag zu einem wichtigen Thema, das sicherlich zu den innenpolitischen Schwerpunkten des Wahlkampfes zählen wird und das wie kaum ein anderes geeignet ist, die unterschiedlichen Positionen gegenüber der sozialdemokratischen Partei deutlich zu machen.

Bevor ich das Wort an die Bundesvorsitzende der Frauenvereinigung, Frau Wex, weitergebe, darf ich noch bekanntgeben, daß der italienische Ministerpräsident Francesco Cossiga ein Telegramm an Helmut Kohl gerichtet hat, in dem er ausdrücklich darum bittet, seine ganz persönlichen Grüße an den Parteitag zu übermitteln, und in dem er seine Solidarität mit dem Ziel Frieden und Freiheit unterstreicht.

Der Parteitag dankt.

Das Wort hat jetzt Frau Dr. Wex.

Frau Dr. Helga Wex (mit Beifall empfangen): Herr Präsident! Liebe Freunde! Der letzte Satz war ungefähr: Nichts eignet sich mehr zur Auseinandersetzung auf gesellschaftspolitischem Gebiet als die Familienpolitik. Aber nichts eignet sich auch mehr zur Verwirklichung sozialistischer Politik, als in die Familien hineinzuregieren, die Position der Familien auszuhöhlen und die Frauen auf ein Rollenverständnis festzulegen, das eine Selbstverwirklichung allein in einer außerfamiliären Berufstätigkeit sieht,

wie es im Orientierungsrahmen '85 der SPD ausgewiesen ist. Deshalb sind als Konsequenz in dem tausendzeiligen Wahlprogramm der SPD den Frauen auch nur ganze acht Zeilen gewidmet.

Ich möchte sagen, daß das, was die CDU/CSU hier vorstellt, bezüglich seiner Wichtigkeit ein Politikum ersten Ranges ist. Wir wissen zwar, daß Programme nicht alles sind, aber wo der Anteil mangelt, da mangelt auch das Gedächtnis. Deswegen meine ich, daß der Ausweis in diesem Programm den Hintergrund der ganzen Partei aufzeigt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, junge Menschen haben entgegen landläufiger Meinung eine Lebensperspektive. Bei 7o % von ihnen rangieren an der Spitze eines glücklichen Lebens ein glückliches Familienleben und der Wunsch nach Kindern. Familie und Kinder rangieren höher als Geld, höher als ein großes Auto, höher als Reisen und Luxus. Die jungen Menschen suchen Geborgenheit. Diese Menschen haben ihre angestammte politische Heimat in der CDU/CSU. Aber es gilt, nüchtern festzustellen: Bislang wählen sie noch nicht so. Sie wählen uns noch nicht, weil sie noch nicht das Gefühl haben, in einem Staat zu leben, der sich auf Sozialismus zubewegt, wenn nicht durch uns Einhalt geboten wird.

Die CDU/CSU hat in ihrer konstruktiven parlamentarischen Arbeit den vorgelegten Gesetzen die sozialistischen Zähne gezogen: dem elterlichen Sorgerecht, das ursprünglich von der Fremdbestimmung der Kinder durch die Eltern ausging, dem § 218 StGB, der nach sozialistischen Vorbildern die Verfügungsgewalt über ungeborenes Leben zur Disposition stellen wollte, dem Ehescheidungsrecht, das die Familie zugunsten eines individuellen Aussteigers aus der Familie mißachtete.

Meine Damen und Herren, gerade zu dem letzten Punkt muß ich fragen: Wo sind wir eigentlich? In welchem Land leben wir? Da liegt natürlich auch der Hintergrund unserer Initiativen, daß man sich heute in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Ehescheidungsrecht eher eigenständige soziale Sicherung erscheiden kann, als daß man sie durch Kindererziehung und Tätigkeit in der Familie erarbeiten kann.

(Beifall)

Die sozialistischen Vorstellungen von Familie und Frau stellen die Familien ins Abseits und mißachten die Wahlfreiheit der Frauen. Alle Vorschläge gesetzlicher Art der Sozialisten gehen von der erwerbstätigen Frau aus, die ihre Kinder zum frühestmöglichen Zeitpunkt öffentlichen Erziehungs- und Betreuungseinrichtungen überläßt. An die Stelle der Familie tritt die anonyme Betreuungsanstalt. An die Stelle der leiblichen Mutter treten wechselnde Bezugspersonen. An die Stelle der Lebensgemeinschaft Familie tritt die Interessengemeinschaft der einzelnen. An die Stelle der Übereinstimmung von Elternhaus und Schule betreffend Erziehungsinhalte treten die geschürten Konflikte zwischen Eltern und Kindern.

Das Wahlprogramm der SPD zeigt: Frauen und Familien haben von einer SPD/FDP-geführten Bundesregierung in Zukunft dies zu erwarten und nichts, was geeignet wäre, ihre Lebensperspektive zu verwirklichen. Vielmehr will die SPD eine Politik fortsetzen, die in den vergangenen zehn Jahren dazu geführt hat, daß in der Bundesrepublik Deutschland, einem der reichsten Länder der Welt, Kinder verhältnismäßig am ärmsten dran sind. Die SPD hat noch

nicht zur Kenntnis genommen, daß politische Rahmenbedingungen für die Verwirklichung des Wunsches nach Kindern entscheidend sind.

Aber eines möchte ich hier doch feststellen: Familienpolitik ist für uns die Grundlage einer freien Gesellschaft. Bevölkerungspolitik dagegen muß sich auf die Herstellung positiver Rahmenbedingungen begrenzen, um dem Wunsch nach Kindern nachkommen zu können.

(Beifall)

In unserem Land werden die wenigsten Kinder geboren. Die Zukunft der kommenden Generation wird auf's Spiel gesetzt. Das gemeinsame Wahlprogramm von CDU und CSU dagegen verdeutlicht: Die Politik für die Familie und die Politik für die Frau werden Schwerpunkt ressortübergreifender Gesellschaftspolitik in einer von CDU und CSU gestellten Bundesregierung sein.

Wir werden eine Politik beenden, die den Funktionswandel der Familie vorantreibt, statt die Familie zu stärken, die den Frauen Hindernisse der Gleichberechtigung in den Weg legt, statt die Gleichwertigkeit zwischen erwerbstätiger Frau und Hausfrau voranzubringen. Wir werden eine Politik beenden, die einen neuen Klassenkampf zwischen der Frau im Beruf und der Frau in der Familie schafft. Auch Hausfrauentätigkeit und Kindererziehung sind Berufstätigkeit und müssen als solche gesellschaftlich und sozial abgesichert werden.

(Beifall)

Wir wollen - das steht ausführlich in unserem Programm - Wahlfreiheit für jede Frau.

Gleichberechtigung der Frau bedeutet aber auch, daß die Frauen im Beruf die gleiche Anerkennung erreichen wie die Männer und die Wiedereingliederung in den Beruf erleichtert wird. Dazu wollen wir ihnen helfen. Es gibt nämlich nicht d i e Frau, es gibt die Frauen in ihren verschiedenartigen Lebenssituationen. Sie wollen auf verschiedene Weise angesprochen werden.

(Beifall)

Dazu gehört die klare Feststellung: Familienpolitik ist nicht etwa einfach mit Frauenpolitik gleichzusetzen. Nicht etwa die Frau ist für alles, was in der Familie nicht klappt, vorrangig oder allein beweislastig. Familie ist eine gemeinsame Aufgabe von Mann und Frau.

(Beifall)

Wir werden eine Politik beenden, die aus ideologischer Verklemmung einseitige Leitbilder für Frau, Mann und Familie gesellschaftspolitisch vorantreiben will. Wir werden eine Politik beenden, die durch Vereinzelung von Frau, Mann und Kind den Menschen zu Spielball gesellschaftspolitischer Ideologien macht. Selbstverwirklichung auf Kosten der Familie, Selbstverwirklichung auf Kosten der Kinder, Selbstverwirklichung auf Kosten der Freiheit des einzelnen - ein solches Programm verfehlt das Ziel der Politik. Es verfehlt die Aufgabe, das Glück der Menschen durch freie Entscheidungsmöglichkeit zu garantieren.

Wir werden bis zum Oktober jedem einzelnen Bürger aufzeigen, was eine sozialistische Familien- und Frauenpolitik bewirken wird, wenn die SPD mit absoluten Mehrheiten regiert.

Wir dürfen uns nicht täuschen: Gerade in den Familien und bei der Durchsetzung der Gleichberechtigung der Frau entscheidet sich, ob und wie der Freiheitsspielraum des einzelnen gesichert wird. Hier entscheidet sich, ob es gelingt, den Staat in seine dienende Funktion zu verweisen. Aber, meine Damen und Herren, liebe Freunde, es nützt uns wenig, wenn wir die politischen Rahmenbedingungen für mehr Partnerschaft, für die Wahlfreiheit der Frau in das Wahlprogramm schreiben, jedoch ansonsten in der politischen Auseinandersetzung dieser Programmteile etwa verschweigen oder verkürzt darstellen, weil hier jeder seine eigene Philosophie vertreten will.

(Beifall)

Seien wir ehrlich - wir haben in den letzten Jahren oft erlebt -: Es kommt doch nicht von ungefähr, daß wir auf dem Felde der Durchsetzung der Gleichberechtigung mit zwölf Punkten bei der Kompetenzzuweisung hinter der SPD herhinken. Das liegt nicht an unserem Programm. Das liegt an unserem oftmals gespannten Verhältnis zu diesem Programm.

(Beifall)

Die Politik der Union für die Frau ist in unser Gesamtkonzept eingebettet. Es gibt keine isolierte Frauenpolitik, und es gibt keine isolierte Männerpolitik. Es gibt aber einen Nachholbedarf an Gerechtigkeit für Frauen, den wir abbauen wollen und können.

(Beifall)

Dies muß aber von uns allen und von jedem einzelnen Wahlkämpfer überzeugend an die Wähler und Wählerinnen herangetragen werden.

Als Dokument nutzt uns unser sehr gutes Programm wenig. Wir müssen es mit der Leidenschaft politischer Menschen vertreten, die die Gewißheit ausstrahlen: Wir sind einfach moderner, besser, überzeugender als die anderen. Wir müssen mit unseren Pfunden wuchern. In der Aktenablage bringt es keine Zinsen. Hier stellt sich für jeden einzelnen in dieser Partei eine Aufgabe.

(Zustimmung)

Was sozialistische Politik bewirken kann, zeigt sich eben am gravierendsten an diesen sensiblen Punkten. Eine verstaatlichte Schlüsselindustrie kann man reprivatisieren. Eine kranke Gesellschaft zu heilen, dauert Jahrzehnte.

(Beifall)

Vertreten wir unser besseres Programm offensiv. Suchen wir mit der notwendigen Angriffslust die politischen Auseinandersetzungen auch auf diesem Feld. Wir haben das bessere Programm. Wir haben die besseren Politiker, Männer und Frauen. Das einzige, was uns bisher noch fehlt, ist die Mehrheit in diesem Lande, und darum wollen wir kämpfen.

(Anhaltender Beifall)

Rudolf Seiters, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Frau Dr. Wex, für dieses engagierte Plädoyer.

Jetzt hat der Bundesvorsitzende der Sozialausschüsse, unser Freund Norbert Blüm, das Wort.

Dr. Norbert Blüm (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich verrate kein Betriebs-

geheimnis, wenn ich sage: Ein Wahlkampf ist kein beschaulicher Spaziergang. Es geht um Entscheidungen. Die Wähler wollen von uns wissen, was wir wollen. Auf ihre Fragen muß auch die Sozialpolitik antworten. Wir haben gar keine Zeit, uns mit uns selbst zu beschäftigen, denn ich bin sicher, wenn wir uns den Sorgen und Problemen der Bürger stellen, vergehen unsere eigenen Sorgen und Probleme. Wir sind kein Selbstzweck; wir müssen auf die Fragen der Bevölkerung Antwort geben.

(Beifall)

Dabei reicht es nicht, nur zu sagen, was wir nicht wollen, nicht dürfen oder nicht können. Wir müssen vielmehr auch sagen, was wir wollen müssen. Politik besteht auch darin, daß Prioritäten gesetzt werden. Wir werden keinen Wahlkampf in dem Stil, wie der Katalog eines Versandhauses angefertigt wird, führen können: für jeden etwas - und nach jedem Geschmack etwas. Wir müssen Wichtiges von weniger Wichtigem unterscheiden. Für die beiden wichtigsten Punkte halte ich die Verteidigung unserer Freiheit und die Erhaltung der Familie.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, was der große Liberale Friedrich Naumann zu Beginn dieses Jahrhunderts gesagt hat, stimmt sicherlich: Was nützt die beste Sozialpolitik, wenn die Kosaken kommen ?- Dieser Satz hat aber auch noch eine Rückseite. Er kann auch rückwärts gelesen werden: Wenn wir keine soziale Familienpolitik betreiben, brauchen die Kosaken gar nicht mehr zu kommen. Dann gibt es niemanden mehr, der uns verteidigt und der verteidigungswert wäre.

(Beifall)

Ich glaube deshalb, daß wir die Aufgabe, eine Wende herbeizuführen, nicht in Außenpolitik und Sozialpolitik, wobei dann jeder seine Vorlieben pflegt, aufteilen können. Wir, die Sozialpolitiker, müssen wissen, daß der soziale Friede auf die Bereitschaft zur Verteidigung der Freiheit angewiesen ist. Ich denke, auch die Außenpolitiker müssen wissen, daß dieses Land seine Verteidigungsbereitschaft, seinen Verteidigungswert erhält, wenn es frei und sozial ausgeglichen ist.

Ich halte auch nichts von einer strengen Arbeitsteilung zwischen Wirtschafts- und Sozialpolitik. Mein Gott, eine schlechte Wirtschaftspolitik kann mehr Wunden schlagen, als mit sozialpolitischem Verbandszeug verbunden werden können. Deshalb ist ein vernünftige Wirtschaftspolitik die Voraussetzung für soziale Weiterentwicklung.

(Beifall)

Ich glaube auch nicht, daß wir die in der deutschen Tradition hochangesehene Arbeitsteilung dieser Art fortführen dürfen. Sonntags sprechen die Grundsatzpolitiker; werktags wird dann wieder das handfeste Geschäft betrieben. - Wir werden unsere konkreten Vorschläge mit einer Perspektive versehen müssen, und wir werden unsere Perspektiven, unsere Grunsätze konkretisieren müssen. Ich glaube, daß die Familie gewissermaßen ein Hinweisschild an einer Weggabelung ist, daß sich am Schicksal der Familie entscheidet, ob eine Gesellschaft Chancen hat, in der es Möglichkeiten des Rückzugs hinter vier Wände gibt, hinter denen der Staat nicht mehr zuständig ist, oder ob wir in die plattgewalzte, nivellierte Gesellschaft des Kollektivismus wandern werden.

Ich meine auch, daß Freiheit und Geborgenheit etwas miteinander zu tun haben. Ein Kind, das nie Liebe und Vertrauen von Mutter und Vater erfahren hat, wird später Liebe und Vertrauen auch nicht weitergeben können. Er wird vor allen Dingen kein Vertrauen zu sich selbst entwickeln können. Deshalb glaube ich, daß Selbständigkeit und Freiheit auch auf das Erlebnis von Geborgenheit angewiesen sind. Sonst werden die Menschen zur Knetmasse eines Staates, der sie wie austauschbare Ersatzteile behandelt.

Übrigens ist im Zusammenhang mit der Familienpolitik auch das hochgeschätzte Thema, daß wir sparen müssen, anzusprechen. Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, jede Mark, die wir für die intakte Familie investieren, werden wir doppelt und dreifach sparen, weil wir sonst übermorgen viel Geld für Gefängnisse, Nervenärzte, Sozialarbeiter und Betreuer ausgeben müßten.

(Beifall)

Wer die Familie sozialisiert, die privaten Räume veröffentlicht, entzieht dem Menschen Schutz und raubt der Freiheit den Damm.

Auch das Thema "Rentenpolitik" kann meines Erachtens als Lehrbeispiel dienen. An Hand dieses Themas muß eine prinziepielle Sozialpolitik verdeutlicht werden. Was uns die Sozialdemokraten vorführen, ist die Sozialpolitik des Mehr oder Weniger: Ist Geld in der Kasse, wird es ausgegeben; ist kein Geld in der Kasse, wird es wieder eingesammelt. Das sozialpolitische Auto des Sozialdemokraten hat, wie ich fürchte, nur zwei Hebel: das Bremspedal und den Gashebel. Auf dem einen stand der Herr Arendt. Er hat das Geld ausgegeben. Der Herren Ehrenberg sammelt er wieder ein. Mit dieser Art von Hoch-Herunter schwindet aus der Sozialpolitik jede Sicherheit. Die soziale Sicherheit ist schließlich nicht nur von der Höhe der Sozialleistungen, sondern auch von ihrer Kalkulierbarkeit, ihrer Berechenbarkeit abhängig. Wenn niemand weiß, wie die Rente in zehn Jahren aussieht, befindet er sich selbst dann, wenn er heute noch soviel Rente erhält, im Zustand sozialer Unsicherheit.

(Beifall)

Deshalb fragen wir nicht nach mehr oder weniger Geschwindigkeit. Wir fragen vielmehr nach der Richtung der Sozialpolitik. Das, was die Sozialdemokraten uns vorführen, wird die Sozialpolitik in die allumfassende Staatsgarage befördern.

Was ist nun das Prinzip chistlich-demokratischer Rentenpolitik. Welches ist das Prinzip der Leistungsgerechtigkeit: Leistung für Gegenleistung. Dies war der große sozialpolitische Reformgedanke, der 1957 unter Konrad Adenauer mit dem Konzept der bruttolohngezogenen Rente durchgesetzt wurde. Es war der Gedanke, daß die Rente eine Art Lohn ist, daß man während der aktiven Arbeitnehmerzeit auf einen Teil des Lohns in Form von Beitrag verzichtet, um ihn später als Rente zurückzuerhalten, freilich organisiert im Generationenvertrag. Jede Generation behandelt die vorhergehende so, wie sie von der nachfolgenden behandelt werden will.

Da die Rentner früher ihren Beitrag vom Bruttolohn entrichten mußten, haben sie heute auch einen Anspruch, eine bruttolohnbezogene Rente zu erhalten.

(Beifall)

Wir müssen, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, mit Zähnen und Klauen das Leistungsprinzip in der Rentenversicherung verteidigen. Dies ist das Fundament des Selbstbewußtseins, des "aufrechten Ganges" unserer alten Mitbürger. Unsere alten Mitbürger müssen niemandem für ihre Rente Danke schön sagen. Sie haben sich ihre Rente durch lebenslange Arbeits- und Beitragsleistung selber verdient.

Wir müssen Front machen gegen eine Politik, die Danke-schön-Sager gebiert; denn Danke-schön-Sager sind nur die Rückseite der Bittstellergesellschaft, jener Gesellschaft, in der der Staatsbürger immer beim Staat anklopfen und gutes Wetter machen muß, damit er das Erwünschte erhält. Leistungsbezogenheit ist der Damm gegen staatliche Manipulation.

Meine Damen und Herren, sicherlich wird keine Gesellschaft ohne Barmherzigkeit auskommen. Gerade eine christliche Partei muß dem Prinzip Barmherzigkeit Raum geben, nur, wer die Leistungsgerechtigkeit vorschnell durch Barmherzigkeit ersetzt, degradiert denjenigen, der einen Leistungsanspruch hat, zu einem Almosenempfänger - und das haben unsere älteren Mitbürger nicht verdient.

(Beifall)

Mindestrente: Ich bin auch nicht dafür, daß jemand verhungert. Nur, dafür zu sorgen, ist keine Aufgabe der Rentenversicherung.

Behindertenrente: Diese Gesellschaft muß sicherlich mehr Aufmerksamkeit für die Behinderten entfalten. Nur, dafür zu sorgen, ist auch keine Aufgabe der Rentenversicherung. Nicht alles, was sozial erwünscht, notwendig oder schön ist, muß die Rentenversicherung leisten. Wer den Wagen Rentenversicherung überlädt, bringt ihn zum Zusammensturz. Ich fürchte, daß die Filzpantoffelsozialisten dies zum Ziel haben: eine geräuschlose Veränderung der Selbständigkeit, der Solidarität unserer Rentenversicherung und die Überführung in die staatliche Einheitsversicherung.

(Beifall)

Da sehnt man sich geradezu nach den alten Klassenkampfsozialisten. Wenn die auf den Tisch geschlagen haben, hat man wenigstens gewußt, was sie wollten. Den Sozialismus auf Schleichwegen halte ich für sehr viel gefährlicher.

Der Abschied vom Leistungsprinzip ist der Weg, der zur staatlichen Einheitsversicherung führt.

Die Sozialdemokraten haben uns Reformen versprochen, geradezu den Eindruck erweckt, als sollte die Welt zum zweitenmal erschaffen werden. Die einst als Reformer auszogen, kehrten zurück und konnten noch nicht einmal die Rentenversicherung sanieren. Die Rentner könnten doch heilfroh sein, wenn die Rentenversicherung heute in dem Zustand wäre, in dem sie 1969 war. Die Bruttolohnbezogenheit der Rente ist jedenfalls außer Betrieb gesetzt. Die Preise haben die Rentenerhöhungen übertroffen. 4,5 %, 4 %, 4 % - das waren die gesetzten Rentenerhöhungen der letzten Jahre. Wenn Sie fragen: Wie kommt die Regierung eigentlich zu diesen Zahlen, sind die Zahlen bei der Süddeutschen Klassenlotterie oder beim Wetteramt abgerufen worden, kann ich Ihnen sagen: Das ist Rente nach Kassenlage. Das ist einmalig. Um sich den eigentlichen Skandal vorzustellen: Was wäre, wenn wir in Bonn die Ministergehälter an der Haushaltslage des Bundes ausrichten?

(Beifall)

Beim heutigen Schuldenstand müßten die noch Geld mitbringen. Das wäre das einzig peinliche daran.

(Heiterkeit)

Meine Damen und Herren, es gibt sicherlich - niemand will das bestreiten - Rentnerwohlstand. Gott sei Dank. Es gibt aber auch Rentnernot. Für den, der von Not betroffen ist, ist es relativ belanglos, ob er sich mit 10 000 anderen oder mit 1 Million anderen in Not befindet. Wenn Sie mich fragen, wo denn die Rentnernot zu suchen sei, antworte ich: Die ist hauptsächlich bei jenen alten Mitbürgerinnen zu suchen, die Kinder großgezogen, deshalb auf Erwerbsarbeit verzichtet haben und durch den Sterbefall ihres Mannes eine Witwenrente erhalten, die in vielen Fällen unter dem Sozialhilfesatz liegt. Das können wir nicht hinnehmen. Mutterarbeit, Kindererziehung, ist soviel wert wie jede Erwerbsarbeit. Deshalb muß das auch rentenrechtlich anerkannt werden.

(Beifall)

Da müssen die Mütter gar nicht Danke schön sagen; denn es werden nicht nur Kinder, sondern auch Beitragszahler erzogen, die morgen die Rente auch für die kinderlosen Nachbarschaftseheleute mitfinanzieren. Deshalb bleiben wir darauf bestehen: Kindererziehung muß in der Rentenversicherung der Erwerbsarbeit gleichgestellt werden.

Wir müssen nicht immer vor der Emanzipationswelle in die Knie gehen. Ich bin nicht gegen Emanzipation; ich denke mir nur: Die Mehrzahl der berufstätigen Frauen ist nicht aus emanzipativen Gründen berufstätig, sondern damit der Lebensstandard ihrer Familie einigermaßen im Gleichschritt mit dem der kinderlosen Nachbarschaftsfamilie bleibt - um das einmal in die richtigen Proportionen zu bringen.

(Beifall)

Wir brauchen keinen Minderwertigkeitskomplex. Natürlich kämpfen wir für die Gleichberechtigung der Frau im Erwerbsleben. Keine Frau soll weniger verdienen, wenn sie dasselbe verdient. Eine Frau soll genauso weit wie der Mann kommen, in ihrer Karriere nicht behindert werden können. Aber, meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, wir kämpfen nicht nur für die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Erwerbsleben, unsere Gleichberechtigungsforderung geht weiter: Wir kämpfen auch für die Gleichberechtigung der Hausfrau und Mutter mit der erwerbstätigen Frau. Das ist eine Gleichberechtigung, die auch so wichtig ist wie die andere.

(Beifall)

Auch im Wahlkampf werden wir nicht nur die Schokoladenseite der sozialen Sicherheit vorführen können. Opfer müssen von allen gebracht werden. Wir werden die Krisen nur in einer solidarischen Anstrengung von Jung und Alt überwinden können, wobei sich die Alten im Rahmen ihrer Leistungsfähigkeit an dem Krankenversicherungsbeitrag beteiligen müssen. Das ist aber ein Unterschied zur kollektiven Absenkung. Die Kollektivisten scheren alles über einen Kamm, wir differenzieren. Alterseinkommen unter dem Sozialhilfesatz dürfen nicht zur Opferkasse gebeten werden.

Ich denke, daß das Thema Rente auch eine Gedächtnisübung für jene Wähler ist, die im letzten Wahlkampf von Helmut Schmidt betrogen

wurden, der ihnen erzählt hat, in der Rentenkasse wäre alles in Ordnung. Deshalb sollte dieses Thema 1980 nicht vergessen werden.

Meine Damen und Herren, ich habe sehr viel von Geld gesprochen, obwohl Sozialpolitik in unserem Verständnis nicht ausschließlich aus Geldverteilen bestehen kann. Armut, die Neuen Sozialen Fragen, brauchen keineswegs ausschließlich in einem Mangel an materiellen Mitteln zu bestehen. Armut kann auch in einem Mangel an sozialen Kontakten bestehen. Ich glaube, diese Alternative, diese Weggabelung, liegt auch vor uns. Es ist die Alternative zwischen einer Sozialpolitik bürokratischer Betreuung und einer Sozialpolitik, die menschliche Zuwendung ermöglicht - Fortschritt mit menschlichem Gesicht.

(Beifall)

Wie der technokratische Fortschritt aussieht, können Sie an diesem Saal sehen. Er hat das Gesicht einer Maschine. Er ist kalt und herzlos. Ich glaube, daß die Technokraten und die Sozialisten eines gemeinsam haben: die Bewunderung der Apparate, die Bewunderung von Größe und Masse. Gigantomanie, das ist ein Zug auch der Schmidt'schen Regierungskunst, das ist ein Zug auch der sozialistischen Innenpolitik.

Hat denn die Schulfabrik Gesamtschule, jenes Mammutgebilde, alle Versprechungen gehalten, die mit ihr verbunden wurden? Ist die Intelligenzdressur, die Kinder auf das Stellwerk eines Kurssystems verschob,wie Waggons auf der Rampe verschoben werden, tatsächlich das letzte Wort zur Bildungspolitik gewesen? Dienen die Krankenhäuser, die wie Gesundheitsfabriken angelegt sind, wirklich der Heilung des kranken Menschen? Ist vom "Blinddarm auf Zimmer 617" zu sprechen tatsächlich alles, was wir zur Krankenhauspolitik zu sagen haben? Ich füge hinzu: Vielleicht haben auch jene Verwaltungsreformen, die nach dem Motto "Je größer, desto besser" durchgeführt wurden, nicht alle Versprechungen gehalten. Vielleicht war der Ortsbürgermeister basisnäher als ganze Kompanie von Sozialarbeitern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich bin auch im Zweifel darüber, ob der Helmut Schmidt ein Technokrat oder ein Sozialist ist. Vielleicht ist er auch nur die Potenzierung der Kälte beider Weltanschauungen: ein technokratischer Sozialist.

(Beifall)

Deshalb, meine ich,müßten wir der Auseinandersetzung mit ihm optimistisch entgegensehen. Gegen die Einfaltslosigkeit setzen wir die Differenzierung, gegen die Gigantomanie setzen wir eine Politik der kleinen Kreise, der Subsidiarität, eine Politik, die die Begreifbarkeit des Menschen nicht dehnt wie ein Gummiband. Gegen einen allzuständigen harten Staat setzen wir den menschlich bescheidenen Staat.

Lassen Sie mich noch eines hinzufügen: Wenn ich die FDP im Zusammenhang der Sozialpolitik vergessen habe, dann war das kein Versehen. Die FDP ist auch in diesem Feld lediglich der Waggon im Zug der SPD. Der Herr Genscher ist der Schaffner, der Schmidt der Lokomotivführer, und der Herr Wehner stellt die Weichen. Insofern können wir die FDP auch in der Sozialpolitik vergessen. Die Politik des Bremserhäuschens verliert ihre Attraktivität, und ich bedaure das nicht.

Unsere Politik ist nicht mit den Überbleibseln des 19. Jahrhunderts, mit den alten Ideologien gespeist. Wir betreiben eine moderne, eine menschliche Sozialpolitik. Deshalb mit Franz Josef Strauß für Frieden und Freiheit, für eine bessere Sozialpolitik.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Bernd Neumann, Tagungspräsidium: Besonders herzlichen Dank, Norbert Blüm, für diesen Beitrag
Weitere Wortmeldungen zu dem vierten Diskussionsblock liegen nicht vor.
Zur Terminlage: Insgesamt fünf Redner stehen noch für Block 5 und 6 an, so daß wir davon ausgehen können, daß wir zwischen 1945 und 2o.oo Uhr abschließen können. Helmut Kohl bittet ausdrücklich,darauf hinzuweisen, daß er selber und einige andere Mitglieder des Präsidiums schon bei dem Empfang sein müssen, den der Senat von Berlin gibt. Sie haben dafür sicherlich Verständnis.

Wir kommen damit zum 5. Diskussionsblock: Aussprache zu Ziffer 2.9. Ich gebe das Wort dem Landesvorsitzenden der hessischen CDU, Dr. Alfred Dregger.

Dr. Alfred Dregger (mit Beifall begrüßt): Herr Vorsitzender! Verehrte Gäste! Liebe Freunde! Wir wollen den Frieden, auch den inneren Frieden. Ich rufe das nicht nur Ihnen zu, sondern auch denen, die jetzt draußen demonstrieren, auch denen,die randalieren und Gewalt verüben. Ich rufe es aber vor allem denen zu, die draußen als Polizeibeamte ihre Gesundheit, ja vielleicht ihr Leben einsetzen, um uns, um diese Stadt, um diesen Staat und seine Rechtsordnung zu schützen.

(Lebhafter Beifall)

Nach den schlimmen Vorgängen in Bremen hat sich die Gewerkschaft der Polizei in Bremen in einem Notschrei am Senat vorbei in einem Flugblatt an die Öffentlichkeit gewandt, in dem es heißt:
Auch die Polizeibeamten haben ein Anrecht auf den Schutz ihrer Person. Die grundgesetzlich geschützte Würde des Menschen gilt auch für Polizeibeamte. Es kann nicht länger hingenommen werden, daß die Polizeibeamten diffamiert, angegriffen und verletzt werden.
Wir machen uns diese Forderung zu eigen, meine Freunde.
Wenn wir die Vorgänge näher analysieren, dann stellen wir fest: Die eigentliche Gefahr liegt nicht in der verbrecherischen Energie der Wenigen, sondern in der Gleichgültigkeit der Vielen und in der Tatsache, daß auch Sozialdemokraten an diesen Demonstrationen teilnehmen.
Meine Damen und Herren, der gemeinsame Haß auf die Bundeswehr und der gemeinsame Haß gegen die Union und ihren Kanzlerkandidaten Franz Josef Strauß hat sie zusammengeführt - heute wieder Berlin.

Die Folgen sind tiefgreifend. Im gleichen Umfange, wie die Grenze zwischen linken Sozialdemokraten und Kommunisten verschwimmt, öffnet sich der Graben zwischen Christdemokraten und Sozialdemokraten. Die Verantwortung für diese schlimme Entwicklung trägt die Führung der SPD der 7oer Jahre, tragen Willy Brandt und Helmut Schmidt, die eine Partei, die einmal von so lauteren Demokraten wie Kurt Schumacher und Professor Weichmann in Hamburg geführt wurde, zu einer Partei haben verkommen lassen, deren lin-

ker Flügel Volksfrontbündnisse mit Kommunisten abschließt.

(Beifall)

Um so wichtiger, meine Damen und Herren, ist es, daß wir unsere Position ganz eindeutig klarstellen:

Weil wir den Frieden wollen, wollen wir den Rechtsstaat; das heißt den Staat, der sich selbst dem Recht unterwirft und damit seinen Bürgern die Möglichkeit gibt, ihre Konflikte mit dem Staat und untereinander mit rechtlichen Mitteln, d. h. friedlich auszutragen.

Weil wir den Frieden wollen, wollen wir den sozialen Rechtsstaat, den Staat, der weiß, daß er einen sozialen Auftrag hat und eine soziale Verantwortung trägt, der die Schwachen schützt, der niemand liegen läßt, der keinen rechtlos werden läßt, auch den überführten Verbrecher nicht.

Weil wir den Frieden wollen, wollen wir den demokratischen Rechtsstaat; d. h. einen Staat, der die politische Macht nicht einer Klasse oder Partei vorbehält, wie es in den sozialistischen Ländern geschieht, einen Staat, der freiheitlich gesinnt ist und dessen Willensentscheidung letztlich aus freien, gleichen, allgemeinen und geheimen Wahlen hervorgeht.

Diese drei Elemente - die demokratische, die soziale und die rechtsstaatliche Struktur unseres Staates - gibt ihm das moralische und politische Recht, Gewaltverzicht von jedermann zu fordern, auch von linken Weltverbesserern, und jedem entschlossen entgegenzutreten, der seinen Willen - seinen ökonomischen, seinen politischen oder ideologischen Willen - anderen aufzwingen will. Meine Damen und Herren, ein Staat, der diese Aufgabe nicht voll erfüllt, erweist sich nicht als liberal, sondern als lächerlich; er verletzt seine Pflichten gegenüber den friedlichen Bürgern.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, unser Staat ist der beste der deutschen Geschichte. Es gibt nirgendwo auf der Welt einen besseren. Das bestätigen auch die linken Randalierer, die gar nicht daran denken, diesen Staat zu verlassen, sondern Wert darauf legen, hierbleiben zu können - trotz aller "kapitalistischen Unterdrückung".

(Beifall)

Dieser Staat ist verteidigungswert. Aber daraus folgt noch nicht, daß er verteidigungsfähig ist. Das ist auch nicht an der Zahl seiner Divisionen oder an der Schlagkraft seiner Polizei zu messen; es ist nicht einmal an der Zustimmung der Bürger zu messen, wie sie sich in allgemeinen Wahlen ausdrückt.
Verteidigungsfähig ist er nur dann, wenn seine Bürger, wenn die Deutschen den Willen haben, ihn zu verteidigen, und wenn die politische Führung handlungsfähig ist.

Meine Freunde, der Verteidigungswille unserer Republik hatte sich nach dem Krieg zunächst mit den zwölf braunen Jahren auseinanderzusetzen, die in den Augen vieler nicht nur den national-sozialistischen, sondern den deutschen Staat diskreditiert hatten.
Es gibt noch heute nicht wenige, die von dieser Identifikation Deutschlands mit Hitler politisch und teilweise auch finanziell leben.

Wir sind dieser schrecklichen Fehleinschätzung immer entgegengetreten. Wir wußten, daß die deutsche Geschichte nicht 12 Jahre, sondern 1200 Jahre gedauert hat und daß sich die anderen 1188 Jahre mit der Geschichte jedes anderen Volkes messen können.

(Beifall)

Deshalb war es Konrad Adenauer, der darauf bestand, daß das Deutschlandlied wieder zu unserer Nationalhymne bestimmt wurde. Wir haben und wir werden an Deutschland, am deutschen Volk und auch am deutschen Staat festhalten, den wir verteidigen werden.

Diese geschichtslose, den deutschen Staat leugnende Haltung wurde später durch eine antidemokratische überlagert. Es wurde nicht mehr der deutsche, es wurde der demokratische, der liberale Staat abgelehnt, und statt dessen wurde der sozialistische Staat erstrebt. Sie alle wissen, daß diese Mentalität große Teile unseres Bildungswesens beherrscht und daß dieser Funke von deutschen Universitäten auf nicht geringe Teile der SPD und teilweise auch der FDP übergesprungen ist. Diese Mentalität hat die Außen- wie die Innenpolitik der SPD grundlegend verändert. In der Innenpolitik drückt sich das aus in der Öffnung des Staatsdienstes für Verfassungsgegner, in Volksfrontaktionen von Sozialdemokraten und Kommunisten und in der Lähmung der Sicherheitsdienste. Diese antideutschen und diese antidemokratischen Tendenzen von wenigen wurden ergänzt durch eine Wohlstandsmentalität von vielen, die alle Gefahren aus dem Bewußtsein verdrängt, die sich nur auf den Genuß des Augenblicks konzentriert und die hofft, durch Nachgiebigkeit gegenüber inneren und äußeren Feinden der Republik den jetzigen bequemen Zustand verlängern zu können. SPD und FDP haben dieser verantwortungslosen Wohlstandsmentalität nicht entgegengewirkt. Im Gegenteil, sie haben sie gefördert, und sie benutzen sie als Grundlage ihrer Wahlstrategie.

Der Bundesinnenminister selbst inszeniert Enthüllungskampagnen gegen seine eigenen Sicherheitsdienste, um sich dann als liberaler Tugendwächter profilieren zu können. Daß die Sicherheitsdienste dadurch gelähmt werden, ist ihm gleichgültig. Wer dagegen Front macht, der bekommt gleich seinen Stempel. Das ist dann eben ein Law-and-order-Mann.

Der Bundeskanzler schürt die Kriegsfurcht mit falschen geschichtlichen Vergleichen, um sich dann als Krisenbewältiger und Friedensmacher in Szene zu setzen. Um die Wirkung auf die Wähler zu erhöhen, wird der Eindruck erweckt, die Kriegsgefahr gehe nicht von der Sowjetunion, sondern von der Opposition in Deutschland, von der Christlich Demokratischen Union aus.

Am meisten hat mich diese üble Anzeige im nordrhein-westfälischen Wahlkampf verletzt, und zwar nicht nur, weil dort ein Falschzitat von mir abgedruckt wurde. Der zweite Satz stammte von mir, der erste stammte aus einer Zeitungsüberschrift. Diese Anzeige hat mich vor allem deshalb verletzt, weil unter den abgebildeten Frauen meine Mutter hätte abgebildet werden können, die auch ihren Sohn, meinen einzigen Bruder, verloren hat. Ich selbst bin viermal verwundet worden. Ich habe zwei Söhne, und ich möchte ihnen das Schicksal meines Bruders und auch mein eigenes ersparen.

(Beifall)

Wer die Urangst der Menschen vor dem Krieg ausbeutet, um mit Falschspielertricks Stimmen gewinnen zu können, wer mit solch

makabren Methoden Wahlkampf führt, der macht dieses Land friedlos.

(Beifall)

Wer so handelt, tritt uns nicht als Gegner, sondern als Feind entgegen. Wir wollen keine Feindschaft; aber wenn Helmut Schmidt und die SPD Feindschaft wollen, so werden wir uns nicht ducken.

(Beifall)

Meine Freunde, niemand kann die besonderen Fähigkeiten von Helmut Schmidt leugnen. In der Bundestagsdebatte nach den Vorgängen in Bremen habe ich ihn als den größten Staatsschauspieler aller Zeiten bezeichnet. In der Tat ist es ihm gelungen, einen Vorhang vor die Wirklichkeit und vor den schlimmen Zustand seiner eigenen Partei zu ziehen. Wenn ihm das gelungen ist, meine Freunde, dann müssen wir selbstkritisch sagen, daß das auch uns nicht gerade das beste Zeugnis ausstellt. Wie ist es eigentlich möglich, daß die SPD als Regierungspartei in einer Zeit Wahlen gewinnt, in der sie auf wichtigsten Feldern der deutschen Politik, Energiepolitik, Sicherheitspolitik, regierungsunfähig ist? Woran liegt es eigentlich, daß wir immer nach Antworten auf die Angriffe suchen müssen, die die SPD gegen uns richtet? Warum ist es nicht so, daß wir die SPD zwingen, ihre ungeheuren Fehlleistungen zu rechtfertigen, die sie geradezu auf allen Gebieten der deutschen Politik zu verantworten hat?

(Beifall)

Vergleichen wir den Zustand Deutschlands 1970 und 1980! 1970 gab es keine Arbeitslosen, es gab keine Inflation, es gab so gut wie keine Neuverschuldung, Terrorismus war in Deutschland unbekannt, Extremisten hatten keine Chancen, auch nicht im Staatsdienst. Niemand dachte an Krieg, unser Land ruhte fest im Gefüge der NATO und im Gleichgewicht der Kräfte. Wir hatten das beste Sozialsystem der Welt aufgebaut, das solide finanziert war. Dazu gehörte die bruttolohnbezogene dynamische Altersrente, die Norbert Blüm mit Recht wieder in den Vordergrund gerückt hat. Wir haben die Renten an die Löhne gekoppelt. Haben eigentlich wir uns zu entschuldigen, oder haben sich die anderen zu entschuldigen? Diese Frage müssen wir stellen.

(Beifall)

Hören wir daher auf, Freunde, über Personen und Strategien zu reden! Tun wir das, was jetzt unsere Aufgabe ist, nämlich unsere Gegner anzugreifen pausenlos, wirksam, selbstbewußt und mit dem Willen zum Sieg!

(Beifall)

Wir haben in Nordrhein-Westfalen ein wichtiges Gefecht verloren; aber der Feldzug wird erst am 5. Oktober in Deutschland entschieden, und den können, müssen und werden wir gewinnen, wenn wir angreifen. Lassen Sie uns diese Chance nutzen, nicht um der CDU willen, sondern um unserer Kinder willen, die auch in Zukunft als freie Menschen in diesem Lande leben sollen, um unseres Landes willen, um Deutschlands, unseres Vaterlandes willen!

(Beifall)

Olaf von Wrangel, Tagungspräsidium: Lieber Herr Kollege Dregger,

der Parteitag dankt Ihnen für diesen kämpferischen Beitrag und für die Klarheit, die darin insbesondere in den zentralen Fragen zum Ausdruck kommt, die unser Gemeinwesen berühren. Vielen Dank, Herr Kollege Dregger.

Ich rufe jetzt den Block 6, und zwar die Nummern 2 bis 15, auf und erteile das Wort Herrn Ministerpräsident Dr. Bernhard Vogel. Ihm folgt Frau Minister Hanna-Renate Laurien.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Unser Motto für diesen Parteitag und unser Motto für die Bundestagswahl lautet: Für Frieden und Freiheit. Zur Freiheit gehört die Meinungsfreiheit, und zur Meinungsfreiheit gehört die Meinungsvielfalt. Das garantiert unser Grundgesetz ausdrücklich jedem Bürger.

Nichts macht den Unterschied zwischen einem freiheitlichen Gemeinwesen und einem totalitären Gemeinwesen deutlicher - man kann das hier in der Stadt Berlin ganz praktisch erfahren - als ein Blick auf einen Zeitungskiosk hier in West-Berlin und drüben in Ost-Berlin. Und nichts macht diesen Unterschied deutlicher als der Druck auf die Fernsehtasten hier im Westen und drüben im Osten.

Eine technische Mangelsituation hat uns bisher die Freiheit der Wahl in der Bundesrepublik Deutschland begrenzt. Diese technische Mangelsituation wird in Bälde nicht mehr gegeben sein, und das ist grundsätzlich ein Fortschritt, weil es mehr Freiheit, mehr Meinungsvielfalt und mehr Meinungsfreiheit möglich macht.

(Beifall)

Wir bejahen das öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehsystem, und wir stehen nicht an, trotz einiger Einschränkungen zu sagen: Alles in allem hat es sich in der Bundesrepublik Deutschland bewährt. Aber dieses öffentlich-rechtliche Rundfunk- und Fernsehwesen hat eine besondere Verpflichtung, und es ist gut, daß unser Wahlprogramm diese Verpflichtung ausdrücklich anspricht. Öffentlich-rechtliche Medien haben die Verpflichtung zur Information. Sie haben die Verpflichtung zur Vielfalt der Meinungen, und sie haben eine Verpflichtung vor dem Gemeinwohl. Wo sie diese Verpflichtungen erfüllen, wo sie ihnen gerecht werden, besteht kein Grund zur Änderung. Wo sie diese Verpflichtungen aber nicht erfüllen, besteht in den Landtagen und Landesregierungen nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, dies zu ändern und dafür zu sorgen, daß ihnen Genüge getan wird.

(Beifall)

Das ist der Grund, warum wir unseren Kollegen Stoltenberg und Albrecht so dankbar für ihre diesbezügliche Initiative sind.

(Beifall)

Nicht diejenigen, die diese Selbstverständlichkeiten herstellen wollen, haben die Auseinandersetzung begonnen, sondern diejenigen, die in einem Teil der Bundesrepublik jahrelang gegen diese Prinzipien verstoßen haben

(Beifall)

und jetzt sehen müssen, daß die Neuordnung im norddeutschen Raum das Wahrnehmen dieser Rechte und Pflichten durch die Landtage und

durch die Landesregierungen ist, um herzustellen, was öffentlich-rechtliche Anstalten nach unserer Rechtsordnung zu leisten haben.

Wenn es da heißt, dadurch werde die Einheitlichkeit des Rundfunkwesens gestört, dann lautet unsere Antwort: Nichts hat in den letzten 3o Jahren diese Einheitlichkeit mehr gestört als die Gesetzgebung im Lande Bremen, die mit dazu beigetragen hat, daß wir über diese Einheitlichkeit nicht mehr verfügen.

(Beifall)

Wir wollen Informationsfreiheit, wir wollen Informationsvielfalt. Wir werden sie nur erreichen, wenn es Konkurrenz gibt. Es wird auch morgen in Deutschland öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten geben. Aber es wird, so hoffen wir, morgen diesen öffentlich-rechtlichen Anstalten gegenüber Konkurrenz geben.

(Beifall)

Hinsichtlich des Gebrauchs vertrauen wir auf die Mündigkeit des Bürgers eines freien Staates und halten es nicht mit denen, die gestern mehr Demokratie wagen wollten und heute Angst davor haben, sie tatsächlich zu wagen, weil sie Angst haben, ein Monopol zu ihren Ungunsten verändert zu finden.

(Beifall)

Es sind nebenbei bemerkt dieselben, die in ihren eigenen Gremien für die Ausweitung des Fernsehprogramms, etwa durch das Vormittagsprogramm, votieren und gleichzeitig Angst vor der Konkurrenz freier Träger haben.

Es ist in die Diskussion gebracht worden, an einem Abend in der Woche sollte das Fernsehgerät nicht eingeschaltet sein. Eine begrüßenswerte Idee, und es wäre gut, wenn viele Familien in Deutschland dazu kämen, an einem Abend in der Woche auf diesen Apparat zu verzichten. Aber eine fürchterliche Idee, wenn der Bundeskanzler auch das noch für uns entscheidet: wann wir fernsehen und wann wir es nicht tun.

(Beifall)

Es ist bedrückend, daß solche Gedanken, wenn sie geäußert werden, nicht zu einem Aufschrei der Öffentlichkeit führen. Freiheit heißt auch Freiheit vor staatlicher Gängelung und vor staatlicher Allkompetenz.

Wir sind offen für neue Entwicklungen im Bereich der Medien und im Bereich des Nachrichtenwesens. Weil es ein sensibler, ein empfindsamer Bereich ist, meinen wir, man sollte keine übereilten Schritte tun. Man sollte erst erproben, was man später möglicherweise für alle anbieten will. Darum bekennen wir uns zum Gedanken des Pilotprojekts, aber auch dazu, daß dann dort freien Trägern Chancen gegeben werden und daß nicht der Monopolist versucht, ob Konkurrenz möglich ist oder nicht.

Wir werden das, was die Erprobung erbringt, kritisch daraufhin prüfen, ob und wie daraus Schlüsse zu ziehen sind. Wir werden die Sorgen und Fragen, die es dort gibt, ernst nehmen. Aber, meine Damen und Herren, Sie können ganz sicher sein: Hätte Herr Eppler zur Zeit Gutenbergs gelebt, hätte er sich schon damals gegen die Erfindung der Druckkunst gewandt, genauso wie er heute gegen jede Neuerung auftritt.

(Beifall)

Wir warnen vor derart illiberaler Ängstlichkeit, und wir fragen, wo denn der Grund für diese Ängstlichkeit liegt. Meine Damen und Herren, der liegt darin, daß man beispielsweise jungen Menschen ständig den Mut nimmt, statt ihnen Mut zu machen für Neues, für Unbekanntes, für das, was man erst wagen muß. Wenn Kolumbus bei den Jusos gewesen wäre, wäre Nordamerika heute noch nicht entdeckt.

(Beifall)

Er säße heute immer noch auf irgendeinem Juso-Kongreß und würde am dritten fortgeschriebenen integrierten Gesamt-Nordamerika-Entdeckungsplan arbeiten; er hätte nicht den Mut gehabt, zu neuen Ufern aufzubrechen.

(Beifall)

Vor allem, meine Freunde: Wir haben zu lange und zu intensiv dafür gekämpft, daß unsinnige nationalstaatliche Grenzen abgebaut werden, und wir kämpfen in einer Stadt wie Berlin zu nachdrücklich darum, daß Mauern abgebrochen werden, als daß wir es zuließen, daß jetzt im Äther neue Schranken errichtet werden.

(Beifall)

Nein, meine Damen und Herren, wer heute Angst vor Radio Luxemburg hat, wird morgen Schuld daran sein, daß die technischen Möglichkeiten nicht genutzt werden, der Stimme der Freiheit in den Ländern der Diktatur zum Durchbruch zu verhelfen, indem man sie dort empfangen kann.

(Beifall)

Heiner Geißler hat heute nachmittag in eindrucksvoller Weise vor einem SPD-Staat gewarnt. Ich füge hinzu: Wir wollen auch im Medienbereich keinen SPD-Staat, und wir wollen in den Landschaften der Bundesrepublik Deutschland, in denen ein solcher SPD-Staat besteht, mit unseren Kräften dafür sorgen, daß er abgebrochen, abgebaut und durch die Stimme der Konkurrenz und der Vielfalt ersetzt wird.

(Beifall)

Das, meine Damen und Herren, heißt für uns in diesem Bereich Freiheit wagen, das heißt für uns in diesem Bereich die Zukunft wagen. Wir sind nicht von blinder Zukunftsgläubigkeit, aber wir sind erfüllt von dem zutiefst christlichen Satz, alles, auch das Neue, zu prüfen, statt alles Neue gleich mit einem Zaun der Ängstlichkeit zu umgeben, und das, was sich als gut erweist, auch im Bereich der Medien zu nutzen. Auch dort hat Freiheit für uns Vorfahrt vor staatlicher Gängelung.

(Lebhafter Beifall)

Ruth Beckmann, Tagungspräsidium: Herr Ministerpräsident Vogel, haben Sie Dank für diesen ausgezeichneten Beitrag! Sie haben das diffizile Thema "Medienpolitik" unter dem ganz speziellen Aspekt der Meinungsvielfalt und der Freiheit vor staatlicher Gängelung behandelt. Der Parteitag dankt Ihnen für diese klaren Aussagen, er dankt Ihnen für den Auftrag an die Landtage, er dankt Ihnen aber insbesondere für das Bekenntnis, daß der Bürger stärker als seither für die Thematik der Medienpolitik zu sensibilisieren ist.

Das Wort hat nun Frau Minister Hanna-Renate Laurien.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien (mit Beifall begrüßt): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Für die Union hat Bildungspolitik gesellschaftspolitische, staatsbürgerliche Bedeutung. Zwar wissen wir, daß selbst dann, wenn es eine so miserable Bildungspolitik wie in Hessen und in Nordrhein-Westfalen gibt, das noch nicht Wahlen wendet, aber gerade deshalb müssen wir in unsere Bundesrepublik Deutschland hineinrufen: Der Schüler von heute ist der Bürger von morgen. Diese Verpflichtung wird die Union unverändert vertreten.

(Beifall)

SPD und FDP haben mit ihrem systemverändernden Ansatz, die Schule als Hebel zur Gesellschaftsveränderung zu mißbrauchen, haben mit ihrer Diffamierung von Erziehung Verheerendes bewirkt. SPD und FDP nämlich haben Eltern Angst vor Erziehung und Schule gemacht, und sie haben "autoritär sein" und "Autorität haben" so verwechselt, daß Erziehung aus den Angeln gehoben wurde.

Außerdem haben sie die Schule parteipolitischen Konflikten ausgeliefert und damit jenen Mindestkonsens, der Voraussetzung jeder Erziehung ist, in Frage gestellt. Lassen Sie uns in unserem Deutschland an den Satz "Wessen die Regierung, dessen die Religion" erinnern. Diese unselige Zuordnung ist seit Jahrhunderten überwunden. Aber aus dieser Überwindung eine politische Gemeinsamkeit zu machen, beide Konfessionen in ein Miteinander statt in ein Gegeneinander politisch hineinzugewinnen, das war die prägende Leistung der Union, als unsere Vorväter unsere Partei gegründet haben.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, im Erziehungsbereich gibt es dazu aufregende Parallelen. "Wessen die Regierung, dessen die Schule", das darf nicht gelten.

(Beifall)

Wenn wir etwas vom Menschen und wenn wir etwas von demokratischer Zuverlässigkeit halten, bietet die Union allen im Lande, die dazu ja sagen, an, Bildungs- und Schulpolitik nicht als Polarisation, sondern als Gemeinsamkeit zu bestreiten, und wir sagen: Unsere Schule ist eine Schule, in die SPD-Eltern, FDP-Eltern, parteilose und selbstverständlich auch CDU-Eltern ihre Kinder ohne Furcht davor, daß man Herzen und Köpfe ihrer Kinder stehlen will, schicken können. Wir sagen, die Schule erzieht mit den Eltern und nicht gegen sie.

(Beifall)

Ich meine deshalb - und das belegt unser Wahlkampfprogramm - daß wir so, wie es ja heute die Grenze nicht zwischen den Konfessionen gibt, sondern in diesem Bereich die Unterscheidung zwischen Menschen und Machern, auch und gerade die bildungspolitik als Brücke und Angebot nicht nur für ein Bündnis der Vernünftigen, sondern auch für ein Bündnis all jener anbieten können, die Gewissen nicht als etwas Überholtes und Verstaubtes ansehen, sondern die Erziehung zu einem geschärften Gewissen als Voraussetzung künftiger Freiheit verstehen. Denn Diktatoren heute fürchten nichts so sehr wie Menschen, die leben und verwirklichen, daß man Gott mehr gehorchen muß als den Menschen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, in einer Diktatur darf man nichts in Frage stellen. Die demokratisch-freiheitliche Antwort darauf ist aber eben nicht, daß man alles in Frage stellt, sondern daß man zu begründeter Stellungnahme befähigt. Wissen und Erziehung sind nicht, wie manche oberflächlich meinen, zwei getrennte Felder, sondern durch Wissensvermittlung wird erzogen. Der jungen Mensch muß lernen, daß Stellungnahme Wissen voraussetzt und daß Wissen Stellungnahme verlangt.

Hier, liebe Freunde, begegnen sich übrigens Gesellschaftspolitik, Sozialpolitik und Bildungspolitik. Denn, wenn Norbert Blüm nachdrücklich betont hat, daß derjenige, der Leistung diffamiert, aus einem Leistungsanspruch ein Almosen macht, möchte ich hier bildungspolitisch in ähnlicher Weise verdeutlichen: Wir müssen der Jugend klarmachen und sie dazu befähigen, daß ich nur mit Kenntnissen und nur mit Können zu jener sozialen Hilfeleistung fähig bin, die Maßstab des mitmenschlichen Engagements ist.

(Beifall)

Ein gutes Herz reicht nicht - genauso wenig, wie ein kalter Verstand reicht.
Die Union vertritt als Leitlinie das erzogene Gefühl und die Begeisterung für die Nüchternheit.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wenn wir das nicht verbinden, dann klebt manch ein Jugendlicher - die Jugendlichkeit reicht dann allerdings altersmäßig ziemlich weit - auf sein Auto "Kernkraft? Nein, danke!" und merkt nicht, wie inkonsequent und wie unwissend er ist, wenn er so etwas klebt und dann immer noch Auto fährt.

(Beifall)

Meine Damne und Herren, mancher Lehrer - nicht der schlechteste übrigens - ist, weil ein Mindestkonsens über Erziehungsziele fehlt, in die Wissensanhäufung geflohen.Ich möchte daran erinnern, was Helmut Schmidt in der Grundwertedebatte gesagt hat, nicht irgendein Juso. Helmut Schmidt hat in der Grundwertedebatte damals in Hamburg erklärt, daß nur solche Werte vertretbar und durchsetzbar sind, die von der Zustimmung der Mehrheit getragen werden. Meine Damen und Herren, ein solcher Satz verändert die Grundstruktur der Demokratie, die nämlich Wahrheit nicht von Mehrheiten abhängig macht. Wir sprechen uns auch in diesem Wahlkampf dagegen aus, daß Helmut Schmidt und die Seinen Wahrheit der Demoskopie nachlaufen lassen. Wenn wir das vollziehen, dann wird der Jugend die faszinierende Erfahrung verweigert, die für unsere Demokratie Lebensvoraussetzung ist, daß nämlich zwei Dinge zusammengehen, die mancher heute unselig trennt, nämlich Bekenntnisbereitschaft und Toleranz. Wenn Bekenntnisbereitschaft nur von Fanatikern vertreten wird und wenn Toleranz in einen Kramladen der Beliebigkeit umschlägt, ist diese Demokratie in Gefahr. Unsere Leitlinie muß heißen: Bekenntnisbereitschaft und Toleranz.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, wer wie wir für die freie Soziale Marktwirtschft ist und für Erziehung, der weiß, daß wir nur dann auch künftig freie Soziale Marktwirtschaft haben können, wenn wir im Erziehungssystem nicht nur technologisch-meßbare, ökonomische

Kriterien anwenden, wenn wir Schule nicht zu einer Testlandschaft umfunktionieren lassen, die dann nötig ist, wenn das Fachleistungskurssystem der integrierten Gesamtschule die gesamte Landschaft bestimmt, in dem die Drei im B-Kurs der Zwei im C-Kurs und der Vier im A-Kurs entsprechen muß. Dann, meine Damen und Herren, wird Schule nur noch berechenbar, und damit wird Menschsein zerstört, weil der Mensch gottlob nicht nur berechenbar ist.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, dieses Rechensystem, dieses Übertragen von nur ökonomischen Maßstäben, das auf die Dauer die freie Wirtschaft, das Menschsein, die Erziehung in Gefahr bringt, wird natürlich frevelhaft unterstützt,wenn man nur ein einziges Bildungsziel setzt, wenn das Abitur der einzige Maßstab ist. Erlauben Sie mir diese etwas spöttische Bemerkung: So wie die Union die Partei ist, die nicht auf ihre Fahne geschrieben hat, daß die Frau erst der bessere Mann werden muß, ehe sie gleichberechtigt ist, so steht auf unserer Fahne auch nicht, daß sich der Hauptschüler am Maßstab des Gymnasiasten messen lassen muß.

(Beifall)

Wir sagen vielmehr, daß das Recht auf Unterschiedlichkeit sowohl die Rolle der Geschlechter wie auch unser Bildungssystem bestimmt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, natürlich fragt man sich, ob man jetzt eine so etwas spöttische, aber ernst gemeinte Bemerkung machen darf: Wenn ein Mann eine schöne Frau gewinnen möchte - habe ich einmal gehört -,

(Beifall)

dann sagt er ihr nicht nur, wie häßlich die anderen sind, sondern er muß ihr auch schon einmal sagen, wie schön sie ist. Meine Damen und Herren, das müssen wir auch in der Bildungspolitik begreifen, daß wir nicht immer nur - völlig richtig - sagen, wie häßlich integrierte Gesamtschulen sind, sondern daß wir auch mit Selbstbewußtsein und Überzeugungsstärke sagen, wie schön das gegliederte Schulwesen ist.

(Beifall)

Es entlastet nämlich die einzelne Schule von der Leistungsdifferenzierung unter einem Dach. Der Hauptschüler erfährt sich nicht als Schrumpfgymnasiast im unteren Kurs, sondern es ist die Schule, die als Lernraum Vorzüge hat, die aber auch Lebensvorzüge bietet. Lassen Sie mich dazu aus meiner Erfahrung berichten - Erfahrungen aus dem Besuch von immerhin 60 integrierten Gesamtschulen in der Bundesrepublik - 163 haben wir; in den von mir besuchten Einrichtungen macht jedenfalls der Hauptschüler die Erfahrung, daß er nie Schulsprecher oder Stufensprecher ist, sondern daß er immer einen Vormund hat, den aus dem höheren Kurs. Soll der Facharbeiter, soll der Handwerker von morgen als erste politische Erfahrung die Erfahrung haben, daß er immer einen Vormund hat, den mit dem höheren Intelligenzquotienten, was ja noch lange nicht heißt, den mit der besseren Vernunft?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, hier berühren sich abermals Bildungs-

und Gesellschaftspolitik. Wir dürfen nicht übersehen, daß aus solcher schon in der Schule etablierter Erfahrung ein Mensch heranwächst, der dann mit Selbstverständlichkeit hinnehmen wird, daß in der Gewerkschaft derjenige für ihn das Wort führt, der den Doktortitel hat, wogegen wir nichts haben, der aber die Alltagserfahrung aus dem Betrieb nicht hat, wogegen wir durchaus etwas haben.

(Beifall)

Deshalb der selbständige Sprecher in der Hauptschule, das Recht auf den eigenen Weg. Dies Recht auf den eigenen Weg überschreiben wir mit der Überschrift: "Sachwalter, nicht Funktionäre". Unsere Linie ist also immer wieder die Gleichrangigkeit des Unterschiedlichen. Deshalb sagen wir ja zur Berufsbildung, nicht zur Verschulung der Berufsbildung, sondern zur Partnerschaft von Praxis und Beruf. Die Schulde bildet - mir wird niemand unterstellen, daß ich das bestreite -,nicht nur die Schule bildet, auch der Beruf bildet und erzieht.

(Beifall)

Deshalb also wollen wir für den Hauptschüler den Zugang zum mittleren Management, deshalb wollen wir keine Inflation der Studienberechtigungen. Das hat nämlich zwei Seiten. Zum einen verleiht eine Inflation der Studienberechtigungen Berechtigungen auch da, wo keine Fähigkeit ist, sie macht aber - viel schlimmer noch - aus dem, der andere Fähigkeiten hat, den Versager statt den gleichberechtigten Unterschiedlichen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren,diese Linie bestimmt unsere Zuwendung zum Behinderten, sie bestimmt unsere Linie der Zuwendung zum Kind des ausländischen Mitbürgers. Wer für das Recht der Deutschen in der UdSSR eintritt, der wird auf keinen Fall Ghettoisierung unserer ausländischen Mitbürger hier wollen, aber er wird ihnen auch nicht das Recht auf ein nationales Profil in Freiheit verweigern wollen. Deshalb ist unsere Linie eben nicht eine hektische Assimilation, sondern unsere Linie ist die des Hineinwachsens in eine fremde neue Welt in Schritten, vor denen man sich nicht fürchten muß.

Immer also bestimmt die Union in ihrer Bildungs- und Schulpolitik das Verständnis vom Menschen. Nun kann man sagen: Halt, das ist doch Ländersache; was hat das im Bundestagswahlkampf zu tun? Meine Damen und Herren, jede Gesellschaft hat die Schule, die sie verdient. Insofern ist Schule - nicht nur - stets auch Spiegelbild des gesellschaftlichen, des sittlichen Bewußtseins und Zustands einer Gesellschaft. Da sagt die Union: Die Schule darf nicht kleine Wölfe hervorbringen. Die Union tritt vielmehr dafür ein, daß die Schule den Mitbürger und den Mitmenschen erzieht.

(Anhaltender Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Verehrte Kollegin Laurien, ich darf Ihre Diktion aufgreifen und sagen, daß der Parteitag der schönsten Kultusministerin sehr herzlich für dieses leidenschaftliche Engagement zugunsten einer humanen Schule.

(Beifall)

Ich glaube, Sie haben damit auch erziehungspolitische Akzente ge-

setzt, deren Beachtung dazu beitragen könnte, die Bildungspolitik nicht nur als ein Stichwort des Mißvergnügens erscheinen zu lassen.

(Beifall)

Als nächster hat Herr Kroll-Schlüter, Landesverband Westfalen-Lippe, das Wort.

Hermann Kroll-Schlüter: Herr Präsident! Liebe Freunde! Es ist heute schon darauf hingewiesen worden: Es gibt in diesem Jahr 6 Millionen Jungwähler. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß die Union ein zukunftsweisendes Jugendprogramm hat und daß die Aussagen in diesem Programm ebenfalls sehr zukunftsträchtig sind.

Man kann ergänzend hinzufügen: Die Ziele der Union sind die Wünsche der jungen Generation. Die jungen Menschen sagen mehrheitlich ja zu diesem Staat; Frau Wex hat darauf hingewiesen. Sie sagen ja zur Familie, sie wünschen die Familie. Sie sagen ja zur Sozialen Marktwirtschaft, sie sagen ja zur Leistung. Aber unsere Chancen bei den Jungwählern sind trotz dieses uns nahestehenden Wunschkataloges gesunken. Darüber muß man nachdenken.

Man muß darüber nachdenken, ob solche Diskussionen wie hier für Jungwähler attraktiv sind. Man muß darüber nachdenken, ob es immer klug ist, sofort im ersten Schritt ein klares Ja z.B. zur Kernenergie zu sagen. So notwendig dies wirtschaftspolitisch war, so sehr wir staatspolitisch gehandelt haben, so sehr muß man auch wissen, daß wir damit nicht das ganze Meinungsspektrum der jungen Generation zu diesem Thema abgedeckt haben. Denn es gibt viele, die Sorgen, Angst und Fragen haben. Diese Fragen haben wir, weil wir im Staatsinteresse schnell entschieden haben, nicht beantworten können.

Wir müssen fragen, ob wir recht daran tun, wenn wir immer in ein klagendes Lied einstimmen, daß es so viele jugendliche Arbeitslose gibt. Im Grunde ist es besser, als man es heute auch in den Massenmedien liest. Es ist falsch, sich dem Bild der Regierung anzuschließen, die davon ausgeht: Die junge Generation ist ein Patient, der ständig behandelt werden muß. Der junge Mensch braucht nicht ständig und schon gar nicht von dem Sozialtherapeuten Staat behandelt zu werden. Was er durch diesen Staat braucht, ist Herausforderung. Da, wo wir stehen, meine Damen und Herren, ist es für die junge Generation wahrscheinlich nicht interessant genug.

So kommt es, daß die Faszination der kranken Ränder zunimmt.

So kommt es, daß viele der jungen Generation aus der Sicht der kranken Ränder, aus der Sicht der Drogensucht und der Jugendsekten urteilen. Es gibt diese Entwicklung. Sie sind bedenklich. Aber die Substanz ist gut, - wenn ich es so sagen darf. Die Mitte ist gesund. Deswegen sollten wir für eine Jugendpolitik plädieren, die sich nicht darauf beschränkt, sich einfach nur an die Jugend zu wenden, sondern von der jungen Generation als Herausforderung begriffen wird.

Ich nenne zwei, drei konkrete Punkte. Warum muß darüber gejammert werden, daß der eine oder andere nach der Ausbildung seinen Arbeitsplatz wechselt? Warum können wir nicht sagen, daß die Chance des einzelnen auch in der Entwicklungshilfe liegt? Warum wird

darüber überhaupt nicht mehr gesprochen? Ist es nicht ein trauriges Bild, daß weniger Menschen denn je im Ausland studieren? Warum wird dies alles auch von der jungen Generation nicht mehr als Herausforderung begriffen? Wie steht es mit dem Mut und mit der Ermutigung zur Selbständigkeit?

Ich finde, was wir im Hinblick auf die junge Generation tun, muß vielleicht von der Devise bestimmt sein: Förderung durch Forderung. Die Förderung durch Forderung ist eine Provokation. Diese Union als Provokation gegenüber der jungen Generation im Hinblick auf die Zukunft, das wäre etwas, was die Chancen bei der jungen Generation um ihrer selbst willen ein wenig wieder wachsen ließe. Es lohnt sich auf jeden Fall, in diesem Geist um die Zustimmung der jungen Generation, weil das auch die Zustimmung der Zukunft wäre, zu ringen.

(Beifall)

Werner Scherer, Tagungspräsidium: Vielen Dank.

Meine Damen und Herren, jetzt liegen noch insgesamt zwei Wortmeldungen vor. Zunächst hat Frau Minister Birgit Breuel das Wort. Danach kommt unser Kollege Riesenhuber.

(Zuruf: Frau Breuel ist nicht im Hause!)

- Dann hat Herr Riesenhuber das Wort.

Dr. Heinz Riesenhuber: Herr Präsident! Meine Damen und Herren!

Umweltschutz, das Schlußkapitel unseres Programms, ist eine neue und neuartige Herausforderung unserer Generation. Zum erstenmal haben wir die Möglichkeit und das Risiko, durch unsere Entscheidung die Entwicklung der Erde zu beeinträchtigen, grundsätzlich zu schädigen, in der Schädigung des Klimas, in der Überlastung der Ozeane.

Die Entscheidungen, die wir heute zu treffen haben, treffen wir mit für künftige Generationen. Mit diesen Entscheidungen werden Folgen angelegt, die vielleicht nicht mehr umkehrbar sind.

Umweltschutz wird von der Union aus einer großen Tradition heraus verfolgt. Es ist die Tradition der Wanderer und Jäger. Es ist die Tradition des verantwortlichen Umgangs von Technikern mit der Technik, wie es für die technische Überwachung in den TA-Richtlinien und den VDI-Richtlinien ausgewiesen ist.

Umweltschutz, das waren unsere Gesetze in den Bundesländern und im Bund zur Reinhaltung des Wassers und der Luft, die Gesetze für Strahlenschutz und zur Abfallbeseitigung. Umweltschutz, das ist die große Arbeit in den Ländern, von der in den großen Programmen und den großtönenden Reden der Bundesregierung nichts zu sehen ist, in der unmittelbaren Verantwortung für Natur und Landschaft, aber auch im Vollzug der Gesetze. Es handelt sich um die Arbeit in den Gemeinden mit vielen Einzelentscheidungen.

Meine Damen und Herren, die Union hat diese Herausforderungen auf verschiedenen Kongressen in großen Diskussionen mit Wissenschaftlern, Wirtschaftlern, Bürgerinitiativen, Gewerkschaftlern, unseren Bürgermeistern und Kollegen vor Ort aufgegriffen. In dieser offenen Diskussion entstand unser Umweltprogramm, das wir in Berlin verabschiedet haben. Dies ist ein Gesamtkonzept. Es ist nicht aus Einzelproblemen heraus entstanden, wie es die Grünen meinen. Nicht aus einer Fragestellung des Umweltschutzes kann die ganze

Politik aufgerollt werden. Nur dann, wenn wir Politik umfassend und im Zusammenhang verstehen, können wir Umweltschutz vernünftig betreiben.

Die Frage des Wirtschaftswachstums ist ausgestanden. Diese Frage ist kein Selbstzweck. Aber viele Probleme, auch im Umweltschutz, werden bei wachsender Wirtschaft leichter lösbar. Wechsel, die wir mit unserer Staatsverschuldung auf die Zukunft gezogen haben, sind bei wachsender Wirtschaft leichter einzulösen. Unsere Verpflichtung zur Sicherung der Arbeitsplätze ist bei wachsender Wirtschaft leichter einzulösen.

Das Netz der sozialen Sicherung hat so viele dynamische Elemente. Auch hierzu ist wachsende Wirtschaft hilfreich. Wir sind der Ansicht, daß wachsende Wirtschaft kein Selbstzweck ist. Wir können mit der Dynamik einer Marktwirtschaft die Zukunft aber auch und gerade bei wachsender Wirtschaft gestalten. Die Diskussion, ob die Soziale Marktwirtschaft Umweltprobleme lösen könne, ist entschieden. Ludwig Erhard hat einen soziale Rahmen für die Marktwirtschaft geschaffen. Damit begann die soziale Verpflichtung und die eigentliche Stärke. Wir schaffen in diesen Jahren einen ökologischen Rahmen für die Marktwirtschaft. Dabei gibt es Gemeinsamkeiten mit der Bundesregierung. Vieles ist gemeinsam getragen worden. Es gibt aber auch grundsätzliche Unterschiede. Die Linken setzen auf ständig mehr Bürokratie, auf ständig mehr Verwaltung, auf ständig mehr Kontrolle. Wir vertrauen auf die Eigenverantwortlichkeit des Bürgers. Das Verursacherprinzip ist für uns nicht nur ein ökonomisches, sondern genauso ein moralisches Prinzip.

Wir brauchen die Technik und die Forschung. Wir brauchen auch die Großtechnik. Wir haben sie aber verantwortlich auf ihre Folgen hin zu überprüfen. Wir kennen die Probleme der Ballungsgebiete. Wir haben sie aber nicht in einer Flucht in die Idylle, die es nicht mehr gibt und die es vielleicht nie gegeben hat, sondern in einer neuen Urbanität und Nachbarschaftlichkeit, in einer menschlichen Stadt zu gestalten. Wir haben die Natur zu nutzen, und wir sind bereit, dies zu tun, aber in Respekt vor ihrer Schönheit, vor ihrem Reichtum und vor ihrer Verletzlichkeit. Wir wollen die Verantwortung dort halten, wo sie in der demokratischen Gesellschaft hingehört: in den Parlamenten.

Das bedeutet aber auch, daß die Parlamente zu entscheiden haben. Es darf nicht so sein wie in dieser Legislaturperiode, in der die Regierung mit ihrer Mehrheit nicht imstande war, die notwendigen Gesetze zum Umweltschutz, zum Schutz der Luft, die Novelle zum Atomgesetz vorzulegen, um auf dieser Grundlage die Zukunft zu gestalten.

(Beifall)

Wir sind nicht bereit, die Verantwortung an die Bürgerinitiativen abzutreten. Dies aber bedeutet, daß wir uns auch den Bürgerinitiativen von vornherein im offenen, redlichen und umfassenden Gespräch stellen. Wir haben uns ebenso den Fragen der jungen Erwachsenen zu stellen. Sie fragen grundsätzlich. Eine grundsätzliche Frage darf nicht technokratisch abgeschmettert werden. Wirtschaftliche Zahlen sind keine Antwort auf die Frage nach Sinn. Wohlstand ist ebenso keine Antwort.

Wir haben in unserem Grundsatzprogramm die Grundsätze angelegt, aus denen wir arbeiten. In unserem Energieprogramm und in unse-

rem Umweltprogramm haben wir den Sachverstand dargelegt, aus dem wir die Zukunft gestalten. Wir gehen davon aus, daß die Zukunft nie zugemauert ist. Der Christ geht davon aus, daß die Zukunft offen sei. In unsere Hand ist es gelegt, sie zu gestalten. Wir haben den technischen Sachverstand, ebenso den Reichtum und die Dynamik der Wirtschaft sowie den Sachverstand unserer Bürger. Was wir brauchen, ist eine verantwortliche, mutige und zukunftsoffene Politik für einen besseren Umweltschutz, für einen besseren Umgang mit der Technik, mit unserer Wirtschaft in Deutschland.

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Vielen Dank, Freund Dr. Riesenhuber! Dank auch für Ihre hervorragende Arbeit an unserem Umweltprogramm.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Gleichwohl hat das Tagungspräsidium beschlossen, zu empfehlen, die Beratungen über das Wahlprogramm heute nicht abzuschließen, sondern dies erst morgen zu tun, damit wir morgen vor einem,wie wir hoffen, volleren Haus, die Schlußabstimmung über unser Wahlprogramm vornehmen können.

(Beifall)

Ich bitte alle Delegierten, die Unterlagen aus dem Saal mitzunehmen. Wenn wir den Saal verlassen haben, wird er saubergemacht. Alles, was hier liegenbleibt, wird vermutlich weggeworfen. Ich bitte deshalb,alles, was man gern behalten möchte, mitzunehmen.

Im übrigen möchte ich Sie ebenso wie die Vertreter der Presse und die Gäste herzlich zu unserem Berlin-Abend "Treffpunkt Kurfürstendamm" im Berlin-Palast am Kurfürstendamm einladen.

Damit schließe ich die 2. Plenarsitzung des Bundesparteitages.

(Schluß: 2o.16 Uhr)

Zweiter Verhandlungstag
Dienstag, 2o.Mai 198o

3. Plenarsitzung
Beginn: 9.oo Uhr

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Meine Damen und Herren! Hiermit eröffne ich die 3. Plenarsitzung unseres Bundesparteitages und begrüße alle Delegierten zu dieser wichtigen abschließenden Sitzung besonders herzlich.

Bevor wir in die Tagesordnung eintreten, möchte ich zunächst unseren Berliner Freunden den sehr herzlichen Dank und unsere große Anerkennung für den gestrigen Berlin-Abend aussprechen.

(Beifall)

Dieser Abend wird sicher allen, die Einlaß gefunden haben, lange in Erinnerung bleiben.

Meine Damen und Herren, ich möchte auch ein Wort des Dankes an die Polizeibeamten richten.

(Beifall)

Die Berliner Polizeibeamten haben gestern in großer Ruhe und Souveränität alle Versuche zurückgewiesen, den Ablauf dieses Parteitages in irgendeiner Weise zu stören. Wir danken ganz besonders den beiden Polizeibeamten, die gestern in Ausübung ihres Dienstes verletzt worden sind.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, der Parteitag begrüßt besonders herzlich den Präsidenten des Deutschen Bundestages, unseren Freund Richard Stücklen.

(Beifall)

Wir freuen uns, daß heute in unserer Mitte einer unserer Delegierten seinen 5o. Geburtstag feiert. Es handelt sich um unseren Bundestagsabgeordneten Dr. Köhler (Wolfsburg). Herzlichen Glückwunsch!

(Beifall)

Im Laufe des gestrigen Tages sind noch weitere Vertreter unserer ausländischen Partnerparteien eingetroffen, die ich herzlich begrüßen möchte. Von der Christlichdemokratischen Volkspartei der Schweiz ist das Präsidiumsmitglied, Herr Dr. Paul Kennel, zu uns gekommen. Unsere befreundete Partei in Zypern ist - wie schon auf dem Kieler Parteitag - durch ihren Vorsitzenden, Herrn Präsident Klerides, vertreten.

(Beifall)

Aus Frankreich haben wir Gäste aus allen drei Parteien, die in der Regierungsverantwortung stehen. Unsere christlich-demokratische Partnerpartei, der CDS, hat ihren Generalsekretär, Herrn André Diligent, entsandt. Ebenfalls zu uns gekommen ist der Internationale Beauftragte des CDS, Herr Jaques Mallet.

(Beifall)

Für die gemeinsame Fraktion der Union pour la Démocratie Française ist deren stellvertretender Vorsitzender, der CDS-Abgeordnete Loic Bouvard, bei uns. Ebenfalls herzlich willkommen!

(Beifall)

Die Republikanische Partei ist durch ihren Administrateur Délégué, Herrn Pierre Schaeffer, und durch Herrn Bernard Dalmon vertreten, der gleichzeitig Vizepräsident der Vereinigung der Auslandsfranzosen ist.

Als Vertreter des RPR, der gaullistischen Partei, ist Herr Minister André Bord zu uns gekommen. Wir begrüßen Sie sehr herzlich in unserer Mitte.

(Beifall)

Wir sind über diese starke Delegation aus den drei befreundeten Parteien unseres Nachbarlandes ganz besonders glücklich. Sie ist ein Zeichen dafür, daß das Vermächtnis Adenauers und de Gaulles, die Überzeugung von der Notwendigkeit einer engen, freundschaftlichen Zusammenarbeit zwischen Deutschland und Frankreich, gerade in der CDU unverändert lebendig ist. Deshalb gelten Ihnen unsere besonderen Grüße.

(Beifall)

Zur Geschäftsordnungslage darf ich darauf hinweisen, daß wir gestern beschlossen hatten, heute die Schlußabstimmung über das Wahlprogramm durchzuführen. Wir wollen diese Abstimmung nach Punkt 16 der Tagesordnung, vor Punkt 17 der Tagesordnung durchführen, wenn Sie damit einverstanden sind. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann ist so beschlossen.

Nunmehr rufe ich Punkt 14 der Tagesordnung auf:

Anträge zur Änderung des Statuts, der Beitrags- und Finanzordnung und der Parteigerichtsordnung

Ich bitte Sie, zu den Beratungen Ihre Antragsbroschüre zur Hand zu nehmen,und schlage Ihnen vor, zunächst über die Änderung des Statuts und sodann über die Änderungsanträge zur Parteigerichtsordnung zu verhandeln, weil diese vorgeschlagenen Änderungen in einem sachlichen Zusammenhang stehen.

Dagegen erhebt sich offenbar kein Widerspruch.

Ich rufe zunächst die Anträge zur Änderung des Statuts der CDU auf. Dabei handelt es sich um die Anträge 14.1 bis 14.4, die schriftlich begründet wurden. Die Begründung liegt in Ihrer Antragsbroschüre vor.

Ich möchte die Gelegenheit nutzen, dabei Herrn Dr. Barth und Herrn Wolf auf unserem Bundesparteitag recht herzlich zu begrüßen und ihnen sowie allen Mitgliedern des Bundesparteigerichtes und der Landesparteigerichte für die Vorarbeiten zu danken, die zu den vorgeschlagenen Änderungen der Statuten und des Parteigerichtsverfahrens führen sollen. Herzlichen Dank.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, die Antragskommission hat, wie Sie aus deren Empfehlungen ersehen, vorgeschlagen, die Anträge 14.2 und 14.3 anzunehmen und den Antrag 14.1 für erledigt zu erklären; der Antrag 14.4 soll in einer Neufassung angenommen werden, die Ihnen gestern mit den Empfehlungen der Antragskommission überreicht worden ist.

Darf ich fragen, ob dazu das Wort gewünscht wird? - Herr Vogel für die Antragskommission, bitte.

Friedrich Vogel, Warendorf, Antragskommission: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Nur eine kurze Anmerkung zu dem Antrag 14.1, zu dem die Antragskommission empfiehlt, ihn für erledigt zu erklären. Es handelt sich um die Frage, welches der örtlich zuständige Parteivorstand ist.

Wir möchten klarstellend zum Protokoll des Parteitages darauf hinweisen, daß diese Frage in § 18 des Statuts geklärt ist, in dem es heißt, daß die kleinste selbständige organisatorische Einheit der CDU der Kreisverband ist. Die Position der Ortsverbände, der Stadt- und Gemeindeverbände ist in § 19 des Statuts geregelt. Wir waren der Auffassung, daß es deshalb einer Änderung des § 1o nicht bedarf.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Darf ich fragen, ob zu diesen Änderungen des Statuts weiter das Wort gewünscht wird?
- Das scheint nicht der Fall zu sein.

Dann rufe ich die Abstimmung zu den Anträgen 14.1 bis 14.4 auf. Ich darf darauf hinweisen, daß nach unserem Statut für diese Satzuungsänderungen die absolute Mehrheit der stimmberechtigten Mitglieder des Parteitages erforderlich ist. In der Zwischenzeit hat sich das Plenum so gefüllt, daß wohl kein Zweifel besteht, daß diese Zahl ereicht werden kann. Oder werden dagegen aus dem Plenum Zweifel geltend gemacht? - Das ist nicht der Fall.

Ich darf daruaf hinweisen, daß nach § 28 des Statuts die Delegiertenstimmen unserer Freunde von der Exil-CDU bei Abstimmungen über das Statut, die Beitrags- und Finanzordnung sowie die Parteigerichtsordnung nicht mitzählen.

Ich bitte jetzt diejenigen, die der Vorstandsvorlage zustimmen wollen, um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Dann darf ich feststellen, daß die Änderungen des Statuts einstimmig angenommen worden sind.

Ich komme nunmehr zur Änderung der Parteigerichtsordnung und rufe hiermit die in Ihrer Antragsbroschüre abgedruckten Anträge 14.5 bis 14.14 auf. Wünscht die Antragskommission dazu das Wort?
- Herr Vogel, wünschen Sie das Wort? - Das ist nicht der Fall. Wird aus dem Plenum das Wort zu den Anträgen zur Änderung der Parteigerichtsordnung gewünscht? - Das scheint nicht der Fall zu sein.

Wir kommen zur Abstimmung. Ich möchte darauf hinweisen, daß die absolute Mehrheit der Parteitagsdelegierten erforderlich ist, um diese Änderung der Parteigerichtsordnung zu beschließen. Wer den vorgeschlagenen Änderungen der Parteigerichtsordnung in der Fassung der Bundesvorstandsvorlage zustimmen will, den bitte ich um ein Zeichen mit der Stimmkarte. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Ich sehe keine Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Ich sehe auch keine Stimmenthaltung. Dann ist auch die Änderung der Parteigerichtsordnung einstimmig so akzeptiert.

Wir kommen nun zur Änderung der Beitrags- und Finanzordnung. Dazu rufe ich die Anträge 14.15 und 14.16 auf. Wünscht die Antragskommission, deren Votum Ihnen schriftlich vorliegt, das Wort? - Das Wort hat Herr Vogel.

Friedrich Vogel, Warendorf, Antragskommission: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Wir haben eine Neufassung der Beitragsre-

gelung zu den Ziffern 4 und 5 der bisherigen Fassung vorgeschlagen. Es geht darum, den Mindestbeitrag von 3 DM abzuschaffen, aber eine Regelung zu finden, die den Kreisverbänden eine flexible Handhabung ermöglicht. Dazu gehört insbesondere, daß die Kreisverbände für bestimmte Personengruppen die Möglichkeit haben, die Mitgliedsbeiträge zu erlassen, zu ermäßigen oder zu stunden. Dabei gehen wir davon aus, daß die Kreisverbände es z.B. bei Schülern bei der bisherigen Regelung belassen, einen Mitgliedsbeitrag von 3 DM zu erheben, und dies ist dann in die Verantwortung der Kreisverbände gestellt.

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Jetzt liegt eine Wortmeldung von Herrn Wellmann für den Bundesvorstand der Jungen Union vor. Herr Wellmann hat das Wort.

Fritz Wellmann: Meine Damen und Herren! Namens der Jungen Union möchte ich Sie alle bitten, diesem Antrag nicht Ihre Zustimmung zu geben. Ich möchte das kurz begründen. Dieser Antrag bedeutet de facto eine Anhebung des Mindestbeitrages von 3 DM auf 5 DM. Ich weiß aus eigener Erfahrung, daß es viele Kreisverbände geben wird, die Schüler dann nicht mehr zum Beitrag von 3 DM aufnehmen werden, weil sie ihnen zu teuer werden. Wir werden dann die paradoxe Situation haben, daß ein Schüler in einem Kreisverband nur für 5 DM aufgenommen wird, während das im Nachbarkreisverband vielleicht mit einem Beitrag von 3 DM möglich ist. Aus eigener Erfahrung weiß ich für den Bereich der Schüler und auch der Hausfrauen, daß für viele dieser Sprung von 3 DM auf 5 DM für den Parteieintritt entscheidend sein wird. Auch bei vielen 16jährigen ist es so, daß sie zwar bereit sind, 3 DM zu zahlen, während sie 5 DM nicht zahlen wollen.

Ich möchte in dieser Sache auch noch ein politisches Argument anführen. Wir haben auch vom Generalsekretär gehört, daß neben der Arbeitnehmerschaft auch die Jungwähler für die nächsten Wahlen ein ganz entscheidendes Potential für die Union darstellen werden. Ich finde es politisch höchst unklug und ungeschickt, wenn wir gerade für diese Wählergruppen, die wir besonders ansprechen wollen, den Mindestbeitrag erhöhen. Ich möchte Ihnen - um den Bedenken des Vorstands Rechnung zu tragen, daß es viele Studenten gibt, die über 500 DM verdienen, und viele Lehrlinge, die ein Einkommen von gut 1000 DM haben - vorschlagen, den Abs. 4 in der bisherigen Form beizubehalten und ihn nur um den Halbsatz zu ergänzen: "soweit sie kein eigenes Einkommen beziehen". Damit ist sichergestellt, daß auch ein Student, der einen BaföG-Satz von 600 DM bezieht oder ein Lehrling, der 1000 DM bekommt, mehr als 3 DM zahlen müssen.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Vielen Dank. Gibt es weitere Wortmeldungen? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich zunächst über den Antrag der Antragskommission abstimmen, wie das die Geschäftsordnung vorsieht. Ich bitte diejenigen Delegierten, die den Vorschlägen der Antragskommission folgen wollen, d. h. 14.15 in der vorgeschlagenen Fassung anzunehmen und 14.16 für erledigt zu erklären, um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Vielen Dank. Ich bitte um die Gegenprobe. - Die Mehrheitsverhältnisse sind nicht ganz eindeutig. Ich bitte darum, die Mehrheitsverhältnisse durch Erheben von den Plätzen für jedermann und insbesondere für das Präsidium eindeutiger zu machen.

Wer den Anträgen des Bundesvorstands und der Antragskommission folgen will, den bitte ich, sich vom Platz zu erheben. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Meine Damen und Herren, das Präsidium ist der Auffassung, daß das letzte die Mehrheit ist. Damit ist der Antrag des Bundesvorstands abgelehnt.

Wir müssen jetzt über den Antrag 14.16 abstimmen, der weiter geht als die Vorlage des Bundesvorstands. Die Vorlage des Bundesvorstands ist erledigt, und Alternativanträge sind aus dem Plenum heraus nicht gestellt worden. Es geht jetzt also um den weitergehenden Antrag 14.16, gestellt von den Kreisverbänden Duisburg, Essen, Mülheim und Oberhausen. Wird dazu das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Wer den Antrag 14.16 der Kreisverbände Duisburg, Essen, Mülheim und Oberhausen folgen will, nämlich Ziffer 4 der Beitragsregelung ersatzlos zu streichen, den bitte ich um das Zeichen mit der Stimmkarte. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Das letzte ist die Mehrheit. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir haben jetzt die große Freude, das Grußwort des Sprechers der Delegation der uns befreundeten Progressive Conservative Party of Canada, Mr. Hon. Allan Lawrence, zu hören. Mr. Lawrence ist Abgeordneter des kanadischen Bundesparlaments. Bis zum Ausscheiden der Conservative Party aus der Regierung vor wenigen Monaten war er viele Jahre Minister für innere Sicherheit und Justiz. Zur Zeit übt er in der Conservative Party die Funktion eines Sprechers für Fragen der inneren Sicherheit und der Justiz aus. Ich darf jetzt Mr. Lawrence bitten, zu uns zu sprechen.

Allan Lawrence (Niederschrift auf der Grundlage der deutschen Übersetzung): Meine Damen und Herren, als Kanadier sind wir Fremde unter Ihnen. In Berlin zusammenzukommen, ist für Sie wohl das Wichtigste. Zu einem CDU-Kongreß zu kommen, ist für uns das Wichtigste.

Neben anderen Amerikanern sind von jenseits des Antlantiks vier kanadische Parlamentsabgeordnete zu Ihrem Kongreß gekommen. Bei uns sind unsere Mitarbeiter sowie Konsulatsangehörige aus Berlin und Botschaftsangehörige aus Bonn. Wir sind an Ihrer Arbeit interessiert. Wir wollen mehr von Ihnen erfahren, und Sie wollen, wie ich hoffe, auch mehr von uns erfahren.

(Beifall)

Die Reise über den Atlantik zu Ihnen hier ist nicht kurz. Aber als Politiker wollen wir nicht nur von Ihnen lernen, wie man Regierungspartei wird, sondern auch - und ich hoffe, daß Sie uns nach dem 5. Oktober wieder einladen - wie man Regierungspartei bleibt.

(Beifall)

Wir sind dankbar für die Einladung, und wir sind gerne hier. Herzliche Grüße aus Kanada und alle guten Wünsche für die Wahl in diesem Jahr.

(Beifall)

Jürgen Echternach, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank für diese ermutigenden Worte. Wir freuen uns ganz besonders über die starke kanadische Präsenz auf diesem Bundesparteitag, und wir hoffen, daß sich die Beziehungen zwischen unseren Parteien über den Atlantik hinweg weiter festigen. Kanada ist ein wichtiges Land im

Rahmen des Nordatlantikpakts. Einen ganz besonderen Beitrag zur Verteidigung leistet es auch durch die Präsenz seiner Truppen in Baden. Auch dafür möchte ich Ihnen und Ihrem Land an dieser Stelle in besonderer Weise danken.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Meine lieben Parteifreunde, ich rufe Tagesordnungspunkt 15 auf:

Sonstige Anträge

Zur Beratung stehen die Anträge 15.1 und 15.2,die Sie in der Antragsbroschüre finden, sowie die auf Ihren Plätzen verteilten Anträge 15.3 bis 15.6.

Ich stelle zunächst den Antrag 15.1 zur Diskussion. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist offenbar nicht der Fall. Wünscht die Antragskommission das Wort? - Das ist nicht der Fall. Wird sonst das Wort dazu gewünscht? - Offenbar auch nicht.

Dann lasse ich über den Antrag 15.1 abstimmen. Wer ihm zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe den Antrag 15.2 auf. Hierzu hat die Antragskommission eine abweichende Formulierung vorgeschlagen. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Wünscht die Antragskommission das Wort ? - Das ist nicht der Fall. Wird sonst das Wort dazu gewünscht? - Ebenfalls nicht.

Dann komme ich zur Abstimmung. Wer dem Antrag 15.2 in der von der Antragskommission vorgeschlagenen Fassung zustimmt, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Ich rufe nunmehr den an Sie verteilten Antrag 15.3 zur Frage des Schutzes von Mietern auf. Wird der Antrag begründet? - Das ist nicht der Fall. Die Antragskommission empfiehlt Überweisung an den Bundesfachausschuß Strukturpolitik. Wird die Antragskomission noch eine Stellungnahme abgeben? - Auch das ist nicht der Fall.

Damit komme ich zur Abstimmung. Wer dem Antrag der Antragskommission zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Bei einigen Gegenstimmen ist dem Antrag zugestimmt worden.

Ich rufe den Antrag 15.4 zur Frage des Wahlrechts von im Ausland lebenden deutschen Staatsangehörigen auf. Die Antragskommission empfiehlt Annahme des letzten Absatzes. Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Bitte, zur Begründung Herr Stercken.

Dr. Hans Stercken: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dieser Legislaturperiode haben die Koalitionsparteien wieder einmal "mehr Demokratie gewagt". Sie haben einen Gesetzentwurf der CDU/CSU-Fraktion nicht zur zweiten und dritten Lesung zugelassen, der nach dem Vorbild des Europawahlgesetzes allen Deutschen in der Europäischen Gemeinschaft das Wahlrecht wiedergeben wollte, das die Landsleute verloren haben, weil sie heute für und in Europa arbeiten. SPD und FDP enthalten diesen Deutschen das Wahlrecht vor. Sie führen dafür nicht überzeugende Gründe an, die sich auf die mögliche Wahlbeteiligung von Berlinern und Bürgern

der DDR beziehen. Diese Gründe hätten auch gegen das Europawahlrecht angeführt werden können.

Meine Freunde, es geht um Hunderttausende deutscher Bürger, deren Wahlentscheidung die SPD offenbar fürchtet. Sie degradiert daher selbst das Wahlrecht noch zum Gegenstand eines politischen Kalküls. Die Unionsparteien sollten vor einer Bundestagswahl von dieser Stelle aus deutlich machen, daß sie in der Regierungsverantwortung allen diesen Bürgern, deren Arbeit wir unseren lebenswichtigen Export verdanken, auch das Wahlrecht zuerkennen würden.

(Vereinzelt Zustimmung)

Daß portugiesische Arbeitnehmer im Ausland durch ihre Briefwahl zugunsten einer nichtmarxistischen Regierung den Ausschlag gaben, sollte uns Ansporn sein, denjenigen nicht die bürgerlichen Ehrenrechte zu verweigern, die von unseren europäischen Empfehlungen Gebrauch machen und sich für Europa entscheiden.

(Teilweise Beifall)

Namens des Kreisverbandes Aachen-Stadt und vieler Delegierter des Landesverbandes Rheinland bitte ich Sie daher, im Sinne der Empfehlung der Antragskommission dem letzten Absatz der vorliegenden Erklärung zuzustimmen, um unser Demokratieverständnis zu verdeutlichen und die sozialistische Entmündigungspolitik zu entlarven.

(Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Stercken für seine Begründung, der wir entnehmen können, daß die Antragsteller der Empfehlung der Antragskommission zustimmen. - Ich sehe, die Antragskommission wird keine weitere Stellungnahme abgeben. Liegen andere Wortmeldungen vor? - Das ist nicht der Fall. Damit komme ich zur Abstimmung über das Votum der Antragskommission zu diesem Antrag. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Die Empfehlung ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich rufe den Antrag 15.5, betreffend eine gemeinsame Delegiertenversammlung von CDU und CSU, auf. Wird zur Begründung das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Möchte die Antragskommission eine Stellungnahme abgeben? - Das ist nicht der Fall.

Es liegt eine Wortmeldung vor. Es spricht Herr Kropp vom Bundesvorstand der Jungen Union.

Thomas Kropp: Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Junge Union Deutschlands begrüßt ausdrücklich diesen Antrag zur Schaffung einer gemeinsamen Delegiertenversammlung von CDU und CSU. Sie sieht darin eine alte Forderung der Jungen Union, eine Forderung vom Mannheimer Parteitag 1975, bestätigt. Wir würden uns allerdings freuen, wenn diese gemeinsame Delegiertenversammlung gerade nach den Ereignissen der letzten Jahre irgendwann in einen gemeinsamen Parteitag von CDU und CSU einmünden würde. - Herzlichen Dank.

(Teilweise Beifall)

Siegfried Dübel, Tagungspräsidium: Wir danken Herrn Kropp für seinen Beitrag. Wird weiter das Wort gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Einige Gegenstimmen. Stimmenthaltungen? - Ich danke Ihnen. Der Antrag ist mit großer Mehrheit angenommen.

Ich möchte wünschen, daß die Annahme dieses Antrages zu einer weiteren Vertiefung der Zusammenarbeit der beiden Schwesterparteien beitragen möge.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich komme zum Antrag 15.6 des Kreisverbandes Borken. Die Begründung ist abgedruckt. Wird das Wort zur weiteren Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Wortmeldungen seitens der Antragskommission? - Auch nicht.

Dann lasse ich über den Antrag abstimmen. Wer dem Antrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich bitte um die Gegenprobe. - Stimmenthaltungen? - Der Antrag ist angenommen.

Damit ist Tagesordnungspunkt 15 erledigt.

Frau Dr. Ursula Besser, Tagungspräsidium: Ich rufe Tagesordnungspunkt 16 auf:

Neuwahl des Bundesparteigerichts für die Zeit vom 7. November 1980 bis 6. November 1984

Der Vorschlag des Bundesvorstandes vom 28. April 1980 liegt in Ihren Tagungsunterlagen. Ich bitte Sie, diesen Vorschlag zur Hand zu nehmen. Er beruht auf § 29 Abs. 3 des Statuts sowie auf den §§ 5 und 6 der Parteigerichtsordnung der CDU.

Ich frage, ob weitere Vorschläge gemacht werden. - Das ist nicht der Fall. Liegen Wortmeldungen vor? - Da Wortmeldungen nicht vorliegen, kommen wir zur Wahl, die gemäß den gesetzlichen und satzungsmäßigen Bestimmungen offen durch Erheben der Stimmkarten vorgenommen werden kann, wenn sich dagegen kein Widerspruch erhebt. - Ich höre keinen Widerspruch und bitte daher die stimmberechtigten Delegierten - leider sind auch hier unsere Freunde von der Exil-CDU ausgenommen - um ein entsprechendes Votum.

Wer ist für die Neuwahl entsprechend dem Vorschlag des Bundesvorstandes? - Danke schön. Wer ist dagegen? - Stimmenthaltungen? - Ergebnis: Ich stelle fest, daß die in Ihrer Vorlage genannten Persönlichkeiten zu ordentlichen bzw. zu stellvertretenden Mitgliedern des Bundesparteigerichts der CDU für die Zeit vom 7. November 1980 bis zum 6. November 1984 gewählt worden sind.

Mit der Kandidatur hatten sie die Bereitschaft zur Annahme der Wahl erklärt.

Ich gratuliere den neugewählten Mitgliedern des Bundesparteigerichts und wünsche ihnen alles Gute für hoffentlich recht wenig Arbeit.

Einen besonderen Dank für seine stets engagierte kenntnisreiche und umsichtige Mitarbeit möchte ich namens der Bundesparteitages Herrn Staatssekretär a.D. Karl Gumbel, Stegen über Freiburg/Breisgau, aussprechen, der seit 1972 dem Bundesparteigericht angehört,

jedoch aus persönlichen Gründen nicht wieder kandidiert hat.- Recht schönen Dank.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Ich möchte jetzt den Antrag 13.1 der Jungen Union zu Tagesordnungspunkt 13 aufrufen: "Jugend und Union". Wird zu diesem Antrag das Wort gewünscht? - Falls dies der Fall ist, bitte ich, hier vollständig ausgefüllte Wortmeldungszettel abzugeben. Bisher liegt die Wortmeldung des Bundesvorsitzenden der Jungen Union zur Antragsbegründung vor. Ich übergebe das Wort an Matthias Wissmann.

(Beifall)

Matthias Wissmann: Herr Vorsitzender! Meine Danken und Herren! Liebe Parteifreunde! Ich möchte den Antrag der Jungen Union unter der Überschrift "Orientierung und Verständnis: Antworten an die junge Generation" namens der Jungen Union begründen.

Vorher möchte ich mich aber sehr herzlich dafür bedanken, daß für diesen Antrag genügend Platz in der Tagesordnung eingeräumt wurde, nachdem zunächst nicht vorgesehen war, einen solchen Antrag zu erläutern. Ich möchte mich bei dieser Gelegenheit auch daüfr bedanken, daß die Bundesgeschäftsstelle zu diesem Parteitag erstmals 5o Schülerzeitungs- und Jugendredakteure eingeladen hat. Ich glaube, wir alle wollen diese Jugendredakteure hier sehr herzlich begrüssen.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, der Antrag der Jungen Union beschäftigt sich nicht mit jugendpolitischen Problemen im engeren Sinne des Wortes, auch nicht mit Fragen der Jugendarbeitslosigkeit und des Ausbildungsplatzmangels. Zu diesen Punkten hatten wir bereits beim Parteitag vor zwei Jahren ein sehr klares Konzept verabschiedet. Dieser Antrag beschäftigt sich vielmehr mit Fragen, die tiefer gehen, die versuchen, Problemstellungen anzusprechen, die unter der Oberfläche unserer politischen Diskussion liegen.

Liebe Parteifreunde, wenn wir es mit einer wachsenden Unzufriedenheit eines Teils der Jugend in unserem Staat, mit einem größeren Maß an politischem Desinteresse zu tun haben als noch vor einigen Jahren, dann kann uns das, wie ich meine, als größte politische Partei in Deutschland nicht gleichgültig lassen. Nach unserem Verständnis sind Drogenprobleme, Alkoholprobleme, die Radikalisierung Jugendlicher in fanatisierten Sekten nur Spitzen eines Eisbergs. Sie beschreiben natürlich nicht die Lage der ganzen Jugend. Es wäre ganz falsch zu behaupten, daß dies für die ganze Jugend eine zutreffende Problembeschreibung sei. Ich glaube aber, daß man schon sagen kann, es handle sich bei den beschriebenen und skizzierten Problemen um Spitzen eines Eisbergs, und das Gewässer um diesen Eisberg herum heißt Orientierungskrise eines großen Teils der Jugend in Deutschland.

Liebe Freunde, wenn man sich beispielsweise einmal eine vor einiger Zeit weltweit durchgeführte Umfrage unter Jugendlichen ansieht, dann kommt man doch - nur als Schlaglich - aus dieser Umfrage, aber auch aus vielen Gesprächen und Erfahrungen viel unmittelbarer erfahrbar, zu erstaunlichen Ergebnissen. In dieser Umfrage sagen beispielsweise 8o % der Jugendlichen in einem ökonomisch so schwierigen und von sozialen Gegensätzen geprägten

Land wie Brasilien, sie seien zufrieden mit ihrem Staat, während in derselben Umfrage nur etwa 65 % der Jugendlichen in der Bundesrepublik Deutschland das gleiche von unserem Staat behaupten.

Mit anderen Worten, liebe Parteifreunde, meine Damen und Herren, man kann sagen, daß ganz offensichtlich eines der größten Probleme im Gespräch und im Eingehen auf große Teile der jungen Generation in der Tatsache zu suchen ist, daß viele Jugendliche mit Geld, mit materialler Zuwendung, mit Wohlstand allein nicht genügend angesprochen sind.

(Beifall)

Was einem vorgehalten wird: Geborgenheit und Zuwendung sind Ziele und Perspektiven, für die es sich einzutreten lohnt. Ich glaube, da müssen wir als politische Partei wesentlich mehr als bisher versuchen, hinter Tagesprobleme zu gehen und auf die innere Orientierung eines großen Teils der Jugend einzugehen.
Wer beim evangelischen Kirchentag oder auch beim katholischen Kirchentag gewesen ist, hat feststellen können, daß sich auf der anderen Seite ein größerer Teil der Jugendlichen als noch vor einigen Jahren wieder für die Sinnfrage und die Wertfrage interessiert. Das heißt, es ist für die CDU/CSU auch eine entscheidende Herausforderung, die vielleicht mit Wahlkampf nicht unmittelbar zu tun hat, die aber die Frage anspricht, ob wir langfristig in der Lage sein werden, in Deutschland ein politisches Klima in unserem Sinne zu prägen, ob es uns gelingt, den wertorientierten Charakter unserer Politik, die perspektivische Anlage unserer Politik wieder stärker als bisher ins Bewußtsein zu rufen. Ich glaube, da haben wir eine große Nachholaufgabe in der ganzen CDU/CSU.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde - es ist gestern schon angesprochen worden -, ich glaube nicht, daß wir uns in diesem Zusammenhang von den Anfängen der Union klammheimlich wegstehlen sollten, sondern ich glaube im Gegenteil, daß es notwendig ist, die Ansätze des C im Parteinamen der CDU/CSU, in der Union, wieder in einer modernen und weltoffenen Weise neu zu beleben, nicht in einer klerikalen, nicht in einer konfessionellen Weise, aber in dem Sinne, daß wir sagen: Das C im Parteinamen ist für uns die Provokation zu einer zugleich freiheitlichen und sozial verantwortlichen Politik.

(Beifall)

Dafür gibt es eine Fülle von Themenfeldern, die wir ansprechen können.
Liebe Parteifreunde, da gibt es dann beispielsweise die Fragen: Sie wir denn als CDU/CSU - ich sage das durchaus auch selbstkritisch und nicht nur an andere gerichtet - immer vor Ort die Kraft, die das C im Parteinamen auch dadurch glaubwürdig macht, daß sie die entscheidende politische Bewegung ist, die sich etwa für die behinderten Mitbürger in unserer Gesellschaft, daß die CDU/CSU die Kraft ist, die sich für die Spätaussiedler einsetzt, die aus der Sowjetunion, die aus anderen Teilen Europas zu uns kommen, Deutsche, die zu uns kommen?

Sind wir als Union die Kraft, die sich ausreichend und nicht nur durch einige vorbildliche Initiativen um die Vietnam-Flüchtlinge kümmert? Sind wir die Kraft und müssen wir diese nicht viel stär-

ker sein, die nicht nur Soziales und Solidarisches in Programme schreibt, sondern vorbildhaft - alle miteinander - vorlebt, wenn es um die praktische Verwirklichung dieser Programmsätze geht?

(Beifall)

Ich glaube, da haben wir gemeinsam noch viel zu tun.
Liebe Parteifreunde, ich glaube, daß uns die Wiederbesinnung auf das C im Parteinamen der Union auch davor bewahrt, CDU/CSU-Politik auf die Antithese zum Sozialismus zu reduzieren. Ein guter Teil der Defensive, in der wir uns nicht selten befinden, ist wohl darin begründet, daß wir bei allem guten Willen allzu häufig wie das Kaninchen auf die Schlange auf die verschiedenen Spielarten des Sozialismus starren und daraus dann unsere Reaktionen ableiten, statt das Selbstbewußtsein und die Offensivkraft zu besitzen, zunächst vom eigenen geistigen und politischen Ansatz her unsere Perspektive zu bestimmen und dann darauf die Ablehnung der verschiedenen Spielarten des Sozialismus zu entwickeln.

(Beifall)

Ich glaube, da haben wir sehr viel aufzuholen.
Ich darf mir hier, liebe Parteifreunde, erlauben, folgendes zu sagen. Ich glaube, in diesem Wahlkampf darf sich nicht wiederholen, was im Wahlkampf 1976 in einem Wahlplakat besonders sinnbildlich zum Ausdruck kam. Es war ein Wahlplakat mit einer jungen Frau, die für die CDU/CSU warb. Darauf stand nichts außer: Ich wähle CDU, weil ich Angst vor dem Sozialismus habe. Liebe Parteifreunde, daß wir alle gegen den Sozialismus arbeiten und argumentieren, darüber besteht zwischen uns kein Streit. Aber ich sage Ihnen offen: Mir wäre es lieber gewesen und mir ist es für diesen Wahlkampf lieber, wenn eine solche Frau nicht erklärt, sie wähle CDU, weil sie Angst vor dem Sozialismus habe, sondern wenn sie beispielsweise erklärt: Ich wähle CDU/CSU, weil sie das bessere Familien- und Frauenkonzept hat. Es sollte also eine konstruktive und positive Aussage für unsere Politik werben.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, ich habe kurz die Wertfrage angesprochen. Ich glaube daher, daß wir die Verwirklichung einer stärker wertorientierten Politik gerade im Blick auf Jugendliche, vor allem im Bereich der Bildungspolitik, alle gemeinsam anstreben müssen.

Mich hat sehr nachdenklich gemacht, was ein Schüler anläßlich eines Aufsatzwettbewerbes der baden-württembergischen CDU-Landtagsfraktion in einem Aufsatz geschrieben hat. Ich darf einiges daraus zitieren, weil ich glaube, daß es einen Teil der bildungspolitischen Wirklichkeit zutreffend beschreibt. Dieser Schüler sagt in seinem Aufsatz: Das Prestigebewußtsein vieler Eltern bereitet uns Schülern oft viel Kummer. Schule ist für Jugendliche oft schon Inbegriff von Rationalität. Optimierung des Lernens, Leistung sind die bestimmenden Faktoren. Gefördert werden hauptsächlich logisch-rationale Fähigkeiten. Ein Schüler wird positiv beurteilt, wenn er in der Lage ist, eine große Menge von Wissen wiederzugeben. Fähigkeiten wie Phantasie, Gefühle zu entwickeln, werden hingegen kaum gefördert.
Dann sagt dieser Schüler - das finde ich bemerkenswert -: Man spricht zu wenig auch in der Schule über Dinge wie Sinn des Lebens, Tod, Sehnsucht, Religion und Liebe.

Er sagt dann: Die Unfähigkeit vieler Jugendlicher, mit ihren Schwierigkeiten fertigzuwerden, liegt demnach im Keim bereits in der Erziehung.

Liebe Parteifreunde, bei allen guten Ansätzen, die es Gott sei Dank gibt, glaube ich, in dem kurzen Ausschnitt aus einem Schüleraufsatz liegt ein großer Teil Wahrheit, daß es nämlich dringend notwendig ist - da sollten wir in den CDU- und CSU-regierten Ländern noch viel beispielhafter vorangehen -, die Schulen nicht zu Anstalten reiner Wissensvermittlung degenerieren und denaturieren zu lassen. Wir, die CDU/CSU, sind die Kraft, die dafür sorgen sollte, daß Erziehung gemäß den Wertmaßstäben der Verfassung wieder stärker Eingang in die Schulen findet.

(Beifall)

Da haben wir in der Zukunft noch sehr, sehr viel zu tun. Ich will es ganz deutlich sagen: Ein Unterrichtskonzept, das davon ausgeht, daß Werte des Grundgesetzes gleichermaßen mit Gründen sozusagen beliebig abgelehnt und angenommen werden können, ist doch im Grunde genommen das Geld nicht wert, das die Steuerzahler für die Schule ausgeben.

Deswegen meine ich, wir alle - und ich wünschte mir, daß die CDU- und CSU-regierten Länder vielleicht mit etwas mehr Nachdruck daran arbeiten könnten - sollten dafür sorgen, daß ein Teil der Lehrpläne, die ausschließlich auf Wissensvermittlung abgestellt sind, entrümpelt werden und als Folge davon Fächern wie Geschichte, Staatsbürgerkunde, Musik und auch Kunst und Sport mehr Platz eingeräumt wird, damit Selbstentwicklung und Persönlichkeitsentfaltung in den Schulen wieder stärker möglich wird. Da könnten wir als CDU/CSU Zeichen setzen.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Liebe Parteifreunde, vor kurzem hat der Münsteraner Professor Kosters dem Innerdeutschen Ausschuß erklärt, 5o % der Jugendlichen wüßten gar nicht mehr, was der 17. Juni eigentlich bedeute; das gelte in CDU- bzw. CSU-regierten und in SPD-regierten Ländern gleichermaßen. Daraus läßt sich nur eines ableiten: Wir müssen wegkommen von den Reden über die Stärkung des Geschichtsunterrichts und hinkommen zu Taten, und zwar über quantitative und qualitative Stärkung des Geschichtsunterrichts in allen Schulen der Bundesrepublik.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, wenn wir den Aufsatz, von dem ich vorhin gesprochen habe und der ja nur Schlaglicht für viele andere Meinungen ist, ernst nehmen wollen, dann müssen wir uns als CDU/CSU auch die Frage stellen - die anderen Parteien werden ohnehin nicht die Offenheit haben, sie zu stellen -, ob denn gerade eine Partei, die wie wir die Leistung für einen notwendigen Maßstab, für den Standard des einzelnen in der Gesellschaft hält, nicht gelegentlich auch Leistungsmaßstäbe - zum Teil unbewußt - mit vertritt, die wir als Christdemokraten eigentlich gar nicht vertreten könnten. Ich sage hier offen - und ich weiß genau, daß es tausend bildungspolitische Entscheidungen dagegen gibt -: Ich halte es für im Grunde genommen inhuman und höchst problematisch, daß es nach wie vor den Leistungsmaßstab gibt, nach dem nur der Schüler Medizin studieren kann, dessen Abiturdurch-

schnittsnote 1,8 oder 1,9 nicht übersteigt. Dies führt dazu, daß eher der begabte Karrierist und Streber als derjenige Mediziner wird, der aus Engagement und Leidenschaft Arzt werden könnte.

(Beifall)

Ich glaube, hier sollten wir gemeinsam etwas ändern.
Wir sollten uns beispielsweise fragen, ob nicht jener Vorschlag der Deutschen Gesellschaft für innere Medizin richtig ist, der sagt: Laßt uns vor Beginn des Medizinstudiums von jedem angehenden Medizinstudenten ein einjähriges pflegerisches Praktikum in einem Krankenhaus verlangen!

(Beifall)

Laßt uns dieses Praktikum benoten, und laßt uns aufgrund dieser Benotung die Entscheidung fällen, wer studieren können soll und wer nicht! Wir hätten dann mehr engagierte Ärzte und weniger medizinische Technokraten, und das wäre wichtig im Sinne des Gesundheitswesens in Deutschland.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, liebe Parteifreunde, lassen Sie mich noch etwas zu dem sagen, was wir in unserem Auftrag unter die Überschrift "Vertrautheit und Geborgenheit" gestellt haben. Ich glaube, ein Teil der Orientierungslosigkeit der jungen Generation hängt auch damit zusammen, daß sich in einer immer unüberschaubareren, komplexeren und technisierteren Welt kaum noch zurechtfindet und geradezu danach sucht, in überschaubaren Einheiten mit nachbarschaftlicher Nähe zu leben und Erfahrungen sammeln zu können.

Daher, liebe Parteifreunde, müßten wir als CDU/CSU die Kraft sein, die beispielsweise dafür sorgt, daß dem Gigantomanismus im Krankenhauswesen, wie er in Aachen seinen Ausdruck findet, in der Wohnungspolitik, im Städtebau oder beispielsweise auch in der Schulpolitik ein Ende bereitet wird. Es ist doch ein Etikettenschwindel, alledem den Rang des Progressiven zuzuordnen, was mit Größe und Perfektion zu tun hat.

Wir müssen wieder ein menschliches Maß finden, auch in der Krankenhauspolitik, der Wohnungspolitik und der Schulpolitik.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, sollten wir deswegen nicht diejenigen sein, die beispielsweise Konsequenzen aus der Tatsache ziehen, daß es Kumpels im Ruhrgebiet gibt, die um ihre alten, kleinen, schäbigen Arbeitersiedlungen kämpfen, weil sie nicht in die großen Wohnungssilos am Rande der Stadt ziehen wollen? Sie meinen nämlich, daß man in dem alten, kleineren, überschaubaren Gebäude wenigstens noch den Nachbarn kennt. Sie wissen, daß man dort die Kinder noch vor der Tür spielen sehen kann. Sie hassen es, in die großen Betonsilos abgeschoben zu werden. Die Erfahrung im ICC Berlin sollte uns besonders nachdenklich machen, was Größenordnungen von Kongreßzentren, Bauten und vielem anderen angeht.

(Beifall)

Wir sollten diejenigen sein, die sagen: Small is beautiful - klein ist schön. Überschaubare Einheiten können Vertrautheit und Geborgenheit stärken. Was dies angeht, so sollten wir in Wohnungsbaupolitik, Gesundheitspolitik und Jugendpolitik pressure group,

Avantgarde sein, die beispielweise sagt: Nicht ein übergroßes und sehr teures Jugendzentrum als Betonsilo ist die Konzeption der Zukunft, sondern vielleicht das alte wiederhergerichtete Haus, das Jugendliche selbst mit erarbeitet haben. Letzteres gibt den Jugendlichen die Möglichkeit, sich in einem menschlichen Maß zurechtzufinden. Dies mußte zur Jugendpolitik gesagt werden.

(Beifall)

Liebe Parteifreunde, ich komme zum Schluß. Wir könnten, wie ich glaube, als Union die Kraft sein, die sich von den althergebrachten, parteipolitisch verbrämten Fragen abwendet und den wirklichen Problemen zuwendet. Wir könnten das C als Maßstab nehmen. Deswegen möchte ich Sie abschließend bitten, unserem Antrag zuzustimmen. Sie sollten diesem Antrag aber nicht nur zustimmen, sondern vor allem auch dafür sorgen, daß dieser Antrag in der Lebens- und Arbeitswirklichkeit unserer Partei vor Ort glaubwürdig wird.

(Lebhafter Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Matthias Wissmann.

Bevor ich Hans-Georg Wellmann, dem Vorsitzenden der jugendpolitischen Kommission der Jungen Union, das Wort gebe, bitte ich um Ihr Einverständnis, daß wir jetzt die Rednerliste schließen. Es liegen noch elf Wortmeldungen vor. Wir möchten diese Debatte gegen 11 Uhr abschließen. - Ich höre keinen Widerspruch. Dann werden wir so verfahren.

Jetzt hat Herr Wellmann das Wort. Nach Herrn Wellmann spricht Herr von Weizsäcker.

Hans-Georg Wellmann: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich zunächst für die Junge Union meinen Dank dafür zum Ausdruck bringen, daß die Antragskommission unserem Antrag in weiten Zügen gefolgt ist und ihn nur in eine bessere Form gebracht hat.

Wir müssen uns davor hüten, mit der Beschlußfassung über diesen Antrag das Thema "Jugend" gewissermaßen als abgehakt zu betrachten, also den Beschluß in die Schublade zu stecken und zu sagen: Das Thema ist ebenfalls behandelt worden. Wir verstehen es nicht so, daß dieser Antrag großartig auf Bundesebene zu behandeln ist, er aber keinen Einfluß auf die Landes- und Kommunalebene hat. Dieser Antrag ist für uns vielmehr Anlaß - dies gilt meiner Meinung nach für die Partei auf allen Ebenen -, das Verhältnis der Union zur jungen Generation einmal intensiv und selbstkritisch unter die Lupe zu nehmen.

Wir beklagen uns seit einiger Zeit zu Recht, wie ich glaube, über die Staatsverdrossenheit in der jungen Generation. Unserer Ansicht nach ist auch das eine Frage, mit der wir uns als Partei ernsthaft, glaubwürdig und auch ehrlich auseinandersetzen müssen. Lassen Sie mich in diesem Zusammenhang ein sachpolitisches Beispiel anführen, das nach Meinung der Jungen Union sehr viel mit der Glaubwürdigkeit der Union im jugendpolitischen Bereich zu tun hat und dessen zukünftige Behandlung auch im Rahmen der Arbeit im Bundestag wichtig ist. Dieses Beispiel ist in den vergangenen Wochen ein wenig emotionalisiert worden. Wir wollen dazu beitragen, die Diskussion zu versachlichen. Es geht hier um die Diskussion über das Jugendhilferecht. Glaubwürdigkeit ist deswegen gefordert, weil wir uns als Partei mit der intensiven Diskussion

seitens der Fachleute und seitens der Jugendverbände über Fragen des Jugendhilferechtes befassen müssen. In den vergangenen zehn Jahren wurde deutlich, wo die Reise von SPD und FDP in diesem Bereich hingehen soll: mehr Einfluß auf die Familie, gegen eine Subsidiarität, für den Vorrang öffentlicher Träger gegenüber freien Trägern. Wir haben aber, wie ich glaube, durch eine beharrliche Verhandlungsführung in den vergangenen Jahren, die sich auch bemüht hat, das zu berücksichtigen, was von den freien Trägern vorgebracht wurde, schon einen Schritt in die richtige Richtung getan. Wir haben erreicht, daß die Regierungskoalition sich auf uns zu bewegt hat. Es gibt in der Familienpolitik, wie wir als Junge Union meinen, schon Ansätze, was die Frage der Subsidiarität angeht, die tragfähige Kompromisse ermöglichen und letztendlich auch in einer Gesetzesfassung ihren Niederschlag finden können. Daß dabei nicht alle Wünsche der freien Träger berücksichtigt worden sind, ist, wie ich glaube, uns allen klar. Die freien Träger haben uns aber zu erkennen gegeben, daß das, was derzeit als mögliche Lösung etwa in der Frage der Partnerschaft diskutiert wird, eine tragfähige Lösung, einen tragfähigen Kompromiß für sie darstellt.

Zu unserem großen Bedauern hat sich die Union in den vergangenen Wochen aber ein wenig von dem Stadtpunkt der Kompromisse weg bewegt und Argumente aufgegriffen, die aus der Diskussion der vergangenen zwei Jahre herrühren. Dabei wurde nicht berücksichtigt, daß man in der Zwischenzeit schon aufeinander zugegangen ist. Hier ist wiederum die Frage der Glaubwürdigkeit der Partei angesprochen, die zum einen versprochen hat, sie werde sich intensiv um das Jugendhilferecht kümmern, zum anderen aber nicht mehr berücksichtigt, was man ausgehandelt hat. Es wird vor allen Dingen das nicht berücksichtigt, was seitens der kommunalen Spitzenvertreter aus unserer Partei bei dem Hearing zum Jugendhilferecht im vergangenen Jahr vorgebracht worden ist. Dies gibt Jugendverbänden und Fachleuten Veranlassung, daran zu zweifeln, ob unsere Partei es ernst meint. Wie gesagt, zum einen signalisiert sie, sie wolle dieses Jugendhilferecht, zum anderen bringt sie aber Argumente, die aus den vergangenen Jahren stammen. Dies müssen wir hier einmal kritisch anmerken. Wir als Junge Union sind, wie es Kurt Biedenkopf einmal gesagt hat, gewissermaßen ein Transmissionsriemen und haben auch die Verantwortung, in der Partei zu verdeutlichen, was in der jungen Generation vor sich geht. Wir merken, daß in den Jugendverbänden die Hoffnung darauf geschwunden ist, daß sich in der Union etwas für die Jugend bewegt, daß eingehalten wird, was versprochen wird, und daß auch berücksichtigt wird, was man miteinander besprochen hat. Wir als Junge Union haben bewußt darauf verzichtet, zu dieser Frage einen Initiativantrag einzubringen, weil wir meinen, daß allein von unserem Standpunkt in der Union her in den kommenden Wochen eine intensive Diskussion und ein Suchen nach Kompromissen angebracht sind. Wir müssen wieder in einen intensiven Dialog mit der Jugend eintreten.

Nun wird sicherlich zu Recht eingewandt werden können, unsere Jugendpolitik sei nicht nur eine Politik für Jugendverbände. Das ist richtig. Wir machen nicht nur Politik für Jugendverbände. Lassen Sie mich deshalb ein zweites Beispiel anführen, das auch etwas mit der Glaubwürdigkeit der Union für die Jugend zu tun hat und das meiner Meinung nach auch in der Auseinandersetzung im kommenden Bundestagswahlkampf ziemlich wichtig ist. Ich meine

die Wehrpflichtnovelle, die unserer Meinung nach längst überfällig ist. Dieses Gesetzgebungsvorhaben ist für Jugendliche - selbst für solche, die den Wehrdienst nicht verweigern wollen - ein Maßstab für die Liberalität dieser Partei, ein Maßstab dafür, inwieweit diese Partei willens ist, Gewissensgründe der jungen Generation, Gewissensgründe einzelner zu berücksichtigen.

Wir als Junge Union erwarten hier baldmöglichst konkrete Ansätze - ich möchte dies unterstreichen -, die zeigen, daß die Union bereit ist, diese Gewissensgründe in ausreichendem Maße zu berücksichtigen.

Lassen Sie mich zum Schluß auf die menschliche Gestaltung des unmittelbaren Lebensbereiches der Jugendlichen eingehen. Gerade hier stellen sich die meisten Probleme für den einzelnen Jugendlichen. Hier zeigt es sich, ob die Politik glaubwürdig ist, ob die Politik Problemlösungen anbieten kann, die dem einzelnen in seiner Lage, in seiner Umwelt, in seiner Familie und Wohnung helfen können. Es sind nicht nur die Familien- und Gesellschaftspolitik, die Umweltpolitik, die Wirtschaftspolitik, die mit dazu beitragen müssen, sichere Arbeits- und Ausbildungsplätze zu schaffen, nicht nur die Schul- und Hochschulpolitik gefordert, hier geht unsere Anregung auch in Richtung der Kommunalpolitiker; denn Kommunalpolitiker müssen wesentlich zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung für Jugendliche, für lebenswerte Städte beitragen. Sie müssen daran mitwirken, daß überschaubare Einheiten erhalten bleiben, und mit dazu beitragen, daß Mitwirkungsmöglichkeiten geschaffen werden bzw. erhalten bleiben.

Denken wir nur an die Erstellung der kommunalen Jugendpläne, die in den kommenden Monaten und Jahren anstehen wird. Das ist eine großartige Gelegenheit, für uns zu beweisen, was wir unter Subsidiarität verstehen, zu zeigen, daß wir nicht erst die Vorlage machen und dann alle anderen sich beteiligen lassen, sondern daß wir für eine möglichst frühzeitige Beteiligung der Jugendlichen und Jugendverbände eintreten.

Meine Damen und Herren, wir alle sind gefordert zu beweisen, daß wir als Union die Probleme der Jugend nicht nur technokratisch, sondern im Gespräch mit den Betroffenen lösen wollen. Wir müssen deutlich machen, daß es nicht ausreichend ist, Geld für die Jugend zu geben und die Ideen im stillen Kämmerlein zu verbraten. Man braucht sich dann keine Ideen mehr kommen zu lassen. Wir müssen zeigen, daß wir die Probleme der Jugend in unserer Gesellschaft erkennen und daß wir tatkräftig mit den Jugendlichen an der Lösung dieser Probleme arbeiten wollen. Wir müssen verdeutlichen, meine Damen und Herren, daß für uns als Union Jungwählerveranstaltungen nicht Jugendpolitik ersetzen. Ich möchte dieses unterstreichen: Für uns sind das Gespräch und die Politik mit und für die Jugend vorrangig; denn, meine Damen und Herren, die Jugend hat es nicht verdient, von den Parteien nur zu Wahlkämpfen entdeckt zu werden. Ich bedanke mich.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Hans-Georg Wellmann, auch für die viele Arbeit, die Du in den vergangenen Monaten geleistet hast, um den Kontakt der Jungen Union mit den deutschen Jugendverbänden herzustellen. Ich glaube, das war eine höchst wichtige Aufgabe, die Du für uns dort erfüllt hast.

Ich gebe jetzt Richard von Weizsäcker das Wort. Nach ihm wird Horst Waffenschmidt sprechen.

Dr. Freiherr Richard von Weizsäcker (mit Beifall begrüßt): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Große Ereignisse werfen zwar schon ihre Lichter voraus, sie werden aber noch etwas auf sich warten lassen. Deswegen sollten wir uns noch einmal auf ein Thema konzentrieren, von dem ich überzeugt bin, daß es von entscheidender Bedeutung für die Frage ist, ob wir unsere Verpflichtung für die Zukunft auch wirklich ernst nehmen.

Der Antrag der Jungen Union, den ich unterstütze, befaßt sich - wie es sein muß - vor allem mit Fragen, wie es im politischen Verfahren besser werden kann. Matthias Wissmann hat in der Einbringung des Antrages aber bereits auf inhaltliche Aspekte hingewiesen, die ich letzten Endes für die entscheidenden halte.

Betrachten Sie einmal die Bestsellerliste von Büchern, die in der jungen Generation gelesen wurden, von vor zehn Jahren und von heute. Vor zehn Jahren waren es überwiegend sozialwissenschaftliche, in Fachchinesisch abgefaßte Broschüren von Intellektuellen. Heute stehen an der Spitze das Buch von Erich Fromm: "Haben oder Sein", ein Buch über die seelischen Grundlagen einer neuen Gesellschaft, das "Tagebuch der Anne Frank", ein ergreifendes Lebensdokument eines empfindungstiefen, früh vollendeten, eines frommen Mädchens in dunkler Zeit, oder "Die Weiße Rose", der Aufstand des Gewissens junger Menschen gegen den Nationalsozialismus.

Wir können und wollen uns keine andere Zeit machen als die, in der wir leben. Wir sind dankbar, daß die Barbarei überwunden ist, daß die Aufbauzeit nach den Zerstörungen gemeinsam erfolgreich bestanden wurde. Aber die heutige Zeit stellt nun neue Aufgaben. Da können wir als Ältere der jungen Generation nicht sagen: Ihr seid so frei, wie wir in der Jugend es nie waren, materiell geht es euch besser, als es uns in der Jugend ging. Das sind keine Antworten auf die Fragen, die sich für die junge Generation heute stellen.

In dem Antrag steht, an die Adresse der Schule gerichtet: Mehr als bisher sollte über die Wert- und Verfassungsordnung unseres freiheitlichen Staates informiert werden, damit die Schüler erkennen, daß es sich lohnt, für die Ideale und Ziele unserer Verfassung engagiert einzutreten. Ich bin ganz einverstanden, natürlich. Nur steht heute das Leben der jungen Menschen, das Leben aller Menschen im Grunde unter prägenden Einflüssen, von denen unser Grundgesetz noch gar nichts gewußt hat.

Lassen Sie mich einige solcher prägender Einflüsse nennen: Erstens. Um gleiche Freiheit für alle zu schaffen, betreut und verwaltet der Staat heute seine Bürger immer mehr. Er stellt ihnen gar keine Anforderungen für die Selbst- und die Mitverantwortung mehr, er passiviert sie. Mit seinen freiheitlichen Kräften läuft der Mensch leer. Er droht zu einem bloßen Freizeitmenschen zu verkümmern.

Zweitens. Die Gesellschaft wird in zunehmendem Maße von technologischen, zentral gesteuerten Mechanismen bestimmt. Der einzelne kann sie schwer durchschauen, kaum beeinflussen. Das ist ihm unheimlich, zumal dem jungen Menschen.

Drittens. Im Gemeinwesen herrschen die materiellen Ziele vor.

Viertens. Die gesellschaftspolitisch noch immer vorherrschende Leitidee lautet: Emanzipation. Diese Leitidee hat eine Lebensphilosophie verbreitet, die die Selbstverwirklichung des Menschen zum Ziel hat. Sie lehrt die Befreiung des Menschen von Bindungen und Pflichten. Sie führt - unabhängig davon, ob sie es will oder nicht - zur Vereinzelung.

Fünftens. Die Kirchen und ihre Theologen haben sich in der geistigen Auseinandersetzung und Führung ziemlich zurückgehalten.

Sechstens. Die staatliche Ordnung im ganzen hat sich zwar bemüht, die große Kraft der Toleranz unter uns zu stärken. Zugleich aber droht dies zu einem bloßen System formaler Spielregeln zu verkümmern, zur wertfreien Beliebigkeit, zum geistigen Vakuum.

Liebe Freunde, wenn Sie alle diese Einflüsse zusammennehmen, von denen, wie gesagt, das Grundgesetz nichts weiß, ist es doch kein Wunder, daß alle Menschen auf tiefgreifende Weise irgendwie darauf reagieren. Die einen passen sich einfach an, sie werden gleichgültig; andere geben sich einem solchen Strom der Zeit nicht einfach hin, sie suchen nach eigenen Wegen, nach Anforderungen und nach Gemeinschaft; viele wollen einfach träumen; wieder andere begehren auf, sie wollen ihre Utopien durchsetzen; eine Minderheit von ihnen will aufwiegeln, will Herrschaft von Menschen über Menschen überhaupt abschaffen. Wenn wir das zusammenfassen: eine verweltlichte Gesellschaft ohne geistige Zielsetzungen, geistlich blind - wie einmal gesagt wurde -, eine politische Ordnung, die den Menschen die nächstliegenden Aufgaben für sich und die Nachbarschaft abnimmt, die die Menschen nicht verwurzelt, sondern gleichgültig läßt, abstumpft, Proteste erzeugt, im extremen Fall bis zum Haß.

Meine Damen und Herren, das sind Grundbedingungen, unter denen heute junge Menschen heranreifen.

Aber wenn man näher auf die Fragen hinhört, die gestellt werden, dann wird man paradoxerweise sagen können: In Wirklichkeit sind die Fragen, wo das Engagement lohnt, was den Sinn ausmacht, wofür man da ist, Fragen von zutiefst religiösem Charakter. Das heißt nicht notwendigerweise Fragen, die in unsere Kirchen führen; sie können auch in Sekten , sie können auch in säkulare religiöse Ersatzphilosophien münden. Aber es sind Fragen von zutiefst religiösem Charakter.

Natürlich wollen wir es nicht einigen moslemischen Staaten nachmachen und zu einem christlichen Staat werden. Unsere politische Ordnung wird keinen religiösen Charakter annehmen, und das soll sie nach unserem Willen auch nicht. Aber wer in dieser Ordnung Verantwortung trägt, muß einen Begriff davon haben, was die Menschen seinerzeit in der Tiefe ihres Lebens umtreibt. Er muß wissen, wie er mit seiner politischen Tätigkeit auf diese tieferliegenden Fragen einwirkt.

Vor allem muß er selber sich in seinem Leben zu diesen Fragen stellen. Was heißt das, "sich stellen", im Verhältnis der Generationen, in der Erziehungsfrage? Ganz gewiß nicht - das wissen wir alle - irgendeine Art von autoritärer Erziehung. Autoritär zu sein, ist Sache von Leuten, die Angst haben, deren einziges Argument der Zwang ist. Autoritär werden Ideologen,weil sie sich

als Besitzer der Wahrheit vermuten.

Aber wie ist es mit der Autorität? Autorität heißt ja nicht Befehl. Autorität heißt Urheberschaft. Der Autor ist nicht der Kommandeur, der Autor ist der Urheber.Das kommt von "selbst machen". Automobil heißt bekanntlich das, was sich selbst bewegt. Der Autor ist der, der die Sache selbst macht, der sich selber stellt. Das hat im Kern mit Autorität zu tun.

Das heißt: verstehen, daß die Fragen von heute mit unserer geschriebenen Verfassung nicht ausreichend beantwortet sind; selbst Position beziehen, diese Position nicht je nach der Erziehungstaktik wechseln. Das kann meiner Meinung nach zur Hilfe für die junge Generation führen.

Die Jugend freigeben, nicht erwarten, daß sie alles nachmacht, wie wir es denken und gemacht haben. Jugend fängt immer wieder von vorne an. Das ist ihre Offenheit für die Zukunft, eine Offenheit, die wir Älteren auch wollen und befördern müssen.

(Beifall)

Aber es sind Fragen, die im Kern der Probleme um den Sinn des Lebens kreisen. Hier Urheberschaft auslösen und bestärken, das ist es, was weiterhelfen kann.

Heute morgen - damit möchte ich abschließen - steht in einer Berliner Zeitung, daß es einen Erziehungsstreit zwischen dem Landesschulrat und einigen jungen Schülervertretern gegeben habe. Der Landesschulrat hat gesagt, in der Schule gehe es um die Fragen: Was kann ich wissen, was soll ich tun, was darf ich hoffen? Die Schülervertreter haben geantwortet, das seien die falschen Fragen; es müßte heißen: Was will ich wissen, was will ich tun, was will ich erreichen?

(Beifall)

Meine Damen und Herren, da ist vielleicht ein bißchen hohe Selbsteinschätzung drin, als ob in der Welt alles vom eigenen Willen abhinge. Aber niemand unter den Älteren von uns sollte sich darüber ärgern.

Zu dem, wozu wir uns selber zu stellen haben, gehört: Der Mensch kann sich nicht selbst verwirklichen. Die Freiheit des Menschen - ja, sie ist durch die Emanzipation politisch gefördert worden. Aber jetzt stehen wir vor der Gefahr, daß sich der Mensch gewissermaßen von seiner eigenen Natur zu emanzipieren sucht. Diese Natur der Freiheit aber zielt auf Bindung an den Mitmenschen, sie zielt auf Gemeinschaft. Der Mensch ist befreit - wie wir Christen sagen - vom Zwang, eine letzte Antwort auf den Sinn der Welt und des Lebens zu geben.

In diesem Sinne befreit, können wir Verantwortung für uns und für unseren Nächsten übernehmen. Den Kern der Probleme, wie sie von langer Hand gewachsen sind,sehe ich darin, daß sich dies verdunkelt hat. Es ist eine langfristige Aufgabe, hier neue Zeichen zu setzen. Diese Aufgabe eignet sich nicht für ein Hopp-Hopp-Wahlprogramm. Die Aufgabe, die hier vor uns steht, erfordert unsere langfristige Verantwortung für die Zukunft. Ob wir die Kraft zu ihr haben, wird darüber entscheiden, welches Zutrauen die junge Generation dazu gewinnt, daß wir die Zukunft verantwortlich im Blick haben. - Ich danke Ihnen.

(Anhaltender Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Richard von Weizsäcker.

Das Wort hat jetzt Horst Waffenschmidt. Nach ihm wird Christoph Böhr vom Bundesvorstand er Jungen Union sprechen.

Dr. Horst Waffenschmidt: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde! Mit dem Antrag der Jungen Union wird mit guten Gründen gefordert, die Lebensnahbereiche menschlicher zu gestalten und die Kontaktmöglichkeiten zwischen den Generationen zu fördern. Ich möchte dies hier nachdrücklich unterstützen, gerade auch aus vielfältiger Erfahrung in der Politik unserer Städte, Gemeinden und Kreisen.

Gerade bei diesem Antrag und im Blick auf das, was mit Recht Matthias Wissmann hier ausgeführt hat, sollten wir noch einmal deutlich machen, daß wir mit unserer Politik für die freien Träger, für unsere Sozialverbände, für die diakonischen Einrichtungen ein ganz ausgezeichnetes, besonders wichtiges Angebot als Union machen, wo wir die junge Generation einladen wollen, mitzutun.

Ich möchte an dieser Stelle einmal sehr herzlich den vielen zehntausenden jungen Menschen danken, die Freizeit bereitstellen, um alten Menschen, um Behinderten, um in Krankenhäusern zu helfen. Hier wird von jungen Menschen praktizierte Nächstenliebe geleistet. Dafür sollten wir einmal sehr herzlich Dank sagen.

(Beifall)

Meine lieben Freunde, ich meine, wir dürfen in diesem Bereich den jungen Menschen manches zutrauen, vieles zutrauen. Angesichts der Impulse, die gerade dieser Antrag anspricht, sollten wir als Aufgabe mitnehmen, daß wir den jungen Menschen helfen zu helfen. Hier liegt ein großer Schatz, eine wichtige Möglichkeit des Angebots an die jungen Mitbürger.

Wenn wir uns die Chancen dafür ansehen, dann darf eines deutlich werden: Gerade darin besteht ein wesentlicher Unterschied zwischen der Union und den Sozialisten. Wir wollen nicht den total verwalteten Einwohner, sondern wir wollen den mitgestaltenden Bürger, gerade auch im Nahbereich. Dazu wollen wir die junge Generation mit einladen, hier mitzutun und mitzugestalten.

Meine Damen und Herren, das hat natürlich praktische Folgerungen für unsere Arbeit in Bund, Ländern und Gemeinden. Ich will es einmal zugespitzt sagen: Wir sollten eben auch darin einen wertvollen Beitrag sehen, daß wir einer Jugendgruppe, daß wir einem Verein, die soziale Dienste verrichten, lieber einen Zuschuß geben,als für alles Behörden, Ämter und öffentliche Richtlinien zu schaffen, die nur zu neuen Mammutapparaten führen.

(Beifall)

So möchte ich die jungen Menschen in unserem Lande aufrufen, mit uns gerade auch beim bevorstehenden Wahlkampf gegen den Aberglauben zu kämpfen, alles würde schöner, besser und gerechter, wenn die öffentliche Hand es regelt. Nein, wir als Union sagen: Was Bürger unmittelbar miteinander füreinander tun können, das soll die öffentliche Hand nicht an sich ziehen, sondern sie soll diese Freiheitsbereiche lassen und schützen.

(Beifall)

So, meine ich, soll unsere Politik für die Stärkung und Ermutigung der freien Träger auch ein Angebot an die jungen Menschen sein. Gerade als Sprecher unserer Kommunalpolitiker möchte ich hierzu sagen, daß wir uns verstärkt darum bemühen wollen, junge Mitbürger mit hineinzunehmen. Wenn hier weiter Dienstbereitschaft und persönliche Einsatzbereitschaft sichtbar werden, dann ist dies ein Zeichen der Gestaltung unserer Politik, bei der unsere Politik auch im Zeichen des "C" Glaubwürdigkeit bekommen kann, wo sie leuchten kann, wo sie ansprechend ist, wo sie Menschen auch überzeugen kann.

So rufe ich dazu auf, daß wir bei den bevorstehenden gesetzgeberischen Aufgaben, daß wir bei der Politik in Bund, Ländern und Gemeinden den freien Trägern, unseren diakonischen, sozialen Einrichtungen neuen Mut machen und sie stärken. Ich rufe die jungen Mitbürger auf mitzutun. Hier ist ein besonderes Angebot der Union, mitzugestalten, mit zu dienen und ein Stück praktizierter Nächstenliebe zu leben.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Horst Waffenschmidt. Das Wort hat jetzt Christoph Böhr.

Christoph Böhr: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Lassen Sie mich ein paar Bemerkungen zu dem Thema mache, das wir zur Zeit diskutieren, "Jugend und Union", und mit der Feststellung beginnen, daß die Schwierigkeiten des Erwachsenwerdens für junge Menschen heute weitaus größer als zu früheren Zeiten sind. Wir haben das in unserem Antrag näher ausgeführt und sprechen häufig schlagwortartig etwa von der Undurchschaubarkeit unserer Welt. Es kann kein Zweifel bestehen, unsere Welt ist komplizierter geworden, der soziale Wandel unserer Gesellschaft verlief noch zu keiner Zeit so beschleunigt, wie dies heute der Fall ist. Diese Beschleunigung von Veränderungen in unserer Gesellschaft - ich erinnere nur an die überhastete und voreilige sogenannte Reformpolitik der SPD in den letzten zehn Jahren - läßt nicht nur junge Menschen, sondern auch andere den Überblick verlieren und gibt das Gefühl der Unsicherheit gerade bei jungen Menschen. Die Folge ist - dies stellen wir fest, und das kennzeichnet meines Erachtens in charakteristischer Weise insbesondere den Zustand der jungen Generation heute - eine sogenannte Orientierungskrise, aber darüber hinaus auch eine Krise der Verständigung. Denken Sie an die vielfachen Verständigungs- und Kommunikationsschwierigkeiten nicht nur zwischen den Generationen, sondern auch zwischen verschiedenen Sozialgruppen in unserer Gesellschaft. Ich meine, wir müssen den Bereich etwas näher, genauer zur Kenntnis nehmen.

Bei der jungen Generation, bei jungen Menschen führt das zu der Entwicklung - das wird uns nachdenklich stimmen, wenn wir über "Jugend und Union" diskutieren -, daß die Jugend immer mehr dazu neigt, sich selbst abzukapseln, sich da zurückzuziehen, wo der Kontakt notwendig wäre, daß Jugend mangelnde Orientierung besitzt, wo Vertrautheit mit den traditionellen sozialen Institutionen hätte entstehen müssen. Wir müssen bei jungen Menschen einen sehr tiefgreifenden Überzeugungs- und Gesinnungswandel feststellen. Den sichtbaren Ausdruck dieses Wandels in der Überzeugungsstruktur junger Menschen finden wir in der alternativen oder Ökologiebewegung in unserer Gesellschaft. Dies ist allerdings nur die Spitze des Eisberges, unter dem sich bei einer großen Mehrheit junger Menschen sehr tiefgreifende Veränderungen in den letz-

ten Jahren vollzogen haben. Wir sprechen heute - da greife ich einen Begriff auf, der von diesen Leuten selbst geprägt wurde - von einer Gegengesellschaft.

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir begrüßen Franz Josef Strauß in unserer Mitte.

(Anhaltender Beifall)

Lieber Freund Franz Josef Strauß, der Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union hat Sie soeben sehr herzlich in seiner Mitte begrüßt. Wir begrüßen in Ihnen den Vorsitzenden unserer Schwesterpartei, der Christlich Sozialen Union. Mit ihr haben wir die gleichen geistigen Wurzeln, wir haben die gleichen politischen Überzeugungen. Wir, die CDU und die CSU, sind eine einheitliche politische Bewegung, und wir werden zusammenstehen und zusammen kämpfen.

(Beifall)

Wir begrüßen in Ihnen aber auch unseren gemeinsamen Kanzlerkandidaten, und wir setzen große Hoffnungen und Erwartungen in unseren gemeinsamen Kampf um den Wahlsieg bei der Wahl zum Deutschen Bundestag am 5. Oktober.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Ich bitte, daß Herr Böhr in seinem Diskussionsbeitrag fortfährt.

Christoph Böhr: Ich versuche, das gebührlich abzukürzen.

Kurzum, es muß uns bedenklich stimmen, wenn heute in weiten Bereichen der jungen Generation Lebensformen und Grundhaltungen gefunden werden, die etwa in bewußter Absetzung von bürgerlichen Formen des Lebens stehen. Hierin liegen die über das Aktuelle hinausreichenden Schwierigkeiten der Union, weil die Union - das müssen wir alle nüchtern feststellen - in weiten Teilen den Anschluß an diese Veränderungen etwa in der Gesinnung und Überzeugungsstruktur jüngerer Menschen verloren hat. Diesen Veränderungen liegt häufig im innersten ein sehr konservatives Interesse zugrunde.

Lassen Sie mich aus der Sicht der Jungen Union, sehr verkürzt und einfach zusammengefaßt, drei Punkte anführen, auf die wir uns in den nächsten Wochen und Monaten besinnen sollten.

Erstens. Ich meine, daß die Union Angebote zu machten hat, wo partielle Inseln der Bewahrung in einer Gesellschaft, die sich sehr beschleunigend ändert und wandelt, gefunden werden und sinnvoll sein können. Soeben war schon die Rede davon, als Richard von Weizsäcker gesprochen hat. Es ist ein zutiefst religiöses Anliegen, daß die Welt dem Menschen nur zu treuen Händen übergeben ist und daß er diese Treuhänderschaft dann auch politisch praktizieren muß. Dieser Gedanke wird etwa dann aktuell, wenn wir über die Erhaltung der natürlichen Umwelt des Menschen reden, er wird aktuell, wenn wir der Meinung sind, daß sich Friedenspolitik nicht darin erschöpft, Machtgleichgewicht zu schaffen, sondern eine gerechte Verteilung der Güter auf dieser Erde erfordert. Es ist ein zutiefst konservatives Anliegen, daß Gerechtigkeit auch unter der Bedingung persönlicher Nachteile anzustreben ist. Elmar Pieroth hat in seinem Beitrag gestern nachmittag davon gesprochen.

Zweitens. In Ergänzung zu diesem Anliegen darf die Union nicht schlechthin als konservative oder beharrende Partei gelten. Konservatives Anliegen erfordert heute in einem hohen Maße die Bereitschaft zu Veränderungen. Konservatives Anliegen erschöpft sich heute nicht in dem Konservieren dessen, was vorfindbar ist, sondern fordert Veränderungen. Wer eine gerechte Weltfriedensordnung will, wer eine gerechte Gesellschaftsordnung will, der muß das Bestehende verändern wollen. Machen wir uns keine Illusionen darüber: Die Union hat in den vergangenen Jahren das Veränderungspotential, das bei jungen Menschen vorhanden ist, nicht oder nur in sehr geringem Maße binden können.

Drittens. Wenn der Befund der Orientierungskrise bei jungen Menschen zutrifft, dann muß die Union eine wertbezogene Alternative für diejenigen bieten, die in unserer Gesellschaft entwurzelt sind. Ich meine, Entwurzelung gehört mit zu den Kennzeichen einer Gesellschaft, die sich wie unsere in den letzten Jahren so schnellebig und beschleunigt gewandelt und verändert hat. Heiner Geißler hat gestern morgen sehr zutreffend davon gesprochen, daß der Sozialismus geradezu auf den entwurzelten Menschen angewiesen ist. Ich halte das für sehr richtig und zutreffend, meine aber, daß auch umgekehrt eine Beziehung existiert, nämlich, daß der entwurzelte Mensch in unserer Gesellschaft - und gerade im Bereich der jüngeren Leute - ein infantiles Bedürfnis nach einer heilen Welt, nach einer harmonischen Welt, nach einem geschlossenen Weltbild besitzt. Hierin liegt ja die Faszinationskraft des Sozialismus mit begründet: daß er den einzelnen entlastet, daß er dem einzelnen Sicherheit in der Orientierung, Sicherheit in der Handlungsanleitung, auch in der politischen Handlungsanleitung, zumindest vorgaukelt, aber immerhin als gültig und dauerhaft vorgaukelt.

Wir haben in dem Antrag der Jungen Union, der Ihnen vorliegt, versucht, unsere Alternative zu umreißen. Beispielsweise haben wir verschiedene Vorschläge gemacht, wie die Möglichkeiten des Kontakts zwischen den Generationen verbessert werden können. Dort, wo die Verständigungskrise in unserer Gesellschaft zu einem Symptom geworden ist, muß man ansetzen, um diese Verständigungskrise zu überwinden und eine fortschreitende Abkapselung der Jugend zu verhindern.

Aber ebenso wichtig wie politische Lösungen ist unser persönliches Beispeil, das wir als einzelne bieten. Ein solches Beispiel kann man nur individuell geben. Wenn wir etwa von jüngeren Menschen Verzichtbereitschaft und Opferbereitschaft fordern - ich erinnere an die Energiekrise und andere Sachverhalte -, müssen wir das Geforderte auch selbst praktizieren, jeder einzelne für sich. Der alte Satz, daß ein praktiziertes Beispiel mehr gilt als viele Worte, viele Anträge und viele Papiere, die wir politisch verabschieden, hat heute immer noch die gleiche Bedeutung, die er in früheren Jahren gehabt hat.

Wir brauchen in den nächsten Jahren - dies halte ich für wichtig - in dieser Union eine größere Sensibilität für die Anliegen auch kritischer junger Menschen, als wir sie in der Vergangenheit gehabt haben. Diese Sensibilität ist eine der Voraussetzungen dafür, Kontakt mit jungen Menschen zu gewinnen. Wir müssen dokumentieren, daß wir von den Problemen betroffen sind. Eben hat Horst Waffenschmidt davon gesprochen, daß bei vielen jungen Menschen ein großartiges Engagement etwa im Hinblick auf Probleme der Entwicklungspolitik, auf Probleme der Dritten Welt oder auf

Sozialarbeit für bestimmte Gruppen unserer Bevölkerung besteht. Nehmen wir dies ernst, zeigen wir uns existentiell betroffen von diesen Problemen, werden wir etwas sensibler in diesen Bereichen, und ich bin sicher, daß wir einen engeren Kontakt zur Jugend finden werden.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Herr Böhr. Das Wort hat Frau Laurien. Nach ihr spricht der Bundesvorsitzende des RCDS, Stefan Dingerkuss.

Frau Dr. Hanna-Renate Laurien: Meine Damen und Herren! Nachdem der Kanzlerkandidat da ist, wollte ich eigentlich auf meine Wortmeldung verzichten. Das Präsidium hat das aber abgelehnt. Immerhin will ich versuchen, das, was ich sagen wollte, in Kürze vorzutragen, und ich hoffe, daß die nachfolgenden Redner das gleiche tun, damit wir möglichst bald die Rede unseres Kanzlerkandidaten hören können.

(Beifall)

Ich begrüße diesen Antrag der Jungen Union, weil er das Altersgetto ausstreicht, nicht Aufteilungen vornimmt - dort alte Menschen, da junge Paare, hier Kinder -, sondern das Miteinander betont. In der öffentlichen Bewertung wird die Jugend heute meist mit Schlagworten belegt wie: privatistisch, Duckmäusertum, unpolitisch. Man belegt das mit Umfrageergebnissen, nach denen sich 1976 noch gut 65 % der Jugendlichen von den Parteien vertreten wähnten, während dies nach der ZDF-Umfrage vom Februar 1980 nur noch für 48 % zutrifft. Daraufhin sagt man, diese Jugend zeige Staatsverdrossenheit.

Ich begrüße es, daß die Junge Union in ihrem Antrag nicht derart Jugend kritisiert, sondern nach dem Zustand der Gesellschaft fragt. Wer von Staatsverdrossenheit der Jugend redet, der muß sich doch fragen lassen, wie es in unserer Gesellschaft mit dem Staatsbewußtsein aussieht. Mir kommt das manchmal vor wie Liebeskummer ohne Liebe oder wie unser Verhalten zum Alkoholismus: man redet gegenüber der Jugend gegen den Alkoholismus, aber selber greift man schon in der 9-Uhr-Pause zur ersten Flasche Bier.

(Beifall)

Hier weist Jugend seismographisch auf Defizite in unserer Gesellschaft hin. Wenn Jugend private Werte hervorhebt, so weist sie damit darauf hin, welch unselige Trennung von priavt und öffentlich, von Familie und Beruf vollzogen worden ist. Da wird Familie für manche nur noch Emotionsreaktor, Gefühlsspeicher, und Beruf wird nur noch am Erfolg gemessen. Lassen Sie mich diese Schizophrenie noch einmal verdeutlichen. Wenn in der Familie etwas getan wird, fragt man oft nur nach der Gesinnung: Wenn du die Blumen schenkst, kommt es nicht darauf an, ob die Blumen schön sind, sondern darauf, warum du die Blumen schenkst, ob das verschwiegene Sünden zudecken soll oder ob das wirklich Ausdruck der Zuwendung ist. Im Beruf aber wird gesagt, es zählt nur der Erfolg, nur die Leistung.

Die Union tritt dafür ein, daß beides korrigiert wird. Familie muß in ihrer prägenden Kraft gewertet werden. Man denke nur an die Berechnung der Rentenzeit für Mütter. Für uns gilt unverändert die Linie, daß eine Frau, die Kinder erzieht, berufstätig ist, auch dann,wenn sie nicht erwerbstätig ist.

(Beifall)

Beruf ohne Ethos können offensichtlich manche Leute leben. Aber ob sie damit glücklich leben, wagen wir zu fragen.

Gerhard Schmidtchen, der kürzlich Fragen an den Fortschritt gestellt hat, hat formuliert, daß die Person, die nur sich selbst kennt, die nur nach unmittelbaren Belohnungen fragt, letztlich sich selbst verbraucht und nicht mehr da ist. Wir schulden der Jugend - und das macht dieser Antrag der Jungen Union deutlich - Antwort, nicht die Sektenprediger. Wir können zeigen, daß das Aushalten und Bestehen von Konflikten ohne Gewaltanwendung lohnt. Unser Weg ist die Begeisterung für die nüchterne Lösung. Lassen Sie uns deshalb die Junge Union mit ihrem Antrag und in der Realität unseres Alltags damit unterstützen, daß wir nein sagen zum Fanatismus - das ist die verabsolutierte Bindung -, daß wir nein sagen zur Beliebigkeit - das ist die preisgegebene Bindung - und daß wir als Union auf die freiheitliche Überzeugungskraft setzen. Noch einmal: Begeisterung für das Nüchterne, denn die Demokratie ist auch die nüchternste aller Staatsformen und deshalb zugleich die menschlichste, die wir mit Verstand und Herz unterstützen dürfen, für die wir lernen und die wir lieben.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Frau Laurien. Das Wort hat jetzt der Bundesvorsitzende des RCDS, Stefan Dingerkuss. Ihm folgt der Parteifreund Kieliszek aus dem Landesverband Westfalen-Lippe.

Stefan Dingerkuss: Herr Vorsitzender! Meine Damen und Herren! Mit diesem Antrag, der hier heute morgen zur Diskussion steht, beschäftigt sich die Union als erste der Parteien mit den wirklichen Problemen der jungen Generation. Das sollte hier auch einmal erwähnt werden. Ich meine allerdings, die Union sollte nicht nur die Situation analysieren, sondern sie sollte daraus auch konkrete Folgerungen ziehen. Wenn man sich mit den Problemen junger Menschen in dieser Gesellschaft beschäftigt, darf man nicht dabei stehenbleiben, diese Probleme zu beschreiben, sondern muß die Konsequenz daraus ziehen, die Probleme aufzugreifen, die Jugendliche interessieren. Hieraus muß eine langfristige Arbeit folgen, eine Arbeit, die nicht nur in den nächsten paar Monaten geleistet und danach unter den Teppich gekehrt werden darf.

Lassen Sie mich einmal am Beispiel der Hochschulen die Probleme mangelnder Identifikation mit unserer freiheitlichen Gesellschaft, der Resignation und der Staatsverdrossenheit - dies sind zweifellos nicht nur leere Begriffe - deutlich machen. Wie sollen Demokraten die Solidarität, die Grundwerte einer freiheitlichen Gesellschaft einem jungen Menschen vermitteln, wenn die Jugendorganisationen demokratischer Parteien - der SPD und der FDP - an den Hochschulen diese Grundwerte der demokratischen Gesellschaft sabotieren, indem sie ausschließlich - ich wiederhole: ausschließlich - mit Kommunisten paktieren, und zwar gegen demokratische Gruppen, wobei die demokratischen Gruppen an den Hochschulen über 7o% der Stimmen verfügen?

(Beifall)

Lediglich eine einzige Hochschule hätte heute einen kommunistischen AStA, wenn nicht Jungsozialisten und Jungdemokraten an den Hochschulen mit Kommunisten zusammengingen.

(Zustimmung)

Das muß man auch einmal deutlich sagen. Wie so etwas zu verstehen ist, kann ich selber nicht begreifen; es muß schon etwas mit dem Demokratieverständnis dieser Freunde zu tun haben. Das führt sicherlich im Bereich der Studentenschaft dazu, daß Werte der Demokratie wie Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität in den Hintergrund geraten.

Aber ein Großteil der Studenten ist nicht von diesen extremistischen Ideologien überzeugt; ein Großteil der Studenten steht resigniert vor den Problemen. Auch das ist nicht verwunderlich, wenn man sich z.B. ansieht, daß in Nordrhein-Westfalen jetzt nach der Zusammenlegung der Pädagogischen Hochschulen und der Universitäten keine einzige Hochschule mit weniger als 1o ooo Studenten existiert, keine einzige Universität, die noch überschaubar wäre. Nein, gleich drei Universitäten haben mehr als 3o ooo und eine mehr als 5o ooo Studenten. Wie soll sich ein junger Mensch mit einer so komplexen Gesellschaft in einem 6o-Millionen-Staat identifizieren, wenn er seinen eigenen persönlichen Nahbereich nicht überschauen kann? Da müssen wir ansetzen, da muß angesetzt werden, um jungen Menschen Orientierung zu vermitteln. Es muß Schluß gemacht werden mit dem Bildungseuphorismus und mit der Zusammenlegung zu Massenhochschulen, es muß endlich durchgesetzt werden, daß mit der Studienreform die Hochschulen und die Studiengänge studierbar werden und die Studenten sich mit dem identifizieren können, was sie leisten und was sie tun. Das und nicht Bildungseuphorismus um jeden Preis ist nötig.

(Beifall)

Man darf aber in dieser Diskussion eine Gruppe von jungen Menschen nicht vergessen, und diese Gruppe ist an den Hochschulen zweifellos relativ stark vertreten. Ich meine die Gruppe der psychisch Gefährdeten und psychisch Geschädigten. Wenn ich Ihnen sage, daß an der Hochschule Probleme wie Alkoholismus und Drogensucht sehr viel stärker als in der Gesamtgesellschaft vorhanden sind, wird Sie das vielleicht wundern. Dann aber, wenn ich Ihnen sage, daß an der Hochschule die Selbstmordrate unter den jungen Menschen viermal höher als in der gesamten Gesellschaft ist, müßte uns das schwer zu denken geben. Hier sind wir aufgerufen, uns in christlicher Verantwortung für die Benachteiligten und die Schwachen in der Gesellschaft einzusetzen.

(Beifall)

Auch das darf nicht nur verbal geschehen; da muß endlich ein Anreiz geschaffen werden, z.B. in den Massenhochschulen durch psychotherapeutischen Beratungsstellen usw. Ich weiß, daß damit nur an den Symptomen herumkuriert wird, aber kurzfristig ist das der einzige Weg, um den jungen Menschen zu helfen.

Insgesamt, so glaube ich, muß Politik glaubwürdiger werden. Sie muß einem jungen Menschen die Möglichkeit geben, sich mit der Gesellschaft und denjenigen Menschen, die diese Gesellschaft repräsentieren, zu identifizieren.

(Zustimmung)

Es muß möglich sein, daß ein junger Mensch versteht, was in diesem Staat passiert. Der Grundwertebezug der Politik, die Verdeutlichung, daß politische Fragen nicht an irgendeinem Wahltag orientiert sind, sondern an Grundwerten wie mehr Freiheit, mehr Gerechtigkeit, mehr Solidarität, muß einem jungen Menschen ver-

mittelt werden, und das ist unser Auftrag in dieser Zeit.

(Beifall)

Helmut Kohl hat in seiner letzten Diskussion in einer deutschen Hochschule in Aachen mit sage und schreibe 3ooo Studenten in einem Hörsaag mit 1ooo Plätzen sehr deutlich gemacht, daß eine offene Diskussion mit jungen Leuten zeigen kann, daß Politiker Menschen sind, die sich für die Probleme der jungen Leute interessieren und eine offene Diskussion führen können. Das sammelt Pluspunkte für die etablierten Parteien, die doch heute - vermeidbar - so wenig Anhang in der jungen Generation finden. Das ist ein guter Schritt, und dieser demokratische Dialog mit den jungen Leuten muß weiter betrieben werden.

Es ist auch wichtig, daß Politiker Fehler eingestehen. Im Grundsatzprogramm des RCDS genauso wie in dem der Christlich Demokratischen Union heißt es, jeder Mensch ist fehlbar, kein Mensch ist unfehlbar. Das gilt zweifellos auch für Politiker, und das müssen die Politiker den jungen Menschen auch deutlich machen und zu erkennen geben. Im vergangenen Jahr ist dies geschehen, als Gerhard Stoltenberg deutlich gemacht hat, daß es eine falsche Entscheidung war, die Zwangsexmatrikulation in das Hochschulrahmengesetz aufzunehmen,

(Beifall)

und als man konsequenterweise diese Zwangsexmatrikulation so schnell, wie es irgend möglich war, aus dem Hochschulrahmengesetz herausgestrichen hat. Auch das ist ein Weg, Politik glaubwürdiger zu machen und jungen Menschen deutlich zu machen, daß die Politiker nicht in ihrem eigenen Interesse, sondern im Interesse derjenigen arbeiten, die sie vertreten.

Ich glaube, dann, wenn in diesem Wahlkampf, der sehr polarisiert geführt zu werden droht, diese Fragen der jungen Menschen aufgegriffen werden und deutlich gemacht wird, daß man sich mit den Problemen der jungen Menschen wie Umwelt, Energie, Staatsverschuldung, Verunsicherung und Bildungsfragen auseinandersetzen will, können sich junge Leute wieder stärker mit dieser Gesellschaft identifizieren, dann ist das ein Schritt dahin, daß auch die bisher so geschmähten etablierten Parteien und deren Jugendorganisationen den Anhang finden, den sie verdienen. Ich warne davor, eine Jungwählerkampagne, eine Zielgruppenkampagne in diesem Jahr zum Selbstzweck werden zu lassen. Das schadete uns allen und insbesondere der jungen Generation, den jungen Menschen, die unserer Unterstützung, die der Zusammenarbeit, der Kooperation mit uns allen bedürfen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank, Stefan Dingerkuss. Das Wort hat nun der Parteifreund Kieliszek; ihm folgt als letzter Diskussionsredner Dr. Bernhard Vogel.

Hans Kieliszek: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich möchte eigentlich nur drei Anmerkungen machen. Zu Wort gemeldet habe ich mich deswegen, weil ich als Vorsitzender eines Kreisverbandes deutlich machen möchte, daß dieses Anliegen der Jungen Union auch unser Anliegen, nicht nur das der Jungen Union, sein muß. Es erscheint mir ausgesprochen wichtig, daß wir als Parteitag das einmal deutlich machen.

(Zustimmung)

Ich unterstelle auch, daß dieser Antrag angenommen wird, hoffentlich einstimmig, weil er vieles beinhaltet, was uns allen am Herzen liegt.

(Beifall)

Meine Damen und Herren, es ist ganz selbstverständlich, daß auf einem solchen Parteitag vieles, was von der Jungen Union gut vorbereitet und dargelegt worden ist, Einstimmigkeit findet. Was ich möchte, ist, daß wir uns der Tatsache bewußt werden, daß solche Beschlüsse auch realisiert werden müssen,

(Beifall)

daß sie Bestandteil unserer täglichen Arbeit werden müssen, wenn sie es noch nicht sind.

Ein Zweites: Wir dürfen nicht immer nur vor Wahlen oder in der Wahlzeit plötzlich erkennen, was wir von der jungen Generation bzw. für die junge Generation wollen, sondern müssen auch außerhalb der Wahlzeit das praktizieren, was wir an Politik für junge Menschen machen wollen.

(Zustimmung)

Meine Damen und Herren, ich glaube, dann, wenn uns das gelingt, wird es entscheidend sein, nicht nur ein gutes Programm zu haben, sondern es wird darauf ankommen, mit der jungen Generation das umzusetzen, was dieses Programm, was dieser Antrag beinhaltet.

Wir haben auf diesem Parteitag in den Diskussionen wiederholt erlebt, daß wir uns die Frage stellen: Wie kommen unsere programmatischen Aussagen an? Die Praxis zeigt, daß uns - und wenn die Programme noch so gut sind - gerade die junge Generation an dem mißt, was wir vorlegen, was wir politisch umsetzen. Ich bitte Sie, diesem Antrag zuzustimmen.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank! - Als letzter Redner hat Herr Bernhard Vogel das Wort.

Dr. Bernhard Vogel: Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Freunde, gelegentlich kann man eine Rede in einen einzigen Satz fassen.

(Zustimmung)

Ich will das in diesem Fall tun.

Diese Debatte war notwendig, dieser Antrag ist gut, wir sollten ihn annehmen, und wir sollten draußen das in die Tat umsetzen, was wir mit diesem Antrag beschließen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall)

Elmar Brok, Tagungspräsidium: Herzlichen Dank!

Ich stelle jetzt diesen Antrag in der Fassung der Antragskommission zur Abstimmung. Wer ist für diesen Antrag der Jungen Union? - Wer ist gegen diesen Antrag? - Ich sehe keine Gegenstimme. Stimmenthaltungen? - Ich sehe auch keine Enthaltung. Damit ist dieser Antrag von diesem Parteitag einstimmig verabschiedet worden.

(Beifall)

Ich möchte mich für die Debatte und für diese Beschlußfassung bedanken. Ich glaube, daß sich hier eine Partei in dem Sinne an die junge Generation wendet, daß wir die wirkliche junge Generation der Bundesrepublik Deutschland und nicht diejenigen ansprechen, die von einer Stelle zur anderen, ob nach Bremen oder nach Berlin, ziehen, um in geschlossenen Demonstrationszügen durch Gewaltmaßnahmen demokratische Debatten in demokratischen Institutionen nicht möglich werden zu lassen. Dies wollen wir durch einen solchen Dialog, den wir heute auf diesem Parteitag begonnen haben, beenden. Herzlichen Dank!

(Beifall)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Freunde, ich rufe nun noch einmal den Tagesordnungspunkt 12 auf:

Aussprache und Verabschiedung des Wahlprogramms

Wir wollen jetzt zur Schlußabstimmung über dieses Wahlprogramm kommen. Ich bitte alle Delegierten, die diesem Wahlprogramm ihre Zustimmung geben wollen, sich zu erheben. - Ich danke sehr. Ich bitte diejenigen, die dagegen stimmen wollen, sich zu erheben. - Ich sehe keine Gegenstimme. Wer will sich der Stimme enthalten? - Offensichtlich auch niemand.

Damit stelle ich fest, daß der Bundesparteitag der Christlich Demokratischen Union das Wahlprogramm der CDU/CSU für die Bundestagswahl 1980 einstimmig angenommen hat.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, auf der Grundlage dieses Wahlprogramms wollen wir um die Zustimmung der Menschen in unserem Land bei der Bundestagswahl werben. Wir wollen landauf, landab um die Stimmen der Wähler ringen. Wir wollen geschlossen für den Sieg am 5. Oktober kämpfen.

Ich rufe nunmehr Tagesordnungspunkt 17 auf:

Rede des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß

Ich erteile das Wort dem Kanzlerkandidaten der CDU/CSU, unserem Freund Ministerpräsident Dr. Franz Josef Strauß.

Dr. h. c. Franz Josef Strauß, Vorsitzender der CSU (mit lang anhaltendem lebhaften Beifall begrüßt): Meine sehr verehrten Damen und Herren! Liebe Parteifreunde! Ein recht herzliches Wort des Grußes im Namen der gesamten Christlich Sozialen Union, deren Parteiausschuß gemäß unseren Satzungen am letzten Samstag ebenfalls dem gemeinsamen Wahlkampfprogramm einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen zugestimmt hat.

(Beifall)

Ein herzliches Wort des Dankes für die Einladung und ein besonders herzliches Wort des Dankes für den Empfang, der mich nicht nur an CSU-Verhältnisse erinnert, sondern eigentlich schon darüber hinausgeht.

(Beifall)

Ein herzliches Wort des Dankes dem Bundesparteivorsitzenden der CDU, Helmut Kohl,

(Starker Beifall)

der nach langer und gründlicher Vorbereitung durch Mitarbeiter der beiden Unionsparteien mit mir gemeinsam diesem Wahlkampfprogramm die letzte , abschließende und, wie wir sehen, einstimmig eingesegnete Fassung gegeben hat, der auch in seiner Rede im Deutschen Bundestag genauso wie in seiner Rede gestern das politische Ziel, auch das politische Angriffsziel, nämlich die SPD und Helmut Schmidt - die beiden Begriffe können nicht voneinander getrennt werden -, aufgewiesen hat.

(Beifall)

Dieser Parteitag ist ausgewiesen worden als ein Parteitag der Ermutigung für die Union. Hämische Stimmen oder auch journalistische Persiflage hat daraus gemacht:"Parteitag der Ernüchterung". Ich greife dieses Wort auf: Das wird der Parteitag der Ernüchterung sein, der Ernüchterung des deutschen Volkes über Helmut Schmidt und die SPD.

(Beifall)

Das wird der Parteitag der Götterdämmerung werden, in der den für die Fehlentwicklung der letzten zehn Jahre Verantwortlichen die Masken vom Gesicht genommen werden; denn diese Ernüchterung des deutschen Volkes über Helmut Schmidt und seine Partei, eine unteilbare Einheit, ist notwendig, wenn wir Frieden und Freiheit für die Zukunft dieses Jahrhunderts, für die nächste Generation und weit in das nächste Jahrhundert hinein sichern wollen.

(Beifall)

Man sagt von jeder Wahl, daß sie die entscheidende sei, daß sie schicksalwendend sei. Das gehört zum Wahlkampfstil, das gehört auch zu dem Thema Mobilisierung der eigenen Anhänger, Mobilisierung der gewinnbaren Wähler. Wir sollten uns aber darüber hinaus bei dieser Bundestagswahl genauso wie bei der des Jahres 1949 darüber im klaren sein, daß wir mit Eintritt in das neunte Jahrzehnt dieses Jahrhunderts in ein drittes krisenbedrohtes Jahrzehnt eingetreten sind, und daß die Weichen, die in der Bundesrepublik Deutschland in diesem Jahre gestellt werden, für die Zukunft Deutschlands und Europas von ausschlaggebender, langfristiger historischer Bedeutung sein werden.

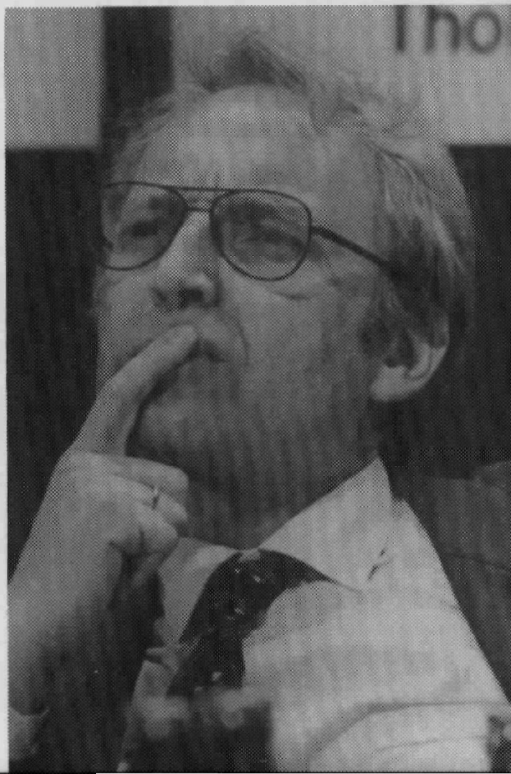
(Beifall)

Ich habe nicht die Absicht, hier Vergangenheitsforschung oder Vergangenheitsbewältigung zu betreiben. Ich habe im Zusammenhang mit den Landtagswahlen im Saarland und in Nordrhein-Westfalen von regionalen Rückschlägen gesprochen. Wer die Geschichte der Union seit den ersten Wahlen des Jahres 1946 kennt, und zwar der Union in ihren beiden Unionsparteien, der kennt Aufstiege und Rückschläge, der kennt Erfolge und Mißerfolge, der kennt den Wellenschlag von Höhen und Tiefen und der ist deshalb frei von der Gefahr, hektisch zu reagieren, kleingläubig und kleinmütig zu verzagen und für die Zukunft ein resignativ-fatalistisches Verhalten an den Tag zu legen. Wir haben keinen Grund dafür!

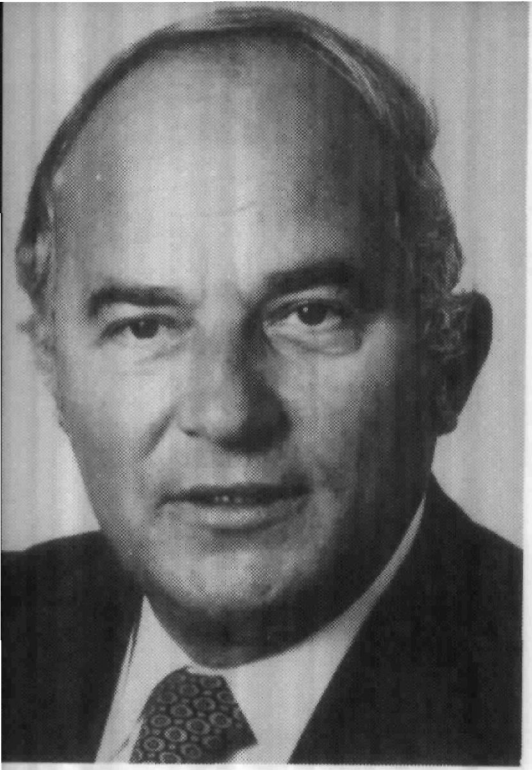
(Beifall)

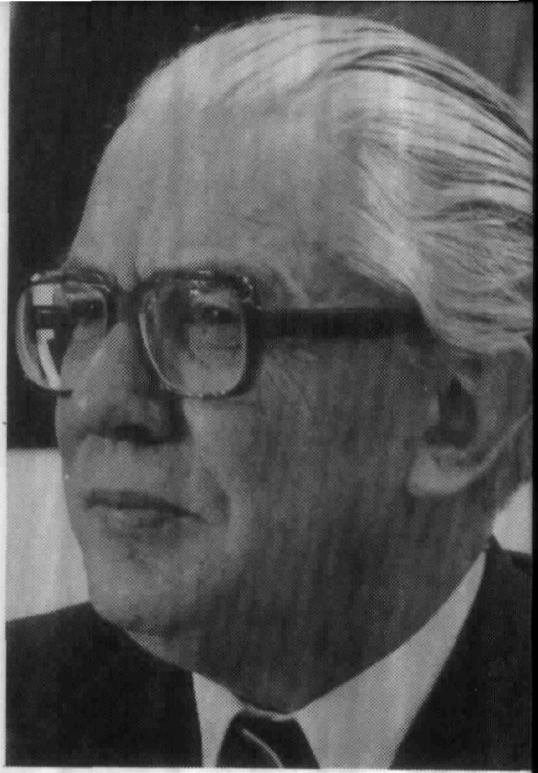
Ohne Zweifel ist die naturgemäß angesetzte Meßlatte der Wahlergebnisse von 1974 bis 1976 auch nicht der richtige Dauermaßstab. Ich möchte hier nicht in Einzelheiten gehen, weil die Zeit einerseits und die Fülle des Stoffes andererseits das nicht erlauben, aber es gibt weder für Erfolge noch für Rückschläge monokausale Erklärungen, die alles auf einen einzigen Grund zurückführen

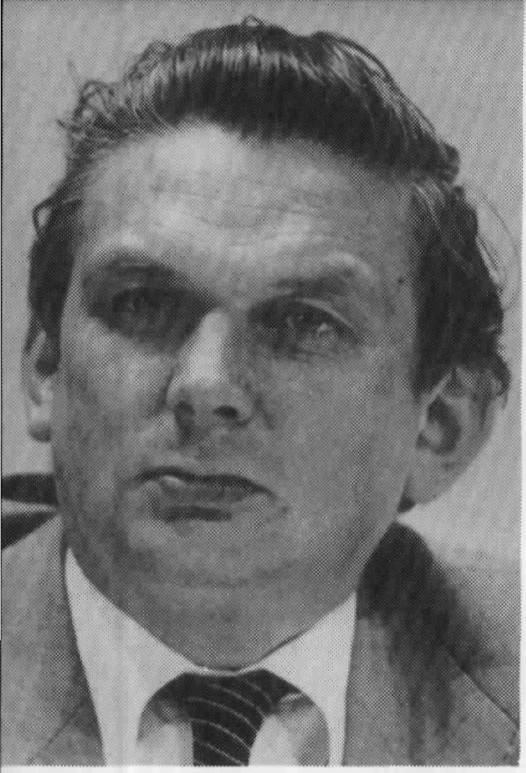
Zeitel

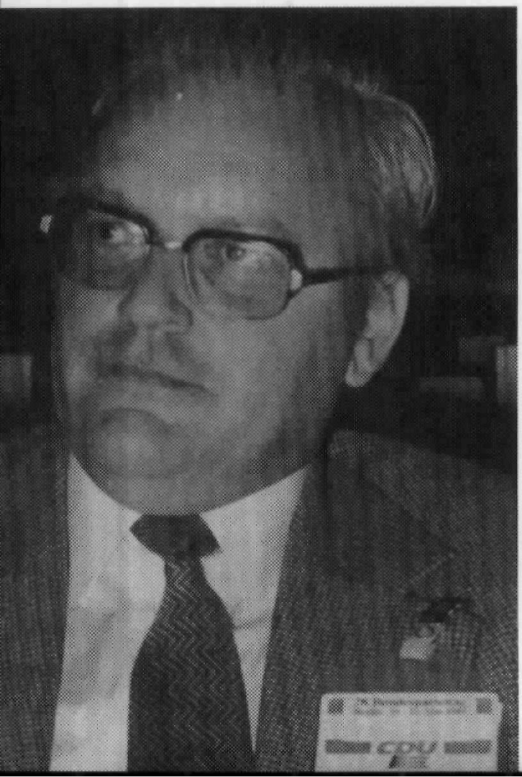


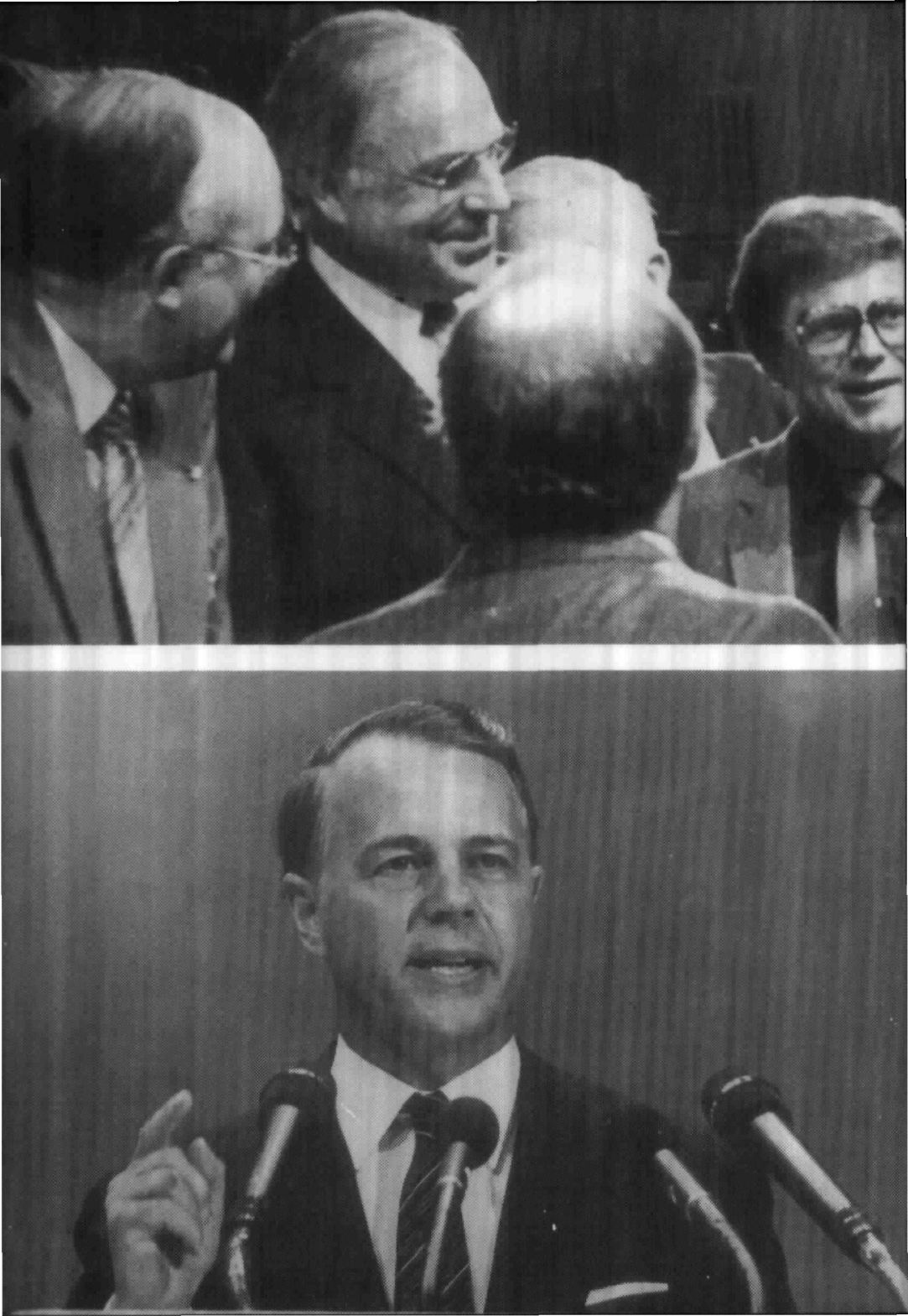
Hasselmann



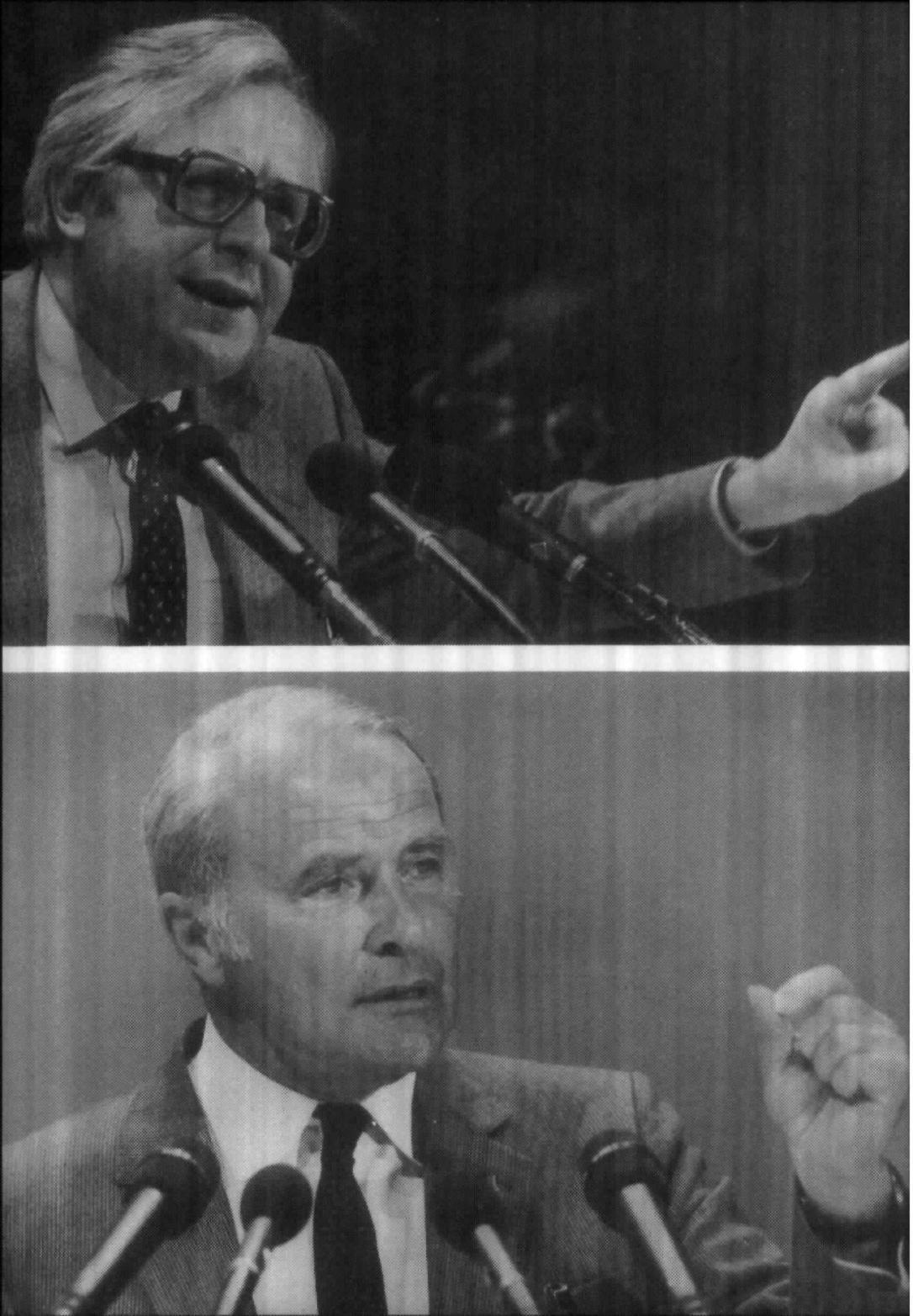


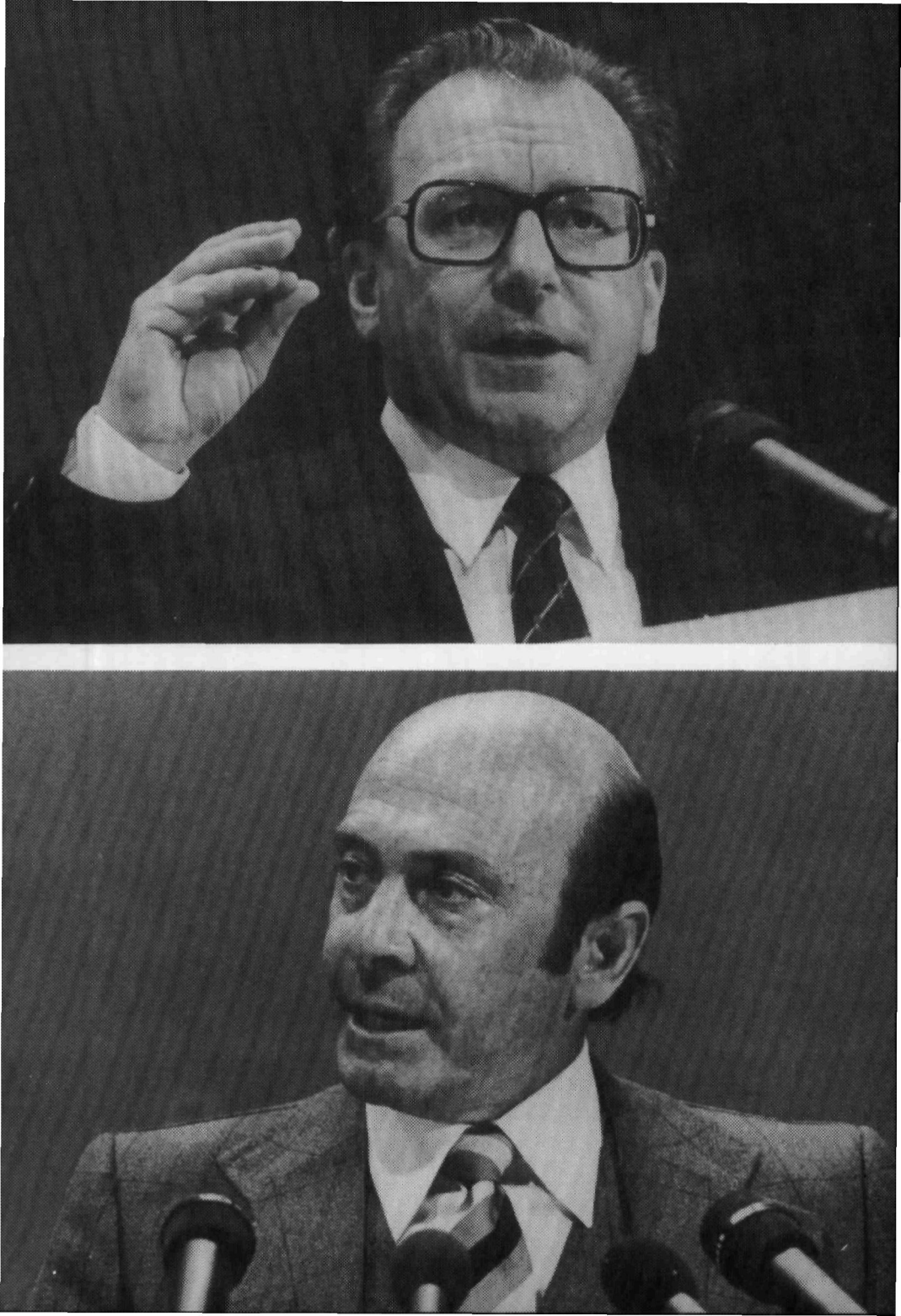



CDU



CDU
sicher
sozial
und frei
17
32





Thoben

wollen. Wer monokausal denkt, hat einen beschränkten Horizont und außerdem keine Phantasie. Monokausale Erklärungen sind weder hilfreich noch aufschlußgebend noch weiterführend.

Es hat auch keinen Sinn, etwa irgendwelche Schuldzumessungen vorzunehmen, die nicht der Selbsterkenntnis dienen, sondern nur dem politischen Gegner und seiner Presse.

Man muß natürlich nachdenken - und das ist der erste wichtigste Anhaltspunkt, der auch weiterhilft -, warum die SPD - Helmut Kohl hat gestern schon darauf hingewiesen, wie ich eben gehört habe - mit nur 100000 Stimmen mehr gegenüber der letzten Landtagswahl 3,3 Prozent der Stimmen dazugewinnen konnte und damit die absolute Mehrheit der Mandate. Sie hat im übrigen 0,2 Prozent weniger als die CDU und CSU gemeinsam 1976 bei den Bundestagswahlen hatten, nämlich 48,4 statt 48,6 Prozent, wie wir sie hatten.

Man muß auch nachdenken, warum die FDP ganz herausgefallen ist. Sie scheint unfähig zu sein, wenn ich an die letzten Äußerungen Genschers denke, daß die FDP im Oktober mit der SPD wieder durch dick und dünn gehen wolle. Die FDP zieht nicht die Schlußfolgerungen und begreift nicht die Lehren, die ihr das Wahlergebnis von Nordrhein-Westfalen bietet. Aber: wen Gott verderben will, den schlägt er mit Blindheit.

(Heiterkeit und Beifall)

Die CDU hat in Nordrhein-Westfalen bei unterschiedlich hoher Wahlbeteiligung - je nach den Regionen - 600000 Stimmen weniger als das letztemal bekommen, d. h. es gibt viele potentielle CDU-Wähler, die gewinnbar sind und die in dieser Reserve von 600000 stecken und darüber hinaus vorhanden sind. Genauso wichtig ist aber die Feststellung, daß die SPD 400000 Stimmen in Nordrhein-Westfalen weniger bekommen hat als bei der letzten Bundestagswahl, obwohl sie den Landtagswahlkampf ausschließlich als Bundestagswahlkampf geführt hat. Die CDU in Nordrhein-Westfalen hat letzteres bewußt nicht getan, aus Gründen, die Kollege Biedenkopf gestern erklärt hat.

Ich möchte jetzt - mehr der Ironie wegen - sagen, daß die CDU bei den letzten Bundestagswahlen in vielen Ländern weniger absolute und prozentuale Stimmenzahlen hatte als bei den vorangegangenen Landtagswahlen. Daraus zu schließen, daß die CDU-Ministerpräsidenten durch ihre Landespolitik das schlechtere Wahlergebnis verschuldet hätten, wäre genauso unsinnig und ungerecht wie die Behauptung, die Bundespolitik der Union habe die besseren Landtagswahlergebnisse verursacht.

Einem Kalender habe ich entnommen, daß es in England ein Gesetz von 1667 gegeben hat, nach dem Wetterpropheten bei falschen Prognosen öffentlich verbrannt wurden.

(Heiterkeit)

Dieses Gesetz ist erst im Jahre 1978 aufgehoben worden.

(Erneute Heiterkeit)

Wie gut, daß es bei uns kein solches Gesetz für Meinungsbefragungsinstitute gibt!

Lassen Sie mich einer sehr interessanten Studie, die ich erst gestern bekommen habe, eines renommierten, uns gegenüber aber nicht gerade mit Freundlichkeit überlasteten Instituts - "Polito-

gramm, Infas-Report, Analysen und Dokumente zur Landtagswahl am 11. Mai 1980" - etwas entnehmen, was ich mit wenigen Sätzen wörtlich zitiere: Die Wahlen in Nordrhein-Westfalen waren die letzten in der Serie der Landtagswahlen der laufenden Legislaturperiode. Werden die Ergebnisse all dieser Wahlen zusammengerechnet, ergibt sich folgende Verteilung: 48,7 % für die CDU/CSU, 41,5 % für die SPD, 5,9 % für die FDP und 3,9 % für die anderen Parteien.

Wenn man diese Zahlen eines, wie gesagt, uns gegenüber nicht gerade mit Freundlichkeit überfrachteten, aber in seiner Wissenschaftlichkeit hochangesehenen Instituts - nur diese habe ich jetzt wörtlich zitiert - zugrunde legt, dann besteht doch nicht der geringste Grund für Kleinmütigkeit, für Kleingläubigkeit und für all das resignierende und fatalistische Gerede, das wir in den letzten Tagen gehört haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich verlese einen zweiten Absatz wörtlich: Das Bild, das im Vergleich zu 1975 entsteht, läßt weniger an einen Erdrutsch denken. Eher könnte man sich Höhen und Tiefen vorstellen, in denen der Pegel des Wassers absinkt, so daß von den höheren Bergen mehr herauskommt und einige Inseln neu auftauchen.

Dann ist die Rede davon, welche Vorteile die SPD aus den ihr nach dem Gesetz an sich zustehenden politischen Zuständigkeiten, aus der politischen Verantwortung sowie aus der entsprechenden Verfälschung der Thematik gezogen hat.

Zum Schluß finden wir eine Feststellung, die wir immer ernst nehmen sollten, ganz gleich, wie hoch ihr Richtigkeitsgrad ist. Es wird nämlich gesagt, daß nach Meinung von 37 % der Befragten die SPD den besseren Wahlkampf geführt habe, während 17 % der Meinung waren, die CDU habe den besseren Wahlkampf geführt. Gut, das ist eine sehr subjektive Beurteilung. Aber subjektiv hin oder her, - wir ziehen unsere Lehren daraus.

Nur,wenn der politische Gegner, ermutigt auch durch törichte oder ungeschickte Äußerungen aus den eigenen Reihen,von einer Personaldiskussion spricht und sie damit ja erst entfesseln will und von der Notwendigkeit der Unaufhaltsamkeit personeller Änderungen spricht, dann doch nicht deshalb, weil er der Union bessere Chancen verschaffen will, sondern weil er sich einen leichteren Bundestagswahlkampf und damit größere Aussichten erschleichen will.

Deshalb ein herzliches Wort des Dankes an die Redner von gestern, an Helmut Kohl, an Kurt Biedenkopf, daß sie diesen törichten Ansätzen zu einer nur dem politischen Gegner dienenden Personaldiskussion - hintergründig angeheizt, falsch interpretiert und der falschen Seite Auftrieb gebend - eine klare und eindeutige Absage erteilt haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich bitte auch um Verständnis, wenn ich etwas nicht mache, was Sie auch gar nicht erwarten, mich hier nämlich etwa persönlich vorzustellen. Wenn sich jemand, der seit 1947 bei der Gründung der Arbeitsgemeinschaft der CDU/CSU - nach meiner Erinnerung in Kronberg in Hessen - in der vordersten Linie der Politik gestanden hat, mit allen Höhen und Tiefen, mit allen Licht- und Schattenseiten, mit allen Vorteilen und Schwächen, vorstellen würde, dann würde er damit nur den Eindruck erwecken, als ob er "fishing for compliments" unternehmen würde. Sie kennen mich. Ich werde meine politische An-

sicht wie in der Vergangenheit so auch in der Zukunft offen sagen. Ich denke, was ich sage; ich sage, was ich denke; und wir tun, was wir sagen.

(Lebhafter Beifall)

Wenn andererseits der Gegner die landespolitischen Probleme im buchstäblichen Sinne des Wortes einfach links liegen läßt und unter der ebenso dummen wie gemeinen Alternative "Krieg oder Frieden" der CDU die Position Krieg und der SPD die Position Frieden zuweisen will, dann ist es höchste Zeit, sich das nicht mehr gefallen zu lassen,

(Lebhafter Beifall)

dann ist es höchste Zeit, zurückzuschlagen und mit gleichen Mitteln der Wahrheit einen Weg zu bahnen und damit der Verbreitung dieser Lüge Einhalt zu gebieten.

Die Urheber dieser Lüge sind die Brunnenvergifter. Sie sind auch Feinde des demokratischen Grundkonsensus. Ohne demokratischen Grundkonsensus kann diese Gesellschaft in ihrer Leistungsfähigkeit, in ihrer inneren Zuordnung und unter Bewahrung ihrer Werte nicht erhalten werden. Wir können die SPD nur warnen, diesen Weg erneut zu begehen. Einmal haben wir sie schon zur Umkehr gezwungen.

Wer die Wahlkämpfe der 50er Jahre, auch die damaligen Landtagswahlen in Nordrhein-Westfalen, erlebt hat, hat ganz genau in Erinnerung, daß man damals der CDU/CSU, weil sie für die Aufstellung der Bundeswehr war, weil sie für den Eintritt in die NATO war - beides mit der ihr zu Gebote stehenden parlamentarischen Mehrheit, damals noch unterstützt von der FDP, auch von der DP, solange sie existierte -, ebenfalls weil sie damals die Einführung moderner Waffensysteme in der Bundeswehr - und zwar im Frühjahr 1958 - durchgesetzt hat, von allen Litfaßsäulen, von allen Gartenzäunen und von allen Hauswänden schon damals auf Plakaten entgegenhielt: SPD wählen, bevor es zu spät ist! SPD wählen, bevor die Bombe fällt! Meine Damen und Herren, wer mit dem Leid der Vergangenheit und mit der Angst vor einem zukünftigen Krieg politisches Schindluder treibt, zerstört den politischen Grundkonsensus und ist ein Brunnenvergifter.

(Lebhafter Beifall)

Wir sollten nicht mit vorwurfsvollem oder gar mit anklagendem Finger auf die weisen, die sich, sei es bei unseren Versammlungen - wir haben es zur Genüge in Essen im letzten Jahr, in Bremen bei der feierlichen Gelöbnisablegung der Bundeswehr oder jetzt in Berlin erlebt -, zusammenrotten und Gewalttaten begehen.

Wir sollten auf diejenigen schauen, die hinter ihnen als intellektuelle Täter, propagandistische Anstifter und emotionale Hetzer dafür verantwortlich sind, daß junge Leute verführt werden können.

(Lebhafter Beifall)

Ist es denn ein Wunder, daß linke Revolutionsideologen, marxistische Bürgerkriegshetzer, radikale Gewalttäter Zuzug von Tausenden erhalten, die doch angeblich nur für den Frieden kämpfen wollen? Wer dem politischen Gegner die Marke "Krieg" anheften will, wer ihm nicht die Liebe zum Frieden und die Fähigkeit zum Frieden zuerkennen will - und dies angesichts der Vergangenheit von 1949 bis 1969 -, stellt die Lüge bewußt in den Dienst der politischen Propaganda.

(Beifall)

Ich kann hier meine Meinung nicht verschweigen: Die Kommunisten sind die Stehler, aber linke Sozialdemokraten sind die Hehler in diesem Geschäft.

(Beifall)

Ich habe ausdrücklich gesagt: linke Sozialdemokraten. Ich möchte nicht mißverstanden werden, weil ich vor der großen Tradition der SPD, die durch die Namen von Friedrich Ebert, Gustav Noske, Wilhelm Hoegner und auch Waldemar von Knoeringen in Bayern gekennzeichnet ist, einen großen Respekt habe. Diesen Respekt zolle ich auch dem politischen Gegner.

(Beifall)

Ich zolle ihn auch den lebenden Sozialdemokraten, die allerdings immer leiser, immer stummer werden, immer mehr in den Hintergrund treten, weil die Linksradikalen in der SPD sich wie das Unkraut ausbreiten. Ich kenne die heutige SPD-Bundestagsfraktion. Ich habe auch mit Sorgfalt die Kandidatenaufstellung für die nächste verfolgt. Ein Drittel der bisherigen Abgeordneten der SPD wird nicht wiederkommen. An ihrer Stelle kommt ein neues Drittel; es werden um die 70 sein. Von diesem neuen Drittel sind mindestens drei Fünftel Anhänger des linksradikalen Flügels. Das ist die Garnitur, für die Namen wie Henning Scherf, Thüsing, Coppik, Hansen usw. stehen. Verfolgen Sie einmal, wer bei den Jungsozialisten in den Startlöchern steht, um in den Bundestag 1984 einzuziehen! Wir müssen hier ja langfristig denken. Wir müssen hier in Entwicklungsprozessen denken. Wir müssen sehen, was in den 80er Jahren auf uns zukommt. Die SPD wird dann mit dem Gedankengut der Herren Schumacher, Ollenhauer und Erler nichts mehr gemeinsam haben!

(Beifall)

Mit diesen Herren haben wir sicherlich harte und härteste politische Kämpfe bestritten. Das kann ich wohl gerade auch von meiner Person mit großer Glaubwürdigkeit im Rückblick auf die 50er und 60er Jahre sagen. Auch in den 70er Jahren haben wir mit den Nachfolgern der genannten Herren solche Kämpfe bestritten.

Damit entsteht für die Bundesrepublik heute eine geschichtliche Situation: Wenn wir die SPD heute von der Macht ablösen, hat sie die Fähigkeit zur Regeneration. Wenn die SPD an der Macht bleibt, werden die Linken die weniger Linken, deren Zahl in der SPD ständig zurückgeht, mehr und mehr erpressen. Unter dem drohenden Druck des Zusammenhalts der Machtposition wird eine Regeneration dieser Partei im Sinne einer Politik der Vernunft, der Wirklichkeit und der Erfahrung dann immer unwahrscheinlicher und unmöglicher werden.

(Beifall)

Ich habe immer eine Politik des Friedens in Freiheit, eine Politik des Friedens und der Freiheit zu meiner politischen Leitlinie gemacht. Ich habe diese Politik mitgeschaffen, mitdurchgesetzt, mitgetragen. Alles, was gegen eine Politik des Friedens und der Freiheit, gegen eine glaubwürdige Politik der Verhinderung des Krieges, was gegen Bundeswehr und NATO ist, was in Abrüstung nur ein Mittel zur Unterstützung der Machtpolitik der Sowjetunion sieht, was die Bindungen zu den USA aufgeben und in engere Bindungen zu Moskau eintreten will, was für die Veränderung unserer Gesellschaft eintritt und gegen eine Freiheit in Ordnung und Bindung an das Recht lich zum Teil schon darüber hinausdenkt, wobei ich an gewisse Inschriften der letzten Wochen denke - all das steht doch in der

Front der Kampagne "Stoppt Strauß". Das ist eine schlechte Nachbarschaft für die SPD.

(Beifall)

Dazu kommen die vielen Helfer und Mitläufer, die - von der SPD verführt - nicht wissen, was sie tun.

Man sollte ruhig den Bundesparteitag der CDU und die Möglichkeit, vor diesem großen Kreise zu sprechen, auch dazu benutzen, um der Öffentlichkeit einmal die Augen dafür zu öffnen, wer denn hinter dieser Kampagne steht. Ich könnte jetzt stundenlang Zitate verlesen. Ich will Sie damit verschonen. Hinter dieser Kampagne steht zum einen die Deutsche Kommunistische Partei. Hinter ihr stehen deren Nebenorganisationen und die von ihr beeinflußten Vereinigungen, z. B. der Bund Demokratischer Wissenschaftler, die Vereinigung Demokratischer Juristen, die Deutsche Friedensgesellschaft, die Vereinigten Kriegsdienstgegner, das Komitee für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit, in dem leider nicht nur Kommunisten und Mitläufer, sondern auch Sozialdemokraten mitwirken. Hinter der Kampagne steht der DKP-beeinflußte Presseausschuß Demokratische Initiative, der laut Urteil des Landgerichtes Stuttgart als kommunistische Tarnorganisation bezeichnet werden darf. Dahinter stehen auch solche, die glauben, ihren Namen in der deutschen Literatur verewigen zu müssen. Ich halte etwas von deutscher Literatur - nicht nur in der Vergangenheit, auch in der Gegenwart. Allerdings halte ich mehr von denen, die die Tradition des großen Geistes und seiner Leistungen bei uns fortsetzen und nicht eine Kultur der Fäkaliensprache, eine Kultur der Pornographie, eine Kultur der Zerstörung aller Werte und eine Kultur der Verhunzung unserer Sprache vertreten.

(Lebhafter Beifall)

Und am allerwenigsten lassen wir uns von einem sogenannten Schriftsteller Lehren erteilen, der vom rechten Scheckbetrüger zum linken Sittenverderber geworden ist.

(Beifall)

Dazu kommen das Sprachrohr der Deutschen Friedensunion, die "Deutsche Volkszeitung", und das Organ des Marxistischen Studentenbundes Spartakus, die "Roten Blätter". Dazu kommen die sogenannte neue Linke, die KPD/ML-gesteuerte "Volksfront gegen Reaktion, Faschismus und Krieg", der Arbeiterbund für den Wiederaufbau der KPD und als gewalttätiger Kern auch der Kommunistische Bund Westdeutschlands. Dazu kommen auch Kräfte aus dem terroristischen Umfeld, wie schon bestimmte Aktionen in Nordrhein-Westfalen oder hier in Berlin ergeben haben. In Berlin bekennen sich auch die autonomen Zellen zu einigen Anschlägen. Leider stehen auch Teile des DGB im Wahlkampf gegen uns. Wir erwarten vom DGB wahrlich nicht, daß er ein Sprachrohr der CDU/CSU sein solle. Wir erwarten vom DGB, daß er alle politischen Parteien nur unter dem Gesichtspunkt prüft: Wer ist ehrlicher, erfolgreicher, anständiger und aufgeschlossener gegenüber den wirklichen Interessen, Notwendigkeiten und Belangen unserer Arbeitnehmerschaft?

(Lebhafter Beifall)

Diejenigen, die ich eben genannt habe, sind die Hilfstruppen Helmut Schmidts. In deren Reihen marschieren viele seiner linken Genossen mit. Das sind die Gewalttäter, die auf meinen Versammlungen in Essen und Bremen und bei der Gelöbnisfeier der Bundeswehr in Bremen, bei der

Besetzung des amerikanischen Konsulats in Berlin und beim Bundesparteitag der CDU in Berlin in Erscheinung getreten sind. Beim Bundesparteitag der CDU konnten allerdings dank einer guten Polizeiorganisation keine nennenswerten Störungen oder Gewalttätigkeiten durchgesetzt werden.

(Beifall)

Ich möchte hier aber sehr summarisch sagen: So darf es nicht weitergehen.

(Beifall)

Der Rechtsstaat verkommt allmählich unter der Herrschaft der Sozialdemokraten.

(Beifall)

Was haben wir an rechtspolitischen Vorschlägen im Laufe der letzten Jahre im Deutschen Bundestag gemacht! Wie oft haben wir gebeten, das Versammlungsgesetz und das Demonstrationsrecht so zu ändern, daß die Polizei wieder einer erfüllbaren Aufgabe gegenübersteht und nicht immer blutige Opfer in riesiger Zahl auf der Stätte der Auseinandersetzungen zurücklassen muß, um ihrer Aufgabe zu genügen.

(Beifall)

Hat denn nicht der Bundeswehr-Generalinspekteur Brandt in seinem Brief an den Herrn Bundesverteidigungsminister die Gruppen genannt, und zwar schon lange, bevor blutige Gewalttaten verübt worden sind: den Kommunistischen Bund Westdeutschlands, die DGB-Jugend, die IG Metall, ÖTV, Schülervertretungen der Hansestadt Bremen, Betriebs- und Personalräte, Jusos, Bremer Bürgerinitiative gegen Atomkraftwerke? Das ist nicht meine Erfindung. Ich verfüge nicht über diese Informationen. Das hat der Generalinspekteur der Bundeswehr, der sicherlich dieser Bundesregierung und ihren politischen Kräften sehr nahesteht - aber das ist für uns gleichgültig, solange er seine Aufgabe erfüllt -, rechtzeitig den politisch Verantwortlichen mitgeteilt. Wir bestehen darauf: Unsere Soldaten müssen sich überall, ob einzeln oder bei Gemeinschaftsveranstaltungen, in der Öffentlichkeit sehen lassen können.

(Anhaltender, lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

Es ist doch der Polizei nicht mehr zuzumuten, bei jeder größeren Bundeswehrveranstaltung oder bei jeder politischen Veranstaltung normaler Demokraten Dutzende bis Hunderte von blutigen Opfern hinzunehmen. Daß es noch nicht schlimmer geworden ist, das verdanken wir nicht zuletzt - ich möchte sagen: ganz weit vorne - unserer Polizei in den verschiedenen Ländern der Bundesrepublik Deutschland!

(Beifall)

Wir sind alle, gleichgültig ob die Älteren, die einen Polizeistaat kennengelernt haben, oder die Jüngeren, die ihn aus der Beobachtung der Verhältnisse jenseits der Demarkationslinie kennen, geschworene und leidenschaftliche Gegner eines Polizeistaates - ohne Wenn und ohne Aber. Aber gerade ein demokratischer Staat, der die Schwachen schützen muß, der die Gewaltlosen sichern muß, braucht eine starke und funktionsfähige Polizei. Dafür stehen wir. Und wir sagen dieser Polizei nicht nur Dank, sondern wir werden ihre Aufgabe gegenüber Gewalttätern und Extremisten - ob von links oder von rechts spielt für mich keine Rolle - wieder erfüllbar machen.

(Beifall)

Darüber darf nicht die unglaublich hetzerische Rolle von "Radio Bremen" bei diesem Vorgang vergessen werden.

(Zuruf: So ist es!)

Dazu gehört auch die Hetze eines Filmregisseurs, der einer der hauptverantwortlichen Informationsstrategen - lange Zeit von Willy Brandt gedeckt - der "Roten Armee Fraktion" ist. Dieser Informationsstratege der "Roten Armee Fraktion" hat gegen diese Bezeichnung durch einen Kollegen aus der Bundestagsfraktion geklagt. Das Oberlandesgericht München hat am 6. November 1978 letztinstanzlich entschieden, daß dieser Filmregisseur - mit Zustimmung des Gerichtes einer der hauptverantwortlichen Informationsstrategen der "Roten Armee Fraktion" genannt werden darf. Es ist derselbe, der zum Beirat des "Informationsdienstes zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten" gehört, einer Zeitung, die Sie wahrscheinlich nicht kennen, weil sie aus der Subkultur kommt, einer kommunistischen Hetzpublikation. Dieser Hetzer hat den Film "Der Kandidat" gemacht.

Ist es nicht ein Zeichen mangelnder Aufmerksamkeit auf unserer Seite, daß die Filmbewertungsstelle der Länder mit der Zusammensetzung der Kommission es ermöglicht hat, daß dieser Informationsstratege der "Roten Armee Fraktion", dieses Beiratsmitglied einer kommunistischen Hetzzeitung, für diesen Film das Prädikat "Besonders wertvoll" bekommen hat? Das geschah doch nicht deswegen, weil der Film das Prädikat verdient hätte - fragen Sie nur diejenigen, die ihn ohne Scheuklappen gesehen haben - sondern deswegen, weil wir zu gutmütig, zu arglos, zu harmlos und manchmal auch zu verschlafen sind.

(Beifall)

Haben wir genug aufgepaßt oder geschlafen? Kommen wir so weiter? Können wir so weiter alles über uns ergehen lassen? Nein, meine Damen und Herren! Dagegen muß auch mit anderen Mitteln als bisher vorgegangen werden. Ich rede hier nicht von gewalttätigen Mitteln - wie andere uns gerne unterstellen wollen. Es geht um unsere Bürger - und "unsere Bürger" beschränkt sich heute nicht auf eine soziologische Schicht im Plüschsofa und mit Nippes auf der Kommode, unsere Bürger sind unsere Arbeiter, genauso wie die Beamten, die Handwerker, die Einzelhändler, die Industriellen, die Wissenschaftler, die Techniker und genauso wie die Angehörigen der freien Berufe.

Beim letzten Bundesparteitag der SPD in Berlin hier hat einer ihrer Starredner, ein Philologieprofessor, überdeutlich bewiesen, wie diese Partei heute tatsächlich denkt. Mit seinen Attacken gegen unsere, von ihm als "FDGO" - durch Abkürzung - bewußt herabgesetzte freiheitlich-demokratische Grundordnung vermittelte er, so berichtete fast die gesamte Presse, den Delegierten geradezu ein Hochgefühl, das sie zu regelrechten Begeisterungsstürmen hinriß. Das ist nicht ein Vorgang folkloristischer Art, nicht ein Vorgang humoristischer oder kabarettistischer Art - obwohl manche Veranstaltungen der SPD mehr an Kabarett als an Politik erinnern; aber da möchte ich ein gutes Kabarett haben und nicht schlechte Politik, verhüllt in kabarettistische Tarnung! Wenn jemand bei uns die freiheitlich-demokratische Grundordnung, die wir uns mit Hekatomben von Blut und Tränen im Dritten Reich, nach dem Dritten Reich und besonders während des Krieges erkämpft , erkauft, erarbeitet und erlitten haben, in dieser höhnischen, spöttischen Weise herabsetzt und dafür Begeisterungsstürme erntet, dann merkt man erst, wie groß das umstürzlerische, kulturrevolutionäre Potential bei den

Delegierten dieser SPD in Wirklichkeit ist. Hier sind wir immer noch viel zu harmlos gewesen.

(Beifall)

Wir müssen mit größerer Geschlossenheit und stärkerer Entschlossenheit, mit dem energischen Willen, unseren Staat vor der Volksfront zu schützen, einen SPD-Staat zu verhindern - wie Kollege Geißler gestern mit Recht gesagt hat -, vorgehen.

Ohne Zweifel arbeitet die SPD in manchen Bereichen aktiver. Sie hetzt mit Unterstützung von Hilfstruppen, die zum Teil aus der politischen Unterwelt und schriftstellerischen Subkultur kommen - so auch der genannte Professor -, unaufhörlich gegen die Union und mich. Wahrscheinlich will sie der Union zuliebe einen anderen Kanzlerkandidaten, dem es übrigens genauso ergehen würde wie mir.

(Beifall)

Nordrhein-Westfalen war nicht Erdrutsch, nicht Erdbeben, nicht Menetekel, sondern es war für uns eine höchst hilfreiche Erfahrung, aus der wir unsere Lehren ziehen müssen, ziehen können und ziehen werden.

(Beifall)

Wir brauchen verstärkte Aufklärungsarbeit von Bürger zu Bürger, in der unmittelbaren Ansprache der Menschen. Wir brauchen auch mehr Material - das sage ich für beide Unionsparteien - , von oben nach unten, und zwar ohne Bezahlung, so, daß es unseren unteren Verbänden in ausreichender Menge zur Verfügung steht, damit sie arbeiten können.

(Beifall)

Wir brauchen mehr Einwirkung auf den kleinen Mann, dessen Psychologie man kennen muß, mehr unmittelbare Verbindung zu den breiten Schichten unseres Volkes, mit Würdigung ihrer Probleme, in einer verständlichen Sprache und mit glaubwürdiger Einsatzbereitschaft. Die Union muß Kampfpartei sein und, wo sie es nicht ist, werden.

Ich kenne den Werdegang politischer Parteien. Ich habe am Werdegang der Partei, deren Vorsitzender ich nunmehr seit 19 Jahren bin, buchstäblich vom ersten Tage an bis heute, da Gott mir die Gesundheit und die Kraft dafür gegeben hat, immer an vorderster Stelle - vom Generalsekretär bis zum Landesvorsitzenden - arbeiten können. Jede Partei muß im ganzen Bundesgebiet, wo sie unterschiedliche Stärken und unterschiedliche Schwächen hat, eine Kampfpartei sein. Unsere beiden Unionsparteien müssen Kampforganisationen werden. Die Zeit für Vereinsmeierei ist angesichts der Zeichen der Zeit endgültig vorbei.

(Beifall)

Eine politische Partei braucht ein Grundsatzprogramm - CDU und CSU haben eines -, sie braucht auch ein Aktionsprogramm; häufig ist das ein Wahlkampfprogramm.

Ich habe allerdings bei aller Wertschätzung für Programme und bei regelmäßiger persönlicher Mitarbeit an ihnen - vor allen Dingen in der Endphase - meine Zurückhaltung gegenüber der Wirkung von Programmen erklärt. Programme sind unentbehrlich. Aber ihre Wirkung ist nicht stärker als die persönliche Glaubwürdigkeit, die

persönliche Kompetenz und die persönliche Autorität und die Geschlossenheit derer, unter deren Namen dieses Programm läuft.

(Beifall)

Es ist selbstverständlich, daß man geschlossen zu diesem Programm steht. Es ist aber unerläßlich, es ist notwendig, es ist entscheidend, daß man die volle Identität zwischen Programm und dem Politiker, der die in diesem Programm verkündete Politik durch seine Richtliniengewalt in die politische Wirklichkeit umsetzen soll, auch im vollen persönlichen Einsatz und mit offenem Bekennermut glaubwürdig macht. Bekenntnisse zum Programm ohne die Person nützen nichts; sie dienen eher der Verwirrung und der Unsicherheit.

Wer Person und Programm trennen, wer Politiker und Partei auseinanderreißen will, betreibt die Niederlage der Union und auf längere Sicht ihre Ausschaltung als gestaltende und maßgebende politische Kraft.

(Beifall)

Ich will nicht zu den verschiedenen Zeitungsmeldungen Stellung nehmen, sondern nur mit wenigen Sätzen den Ablauf der Dinge klarstellen. Es kann gar keine Rede davon sein, daß durch diesen oder jenen Umstand, durch Zeitmangel oder durch Überlastung die Vorlage dieses Programms mit Verzögerung erfolgt sei. Weder in Baden-Württemberg, noch im Saarland, noch in Nordrhein-Westfalen hat ein einziger Wähler gesagt: "Ich hätte eigentlich die CDU wählen wollen oder ich wäre zur Wahl gegangen und hätte die CDU gewählt, so aber tue ich es nicht - ich wähle entweder die SPD oder gehe nicht zur Wahl -, weil das Programm noch nicht vorliegt." Difficile est satiram non scribere.

Es war die gemeinsame Überzeugung von Helmut Kohl und mir - allerdings auf Bitten unserer Freunde aus Nordrhein-Westfalen - dieses Programm nicht vor dem Wahltag in Nordrhein-Westfalen vorzulegen. Es sollte unverzüglich nach dieser Wahl vorgelegt werden, wie es am 13. Mai in der Pressekonferenz in Bonn - geschehen durch Helmut Kohl und mich - erfolgt ist.

Dasselbe gilt auch für die Wahlkampfmannschaft. Es war die gemeinsame Auffassung der Wahlkampfkommission, kein Schattenkabinett, sondern eine Wahlkampfmannschaft aufzustellen, die die ganze Breite und Tiefe der Politik der Union durch die persönliche Glaubwürdigkeit, durch Autorität und Kompetenz derer, die in dieser Mannschaft enthalten sind, auch der Öffentlichkeit gegenüber verständlich und überzeugungskräftig darstellen soll.

(Beifall)

Hier geht es nicht um Ämter und Orden. Hier geht es um Bekennermut, um Risikofreude, um Engagement, um Sachkunde mit Kompetenz und Autorität und notfalls auch um die Bereitschaft, sich austauschen zu lassen. Ich habe aus meiner Meinung nie ein Hehl gemacht, ich habe es in der Öffentlichkeit oft gesagt: Orden und Posten werden nach dem Sieg verteilt.

(Beifall)

Wir sind alle Menschen, und die Anfälligkeit dafür, die eigene Uniform in der Schlacht zu schonen, sie während dieser Zeit zu bügeln und zu reinigen, damit man bei der Siegesparade in

strahlender Pracht weit vorne erscheinen kann, ist auch uns da oder dort nicht ganz erspart geblieben.

(Beifall)

Es ist ja etwas Gutes, daß wir für jede zu besetzende Position mindestens zwei, zum Teil drei bis vier geeignete Spitzenpersönlichkeiten haben. Das ist eine gute Sache. Die SPD hat ja hinter Helmut Schmidt nur unterschiedlich Fehlleistung erbringende inkompetente Persönlichkeiten.

(Beifall)

Lassen Sie mich zu der Entscheidung, vor der wir stehen - das ist ja nunmehr elf Jahre nach der Bundestagswahl von 1969 -, einige Worte über deren Bedeutung sagen. 1969 hat der damalige Bundesjustizminister und angehende Bundespräsident von einem "Machtwechsel" gesprochen. Wir haben damals gegen dieses Wort Stellung bezogen, weil es uns aus der falschen Sprachtruhe zu kommen schien.

Helmut Schmidt hat 1970 in einer Rede davon gesprochen, daß man nunmehr die Macht habe und daß man sie behalten müsse, daß man diesem Jahrzehnt sozialdemokratisches Gepräge geben wolle. In der Zwischenzeit versucht man, das letzte Drittel dieses Jahrhunderts als eine Epoche des Übergangs zur sozialistischen Gesellschaft und zu einem anderen Europa zu gestalten.

Für Sozialisten ist die Wahl 1969 nicht die normale Ablösung einer Regierung oder einer Regierungskoalition durch ihre Opposition gewesen, was das normale Wechselspiel ist, das in der parlamentarischen Demokratie erstens einmal selbstverständlich und zweitens gelegentlich notwendig ist und was drittens dem Bürger die Gewähr geben soll, daß, auch wenn einmal eine andere Mehrheit an die Regierung kommt, nichts an den Grundfesten unserer freiheitlichen Gesellschaftsordnung und unserer außenpolitischen Orientierung geändert wird.

Leider ist das in der Bundesrepublik Deutschland dank der Entwicklung innerhalb der SPD und der Täuschungskunst Helmut Schmidts nicht so. Wer von Helmut Schmidt erwartet, daß er den Marsch in den Sozialismus der Gesellschaft und in die Neutralisierung Europas aufhält, der kennt diesen Mann nicht gut genug.

(Beifall)

Die Sozialisten haben das Jahr 1969 als einen endgültigen Einschnitt angesehen, als den Beginn einer neuen Epoche; sie hätten ja auch am liebsten eine neue Zeitrechnung eingeführt. Dieser Einschnitt war als unaufhaltbar und unumkehrbar gedacht.

In dem, was sich jetzt in der SPD zeigt, und in der Rolle, die Helmut Schmidt dabei und dazu spielt, ist die Überzeugung - nicht nur der Eindruck -, daß Helmut Schmidt ein Sozialist ist, immer war und auch bleiben wird, hoffentlich endlich einmal allgemeines Bewußtseinsgut. Daran ändert auch nichts, daß viele Millionäre und Milliardäre in dieser oder jener kapitalistischen Gesellschaftstracht ihn wie ein Schwarm von Fliegen umschwärmen, so wie die Insekten die Lampem umschwärmen.

Wenn Organe, die im allgemeinen gegen uns zu hetzen pflegen, von dem hohen Ansehen und der großen Beliebtheit und der ungeheuren Anzugskraft Helmut Schmidts für Kapitalisten berichten, habe ich gar nichts dagegen. Er ist eben ein Chamälion, das sich der je-

weiligen Umgebung anpassen kann. Andererseits haben wir von gewissen Leuten der Großwirtschaft,ihren Funktionären und Managern im Laufe der Jahre auch kein anderes Verhalten kennengelernt oder erwartet.

(Beifall)

Hier erweckt die sozialdemokratische Propaganda doch auch den Eindruck: wer gegen die Politik der Sozialdemokraten ist, der ist ein Feind, und deshalb ist jedes - aber auch jedes - Mittel im Kampf gegen ihn angebracht. Wir haben es doch im Bundestag erlebt: wir konnten an Alternativen vorlegen, was wir wollten, der erste sozialdemokratische Redner, der auftrat, sagte: "Leider hat die Opposition überhaupt keine Alternative." Er brauchte gar nicht einmal im Saal gewesen zu sein. Das ist ein fester Bestandteil ihrer rhetorischen Phrasiologie geworden, zu sagen: "Die haben ja gar keine Alternative; die haben nicht nur keine Alternative, die haben ja auch gar kein Konzept."

Wenn Sie heute die Kommentierung der SPD unseres Wahlprogramms lesen - es sei ein Wahlprogramm der Verleumdung -, dann begreift man doch endlich einmal angesichts dessen, was gegen uns inszeniert wird, was an Verleumdung und Hetze in Gang gesetzt wird, daß die Sozialdemokraten normale Kritik, die einer Oppositionspartei im Parlament zusteht, schon als Verleumdung bezeichnen, weil sie sich schon als Staatspartei empfinden, weil sie die Bundesrepublik und ihr politisches Schicksal als ihren Erbhof betrachten und weil sie sich eine Ablösung aus dieser Macht überhaupt nicht mehr vorstellen wollen und damit zutiefst undemokratisch werden.

(Beifall)

Helmut Schmidt hat in seiner Rede im Deutschen Bundestag, auf die ihm Helmut Kohl eine sehr treffliche und scharfe Antwort gegeben hat,

(Beifall)

erklärt: Mit der Ablehnung aller Ostverträge hat die Union gezeigt, daß es ihr am Willen zum Ausgleich fehlt. Sie, gemeint ist die Union, habe zwar den Willen und die Gesinnung, aber nicht die Fähigkeit zum Frieden.

Wenn Sie das Wahlprogramm der SPD lesen, das einige Zeit vorher veröffentlicht worden ist, dann finden Sie unter "Friedenspolitik" einen sehr illusorischen Abschnitt über Abrüstung, Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle. Daß uns allen Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle als reales Anliegen am Herzen liegt, steht außer jedem Zweifel. Wir haben immer realistische Abrüstungspolitik getrieben, allerdings immer vor dem Hintergrund der klaren Analyse des Gegners, der Erkenntnis über seine kurz-, mittel- und langfristigen Absichten und im Bewußtsein der Notwendigkeit, ein ausreichendes Verteidigungspotential zu haben, damit glaubwürdig und für die Bevölkerung zuverlässig und vertrauenswürdig die Möglichkeit eines Krieges auch nicht am entfernten Horizont auftauchen kann.

Nur vergessen die SPD-Politiker bei Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, daß die Sowjetunion nicht etwa das Ziel hat, eine gewaltlose Gesellschaft der Staaten, ein freies Dasein der Menschen zu ermöglichen, sondern für die Sowjetunion ist Entspannungspolitik als Folge ihrer Koexistenzvorstellungen und Ab-

rüstungspolitik als Folge ihrer Machtvorstellungen ein Stück strategischer Bewaffnung, ein strategisches Instrument, um den Gegner, der wir nach wie vor sind - wir sind der Klassengegner, wir sind als Vertreter der freien Demokratie die Feinde dieses Systems in deren eigener Terminologie -, so wehrlos zu machen, von innen her zu zermürben, von außen durch Angst und Drohung kapitulationsreif zu machen. Das haben wir uns schon an den Schuhsohlen abgelaufen und sind mit dieser Erkenntnis sehr gut gefahren. Die Bundesrepublik Deutschland hat sich zwischen 1949 und 1969 nie in der akuten Gefahr eines Krieges befunden.

In dem Wahlkampfprogramm der SPD ist weiter zu lesen,daß die Instrumente ihrer Friedenspolitik die Bundeswehr, ihre wichtige Rolle im Bündnis und das Bündnis insgesamt seien.

Es wird gesagt, wir seien wegen der Ablehnung der Ostverträge unglaubwürdig. Helmut Schmidt war von 1953 nach der Wahl bis zum 19. Januar 1962 Mitglied des Deutschen Bundestages. Laut Protokoll des Deutschen Bundestages stimmte Helmut Schmidt im Deutschen Bundestag bei namentlicher Abstimmung mit Nein, am 26. Februar 1954 gegen das Gesetz zur Änderung des Grundgesetzes zur Einführung der Wehrverfassung,

(Zurufe: Hört! Hört!)

am 27. Februar 1955 gegen den Beitritt zur NATO, zur Westeuropäischen Union und gegen die Beendigung des Besatzungsstatuts.

(Zurufe: Pfui!)

Dieser Mann hat die Frechheit, uns,weil wir hinsichtlich Verhandlungsführung und Vertragsformulierung schwerste Bedenken anzumelden hatten und deshalb nicht ja sagen konnten, der Unglaubwürdigkeit und der Unfähigkeit zum Frieden zu bezichtigen. Ich habe die Auseinandersetzungen auch als Redner miterlebt. Bei uns ging es in den 50er Jahren darum, unsere Friedenspolitik, die ohne einen deutschen Beitrag zur gemeinsamen Sicherheit nicht durchhaltbar gewesen wäre, durch Aufstellung der Bundeswehr, damit verbunden eine Änderung des Grundgesetzes, die Einführung einer Wehrverfassung und durch Eintritt in die NATO einen glaubwürdigen Rahmen und einen glaubwürdigen Rückhalt zu geben.

(Beifall)

Helmut Schmidt war damals federführend - um nicht zu sagen: maulaufreißend federführend - im Kampf gegen die Änderung des Grundgesetzes. Wenn es nach ihm gegangen wäre, gäbe es bis heute weder eine deutsche Mitgliedschaft in der NATO noch eine deutsche Bundeswehr als Ausdruck dieser Mitgliedschaft. Man muß sich einmal die erbärmliche Rolle und gleichzeitige Unverfrorenheit dieses Kanzlers vor Augen halten.

(Beifall)

Wir waren nicht gegen Verträge mit unseren östlichen Nachbarn, sondern wir waren für Verträge auf der Basis des Gebens und Nehmens zu ausgewogenen Teilen, wir waren für Verträge mit klarer Formulierung, bei denen nicht jederzeit widerrufliche kleine Konzessionen auf der einen Seite gegen unwiderrufliche Leistungen auf der anderen Seite gewährt werden.

(Beifall)

Hier sitzt noch der letzte Bundeskanzler der CDU und CSU, Kurt

Georg Kiesinger, der genauso wie meine Vorgänger mit unseren östlichen Nachbarn Verträge geschlossen hat, der auch weitergehende Verträge vorbereitet hat. Ich war an diesen Gesprächen seinerzeit beteiligt. Das geschah aber langsam, sicher und Schritt für Schritt. Deshalb ist unser Nein zu den Ostverträgen nicht ein Nein zu Verträgen mit dem Osten, sondern das Nein zu dem Pfusch und Murks, den Herr Bahr als Verhandlungsführer vorbereitet hat und dem die anderen dann zum Opfer gefallen sind.

(Lebhafter Beifall)

Helmut Schmidts Nein und das seiner Genossen zielte auf die Verhinderung der Bundeswehr, auf die Verhinderung der deutschen Mitgliedschaft in der NATO. Das müssen wir diesem Herrn angesichts der Unverfrorenheit ins Stammbuch schreiben, mit der er seine verleumderische Behauptung im Bundestag gegen uns erhoben hat.

(Beifall)

Erlauben Sie einem Politiker der älteren Generation hier eine Bemerkung zu machen, die sowohl historische Rückschau als auch Vorausblick ist! Hätte Adenauer nicht im Jahre 1950 in tiefster Sorge um die Sicherheit der Bundesrepublik, die Freiheit der Menschen und die Zukunft Europas fünf Jahre nach der großen Kapitulation und dem schrecklisten Kriege aller Zeiten den Westmächten seine Bereitschaft zur Aufstellung deutscher Streitkräfte angekündigt, hätten nicht CDU und CSU in den Jahren nach dem Inkrafttreten der Pariser Verträge, die eine lange Vorgeschichte haben und um die es im Parlament erregte Auseinandersetzungen gegeben hat - die soeben erwähnte Abstimmung war eine und der Eintritt in die NATO war eine andere, und es gab viele andere Abstimmungen, die damit zusammenhingen -, hätten wir damals, zum Teil mit unseren Koalitionspartnern, nicht die Aufstellung der Bundeswehr gegen die SPD durchgesetzt, so wäre heute angesichts der durch die SPD mitverschuldeten Machterweiterung der Sowjetunion, angesichts ihres über Europa länger und drohender gewordenen Schattens, angesichts der Anpassungsbereitschaft und Unterwerfungsneigung der SPD unter den Moskauer Machtwillen, mit der falschen, verleumderischen und heuchlerischen Alternative "Wollt ihr Frieden oder Krieg?", die Aufstellung der Streitkräfte nicht mehr möglich. Das ist eine bittere Wahrheit, aber ich bin von der Richtigkeit dieser meiner Aussage überzeugt.

Stellen Sie sich heute bei der Belastung der Amerikaner, ihrem innenpolitischen Druck als Folge von Vietnam und Watergate, ihrer weltweiten Verantwortung, siehe Persischer Golf, einmal die Frage: Wer sollte die 500 000 Mann Bundeswehr in Europa ersetzen, die unentbehrliche Voraussetzung dafür sind, daß wenigstens - ich gebrauche hier nicht ein naturwissenschaftliches Wort - ein Mindestmaß an Gleichgewicht für eine glaubhafte Abschreckung und eine sogenannte flexible response, eine stufenweise abgewogene Verteidigungsbereitschaft, bestehen? Unsere französischen Freunde würden diese 500 000 Mann im Rahmen der NATO sicherlich nicht ersetzen. Die Engländer, die zu Hause und in Nordirland genug Sorgen haben, würden dies sicherlich auch nicht tun. Wären Holland, Belgien, Luxemburg oder Dänemark eine Lösung? Nein, die Sicherheit Europas hängt heute mehr denn je von den Entscheidungen ab, die seinerzeit Konrad Adenauer, seine Mitarbeiter und Nachfolger getroffen haben.

(Lebhafter Beifall)

Ich meine es ernst, wenn ich sage "pacta sunt servanda", Verträge sind zu halten. Aber die Ostverträge müssen von beiden Seiten her ständig auf ihre getreuliche, sinngemäße und vernünftige Einhaltung kontrolliert werden. Damals ging es in erster Linie darum, daß mit dieser Ostpolitik eine Normalisierung des Verhältnisses zwischen der Bundesrepublik und der DDR erfolge, daß damit ihre Gesellschaftssysteme sich annähern könnten, daß darüber ein Prozeß der Liberalisierung und Demokratisierung einsetze, daß die Abgrenzung allmählich abgebaut werde, daß die Mauer wegfalle, daß der Schießbefehl aufgehoben werde. Nicht die Rentnerbesuche standen damals im Vordergrund, nein, sondern die eben von mir genannten Stichworte: der Abbau der Gegensätze, der Abbau der Spaltung, der Abbau der Mauer, nicht nur der Mauer aus Stein, sondern auch der Mauer der Verschiedenheit der Vorstellungen über Freiheit, über Demokratie, über unsere gesellschaftliche Zukunft. All diese Vorstellungen sind total gescheitert.

(Beifall)

Ich bekenne mich zu der Einhaltung der Ostverträge. Aber die sozialistische Entspannungspolitik ist gescheitert. Es geht jetzt nicht um das fantastische, fabelhafte, manchmal geradezu bedrükkende Wortspiel, das man mit dem Wort Entspannung treibt. Wer sich vorgestellt hat, daß Entspannung zur Abrüstung der Militärpotentiale, zum Abbau militärischen Denkens, zum Abbau machtpolitischer Ambitionen, zu einem normalen, friedlichen Nebeneinanderleben der Völker in freier Selbstbestimmung und der Menschen in echter eigener Gestaltung des Lebens führt, der muß doch heute so anständig und ehrlich sein, zu sagen: wir haben uns getäuscht, diese Illusionen sind geplatzt, diese Art Entspannungspolitik ist zusammengebrochen.

(Beifall)

Wir haben in unserem Wahlprogramm zwei Prioritäten vorangestellt: Einmal die Priorität der Erhaltung des Friedens und der Freiheit. Das heißt, wenn Frieden und Freiheit in Gefahr sind, müssen wir in wohl abgewogener Planung und in vernünftiger Ausführung unseren Anteil im Bündnis so gestalten und so ausfüllen, daß wir mit dieser Politik der Kriegsverhinderung, der Vermeidung des Krieges unseren maximalen Beitrag leisten. Niemand hängt mehr ab von Frieden und Sicherheit als wir in Europa. Das wissen wir. Gerade deshalb sind wir für eine realistische Politik der Kriegsverhinderung, für eine realistische Politik der Friedenserhaltung, und zwar der Erhaltung des Friedens, ohne in die pax sowjetica, in die Kirchhofsruhe des Friedens eines europäischen Gulag zu verfallen. Wir wissen genau, was wir denen schuldig sind. Darum nützen uns die schönsten sozialpolitischen Zielsetzungen gar nichts, wenn uns Rahmen und Grundlage einer freien Gesellschaftsordnung mit ihren humanen, sozialen, demokratischen Zielsetzungen verlorengehen würden.

Hand in Hand damit geht eine weitere Priorität. Heute gehen politische und militärische Sicherheit einerseits und wirtschaftliche Sicherheit andererseits nahtlos ineinander über. Ohne die übrigen Voraussetzungen für eine funktionierende Wirtschaft in meiner Rede erwähnen zu wollen - ich habe oft genug darüber gesprochen, sie sind unser gemeinsames Bewußtseinsgut -, erkläre ich: Ohne Energie und Rohstoffe in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen kann die Stabilität unserer auf industrieller Massenkultur beruhenden Gesellschaftsordnung nicht aufrechterhalten werden.

Wir, die heute ältere Generation, haben noch sehr wohl Erinnerungen an die Jahre 1929, 1930, 1931, 1932, als es eine Massenarbeitslosigkeit von fünf, sechs, sieben Millionen bei uns gab. Man sagt, die Weimarer Republik ist darunter zusammengebrochen, und sicherlich war die wirtschaftliche Notlage der Mehrheit unseres Volkes eine der Ursachen für den Radikalismus links und für den Radikalismus rechts. Wir haben die große Bewährungsprobe noch nie bestehen müssen, und hoffentlich bleibt sie uns auch immer erspart.

(Beifall)

1949 begannen wir, noch unter den schrecklichen Eindrücken des Krieges und der Nachkriegszeit, die Ruinenfelder unserer Großstädte, des Ruhrgebiets - eine gespenstische, die größte Trümmerlandschaft der Weltgeschichte - vor Augen, mit dem Wiederaufbau, fast an der Aufgabe verzweifelnd. Nach zehn Jahren konnten wir feststellen, daß der Großteil des Wiederaufbaus bewältigt war. In weniger als zehn Jahren war Vollbeschäftigung hergestellt. Und wir hatten dank eines fleißigen Volkes und dank einer guten Politik - in den ersten Jahren symbolisiert durch die Namen Adenauer, Erhard und Schäffer - immer soviel finanzielle Mittel, daß wir die notwendigsten Aufgaben erfüllen konnten. Die Weimarer Republik war vom Anfang bis zu ihrem von Hitler herbeigeführten Ende von einer immerwährenden wirtschaftlichen Notlage, von einer andauernden Finanzkrise, von einer katastrophalen Zahlungsbilanz geprägt. Wenn solche Zeiten wiederkämen - als Folge nicht ausreichender Versorgung mit Energie und Rohstoffen, und unsere Wirtschaft kann ohne Energie und Rohstoffe nicht in auch nur annäherndem Maße funktionsfähig sein -, dann würde bei uns auch die demokratische Stabilität wieder notleidend werden. Deshalb sind wir uns der Notwendigkeit der Versorgung mit Energie und Rohstoffen in ausreichender Menge und zu bezahlbaren Preisen sehr wohl bewußt.

Die Welt ist in einer Krise. Die Entspannungspolitik, die Friedenspolitik, die Kriegsankündigung des Herrn Bundeskanzlers Schmidt: Was soll denn heute noch ein normaler Bürger von dieser Regierung erwarten, wenn sich einmal der Vorhang aus roten Nebelschwaden verzieht? Im Jahre 1969 hat er gehört: Ostpolitik ist die neue Entspannungspolitik, Entspannungspolitik ist Friedenspolitik; der Frieden ist 3800 Tage - solange die an der Regierung sind - von Tag zu Tag sicherer geworden - so sicher kann er gar nicht mehr sein, wie er geworden ist -, und nach 3800 Tagen erklären die Architekten dieser Entspannungs- und Friedenspolitik, man befinde sich wieder in einer Lage wie im Jahre 1914. Da stimmt doch etwas nicht mehr, das ist doch Gaukelei!

(Beifall)

Das Angebot Helmut Schmidts an die deutsche Öffentlichkeit heißt: Frieden oder Krieg. Das ist keine Alternative für einen deutschen Staatsmann!

(Beifall)

Diese Alternative heißt doch genauso: Unterwerfung oder Vernichtung. Unsere Väter haben den 1. Weltkrieg, wir haben den 2. Weltkrieg kennengelernt, auch am eigenen Leib mitgelitten, selbst mitgestritten. Wir wissen, was die in der Zwischenzeit weiterentwickelte Waffentechnik für ein apokalyptisches Inferno über unsere Kultur, über die zivilisierte Menschheit heraufbeschwören würde. Das wissen wir doch ganz genau. Der Krieg ist keine Alternative, und er kommt auch nicht. Helmut Schmidt will uns weismachen, daß

die Abkoppelung von Amerika, die schrittweise Annäherung an die Sowjetunion - mit ihren unübersehbaren langfristigen Folgen - die einzige Möglichkeit ist, den Frieden zu erhalten. Und ich sage Ihnen: das ist nicht nur "lieber rot als tot", das geht in der Folge viel weiter. Wer das ankündigt, unterwirft die Bundesrepublik Deutschland dem Machtwillen der Sowjetunion und beschwört gleichzeitig als spätere Stufe ein Kriegsrisiko über sie herauf.

(Beifall)

Nur eine echte Bündnispolitik, bei der eine nahtlose Geschlossenheit zwischen uns Europäern - lassen wir mal die Sonderrolle Frankreichs beiseite - und den Vereinigten Staaten von Amerika besteht, garantiert uns einen Frieden ohne Unterwerfung, einen Frieden in Freiheit, und garantiert uns, daß Europa nicht Schlachtfeld wird, auf dem dann Deutsche für die Interessen der Sowjetunion geopfert werden. Das ist die wahre Alternative!

(Lebhafter Beifall)

Schmidts Alternative ist falsch, gefährlich, tödlich. Helmut Schmidt macht sich zum Werkzeug der psychologischen Kriegführung Moskaus, wenn er dem deutschen Volke sagt, SPD-Politik sei Frieden, und die andere Politik würde den Krieg heraufbeschwören.

Ist es bei ihm Absicht oder Unfähigkeit? Absicht würde einen abgrundtief schlechten Charakter verraten. Trotz der Heftigkeit seiner Angriffe gegen mich gehe ich nicht so weit, ihm die Absicht zu unterstellen. Aber die Unfähigkeit, das Problem zu begreifen und zu meistern, muß ich ihm beimessen.

(Beifall)

Jemanden nämlich, der es aus böser Absicht tun würde, könnte man vielleicht noch bekehren. Anatol France sagt: "Dummheit ist schlimmer als Bosheit".

(Zufruf: So ist es!)

Bosheit setzt manchmal aus, Dummheit nie.

Die Primitivität des unhistorischen Weltbildes von Helmut Schmidt, der weder die Kontinuität der Geschichte und ihre Gesetze noch die geographischen Zusammenhänge kennt, ist eine echte Gefahr für Deutschland und Europa in den 80er Jahren.

(Lebhafter Beifall)

Meine Damen und Herren, die Machthaber im Kreml sind die Meister des Spiels, aber Helmut Schmidt ist nicht ihr Gegenspieler, er ist nur eine Figur in ihrem Spiel.

(Beifall)

Mit welcher zynischen Überheblichkeit haben Helmut Schmidt und sein publizistischer Büchsenspanner Bölling

(Heiterkeit)

die Drohungen aus Moskau als Polemik, ja als albernes Geschwätz abgetan! Auch das gehört zur Dramaturgie. Die Warnungen von "Nowosti" waren nicht die Meinung eines Journalisten oder die Meinung des russischen Volkes - nach der Meinung des russischen Volkes hat der Kreml noch nie gefragt -,

(Zustimmung - Zuruf: So ist es!)

sondern es gibt eine abgestufte Leiter von Äußerungen. Auf der untersten Stufe steht der unbekannte Journalist von "Nowosti" und ähnlichen Publikationsorganen. Darüber kommen dann Iswestija, TASS und Prawda, dann kommen Mitglieder des Politbüros, darüber kommen die Mitglieder der sowjetischen Führungsspitze; natürlich, ein Wort aus dem Munde Breschnews gilt als Dogma.

Aber es gab eine zweite Warnung gleicher Art. Herr Portugalow, Mitarbeiter des Herrn Falin, hat jetzt in "Literaturnaja Gazeta" genau dasselbe geschrieben, was in "Nowosti" stand. Das ist ein Stück der psychologischen Einschüchterungskampagne gegen die Bevölkerung der Bundesrepublik Deutschland,

(Beifall)

es ist auch ein Stück des Zusammenwirkens der Helmut-Schmidt-Propaganda "Unterwerfung oder Vernichtung", "Frieden oder Krieg" - in seiner Auslegung - und der sowjetischen Vernichtungsdrohung zur Einschüchterung des deutschen Volkes.

Ich habe die Sache sehr gründlich geprüft und mit vielen Spezialisten besprochen, um mir ein zuverlässiges Urteil zu bilden, es gibt hier nicht ein Zusammenspiel zweier gleicher oder vergleichbarer Größen, sondern Helmut Schmidt in seiner Unfähigkeit und in seiner Skrupellosigkeit läßt sich in die sowjetische Einschüchterungspropaganda einspannen.

(Beifall)

Dasselbe ist doch der Fall, wenn er in den USA vom Unterschied der Interessen zwischen den USA und Deutschland sprach, wenn er auf Berlin hinwies, wenn er auf Hamburg hinwies, von dem die sowjetischen Panzer nur 5o km entfernt seien, wenn er auf 16 Millionen Geiseln in der DDR hinwies, wobei er die Bevölkerung gleich schon um 1 Million vermindert hat. Meine sehr verehrten Damen und Herren, Berlin, die Stadt, in der wir sind, wird doch nicht vom guten Willen der Sowjets oder von ihrer Gnade als freie Stadt gehalten, sondern wird gehalten, weil die große Macht des Bündnisses und die immer noch respektable Macht des ersten großen Verbündeten die Freiheit und die Sicherheit Berlins gewährleisten.

(Lebhafter Beifall)

Wenn Schmidt sagt, die russischen Panzer seien nur 5o km von Hamburg entfernt, sage ich: In Berlin sind sie nur 1 km entfernt! Die russischen Panzer sind bisher weder nach Hamburg noch nach Berlin gekommen, und sie werden es nicht tun, solange das Bündnis hält. Wenn das Bündnis hält, gewinnen wir die historische Schlacht um die bessere Gesellschaftsordnung, und zwar ohne Krieg. Wir können sie gewinnen, und wir werden sie gewinnen.

(Lebhafter Beifall)

Was für ein Bundeskanzler ist das, der in einer geheimen Sitzung des Auswärtigen Ausschusses in Bonn ein "Geheimnis" preisgibt, in dem es heißt, es sei bestürzend, auf der Landkarte die Ausdehnung des sowjetischen Einflusses in den letzten zehn Jahren zu betrachten; dabei gehe es nicht nur um die unmittelbaren Aktionen Moskaus, sondern auch um die Einsetzung von Hilfstruppen wie Kubanern und Vietnamesen; zu nennen seien Angola, Moçambique, das Horn von Afrika mit Äthiopien und dem Südjemen, auch Vietnam, Kambodscha und Laos.

Da muß er ja glatt eine Rede von mir gelesen haben, wenn auch mit zehnjähriger Verzögerung!

(Heiterkeit und Beifall)

Nur, warum sagt er das in einer geheimen Sitzung? Was ist denn daran geheim? Was geheimgehalten werden muß, ist sein Mut, es überhaupt zu sagen. In der Öffentlichkeit wagt er es ja nicht zu sagen, weil er damit uns und mir Recht gäbe.

(Lebhafter Beifall)

Habe ich nicht in den letzten zehn Jahren vor den Folgen einer falschen Entspannungspolitik gewarnt? Habe ich nicht im Deutschen Bundestag am Vorabend der Konferenz von Helsinki, in dieser dramatischen Abendauseinandersetzung im Juli 1975, auf den kommenden Bürgerkrieg in Angola hingewiesen? Was war die Antwort? Hohn, Verachtung, Spott; man zeigte auf das Hirn: der hat wohl einen Vogel. Und Helmut Schmidt trompetete: Die Entspannung ist teilbar. Bei den Vereinten Nationen sagte er: Man muß sich bewußt sein, daß die Entspannung geographisch unteilbar ist. Für den Hausgebrauch aber sagt er, die Entspannung sei teilbar, in Europa funktioniere sie, anderswo funktioniere sie nicht.

Der Bürgerkrieg in Angola als Auftakt einer Reihe weiterer blutiger Schauspiele dieser Art war damals an die Wand gemalt. Ich habe damals im Juli 1975 gesagt, in wenigen Monaten bricht er aus, und gewonnen wird er von der sowjetfreundlichen Befreiungsbewegung. Und warum? Weil die Sowjetunion diese Befreiungsbewegung trotz ihrer numerischen Schwäche durch ihre Waffenlieferungen und zum Schluß durch ihre kubanischen Fremdenlegionäre zur stärksten militärischen Kraft gemacht und damit den wehrlosen schwarzen Völkern ihren Machtwillen aufgezwungen hat.

Damals sind wir verlacht, verspottet, verhöhnt worden, aber in einer geheimen Sitzung gibt Schmidt - ganz großer Staatsmann - diese seine Erkenntnisse preis. Er bittet dann um Geheimhaltung, weil das so vertraulich sei. Wenn Lächerlichkeit töten könnte, wäre er kein Konkurrent mehr für mich.

(Beifall)

Man soll doch die Dramaturgie sehen. Auf diplomatischem Wege konnte er keine Einladung nach Moskau bekommen, denn das hätte Schwierigkeiten mit den westlichen Verbündeten gegeben. Einer davon hat ihn jetzt doch überspielt.

(Vereinzelt Heiterkeit)

Es geschah vielmehr durch die Dramaturgie, über die Regie Wehners. Wehner schickte seinen Sonderkommissar - das ist bei ihm wohl die angemessene Ausdrucksweise - nach Moskau.

(Vereinzelt Zustimmung)

Der hat dort mit Samjatin und mit Kirilenko verhandelt; Auftrag war, eine Einladung für Helmut Schmidt zu erreichen. Dort ist Herrn Selbmann auch gesagt worden, welche Leistung Helmut Schmidt erbringen muß, damit er eine Einladung bekommt. Man muß doch bei uns einmal den Zusammenhang der Dinge sehen! In Moskau ist von der Rede Helmut Schmidts, die er in Hamburg gehalten hat, der Teil geschrieben worden, in dem er sagte, man solle die nächsten drei Jahre für Abrüstungsverhandlungen nutzen und deshalb den Stationierungsbeschluß, der ohnehin erst nach drei Jahren, also Ende 1982, erfüllt werden kann, aufheben, auch wenn die sowjetischen Mittel-

streckenraketen erhalten bleiben und in der Zwischenzeit vielleicht sogar noch weitere aufgestellt werden.

Die Sowjetpolitik gegenüber Westeuropa hat zwei überragende Ziele, den sogenannten TNF-Beschluß der NATO vom Dezember letzten Jahres zu Fall zu bringen und schrittweise die Neutralisierung der Bundesrepublik durch langsame heimliche Lockerung der Bündnisbande herbeizuführen.

(Beifall)

Wenn man dann sagt, der Strauß sieht schwarz, der übertreibt, das seien krasse oder verleumderische Töne: Es gibt keine Politik, die die Bundesrepublik Deutschland mit einem Schlage aus dem Bündnis herauslösen könnte. Die sowjetischen Politiker sind Realisten. Sie wissen ganz genau, daß der Krieg für sie in Europa kein Mittel der Politik ist. Soviel können wir den Russen zutrauen - dafür brauchen wir nicht den Lehrer Helmut Schmidt -, daß sie ihre eigenen Interessen erkennen und daß sie nichts tun werden, was für sie ein unerträgliches Risiko oder einen unbezahlbaren Preis heraufbeschwören würde. Das ist der Unterschied zwischen den Russen und Hitler, zwischen Breschnew und Hitler. Hitler war ein verbrecherischer, auch militärischer Abenteurer mit pathologischen und psychiatrischen Einschlägen. Drüben sitzen eiskalte, logisch rechnende, langfristige Planer der Macht, der imperialistischen Erweiterung ihres Einflusses in der Welt mit den langfristigen Zielen Herrschaft und Revolution, beides in einem.

(Beifall)

Ich habe zum Ärger mancher Freunde gesagt, ich hielte Herrn Breschnew für einen großen Staatsmann, nur hat er einen anderen Violinschlüssel als wir. Ich halte ihn für einen großen Staatsmann, der die russische Zielsetzung nie aus dem Auge verloren hat - Imperialismus und Weltrevolution -, der aber nie einen Schritt machen wird, der eine ernsthafte Gefahr für die Sowjetunion heraufbeschwören würde. Da liegt unsere Sicherheit, meine Damen und Herren, nicht darin, daß wir die NATO langsam aufgeben und dafür ein Stück Papier mit der Unterschrift Breschnews erhalten, daß er uns nichts tun werde.

(Beifall)

Die Russen wissen ganz genau, daß sie uns nicht mit einem Schlage aus der NATO hinausbringen.

Die Bundeswehr, die NATO-Mitgliedschaft und die Soziale Marktwirtschaft, die drei von uns durchgesetzten Ergebnisse unserer Politik neben vielen anderen Ergebnissen haben einfach die normative Kraft des Faktischen. Krieg ist undenkbar, Revolution ist unmöglich, aber die langsame kulturrevolutionäre Aushöhlung unserer Gesellschaft und die langsame Erosion unserer Beziehungen zu Amerika sind die Voraussetzung, daß das sowjetische Endziel von Moskau erreicht werden kann. Darum werden sie nie die plumpe Politik des Alles-oder-Nichts, des Jetzt-auf-einen-Schlag einsetzen.

Nein, wir müssen ein feines Gehör haben für das Ticken dieser unterirdischen Uhren, wir müssen ein feines Gefühl für diese unterirdischen Bäche und Rinnsale haben, wir müssen einen feinen Instikt, ich möchte beinahe sagen, ein politisches Radargerät für das haben, was sich jetzt angebahnt hat. Hier ist Helmut Schmidt nicht der Bremser, hier ist Helmut Schmidt der Vorausmarschierer, der Vorturner. Helmut Schmidt wird um der Machterhaltung der SPD

willen auch diese grundsätzliche Änderung deutscher Politik in Kauf nehmen und notfalls betreiben. So hat er in seiner Rede in Hamburg angeboten: Stationierungsbeschluß aufheben. Das heißt, daß drei Jahre lang das sowjetische Trommelfeuer gegen uns zur Verhinderung einer Neufassung des Beschlusses anhalten wird. Das ist die Dramaturgie Wehners.

Und hier kam die Einladung aus Moskau. Es bestand doch vom ersten Augenblick an kein Zweifel, daß Schmidt sie annehmen würde. Das war doch nur eine Publikumstäuschung nach dem Motto "Liebst du mich? Du liebst mich nicht", so wie man an den Knöpfen am Anzug mit Ja oder Nein abzählt: Kommt die Einladung, kommt sie nicht? Fahre ich, fahre ich nicht? Fahre ich jetzt, fahre ich später, fahre ich überhaupt nicht? Dazu kamen die mannhaften Redensarten am 1. Mai, als er sagte, er werde den Sowjets sagen, sie sollen ihre Truppen zurückziehen: "Jungs, so kann man nicht weitermachen, ihr müßt eure Truppen zurückziehen."

(Heiterkeit)

Dann kam dieses großkotzige Geschwätz, die Großmächte verstünden nichts von Konfliktmanagement, von "Crisis Strategy". Glaubt denn Schmidt, daß der Kreml und das Weiße Haus ihn brauchen, um etwas von Konfliktmanagement zu verstehen? So einer muß ja wirklich größenwahnsinnig geworden sein, der so tut, als ob er Lehrer für Moskau und Amerika gleichzeitig sei.

(Lebhafter Beifall)

Dann kam der scharfe Angriff Wehners gegen die Sowjetunion. Wenn man hier nur hinter dem Pferdefuß nicht gleich den Gestank spüren würde!

(Heiterkeit)

Warum denn der Angriff gegen Moskau? Damit wieder Dampf abgelassen wird, damit der Westen wieder beruhigt wird, damit die eigenen Bürger nicht unnötig aufgerüttelt werden und allmählich merken, welche Politik sich hier anbahnt und hinter den Kulissen schon weit fortgeschritten ist. Ich warne vor dem wachsenden Antiamerikanismus, der sich in der SPD breitmacht,

(Lebhafter Beifall)

heute stärker als während des Vietnam-Krieges. Es gibt Redensarten in den Rängen unter Helmut Schmidt, die Amerikaner seien die Kriegshetzer, die Kriegstreiber, seien die Kriegsverbrecher, die Darstellung des Präsidenten Carter abwechselnd als Karikatur und dann wieder als Kriegshetzer: Hier sollte sich der starke Mann bewähren, hier sollte er in seiner Partei Ordnung schaffen. Er will aber gar nicht, und er kann es auch nicht.

(Beifall)

Das wachsende Verständnis in der SPD für Moskau auch in Afghanistan, gegen den amerikanischen Militarismus für die sowjetische Friedenspolitik: Die SPD glaubt an die sowjetische Absicht, Mitteleuropa als starkes friedenssicherndes Zentrum auszubauen. Aber dieses Wort, so schön es klingt, heißt: ein neutralisiertes, militärisch wehrloses und des amerikanischen Schutzes Schritt für Schritt mehr entbehrenden Europas. Das ist das erklärte Ziel der Sowjetunion in den 80er Jahren. Hier heißt es principiis obsta, widerstehe den Anfängen; hier heißt es, die Bürger wachzurütteln, damit sie wissen, was am Ende dieser Straße stehen würde. Des-

halb soll der Brüsseler Beschluß widerrufen werden und deshalb die schrittweise Neutralisierung der Bundesrepublik Deutschland mit Lockerung der Bindungen zu den USA, eine umfassende schrittweise Neuorientierung Westeuropas zur Sowjetunion erfolgen.

Es gibt Gerüchte zwischen den Zeilen. Ich war aber sehr überrascht, in einer Information etwas über Herrn Wischnewski zu lesen, was ich in einer Wiener Wochenzeitung gefunden habe. Da gibt es sicherlich gemeinsame Informationsquellen, denn wo Rauch ist, ist auch Feuer. Dort heißt es, daß sogar von hoher sowjetischer Seite eine Andeutung gefallen sei, wenn man diesen Weg gehe, dann könne man auch an einen Rat der beiden deutschen Staaten mit alternierendem Vorsitz denken. Erinnern Sie sich an den Deutschland-Plan der SPD im Jahre 1958? Es geht genau wieder auf der Bahn Herbert Wehners von damals weiter. Er ist sicherlich ein genialer, aber gefährlicher Stratege. Ebenso wie Wehner gefährlich ist, ist Helmut Schmidt unfähig, diesen Weg zu durchkreuzen und zu verhindern.

(Beifall)

Der Ersatz für Amerika wäre auch nicht ein militärisch starkes Europa. Das käme gar nicht in Betracht, denn das würde den Zorn der Russen heraufbeschwören. In Betracht kommt nur ein Breschnew-Papier, das uns Sicherheit, Freiheit und Frieden anstelle der NATO-Politik verspricht. Sicherheit, Freiheit und Frieden, das heißt aber pax sowjetica. Damit kommt von nicht unbefugter Seite häufig die Frage: Werden die Deutschen zum drittenmal in einem Jahrhundert an einer Katastrophe Europas schuldig werden? Meine Damen und Herren, darum geht es im kommenden Wahlkampf, um nicht mehr und nicht weniger. Hier geht es nicht um die Personen Helmut Schmidt oder Strauß, hier geht es um Strauß mit der Union und ihrem Programm als der einzigen zuverlässigen Garantie, daß dieser Weg ab 5. Oktober dieses Jahres endgültig abgebrochen, daß ihm eine eindeutige und unmißverständliche Absage erteilt wird.

(Lebhafter Beifall)

Unser Weg heißt Frieden und Freiheit. Deshalb werden wir, sobald wir an die Regierung kommen, wieder vertrauensbildende Maßnahmen gegenüber den Amerikanern vornehmen, um das wiedergutzumachen, was hier an Scherben angerichtet worden ist.

(Beifall)

Wir werden unsere Verteidigungskraft verstärken, ohne mit dem Säbel zu rasseln und ohne zu provozieren.

Sie kennen meine Meinung. Ich habe sie oft genug gesagt. Es sollten nicht deutsche Truppen in den Mittleren Osten entsandt werden. Das entspräche nicht einer sinnvollen Aufgabenteilung. Aber wenn bei uns Lücken in der europäischen und der atlantischen Front entstehen, weil andere für uns am Persischen Golf Wache halten müssen, dann besteht das mindeste, was wir zu tun verpflichtet sind, darin, die Lücken bei uns in Mitteleuropa, in der Nordsee und im östlichen Atlantik zu füllen. Das ist dabei unsere verdammte Pflicht und Schuldigkeit.

(Beifall)

Welch niederträchtige Gesinnung ist es, den mit Recht besorgten Frauen, Müttern und Kindern zu sagen: Wollt ihr deutsche Soldatengräber im Jemen besuchen? Meine Damen und Herren, dies ist eine

Formulierung der Niedertracht, der menschlichen Gemeinheit und der Schäbigkeit.

(Beifall)

Ohne Prophet zu sein - allerdings kann ich mir vorstellen wie es weitergeht -, muß ich daran erinnern, daß sich ja erhebliche militärische Kräfte unserer Bündnispartner am Persischen Golf befinden. Sogar zwei deutsche Zerstörer schwimmen dorthin, wobei der Zerstörer "Bayern" durch "Hessen" ersetzt werden muß, weil er mit dem Frachtschiff kollidiert ist. Gute Arbeitsgemeinschaft zwischen Herrn Dregger und mir, natürlich symbolisch! Die Zerstörer hat die jetzige Regierung dorthin entsandt. Aber was wäre es denn, wenn in den Vereinigten Staaten von Amerika Stimmung gegen die Bundesrepublik Deutschland gemacht und gesagt würde: Sollen wir amerikanische Kriegsgräber im Jemen besuchen? Diejenigen, die sich am leichtesten von der Energie- und Rohstoffzufuhr unabhängig machen können, sind die Amerikaner. Die können es viel leichter und schneller als wir. Bei uns dauert es viele Jahrzehnte und wird ganz nie möglich sein. Wenn wir von anderen erwarten, daß sie dort zur Verteidigung auch unserer Interessen den Kopf hinhalten, dann müssen wir in Europa voll und ganz und ohne Wenn und Aber unsere Pflicht erfüllen und dann müssen wir vor allen Dingen eine so schamlose Propaganda öffentlich an den Pranger stellen.

(Beifall)

Drittens zur Frage der Ehrlichkeit gegenüber dem Osten. Es gibt den Schwindel, bei einem Wahlsieg der CDU/CSU würde es zu einer Vereisung des Verhältnisses zum Osten kommen. Der Osten denkt ja gar nicht daran. Das sind jetzt psychologische Manöver. Halten Sie mich im übrigen nicht für frivol, wenn ich sage: Kommunisten verhandeln viel lieber mit Konservativen als mit Sozialisten. Es hat sich doch immer erwiesen, daß als Verhandlungspartner mit russischen Regierungen nichtsozialistische Regierungen, nichtsozialistische Diplomaten, nichtsozialistische Politiker wesentlich willkommener und zuverlässiger waren, vor allen Dingen weil es mit solchen Verhandlungspartnern das Ideologiegeschwafel nicht gibt, das zwischen Kommunisten und Sozialisten bei solchen Gelegenheiten immer unvermeidlich ist.

(Beifall)

Demgegenüber ist natürlich die Frage der Teilnahme an den Olympischen Spielen ein Intermezzo. Aber Helmut Schmidt hat hier ein Doppelspiel getrieben. Den Amerikanern gegenüber hat er erklärt: Ja, aber überlegt es euch noch einmal; vielleicht ziehen die Russen noch vor dem Beschluß des IOC aus Afghanistan ab. - Meine Damen und Herren, als wenn man ein Kasperltheater mit einem Kriegsschauplatz verwechseln könnte, hätte ich beinahe gesagt! Als ob man diese beiden Ebenen miteinander vergleichen könnte! Als ob die Russen ihre große machtpolitische Offensive stoppen, nur damit die NOKs der Welt im IOC für die Teilnahme an den Olympischen Spielen stimmen. Wer das glaubt, muß im Hirn einen merkwürdigen Bausteinkasten haben, muß eine merkwürdige Vorstellung haben, muß weder von Geschichte noch von Geographie irgend etwas verstehen. Aber schon auf dem Rückflug von Amerika wurde gesagt: Es wäre doch eine Torheit, nicht nach Moskau zu gehen; das stört den Dialog. Aber man kann nicht heraus aus der ganzen Bindung. Hier hat die Bundestagsfraktion der CDU/CSU ein bewundernswertes Stück politischer Klarheit, politischer Zuverlässigkeit und politischer

Durchschlagskraft bewiesen.

(Lebhafter Beifall)

Natürlich belastet dies das Verhältnis der Bundesrepublik Deutschland zu Moskau. Natürlich belastet das - wenigstens zum Schein - Helmut Schmidt. Aber die Franzosen haben hier umgekehrt votiert. Und Herr Bahr hat in einem Akt seltener Hinterfotzigkeit im Bundestag gegen die Teilnahme gestimmt und den maßgebenden Mann des deutschen Sports dazu bewegen wollen, im NOK für die Teilnahme zu stimmen. Das ist das wahre Antlitz des Herrn Egon Bahr.

(Beifall)

Dann hat das deutsche NOK mit großer Mehrheit dagegen entschieden, während das französische dafür entschieden hat.

Nun stand Moskau vor der Situation: Die Einladung an Helmut Schmidt muß unter allen Umständen erhalten bleiben. Aber um ihm einen Dämpfer zu geben, muß sich Herr Breschnew in Warschau vorher mit Giscard treffen. Giscard hat am Samstagabend mitteilen lassen, daß er am Sonntag Herrn Breschnew trifft. Damit ist der selbsternannte Heldenmaskenträger Helmut Schmidt wieder auf einen Teil des Maßes zurückgeführt worden, das in Wirklichkeit ein Mittelmaß ist, in dem er sich noch im Laufe der nächsten Monate zeigen wird.

(Beifall)

Die Franzosen sind eiskalte Pragmatiker. Sicherlich ist das positive Votum ihres NOK nicht ohne Einwirkung der politischen Führung zustande gekommen. Denn Herr Giscard empfindet seit langer Zeit, daß er genauso wie seine Vorgänger in der Gestaltung des Verhältnisses zwischen Westeuropa und Moskau die erste Geige spielen und Helmut Schmidt nur eine Hilfsfunktion übernehmen dürfe. Da aber Helmut Schmidt versucht hat, die erste Geige zu übernehmen, ja, Kapellmeister des Unternehmens zu werden, hat er jetzt die nötige Abfuhr erlitten.

Aber verlassen Sie sich darauf: Die Einladung bleibt, und er wird fahren. Denn solange ihm Moskau Unterstützung geben kann, wird es ihm Unterstützung geben, weil eine sozialdemokratische Regierung, deren Treibsatz, deren Schwungrad mehr und mehr antiamerikanisch wird, mehr und mehr neutralistisch wird, mehr und mehr in die andere Richtung driftet, natürlich für Moskaus langfristige Ziele eine wesentlich angenehmere Regierung ist als eine Regierung der CDU/CSU, gleichgültig, von wem geführt, aber noch mehr, wenn von mir geführt.

(Beifall)

Ich habe meine Ausführungen heute bewußt einmal in diesen Rahmen gestellt. Ich brauche nicht das Programm zu verlesen. Ich brauche es nicht zu interpretieren. Sie haben es gelesen und diskutiert. Wir haben es gelesen und diskutiert. Wir beide, CDU und CSU, haben es einstimmig angenommen.

Aber, die SPD ist nicht nur die Partei der Kapitulation auf dem Gebiet der Außenpolitik. Sie ist auch die Partei der Kapitulation gegenüber der Energiefrage. Die SPD ist die Partei der Kapitulation vor der Inflation. Die SPD ist die Partei der Kapitulation vor der wachsenden Staatsquote. Die SPD ist die Partei der Kapitulation vor der wachsenden Verschuldung und dem unvermindert schnellen Ansteigen des Verschuldungspotentials und des jährlichen Verschuldungszuwachses.

Ich habe heute bewußt keine langen Ausführungen über das Thema "Union und Gewerkschaften" oder "FJS und Gewerkschaften" gemacht. Ich frage nur: Wer ist ein Freund der Arbeitnehmer? Der, der zehn Jahre lang verbissen gegen den unerträglichen Anstieg der Lohnsteuer kämpft. Alle großen steuerpolitischen Initiativen der 7oer Jahre kamen von der Union. Sie sind mit dem Namen meines Freundes Häfele und mit den Namen anderer CDU-Politiker und auch mit meinem Namen verbunden.

Wir haben doch immer erklärt, daß der Staat nicht die Hälfte des Arbeitseinkommens wegsteuern darf. Wir haben doch erklärt, daß es eine unsoziale Politik ist, wenn von jeder hinzuverdienten Mark 5o Pfennig und mehr durch die öffentlichen Kassen in Anspruch genommen werden. Ich könnte darüber in Einzelheiten einsteigen. Ich brauche es nicht zu tun; Sie kennen das Thema.

Haben wir nicht trotz aller Anfeindungen und Anfechtungen, ohne auf opportunistische Möglichkeiten zu schielen, ohne uns vom Gerede des Tages beirren zu lassen - Herr Stoltenberg, Herr Albrecht von der CDU und ich von der CSU -, für den zügigen Ausbau des gemeinsamen Energieprogramms, für eine maßvolle und vernünftige Einordnung der Kernenergie den Kopf hingehalten? Warum denn? Weil wir den arbeitenden Menschen von heute die Garantie geben wollen, daß sie auch im Jahre 199o noch über sichere Arbeitsplätze verfügen können,

(Beifall)

und daß die großen Anforderungen an unsere sozialpolitische Zielsetzung und an unsere gesellschaftspolitischen Zielsetzungen auch durch eine auf vollen Touren laufende Wirtschaft glaubwürdig gemacht und in der Wirklichkeit erhalten werden können. Deshalb auch unsere Mahnungen zu einer vernünftigen Wirtschaftspolitik.

Es ist nicht die Aufgabe deutscher Politik, in Japan für Vollbeschäftigung zu sorgen. Der Anstieg der Kosten zwingt zur Verlagerung von Arbeitsplätzen, zur Abwanderung von Produktion. Das ist weltwirtschaftlicher Wettbewerb. Diesem können wir uns nicht entziehen. Wir können keine Mauer um uns herum errichten. Wir können nicht in ein Autarkiedenken zurückfallen. Wir sollten aber schon einmal darüber nachdenken, warum die Ostasiaten 9O % des Motorradmarktes beherrschen, die überwältigende Mehrheit auf dem Fotomarkt haben, einen klaren Wettbewerbsvorsprung auf dem Gebiete der elektronischen Unterhaltungsmittel und der elektronischen Kommunikationsmittel haben. Wir sollten einmal darüber nachdenken, warum sie auf dem Gebiete der elektronischen Hilfsmittel und der Mikroprozessoren drauf und dran sind, uns abzuhängen, warum die japanischen Automobile einen Siegeszug durch Europa antreten. Die japanischen Automobile haben die europäischen Automobile nach Qualität und Leistung fast eingeholt, liegen im Preis aber 2O % niedriger. Wir sollten nicht unsere Grenzen schließen, wohl aber durch einen Pakt der Vernunft zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern und ihren Organisationen bei uns für Vollbeschäftigung sorgen, damit wir in den 8Oer Jahren bestehen können.

(Anhaltender Beifall)

Wir wissen, daß wir ohne eine starke Finanzierungskraft der öffentlichen Hand keine leistungsfähige Sozialpolitik betreiben können, und daß eine starke Finanzierungskraft der öffentlichen Hand eine funktionierende, auf hohem Beschäftigungsstand laufende Wirtschaft voraussetzt. Das ist unser erklärtes Ziel. Wir haben dies 2O Jahre

lang gekonnt. Deshalb hat niemand das Recht, uns aus rein wahlpolitischer Demagogie in ein zwielichtiges Verhältnis zum Arbeitnehmer und seinen Organisationen zu bringen.

(Beifall)

Eines kann ich den Herren auch sagen: Ich stehe dem kleinen Mann - ob es der Kumpel an Rhein und Ruhr ist, ob es der Arbeiter am Flugplatz in Berlin ist, ob es der Taxichauffeur in Hamburg ist oder ob es die breite Schicht der Hausfrauen ist - näher als die meisten der hohen Funktionäre und Manager, gleichgültig, in welchem politischen Lager sie stehen.

(Lebhafter Beifall)

Ich komme aus dem Milieu einer Arbeitervorstadt. Ich bin mit seinen Problemen großgeworden. Ich kenne die Sprache des Volkes. Ich kenne die Mentalität und Psychologie der breiten Schichten, der breiten Massen unseres Volkes, nicht deshalb, weil ich studiert habe, oder weil ich auf Schauspieler getrimmt worden bin, sondern deshalb, weil das meine Natur ist, weil das meine Herkunft ist, weil ich dort mehr politische Heimat habe als in manchen Häusern der Vornehmen und der Reichen, die heute um Helmut Schmidt herumscharwenzeln.

(Anhaltender lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich hier die Versicherung abgeben, daß die zwei Schwerpunkte unserer Gesellschaftspolitik von CDU und CSU - auch von mir persönlich - getragen und verfolgt werden. Es ist dies ein zusammengehörendes Paar: Familienpolitik und Rentenpolitik. Man kann beides nicht voneinander trennen. Wir haben diese unsere im Wahlprogramm niedergelegten Ziele unter einen Finanzierungsvorbehalt gesetzt, den Finanzierungsvorbehalt, daß wir nicht zuviel für die Erhaltung des Friedens und der Freiheit ausgeben müssen, daß wir genug Energie und Rohstoffe haben, daß wir eine funktionierende Marktwirtschaft mit hohem Beschäftigungsstand haben. Wenn diese Voraussetzungen erfüllt sind, können wir diese Ziele auch finanzieren. Sobald wir an der Regierung sind, werden wir die Ungerechtigkeit der einseitigen Verteilung der Mutterschaftshilfe aufheben. Wir werden allen Müttern die gleiche Mutterschaftshilfe geben.

(Beifall)

Wir werden schrittweise das Erziehungsgeld einführen und die Familienpolitik auch dadurch stärken, daß der Mutter Erziehungsjahre - und zwar nicht nur eines wie bei der SPD, sondern fünf - als Rentenversicherungszeit ohne Beitrag angerechnet werden.

(Beifall)

Wir werden die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht Ende 1984 vornehmen.

Meine Damen und Herren, wir müssen aber dafür sorgen, daß unser Ausgabenzuwachs niedriger ist als der Anstieg des nominalen Bruttosozialprodukts, damit wir auch den Abbau des Verschuldungszuwachses und die langsame Rückführung der Staatsquote einleiten können.

(Beifall)

Verleumder haben behauptet, wir wollten das eine nach dem anderen tun. Wenn wir mit Familien- und Rentenpolitik warten müßten, bis wir wieder ein vernünftiges Verhältnis zwischen Verschuldungspotential und Bruttosozialprodukt haben, würden wir wahrscheinlich erst

Ende der 90er Jahre antreten können. Natürlich werden wir den Verschuldungszuwachs und die Staatsquote nicht auf einen Schlag zurückführen können. Es käme sonst zu einem Kollaps. Was in zehn Jahren verschlampt und durch Liederlichkeit vertan worden ist, kann nicht innerhalb eines Jahres oder innerhalb von vier Jahren wieder bereinigt werden. Wir müssen das Ziel erkennen. Wir müssen den ersten Schritt in dieser Richtung tun und dann weitergehen, auch wenn es eine lange Reise wird. Wir müssen lernen, Disziplin zu halten, die Hand nicht für alle Zwecke zu heben, nicht rundherum abkassieren zu wollen. Wir müssen wissen, welches unsere Prioritäten sind. Diese Prioritäten heißen für mich - wenn Sicherheit und Freiheit sowie die Versorgung mit Energie und Rohstoffen gewährleistet sind - Familienpolitik und Rentenpolitik. Diese beiden Bereiche stehen weit vorne an der Spitze.

(Beifall)

Wir können uns diese Prioritätensetzung auch leisten, weil wir durch eine im Wachstum befindliche Wirtschaft gewisse Finanzierungsspielräume bekommen. Wenn wir Disziplin zeigen und uns auf die Schwerpunkte konzentrieren, können wir die angestrebten Ziele auch schrittweise erreichen. Sie werden sicherlich gelesen haben, daß dieses unser Programm - auch was die Finanzierbarkeit angeht - nicht einer vernichtenden Kritik unterzogen worden ist, sondern im Gegenteil als sehr ehrlich, als sehr solide und sehr seriös gekennzeichnet worden ist.

Man fragt uns immer wieder: Wo wollt ihr sparen? Das werde ich nicht hier sagen. Ich wage aber, nur einmal einen Gedanken anzudeuten. Ich bin sicher, daß wir in Europa keinen Krieg mehr bekommen. Wir haben einen hohen Kriegsopferhaushalt, und an diesem soll selbstverständlich nicht nur nichts gekürzt werden, sondern er soll auch regelmäßig so ausgebaut werden, wie es politische Ehrenpflicht ist.

Am Ende des neunten Jahrzehnts wird es fast keine Veteranen des Ersten Weltkriegs mehr geben. Wenn es keinen Veteranen des Ersten Weltkrieges mehr gibt und wenn die ältesten Veteranen des Zweiten Weltkrieges sich in den 80er Lebensjahren befinden, sollten wir den Kriegsopferhaushalt dann, wenn die Anrechnung von Erziehungsjahren in der Rentenversicherung höhere Leistungen verlangt, die nicht von der Gemeinschaft der Versicherten durch immer höhere Beiträge, sondern - weil nicht versicherungstypisch - durch Zuschüsse aus dem Bundeshaushalt erbracht werden müßten, nicht für andere Zwecke zerfasern lassen und auch nicht irgendwie kassieren, sondern wir sollten die Mittel, die wir für eine Politik der Liquidation des Todes aufbringen mußten, für eine Politik der Stärkung des Lebens aufbringen.

(Lebhafter Beifall)

Lassen Sie mich Ihnen zurufen: Wir haben keinen Grund, kleinmütig, kleingläubig oder verzagt zu sein. Lassen wir uns von Spöttern und Schimpfern, Scheltern und Schmähern am Wegesrand nicht beirren. Wir haben eine großartige historische Leistung vollbracht. In unserer Partei gibt es keinen Moskau-Flügel, keinen Helsinki-Flügel und keinen kleinen Washington-Flügel. Ich habe den großen Vorzug, daß ich nicht drei Flügel zusammenhalten und zum Schluß noch vor dem linkesten Flügel hermarschieren muß.

In Fragen des Friedens, der Freiheit unserer Gesellschaft und Deutschlands stehen wir nahtlos und geschlossen wie eine Einheit,

sind wir eine geschlossene Formation.

(Lebhafter Beifall)

Wer für eine gute Sache steht, meine Damen und Herren, der mag Rückschläge erleiden, Schrammen und Blessuren - ich bin es über 30 Jahre meines Lebens gewohnt -, aber er verliert nie den inneren Kompaß, er verliert nie das Gefühl für den rechten Kurs, und er verliert nie die Selbstzuversicht, das Gefühl, für eine gute Sache zu stehen, gestanden zu haben, heute zu stehen und morgen zu stehen.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Nachdem ich heute vor langfristigen Entwicklungen gewarnt habe, will ich mit einem Zitat die Rede beschließen: Es mag 50 Jahre dauern, bis politische Mißgriffe offenkundig werden und ihre letzten Konsequenzen tragen. Aber schließlich legt die Geschichte die Rechnung für jeden Fehler vor, und sie ist peinlicher dabei als unsere Preußische Oberrechnungskammer. Dann wird man erst in der Öffentlichkeit den Bruchpunkt sehen, von dem aus das Unheil seinen Anfang nahm.

So Otto von Bismarck in "Gedanken und Erinnerungen".

Heute sind wir an einem Bruchpunkt. Es liegt an unserer Stärke, an unserer Entschlossenheit, an unserem Kampfeswillen, den Bruchpunkt zu überschreiten, die Straße nach dem Guten, nach Frieden und Freiheit zu finden und nicht den Weg der Unterwerfung, der Gefährdung und, zum Schluß, den Weg des totalen Risikos zu gehen. Auch uns wird die Geschichte diese Rechnung vorlegen. Fehler der Innenpolitik können korrigiert werden; Fehler der Außenpolitik werden oft erst nach Ablauf einer Generation - und darum habe ich heute vor langfristigen Prozessen gewarnt - in ihrer verhängnisvollen Dramatik und in ihrer irreparablen Folgerichtigkeit offenkundig.

Ich sage nicht: Wir werden siegen, weil wir siegen müssen. Aber ich sage: Wir können siegen, wenn wir siegen wollen, und wir werden siegen, weil wir siegen wollen.

(Minutenlanger stürmischer Beifall und Bravo-Rufe - Die Delegierten erheben sich)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Wir danken unserem Freund Franz Josef Strauß für eine große Rede,

(Lebhafter Beifall und Bravo-Rufe)

eine Rede, die uns auf bedeutsame historische Tatbestände hingewiesen, die uns eine glänzende Beurteilung der wesentlichen innen- und außenpolitischen Faktoren unserer Zeit und eine klare Analyse der politischen Lage gegeben und unsere politischen Ziele kraftvoll vertreten hat.

(Beifall)

Lieber Franz Josef Strauß, mit ganz besonderer Freude und Zustimmung haben wir miterlebt, daß Ihre Rede - wie wir das von Ihnen nicht anders erwartet haben - durch Mut und durch Zuversicht bestimmt war.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Alle diejenigen in unserem Lande werden sich verrechnen, die bei der Union bis zur Bundestagswahl Kleingläubigkeit, Mutlosigkeit

oder gar Resignation erwarten.

(Beifall)

Das deutsche Volk wird erleben, daß die Union geschlossen und offensiv für ihre gute Sache kämpft, um für Deutschland eine bessere Politik zu erreichen.

(Beifall)

Franz Josef Strauß steht für diese bessere Politik.

(Beifall und Bravo-Rufe)

Franz Josef Strauß steht für unser gemeinsames Programm, und deshalb wollen wir, daß Franz Josef Strauß Kanzler der Bundesrepublik Deutschland wird.

(Lebhafter Beifall)

Liebe Freunde, kommen wir jetzt zum letzten Punkt der Tagesordnung unseres Bundesparteitages. Bevor ich jedoch unserem Parteivorsitzenden Helmut Kohl das Wort zu seiner Schlußansprache erteile, möchte ich ein Wort des Dankes dem Land Berlin für die freundliche Aufnahme, die wir hier gefunden haben, sagen.

(Beifall)

Wir danken den Mitarbeitern des Internationalen Congress Centrums, die in hervorragender Weise mit den Mitarbeitern der CDU-Bundesgeschäftsstelle zusammengearbeitet und so zum Gelingen des Parteitages in diesem nicht einfach zu handhabenden Congress Centrum beigetragen haben.

(Beifall)

Wir danken den Beamten der Polizei, die während des Parteitages in vorbildlicher Weise für die Sicherheit gesorgt haben.

(Lebhafter Beifall)

Unser Dank gilt auch den Helferinnen und Helfern des Roten Kreuzes und der Feuerwehr.

(Beifall)

Unser besonderer Dank gilt den Mitgliedern der CDU Berlin, die mit großem Engagement, mit hervorragender Disziplin und immer liebenswürdig in diesen Tagen als Ordner und Hilfskräfte tätig waren.

(Beifall)

Wir danken den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Bundesgeschäftsstelle, die diesen Parteitag vorbereitet und die auch dafür gesorgt haben, daß das Wortprotokoll des gestrigen Tages den Teilnehmern schon heute morgen vorgelegen hat.

(Beifall)

Unser Dank gilt allen Mitarbeitern von Presse, Rundfunk und Fernsehen für ihr Interesse und ihre Berichterstattung über diesen Bundesparteitag.

(Beifall)

Ich rufe nun den Tagesordnungspunkt 4 auf:

Schlußansprache des Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl

Ich erteile unserem Parteivorsitzenden Dr. Helmut Kohl das Wort.

Dr. Helmut Kohl, Vorsitzender der CDU, (mit lebhaftem Beifall begrüßt): Meine Damen und Herren! Meine lieben Freunde! Einige wenige Worte zum Abschluß dieses großen Parteitages in Berlin, die ich uns zum Nachdenken und zur Besinnung mit auf den Weg geben möchte.

Dieser Parteitag in Berlin ist unser großer Aufruf an alle unsere Freunde, an alle Mitglieder, an alle Wähler der CDU/CSU in allen Bundesländern, in allen Städten, Dörfern und Gemeinden, in dieser entscheidenden Runde zur Bundestagswahl ihre Pflicht zu tun.

(Beifall)

Von heute an sind es noch 138 Tage bis zum 5. Oktober. Jeder kann es spüren: Wir haben die Chance zum Sieg, wir haben die Chance zu einer Wende der deutschen Politik zum Besseren, wenn wir es nur selbst wirklich wollen.

(Beifall)

Deswegen ist es wichtig, daß wir hier von Berlin nach Hause zurückkehren und das verarbeiten, was wir gehört, gemeinsam diskutiert und besprochen haben und daß wir es auch in unsere Gespräche mit unseren Nachbarn, mit unseren Freunden und mit all jenen einführen, die wir brauchen, um den Wahlsieg am 5. Oktober erreichen zu können.

Dazu gehört auch das menschliche Miteinander. Deswegen drängt es mich sehr, Ihnen allen als Vorsitzender der CDU dafür zu danken, daß Sie in diesen Berliner Tagen mit so viel Disziplin, aber auch mit so viel Entschlossenheit diskutiert haben und daß wir unser Wahlprogramm einstimmig verabschieden konnten.

(Beifall)

Ich will auch Peter Lorenz und unseren Freunden im Parteitagspräsidium danken, die in einer großartigen und zügigen Weise diese Tagung hier in Berlin gestaltet haben.

(Beifall)

Wir müssen jetzt von hier hinausgehen und unsere Sache kämpferisch vertreten. Wenn ich sage "wir", meine ich das so: der Parteivorsitzende genauso wie die Mitglieder des Bundesvorstandes, die Mitglieder der Landesvorstände, die Abgeordneten, die Ortsvorsitzenden, jedermann. Es darf in diesen 138 Tagen niemand in der Union geben, der in der Proszeniumsloge sitzt und zuschaut, wie andere arbeiten. Wir alle müssen gemeinsam kämpfen!

(Lebhafter Beifall)

Wir müssen es überzeugend und glaubwürdig tun.

Wir werden unsere Politik nur dann überzeugend und glaubwürdig vertreten können, wenn die Art und Weise, wie wir Politik vorleben, beispielhaft ist, wenn wir in unserer sachlichen Argumentation besser sind und wenn wir uns nicht von anderen einen Stil aufdrängen lassen, der der Union nach ihrem Geist, ihrer Tradition unwürdig ist. Wir bleiben bei unserer Überzeugung.

(Beifall)

Wir haben das bessere Wahlprogramm, wir haben die besseren Argumente, und wir haben mit Franz Josef Strauß und seiner Mannschaft

die besseren Männer und Frauen als Angebot für die nächsten Jahre.

(Lebhafter Beifall)

Es geht um die Wende der deutschen Politik. Wenn wir in diesen Wahlkampf mit dem Thema "Für Frieden und Freiheit" ziehen, dann weiß jeder von uns, daß damit der eigentliche Bezug auch zum persönlichen Leben jedes einzelnen, auch zu seinem persönlichen und privaten Glück gemeint ist. Es gibt nicht die Chance für private Erfüllung des einzelnen in unserem Volke, wenn nicht Frieden und Freiheit gesichert sind. (Beifall)

Es ist eine gute Sache, daß wir in diese entscheidende Runde dieses Wahlkampfes von einem Berliner Parteitag ausziehen.

(Beifall)

Berlin braucht uns alle, aber wir brauchen auch Berlin, weil Berlin eine unverwechselbare Erfahrung vermittelt. Hier wird auch der einzelne von uns - ich verspüre das auch immer wieder sehr persönlich - mit den wirklich historischen Entscheidungen konfrontiert. So manches Mal, wenn ich aus Bonn nach Berlin komme, die Diskussionen des Alltags noch im Kopf, denke ich: Hier am Reichstag, im Blick auf die Mauer und den Stacheldraht, im Blick auf die historische Last unserer Generation - die Teilung unseres Vaterlandes -, gewinnt jeder von uns die richtige Perspektive für das, was für die Zukunft unseres Landes geschichtlich notwendig ist.

(Lebhafter Beifall)

Sagen Sie unseren Mitbürgern in diesen entscheidenden Wochen und Tagen, die vor uns liegen: So wichtig dies alles ist, was wir in unserer Republik besser machen wollen - dieser historische Anruf an unsere Generation, aus der Geschichte unseres Volkes lernend die Zukunft zu gestalten, für die Menschen in ganz Deutschland Frieden und Freiheit zu erringen, bleibt das Allerwichtigste. Diese Vision einer deutschen Politik dürfen wir zu keinem Zeitpunkt aus unseren Augen verlieren.

Sagen Sie unseren Mitbürgern, wir sollten nie vergessen, was unsere Landsleute in Leipzig, in Weimar, in Eisenach und Dresden dafür geben würden, wenn sie am 5. Oktober die Entscheidung über die Zukunft des Landes treffen könnten!

(Lebhafter Beifall)

Aus diesem Geist, meine Freunde, wollen wir ans Werk gehen, wollen wir unsere Pflicht tun, wollen wir hart arbeiten, kämpferisch für unsere Sache eintreten.

Es geht um eine große Sache: Es geht um Frieden und Freiheit für unser deutsches Vaterland. So wollen wir diesen Parteitag mit dem Lied aller Deutschen beschließen: "Einigkeit und Recht und Freiheit".

(Die Anwesenden erheben sich und singen die dritte Strophe des Deutschlandliedes.)

Peter Lorenz, Tagungspräsidium: Der Bundesparteitag ist geschlossen.

(Beifall)

(Schluß des Parteitages: 13.22 Uhr)

Anhang I

B e s c h l u ß p r o t o k o l l :

Tagesordnung:

1. Eröffnung
2. Wahl des Tagungspräsidiums
3. Beschlußfassung über die Tagesordnung
4. Bestätigung der vom Bundesvorstand eingesetzten Antragskommission
5. Wahl der Stimmzählkommission
6. Grußworte
7. Bericht des Parteivorsitzenden
8. Bericht des Generalsekretärs
9. Aussprache
10. Bericht der Mandatsprüfungskommission
11. Vorstellung des Wahlprogramms der Union für die Bundestagswahl 1980
12. Aussprache und Verabschiedung des Wahlprogramms
13. Antrag der Jungen Union - Jugend und Union -
14. Anträge zur Änderung des Statuts, der Finanz- und Beitragsordnung und der Parteigerichtsordnung
15. Sonstige Anträge
16. Neuwahl des Bundesparteigerichts für die Zeit vom 7. November 1980 bis 6. November 1984
17. Rede des Kanzlerkandidaten der CDU/CSU
18. Schlußansprache des Parteivorsitzenden

Zu TOP 2: Folgendes Tagungspräsidium wurde in offener Abstimmung ohne Gegenstimmen und bei Enthaltung der Betroffenen einstimmig gewählt:

Präsident: Peter Lorenz

Beisitzer: Ruth Beckmann
Dr. Ursula Besser
Elmar Brok
Siegfried Dübel
Jürgen Echternach
Wilfried Hasselmann
Karl Lamers
Adolf Müller
Bernd Neumann
Werner Scherer
Rudolf Seiters
Lothar Späth
Christa Thoben
Dr. Bernhard Vogel
Dr. Horst Waffenschmidt
Olaf von Wrangel
Prof. Dr. Gerhard Zeitel

Zu Top 3: Die vorstehende Tagesordnung wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit angenommen. Einstimmig wurde beschlossen, TOP 9 und TOP 12 gemeinsam zu behandeln.

Zu TOP 4: Die vom Bundesvorstand eingesetzte Antragskommission wurde in offener Abstimmung mit großer Mehrheit wie folgt bestätigt:

Vorsitzender:	Dr. Heiner Geißler
Stellv.Vorsitzender:	Ulf Fink
Weitere Mitglieder:	Heinz Franke
	Dr. Renate Hellwig
	Dr. Alois Mertes
	Anton Pfeifer
	Dr. Heinz Riesenhuber
	Friedrich Vogel
	Karl-Georg Wellmann
	Dr. Jürgen Westphal
	Dr. Dorothee Wilms

Zu TOP 5: In die Stimmzählkommission wurden in offener Abstimmung mit großer Mehrheit gewählt:

Vorsitzender:	Andreas Nathan	
Beisitzer:	Eckard Ballenthin	Hans Leveling
	Franz-Ullrich Bercker	Eckart Lesch
	Ulrich Bunkowitz	Alfons Liesen
	Heinz Doll	Josef Lipke
	Karl-Heinz Fokken	Hajo Lübben
	Heinz Hesping	Karl Luda
	Arnold Hildebrandt	Anton Pettrup
	Fritz Högger	Hans-Ulrich Püschel
	Werner Hölzel	Gerhard Quast
	Lorens Höppner	Werner Repges
	Gerhard Hoffschroer	Eberhard Sachse
	Gerda Jecker	Josef Schäfer
	Jürgen Jüttermann	Klaus-Dieter Schlademann
	Ottmar Jusa	Emil Schlag
	Willi Kierdorf	Stefan Stinner
	Heinz Kreuzkamp	Werner Volkmann
	Gerhard Lais	Reinhard Weiß
	Mia Lang	Bernhard Weskamp
	Dieter Lehnen	Paul Wildanger
	Hans-Gert Lelickens	

Zu TOP 7/
9/12: Der Bundesparteitag nahm den politischen Bericht des Parteivorsitzenden und zugleich des Vorsitzenden der CDU/CSU-Bundestagsfraktion nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 8/
9/12: Der Bundesparteitag nahm den Bericht des Generalsekretärs nach ausführlicher Diskussion zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP10: Der Bundesparteitag nahm zur Kenntnis, daß der Bundesausschuß auf Vorschlag des Bundesvorstandes am 10.12.1979 in Berlin gemäß § 10 Abs. 1 der Geschäftsordnung der CDU folgende Mitglieder der Mandatsprüfungskommission gewählt hatte:

Vorsitzender:	Norbert Kaczmarek
Beisitzer:	Harm Dallmeyer
	Hartmut Perschau
	Karl Schumacher

Die Mandatsprüfungskommission erstattete am 19.5.1980 folgenden Bericht:

"Die Mandatsprüfungskommission hat am 19.5.1980 - 12.oo Uhr - unter dem Vorsitz von Norbert Kaczmarek getagt und dabei festgestellt, daß von den 781 voll stimmberechtigten Delegierten um 12.oo Uhr 722 anwesend waren.

Von den 30 Delegierten der Exil-CDU waren 30 anwesend.

Die Delegierten der Exil-CDU sind nach § 28 Abs. 3 des Statuts der CDU u.a. bei Abstimmungen nach § 29 Abs. 5 des Statuts der CDU (Beschlußfassung über Statut, Finanz- und Beitragsordnung, Parteigerichtsordnung und Geschäftsordnung) nicht stimmberechtigt.

Die Überprüfung hat ergeben, daß die Wahl der Delegierten ordnungsgemäß erfolgt ist.

Der Parteitag ist beschlußfähig."

Der Bundesparteitag nahm diesen Bericht zustimmend zur Kenntnis.

Zu TOP 11/12: Der Bundesparteitag nahm nach ausführlicher Diskussion das Wahlprogramm der Union für die Bundestagswahl 1980 durch Erheben von den Plätzen einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Zu TOP 13: Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 13.1 "Jugend und Union" der BV Junge Union in der Fassung der Antragskommission nach ausführlicher Diskussion in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Zu TOP 14: Der Bundesparteitag faßte zur Änderung des Statuts folgende Beschlüsse:

Der Bundesparteitag erklärte Antrag Nr. 14.1 (Änderung von § 10 Abs. 1 Statut) des Bundesvorstandes der CDU auf Empfehlung der Antragskommission für erledigt.

Der Bundesparteitag nahm die Anträge Nr. 14.2 und 14.3 (Änderung von § 10(5),§ 11(1) St.)des Bundesvorstandes der CDU in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 14.4 (Änderung von § 11 Abs. 2 bis 5 Statut) des Bundesvorstandes der CDU in der Fassung der Antragskommission einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm die Anträge Nr. 14.5 bis 14.14 (verschiedene Änderungen der Parteigerichtsordnung) des Bundesvorstandes der CDU in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag faßte zur Änderung der Finanz- und Beitragsordnung folgende Beschlüsse:

Der Bundesparteitag lehnte Antrag Nr. 14.15 (Neufassung der Ziffern 4 und 5 der Beitragsordnung) des Bundesvorstandes der CDU in der Fassung der Antragskommission in offener Abstimmung mit Mehrheit bei einigen Enthaltungen ab.

Der Bundesparteitag lehnte Antrag Nr. 14.16 (Ersatzlose Streichung von Ziff. 4 der Beitragsregelung) der KV Duisburg, Essen, Mülheim, Oberhausen mit sehr großer Mehrheit bei einigen Enthaltungen ab.

Die Beitragsregelung (Anhang zur Finanz- und Beitragsordnung) wurde somit nicht geändert.

Zu TOP 15: Sonstige Anträge

Der Bundesparteitag überwies Antrag Nr. 15.1 (Jugendhilferecht und Recht der elterlichen Sorge) des KV Rotenburg in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit an die CDU/CSU-Bundestagsfraktion, soweit dieser Antrag nicht bereits durch das Gesetzgebungsverfahren des Deutschen Bundestages erledigt ist.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 15.2 des KV Gütersloh in der Fassung der Antragskommission als "Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens" in offener Abstimmung mit sehr großer Mehrheit bei sehr wenigen Gegenstimmen und Enthaltungen an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 15.3 (Schutz der Mieter bei Umwandlung von öffentlich gefördertem Sozialen Wohnungsbau in Wohnungseigentum) der Delegierten Diepgen, Lummer, Kittelmann, Landowsky und weiterer 29 Delegierter in offener Abstimmung mit großer Mehrheit bei einigen Gegenstimmen und Enthaltungen auf Empfehlung der Antragskommission dahingehend an, daß dieser Antrag an den Bundesfachausschuß Strukturpolitik der CDU/CSU zur weiteren Bearbeitung und Entscheidung überwiesen wurde.

Der Bundesparteitag nahm den letzten Absatz des Antrages Nr.15.4 (Prinzip der Wahlberechtigung aller deutschen Staatsangehörigen) der Delegierten Dr. Stercken, Grundmann, Dr. Pohl, Dr. Schröder und weiterer 66 Delegierter auf Empfehlung der Antragskommission in offener Abstimmung mit großer Mehrheit an; die ersten 4 Absätze des vorgenannten Antrags wurden durch diese Beschlußfassung erledigt.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 15.5 (Gemeinsame Delegiertenversammlung von CDU und CSU) der Delegierten Dr. Vogel, Meyer, Dr. Laurien, Dr. Blüm und weiterer 26 Delegierter in offener Abstimmung mit großer Mehrheit an.

Der Bundesparteitag nahm Antrag Nr. 15.6 (Berücksichtigung des Unterhaltsbeitrags oder der Halbwaisenrente des Auszubildenden nach § 86 Abs. 1 oder § 76 BSHG) der Delegierten Ballenthin, Hessing, Wiesmann, Schwartenbeck und weiterer 27 Delegierter in offener Abstimmung mit großer Mehrheit an.

Zu TOP 16: Der Bundesparteitag nahm auf Vorschlag des Bundesvorstandes folgende Neuwahl des Bundesparteigerichts für die Zeit vom 7.11.1980 bis 6.11.1984 in offener Abstimmung einstimmig ohne Gegenstimmen und ohne Enthaltungen vor:

Ordentliche Mitglieder:	Dr. Heinrich Barth, Bonn (Vorsitzender) Staatssekretär a.D.
	Dr. Eberhard Kuthning, Schleswig Oberlandesgerichtspräsident
	Dr. Emil Scherer, Mainz Präsident des Landessozialgerichts
	Friedrich Wilhelm Siebeke, Düsseldorf Rechtsanwalt
	Heinz Wolf, Limburg Landrat a.D.
Stellv. Mitglieder:	Dr. Ilse Becker-Döring, Braunschweig Rechtsanwältin und Notarin
	Dr. Walter Kiwit, Siegburg Kreisdirektor
	Rudolf Luster, MdB, MdEP, Berlin Rechtsanwalt und Notar
	Helmut Rehborn, Dortmund Oberstaatsanwalt
	Dr. Axel N. Zarges, Kassel Rechtsanwalt und Notar

Berlin, den 2o. Mai 198o

Anhang II

Für Frieden und Freiheit
in der Bundesrepublik Deutschland und in der Welt

Wahlprogramm der CDU/CSU
für die
Bundestagswahl 1980

Verabschiedet auf dem 28. Bundesparteitag
Berlin, 18. - 2o. Mai 198o

Gliederung

I. Präambel

II. Wir meistern die Zukunft

1. Wir leisten unseren Beitrag für Frieden und Freiheit in der Welt

1.1. Wir stehen zum Bündnis der westlichen Welt

1.2. Wir bekennen uns in unserer nationalen Verantwortung zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit

1.3. Wir bauen das freie und soziale Europa

1.4. Wir wollen eine Entwicklungspolitik der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung

1.5. Wir kämpfen für die Menschenrechte in aller Welt

2. Wir leisten unseren Beitrag für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland

2.1. Wir erhalten und verbessern die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit, Grundlage unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherheit

2.2. Wir sichern die Energieversorgung

2.3. Wir schaffen wieder Vollbeschäftigung

2.4. Wir fördern die Familie, das Fundament der freien menschlichen Gesellschaft

2.5. Wir wollen mehr Entfaltungschancen für die Frau

2.6. Wir sichern die Renten und erhalten den Generationenvertrag

2.7. Wir nehmen die aus der modernen Industriegesellschaft entstandenen neuen sozialen Fragen in Angriff

2.8. Wir stoppen den Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat

2.9. Wir sichern Recht und Freiheit

2.1o. Wir wollen den Fortschritt mit menschlichem Gesicht

2.11. Wir brauchen und wollen die Mitarbeit der Jugend

2.12. Wir wollen die menschliche Schule

2.13. Wir sichern die Meinungs- und Informationsfreiheit

2.14. Wir beseitigen bürokratische Fesseln und stärken die Selbstverantwortung

2.15. Wir schützen die Umwelt und erhalten sie als lebenswerte Heimat

III. Aufruf

I. Präambel

Wir wollen alle politischen Kräfte einsetzen, damit die 8oer Jahre nach dem 2. und 5. Jahrzehnt nicht das 3. krisenhafte Jahrzehnt unseres Jahrhunderts werden.

Unsere militärische Sicherheit und unsere wirtschaftliche Sicherheit sind gleichermaßen bedroht. Ohne beide kann unser freiheitliches Ordnungssystem nicht auf die Dauer aufrechterhalten werden.

Die nächsten Jahrzehnte stehen im Zeichen der Verteilungskämpfe um Energie und Rohstoffe. Die Sowjetunion fordert infolge der von ihr im letzten Jahrzehnt erzielten machtpolitischen Gewinne eine Verschiebung der Machtbereiche in der ganzen Welt zu ihren Gunsten.

Der Friede ist nicht sicherer geworden. Es gibt auch auf die Dauer keinen sicheren Frieden in Europa, wenn Europas Flanken, die Zufahrtswege, seine Versorgung mit Mineralöl und Rohstoffen bedroht sind.

Die sozialistische Entspannungspolitik von Schmidt, Brandt, Wehner und Bahr muß durch eine realistische Friedenspolitik ersetzt werden. Denn sowjetische Entspannungspolitik ist Fortsetzung des Kalten Krieges mit anderen Mitteln, aber mit den gleichen Zielen: Ausbau der sowjetischen Vorherrschaft, Auflösung des Atlantischen Bündnisses, Isolierung der Bundesrepublik Deutschland.

In den zehn Jahren sozialistischer Entspannungspolitik ist das militärische Angriffspotential der Sowjetunion durch laufende Verstärkung der Offensivkomponenten ihrer Land-, Luft- und Seestreitkräfte schneller gewachsen denn je und auf Überlegenheit in allen militärischen Bereichen und in allen geographischen Regionen ausgerichtet. Seit Beginn dieser falsch angelegten und trügerischen Entspannungspolitik betreibt die Sowjetunion mit verstärktem Nachdruck weltweite Machtpolitik, die großrussischen Imperialismus mit weltrevolutionärer Zielsetzung verbindet - ein schreiender Gegensatz zum Anspruch einer Politik der Sicherheit, Zusammenarbeit und Entspannung.

In diesem Sinne war der sowjetische Einmarsch in Afghanistan nicht ein Betriebsunfall oder ein Fehler, wie ihn westliche Wunschdenker immer wieder zu bezeichnen pflegen, sondern ein logischer, konsequenter, in der Architektur der gesamten sowjetischen Machtpolitik notwendiger, deshalb auch wohlüberlegter und rücksichtslos durchgeführter Schritt. Die Krisenherde in Ostasien, in Mittelost und Afrika sind zu einem großen Spannungsfeld zusammengewachsen. Dazu kommt als weiterer Krisenherd Lateinamerika.

Der Friede ist durch sozialistische Entspannungspolitik unsicherer geworden als je seit dem Ende des Zweiten Weltkrieges. Die dem sowjetischen Machtsystem sich öffnende Außenpolitik der Regierungen Brandt/Schmidt hat ihren Teil dazu beigetragen. Aus deutscher Ostpolitik darf aber nicht sowjetische Westpolitik werden. Der drohende Schatten der Sowjetunion über Europa wird länger und dunkler. Die Politik der Regierungen Brandt/Schmidt ist zwar nicht darauf angelegt, trägt aber dazu bei, daß Europa in die schreckliche Alternative Kapitulation oder Krieg schrittweise abgleitet.

Es ist entlarvend und unerträglich, daß derselbe Kanzler, der wie sein Vorgänger seit Jahren davon redet, daß durch die Politik der SPD der Friede Tag für Tag sicherer geworden sei, nunmehr zur Verschleierung des völligen Zusammenbruchs dieser Politik das Jahr 198o mit dem Jahr 1914 vergleicht, um aus der von ihm geschürten Krisenhysterie und Kriegsangst parteipolitischen Gewinn zu ziehen.

Wir lehnen eine Politik ab, die den Bürger einschüchtert und ihm Angst macht.

Wir brauchen eine besonnene und über Europas Grenzen hinausblickende Politik der wirtschaftlichen und militärischen Sicherheit, eine Friedenspolitik der Unerschrockenheit und des langen Atems, eine zur friedlichen Nachbarschaft und Zusammenarbeit mit den kommunistisch regierten Ländern bereite, aber auf Nüchternheit und Wachsamkeit abgestellte gemeinschaftliche Außen- und Sicherheitspolitik der Europäer und der Amerikaner. Die Union führt damit ihre bewährte Außenpolitik fort, die unserem Land Sicherheit und Freiheit gebracht und bis heute erhalten hat.

Wir bekennen uns zu beiderseitiger Rüstungsbegrenzung, Rüstungskontrolle und kontrollierter Abrüstung, wissen aber, daß damit allein ein Krieg nicht zu verhindern ist. Wir sind uns darüber im klaren, daß für die kommunistischen Machthaber Entspannung und Abrüstung Mittel ihrer Machtstrategie sind und nicht Verzicht auf Weltherrschaft und Weltrevolution bedeuten.

In den letzten zehn Jahren haben die Regierungen Brandt/Schmidt das Problembewußtsein über die moralischen, materiellen und politischen Grundlagen unserer freiheitlichen Ordnung in weiten Teilen unserer Bevölkerung zerstört oder verdrängt
durch falsche Analysen,
durch unerfüllte und unerfüllbare Versprechungen,
durch irreführende Verheißungen,
durch Täuschung der Öffentlichkeit über die wirklichen Zusammenhänge,
durch gefällige Redensarten,
durch eine auf eigene Machterhaltung statt auf Notwendigkeiten des deutschen Volkes abgestellte Politik.

Dies trat umso stärker in Erscheinung, je mehr die Politik von SPD und FDP in Widerspruch zur geschichtlichen Wahrheit, zur wirtschaftlichen Vernunft, zur finanziellen Solidität und zur sozialen Ehrlichkeit geriet.

In diesen zehn Jahren ist durch klassenkämpferische Propaganda, durch eine wirtschaftsfeindliche Steuerpolitik und durch eine lawinenartig anwachsende Flut von Vorschriften der Wille zur Selbständigkeit schwer angeschlagen, der Mut zur Investition stark beeinträchtigt, die Abwanderung von Kapital und Arbeitsplätzen ins Ausland - nicht aus unternehmerischen Gründen, sondern aus Angst und Zukunftssorge - regelrecht heraufbeschworen worden.

Nur eine Politik der Umkehr zu geschichtlicher Verantwortung für Deutschland, zu wirtschaftlicher und politischer Stabilität, zu vernunftgemäßer Wirtschafts-, zu solider Finanz-, zu maßgerechter Sozialpolitik, zu wertbewußter und zukunftsaufgeschlossener Erziehungs- und Bildungspolitik, zu einer natürlichen Ordnung der Werte im gesellschaftlichen Zusammenleben, dessen Grundlage die Familie ist und bleiben muß, kann die Folgen der Verzerrungen, Versäumnisse und Fehlentwicklungen der 7oer Jahre wiedergutmachen.

Zu diesen Fehlentwicklungen gehören auch der hohe Anteil der öffentlichen Hand am Bruttolsozialprodukt (von 1969 bis 1979 von 38 Prozent auf 47 Prozent gestiegen) und die gefährlich tickende Zeitzünderbombe einer für Friedenszeiten widersinnig schnell gestiegenen Staatsverschuldung. 14 Milliarden DM betrug die Nettokreditaufnahme in den zwanzig Jahren, in denen die CDU/CSU in der Bundesregierung für das Geld der Steuerzahler die Verantwortung trug. Die Regierung Schmidt nimmt heute jährlich (!) das eineinhalb-

bis zweifache dessen an Schulden auf! Insgesamt hat die Schuldenlast des Bundes die 2oo-Milliarden-Grenze weit überschritten. Das ist Raubbau an der kommenden Generation, die ihre eigene Last zu tragen haben wird, aber nicht durch eine nur auf die Gegenwart des jeweils nächsten Wahlkampfes abgestellte Politik von vornherein ausgebeutet werden darf.

Zu den verhängnisvollen Fehlentwicklungen des letzten Jahrzehnts gehört auch die moralische und materielle Vernachlässigung der Familie, die gemäß dem Auftrag des Grundgesetzes wieder an die ihr gebührende Stelle im Gesamtzusammenhang aller politischen Maßnahmen gerückt werden muß.

Zu diesen Fehlentwicklungen gehört auch der mangelnde Fortschritt bei der Gleichberechtigung von Mann und Frau, die sich nicht nur auf die soziale Besserstellung der kinderlosen berufstätigen Frau beschränken darf.

Zu diesen Fehlentwicklungen gehört der immer größere Vertrauensschwund gegenüber der Zukunft und die wachsende Angst vor der Zukunft. Deshalb ist Wiederherstellung der Zuversicht ein unabweisbares Gebot. Nur eine geschichtlich begründete, an Vernunft, Erfahrung und Wirklichkeit ausgerichtete Politik vermag das zu bewirken.

Die Zukunft gehört nicht dem Sozialismus, sondern der Freiheit.

Die Zukunft gehört nicht der Sowjetunion und ihrem kommunistischen Machtsystem, sondern dem Bund freier Völker.

Die Zukunft gehört nicht dem Kollektiv des Zwangs, sondern dem Menschen als Ebenbild Gottes in der Freiheit mit Ordnung.

Wir sind den Bürgern gegenüber ehrlich und sagen:

- daß nicht alles Wünschenswerte möglich ist
- daß nicht alles anscheinend Mögliche in der Gegenwart bis zur letzten Grenze ausgeschöpft werden darf
- daß es auf Erden keine Vollkommenheit gibt, weder der Gleichheit noch der Gerechtigkeit noch des Glücks; schon jetzt wird aus gutem Grund der Zweifel immer lauter, ob alles das, was zum Teil mit Vorgriff auf die Zukunft und unter immer stärkeren Belastungen kommender Generationen erreicht worden ist, überhaupt von Bestand sein kann
- daß nicht in einer Generation verwirklicht werden kann, wofür man früher ein Jahrhundert brauchte, daß nicht in wenigen Jahren erreicht werden kann, wofür man früher Jahrzehnte oder eine Generation brauchte
- daß es Frevel am Bürger ist, immer neue kostspielige Programme auf allen Gebieten zu versprechen, die nur zum Teil eingehalten werden können oder sollen und als unvollendete Aufgaben dann zwischen Bund und Ländern zum allgemeinen Ärgernis hin und hergeschoben werden
- daß ein unauflöslicher Zusammenhang zwischen funktionierender Wirtschaft mit hohem Beschäftigungsstand einerseits und den gehobenen Lebensverhältnissen und Lebenserwartungen des einzelnen und der sozialen Sicherheit aller andererseits besteht,
- daß es also kein aus diesem Zusammenhang lösbares Netz der sozialen Sicherung gibt

- daß der soziale Frieden die Voraussetzung für wirtschaftlichen Fortschritt ist
- daß die Parolen der Sozialisten oft das Gegenteil von dem ausdrücken, was angestrebt oder tatsächlich erreicht wird, weil die Sprache als Mittel der Verschleierung ihrer wahren Ziele dient
- daß die große Gefahr gesellschaftlicher Umbrüche nicht nur aus plötzlichen Veränderungen, revolutionären Gewaltakten, einmaligen Entscheidungen einer mehrheitlichen Gesetzgebung droht, sondern auch aus der Vielzahl kleiner Schritte, deren erster als harmlos bis vernünftig erscheint, deren zweiter als die natürliche Folgerung aus dem ersten, deren weitere als die unvermeidliche bis notwendige Fortsetzung im Sinne des zu erreichenden Ziels ausgewiesen werden.

Hierzu gilt es umzudenken und neu zu beginnen,
Gutes und Bewährtes zu erhalten,
Übertreibungen abzubauen,
Falsches abzuschaffen,
Mangelhaftes zu verbessern.

Nicht zwangsverordnete Chancengleichheit, sondern menschenwürdige Chancengerechtigkeit ist unser Ziel.

Nur eine funktionierende Politik der Sozialen Marktwirtschaft ermöglicht Vollbeschäftigung, liefert die finanziellen Mittel für die öffentliche Hand, um das Netz der sozialen Sicherung zu erhalten und um die gesellschaftlichen Aufgaben zu erfüllen, und gewährleistet die Freiheit:

die Freiheit der Wahl des Arbeitsplatzes,
die Freiheit des Verbrauchs,
die Freiheit des Rechts auf Privateigentum und des Eigentums an Produktionsmitteln,
die Freiheit unternehmerischer Entscheidung.

Die Union hat immer darauf bestanden, daß politische Programme gesamtwirtschaftlich finanzierbar sein müssen. Die Forderung gilt auch für das vorliegende Programm.

An erster und nachdrücklich betonter Stelle unseres Programms steht die Erhaltung der Freiheit und des Friedens, die Sicherung unserer nationalen Existenz nach innen und nach außen. Ohne Sicherung unserer Versorgung mit Energie und Rohstoffen kann die auf einer modernen Industriekultur aufgebaute demokratische Massengesellschaft ihre Stabilität nicht bewahren.

Bei der Sicherung unserer nationalen Existenz nach innen steht die Familie an erster Stelle. Die Familie ist eine unverzichtbare Institution jeder freiheitlichen Gesellschaftsordnung. Die Sicherung der bruttolohnbezogenen dynamischen Altersrente sowie die Gleichstellung von Mann und Frau im Rentenrecht stehen in unserer Wertvorstellung und sozialen Verantwortung gleichrangig neben der Förderung der Familie durch Mutterschaftsgeld, Erziehungsgeld, Kindergeld und Anrechnung von Erziehungsjahren auf die Rente.

Unser Ziel ist der schrittweise Abbau des Verschuldenszuwachses der öffentlichen Hände, und damit die stufenweise Rückführung des Staatsanteils am Bruttosozialprodukt auf ein volkswirtschaftlich vertretbares Maß durch geringeren Anstieg der öffentlichen Ausgaben als des Bruttosozialprodukts. Dies ist unabdingbare Voraussetzung für die Wiedergewinnung unseres finanzpolitischen Handlungsspielraumes und zugleich unabdingbare Vorbedingung zum Abbau

eines gefährlich gewachsenen Inflationspotentials in Form überhöhter öffentlicher Ausgaben und Kreditaufnahmen, deren wucherndes Gedeihen eines Tages zu einem neuen Geldwertschnitt, d.h. zu einer neuen Währungsreform führen muß. Wir wollen eine Besteuerung der Bürger nach Leistung und Belastung, eine schrittweise Tarifreform zur Vermeidung der heimlichen Steuererhöhung gehört dazu.

Zur Sicherstellung dieser Prioritäten sind eine Prüfung bestehender Ausgaben auf ihre weitere Notwendigkeit und die Bereitschaft zu Opfern unerläßlich. Wir sind uns darüber im klaren, daß unser Programm nur im Rahmen der jeweiligen wirtschaftlichen Entwicklung und der Lage der Staatsfinanzen verwirklicht werden kann. Wir werden es Schritt für Schritt in einem abgestimmten Regierungsprogramm in Angriff nehmen. Wir versprechen nichts, was wir nicht halten können. Wir verschieben nichts, was wir leisten können.

Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland nach dem Zweiten Weltkrieg im Schatten eins Trümmerhaufens ohnegleichen in der Weltgeschichte, im Zusammenwirken einer vernünftigen, von christlicher Verantwortung getragenen Politik und der harten Arbeit eines trotz Krieg und Nachkriegselend in seinem Lebensmut ungebrochenen Volkes bahnbrechende, für unmöglich gehaltene, die Not wendende Leistungen in der Innen- und Außenpolitik gegen die SPD erzwungen. Aus dem größten Ruinenfeld aller Zeiten wurde in 2o Jahren die stärkste Wirtschaftsmacht Europas. Millionen von Heimatvertriebenen und Flüchtlingen, von Moskau als sozialer Sprengstoff gedacht, aber durch unsere Politik in der Bundesrepublik Deutschland erfolgreich eingegliedert, haben dazu einen wesentlichen Beitrag geleistet. Wir haben große Fortschritte auf dem Weg zur europäischen Einigung erzielt, aber noch nicht den Durchbruch zu einem europäischen Bundesstaat.

Wir haben den Glauben an die Einheit unseres Landes, die Hoffnung auf die Wiedergewinnung seiner Einheit, die Erkenntnis, daß Gerechtigkeit die Grundlage des Friedens ist, den Anspruch auf das nationale Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes und auf ein Leben in Freiheit und Würde für alle Deutschen und Europäer nie tagespolitischen Augenblickserfolgen, gefälligen Nebensächlichkeiten, lautstark angepriesenen Scheinwirklichkeiten geopfert - und wir werden es nie tun.

Unser Land hat unter der Führung der Union bahnbrechende Leistungen in der Innen- und Außenpolitik vollbracht. Der Union aus CDU und CSU gelang es, das Gegeneinander zu überwinden, das über Jahrhunderte der deutschen Geschichte die Konfessionen, die Religionen und die sozialen Gruppen gespalten hatte. Die Union hat gezeigt, daß es möglich ist, unterschiedliche Standpunkte durch gemeinsame Werte und Ziele zu verbinden und dadurch die Kraft für große Leistungen zu gewinnen.

Wir versprechen nicht allen alles. Wir messen unsere politischen Überlegungen und Ziele nicht an dogmatischen Theorien, sondern an den Wirkungen für den Menschen.

Wir versprechen nicht das Paradies auf Erden. Wir verzichten auf die alles erklärende Formel, auf den Glauben an die Machbarkeit aller Dinge und wissen, daß nicht alles Menschenmögliche das den Menschen Gemäße ist.

Dieses Verständnis vom Menschen ist der Schlüssel für unser auf klarer Wertordnung beruhendes eindeutiges Programm. Freiheit ist für uns nicht das Ergebnis gesellschaftlicher Leistung, sondern Selbstver-

antwortung und Mitverantwortung in der Gemeinschaft.

Solidarität ist für uns nicht der Kampfaufruf, mit Gleichgesinnten die eigenen Interessen durchzusetzen, sondern die Aufforderung, füreinander einzustehen.

Solidarität verpflichtet den einzelnen auch zur verantwortlichen Selbsthilfe.

Gerechtigkeit bedeutet für uns nicht die Gleichbehandlung der Menschen ungeachtet ihrer verschiedenen Anlagen und unterschiedlichen Bedürfnisse, sondern die Chance für alle Menschen, sich ihrer Unterschiedlichkeit entsprechend zu entfalten.

Wir hängen nicht an allem, was einmal war, aber wir stehen für eine Politik aus einem Geiste, der immer gilt. Deshalb stellen wir uns der weltpolitischen und nationalen Herausforderung, vor der wir in diesem Jahrzehnt stehen.

II. Wir meistern die Zukunft

1. Wir leisten unseren Beitrag für Frieden und Freiheit in der Welt

Wir bauen unsere Deutschland- und Außenpolitik auf der historischen Grundentscheidung Konrad Adenauers für den Anschluß an den Westen, für die politische Einigung Europas, für das Bündnis mit Amerika auf. Sie gilt auch in den 80er Jahren. Wir sind entschlossen, unsere Freiheit gemeinsam mit den USA und den anderen Partnern im westlichen Bündnis zu verteidigen. Unser Ziel ist ein vereintes Europa freier Menschen. Wir halten an der Einheit Deutschlands fest und arbeiten verantwortungsbewußt mit am Aufbau einer stabilen und menschenwürdigen internationalen Ordnung. Der Wille zum Frieden in Freiheit und zur Verständigung der Völker ist Grundlage unserer Deutschland- und Außenpolitik.

Längst ehe der Begriff der Friedenspolitik zum sozialistischen Propagandaschlagwort gegen die Unionsparteien mißbraucht wurde, haben CDU und CSU realistische Friedenspolitik betrieben. Die Aussöhnung mit Israel, die Verständigung mit Frankreich, die Eingliederung der Bundesrepublik Deutschland in den Westen und der Beginn von Gesprächen und Vereinbarungen mit dem Osten waren sichtbare Ergebnisse dieser Friedenspolitik von CDU und CSU. Wir treten für eine echte und dauerhafte Entspannung ein. Entspannung aber ist keine Einbahnstraße, wirkliche Entspannung ist unteilbar. Sie ist auf die Dauer nur möglich, wenn die Ursachen der Spannung beseitigt werden.

1.1 Wir stehen zum Bündnis der westlichen Welt

Wir bekennen uns nicht nur zum Atlantischen Bündnis, wir sind auch bereit, die notwendigen Leistungen zu erbringen, damit es seine Aufgabe, seinen Mitgliedern Frieden und Freiheit zu erhalten, erfüllen kann.

CDU und CSU haben dieses Bündnis, den Aufbau der Bundeswehr und ihre moderne Ausrüstung, denen allein wir bis heute Frieden und Freiheit in unserem Lande verdanken, gegen den erbitterten Widerstand der SPD durchgesetzt. Die gleiche SPD will zu großen Teilen, aus ideologisch bedingter Blindheit ebenso wie aus leichtfertiger Entspannungsillusion, dem westlichen Bündnis die lebensnotwendige Ausstattung zur Sicherung der Freiheit verweigern.

Während immer größere Teile der SPD, in der amerikanischen Öffentlichkeit bereits als "Moskauflügel" charakterisiert, die sowjetische Über-Rüstung, die mit einem berechtigten Sicherheitsbedürfnis

und mit der wirtschaftlichen Leistungskraft der Sowjetunion in keiner Weise mehr in Einklang steht, als "defensiv" verharmlosen, den Überfall auf Afghanistan als "Vorbeugung" beschönigen und mehr Verständnis für die Sowjetunion als für die eigenen Interessen bekunden, demonstriert der Weltkommunismus, daß er zum militärischen wie vor allem auch zum politischen Einsatz seines Waffenpotentials als Mittel des Drucks und der Lähmung bereit und entschlossen ist.

1969 hat die SPD/FDP einen außen- und sicherheitspolitischen Kurswechsel eingeleitet. Sie haben zu wenig gefragt, was unsere Sicherheit erfordert, und zu viel, was der Sowjetunion gefällt. Sie haben das historisch erhärtete Gesetz mißachtet, daß der Frieden auf Dauer nur gewahrt werden kann, wenn militärisches Gleichgewicht gegeben ist.

Wir wissen, daß dauerhafter Frieden der Verständigungsbereitschaft, aber ebenso der Verteidigungsfähigkeit bedarf. Verlust des Machtgleichgewichts erzeugt Spannung und fordert zur Gewaltpolitik heraus. Zur Erhaltung des Friedens ist es unerläßlich, daß diejenigen Waffen bereitstehen, die zur Verhinderung eines Krieges unerläßlich sind.

Zur Sicherung des Friedens in Freiheit bleibt das Nordatlantische Bündnis unentbehrlich.

- Frieden und Freiheit müssen wir gegen jede militärische und ideologische Bedrohung sichern. Die Bundesrepublik Deutschland und das freie Europa können ihre Sicherheit und Unabhängigkeit nur im Bündnis mit den Vereinigten Staaten von Amerika verteidigen. Deshalb muß das Atlantische Bündnis weiter gefestigt und ausgebaut werden. Die freien Staaten Europas müssen militärisch enger zusammenarbeiten.

- Wir sind bereit, im Rahmen der NATO unsere Verteidigungsfähigkeit zu verbessern und andere NATO-Partner in der Stärke ihrer Verteidigungskraft zu unterstützen.

- Wir sind für Gewaltverzicht, Abrüstung, Rüstungsbegrenzung und Rüstungskontrolle, wenn dabei ein ausgewogenes militärisches Gleichgewicht auf allen Ebenen gewährleistet wird.

- Wir bejahen Aufgabe, Leistung und Stellenwert unserer Bundeswehr. Wir geben ihr jede notwendige personelle, technische, soziale und menschliche Unterstützung.

- Wir werden dafür sorgen, daß sich die Bundeswehr ungehindert in der Öffentlichkeit zeigen und darstellen kann.

- Die Verteidigung unseres Vaterlandes ist Sache des ganzen Volkes. Darum ist die allgemeine Wehrpflicht eine demokratische Grundpflicht, für die wir eintreten. Dabei achten wir selbstverständlich die echte Gewissensentscheidung gegen den Dienst mit der Waffe. Der junge Mann, der seinen Wehrdienst leistet, darf gegenüber dem Verweigerer nicht benachteiligt sein.

1.2 Wir bekennen uns in unserer nationalen Verantwortung zur Wiedervereinigung des deutschen Volkes in Frieden und Freiheit

Deutschland ist nach wie vor geteilt. Wir finden uns mit der kommunistischen Diktatur im anderen Teil Deutschlands, dem Schießbefehl, dem weiteren Ausbau der Selbstschußanlagen an der Grenze, mit der Unterdrückung der Freizügigkeit und der Meinungsfreiheit niemals ab.

Ganz Deutschland bleibt unser Vaterland. Zu der Macht der Tatsachen zählen nicht nur die Macht der Regierungen und die Stärke der Waffen, sondern auch der Wille der deutschen Nation zur Einheit, der seine geschichtliche Kraft behalten wird.

Wir bekennen uns im Gegensatz zur SPD/FDP zur geschichtlichen und verfassungsrechtlichen Verantwortung für ganz Deutschland und erklären als überragendes Ziel unserer Politik die Wiederherstellung der Einheit Deutschlands.

Wir werfen der SPD/FDP-Koalition nicht vor, daß sie das Ziel der Wiedervereinigung nicht erreicht hat. Umso schwerer aber wiegt der durch Tatsachen bewiesene Vorwurf, daß SPD und FDP mit ihrer Art von "Deutschlandpolitik" die Spaltung durch ihre Anerkennungspolitik gefestigt, ein Gewaltregime auf deutschem Boden anerkannt und weltweit hoffähig gemacht haben. Gleichzeitig wurde der Gedanke an die Einheit des Vaterlandes Stück für Stück dem öffentlichen Bewußtsein entzogen.

Berlin bleibt die Hauptstadt des ganzen Deutschland und der sichtbare Ausdruck unserer Hoffnung auf die deutsche Einheit. Wir werden die Rechte des freien Berlin, seine Bindungen an die Bundesrepublik Deutschland und seine Lebensfähigkeit im Zusammenwirken mit den drei alliierten Schutzmächten wahren und gewährleisten. Die Bindungen zwischen dem freien Berlin und der Bundesrepublik Deutschland werden wir aufrechterhalten und fortentwickeln. Wir wollen die Deutsche Nationalstiftung in Berlin.

- Wir wollen auch mit den östlichen Nachbarn einschließlich der Sowjetunion in Frieden leben. Wir gehen von den geschlossenen Verträgen aus. Bei Auslegung und Anwendung der Ostverträge und des innerdeutschen Grundlagenvertrages bleiben die Entscheidungen des Bundesverfassungsgerichtes von 1973 und 1975, die gemeinsame Entschließung des Deutschen Bundestages von 1972 und die Briefe zur deutschen Einheit maßgeblich. Wir sind auf der Grundlage der Gleichwertigkeit von Leistung und Gegenleistung zur Zusammenarbeit bereit.
- Wir wollen wirksame un dauerhafte freundschaftliche Beziehungen mit allen Völkern Europas.
- Wir unterstützen und fördern die Begegnungen der Menschen in Deutschland und die Bewahrung aller geistigen, kulturellen und historischen Gemeinsamkeiten, um die Einheit der Nation lebendig zu erhalten.
- Wir werden uns dafür einsetzen, daß Schulbücher und Unterricht, aber auch die Medien wahrheitsgetreu und umfassend über die deutsche Frage informieren.
- Wir bestehen darauf, daß die Zusagen und Versprechungen der innerdeutschen Verträge, die Verpflichtungen aus den Menschenrechtskonventionen der Vereinten Nationen und der Konferenz für Sicherheit und Zusammenarbeit in Europa von Helsinki tatsächlich verwirklicht werden.
- Wir sorgen dafür, daß die uns zu Gebote stehenden außenpolitischen Instrumente, auch unsere Mitwirkung in den Vereinten Nationen, wieder stärker genutzt werden, das Recht der Deutschen auf nationale Selbstbestimmung in der Welt bewußter zu machen.
- Wir werden jede vertragliche Möglichkeit nutzen, die Folgen der Teilung zu mildern, aber dabei einseitige Vorleistungen verweigern und auf der eindeutigen Einhaltung der Verträge bestehen.

1.3 Wir bauen das freie und soziale Europa

CDU und CSU waren von der ersten Stunde ihres Wirkens an die Parteien der europäischen Einigung. Gegen den Widerstand der SPD haben wir die Grundlage für die Einheit im freien Europa gelegt und ausgebaut. Trotz aller Schwierigkeiten und Hindernisse werden wir dafür sorgen, daß das große Ziel Europa nicht außer Sicht kommt. Weil wir für ein Europa der menschlichen Freiheit, der sozialen Sicherheit, der wirtschaftlichen Stabilität und der politischen Handlungsfähigkeit sind, begrüßen wir es nachdrücklich, daß die Bürger unseres Landes bei der ersten direkten Wahl zum Europäischen Parlament Sozialismus und Kommunismus eine eindeutige Absage erteilt haben.

- Wir treten nach wie vor dafür ein, das nationalstaatliche System der Zersplitterung Europas zu überwinden, um an seine Stelle einen europäischen Staatenbund mit Weiterentwicklung zu einem europäischen Bundesstaat zu setzen.
- Wir wissen, daß die Europäer die Herausforderungen der Zukunft - Bewahrung von Frieden und Freiheit, Lösung des Energieproblems, Partnerschaft mit der Dritten Welt - nur gemeinsam in einer politischen Union meistern können. Europa braucht eine von der Union geführte Regierung der Bundesrepublik Deutschland, die das Einigungswerk voranbringt.
- Wir fordern die Regierungen der Mitgliedsstaaten auf, als nächsten Schritt des Einigungsprozesses dem Europäischen Parlament die Möglichkeit zur Ausarbeitung einer europäischen Verfassung zu geben.
- Auf diesem Weg zum europäischen Bundesstaat werden wir uns dafür einsetzen, daß das Europäische Parlament zusätzliche Befugnisse erhält und daß der Ministerrat nach Text und Sinn der Römischen Verträge mehrheitlich entscheidet.
- Wir wollen eine gemeinsame Außenpolitik der Gemeinschaft in enger Partnerschaft mit Nordamerika.

1.4 Wir wollen eine Entwicklungspolitik der politischen, wirtschaftlichen und sozialen Verantwortung

Die wachsende Not in vielen Ländern der Dritten und Vierten Welt hat viele Ursachen, nicht zuletzt jene, daß der erdölerzeugende Teil der Dritten Welt seinen Reichtum auf Kosten nur begrenzt zahlungsfähiger Länder vermehrt. Die Probleme der Not in den Entwicklungsländern können auch nicht ohne Beitrag der Völker und ihrer Führungen selbst abgetragen werden. Die Forderung nach globaler Umverteilung löst keine Probleme. Die Sowjetunion und ihre Satelliten verschärfen die wirtschaftliche und politische Krisensituation in vielen Ländern der Dritten Welt, indem sie politische und soziale Unruhe schüren, ihre totalitäre, kollektivistische Ideologie exportieren und Waffen liefern, aber keinerlei nennenswerte Entwicklungshilfe leisten. Die gesamte Last der materiellen Hilfe für die Entwicklungsländer wird fast ausschließlich von den Staaten der freien Welt getragen. Dazu kommt, daß starke sozialistische Kräfte die Entwicklungspolitik als Instrument für eine sozialistische Weltwirtschaftsordnung mißbrauchen wollen.

Wir als Christliche Demokraten wissen uns verpflichtet, für mehr wirtschaftliche und soziale Gerechtigkeit in der Welt zu wirken, das Gefälle zwischen reichen und armen Ländern durch solidarische Hilfe und durch Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit

der Entwicklungsländer abzubauen. Gleichzeitig müssen wir im partnerschaftlichen Dialog mit den Entwicklungsländern auch die Sicherung unserer wirtschaftlichen Zukunft durch stetige Versorgung mit Rohstoffen und Energie, durch Erhaltung und Ausbau unserer Export- und Investitionsmärkte erreichen. Entwicklungspolitik ist ein Gebot der Sicherung unserer Existenz und zugleich eine ethische Aufgabe.

- Wir wollen den Ländern der Dritten Welt beim Aufbau einer leistungsfähigen Wirtschaftsordnung helfen, die es ihnen erlaubt, ihren Platz als gleichberechtigte Partner in der Völkergemeinschaft einzunehmen. Wir halten es für vordringlich, daß den Ländern der Dritten Welt bei der Heranbildung eines qualifizierten wissenschaftlich-technischen und wirtschaftlichen Managements, bei der Ausbildung tüchtiger Handwerker und Bauern geholfen wird. Die Einsicht muß Platz greifen, daß Fleiß und Leistung, nicht Agitation und Revolution Voraussetzung für eine Besserung der Lebensverhältnisse sind.
- Wir werden im Dialog mit den Entwicklungsländern um mehr Verständnis für die Vorteile einer freien und sozialen Ordnung der Weltwirtschaft werben.
- Wir werden für die Öffnung der Märkte der Industrieländer eintreten und unserer Wirtschaft die strukturellen Anpassungsprozesse erleichtern.
- Zur Hilfe für rohstoffarme Entwicklungsländer ist es erforderlich, daß die Industrieländer ölunabhängige Energiequellen, z. B. die Kernenergie, weiterentwickeln, selbst verstärkt einsetzen und auch den Entwicklungsländern anbieten.
- Wir werden nicht zulassen, daß deutsche Entwicklungshilfe die Feinde der Freiheit stützt, die Gewaltanwendung vermeintlicher Freiheitsbewegungen begünstigt oder deutschen Interessen zuwiderläuft.
- Wir werden den Ländern der Dritten Welt, die auf unserer Seite stehen, die Gewißheit geben, daß sie im Falle der Not und Gefahr auf uns rechnen können.

1.5 Wir kämpfen für die Menschenrechte in aller Welt

Wir leben in der Bundesrepublik Deutschland seit mehr als drei Jahrzehnten in Frieden und Freiheit. Wir vergessen nicht, daß die Menschen im anderen Teil Deutschlands seit 1933 keinen demokratischen Rechtsstaat mit seinen verbrieften Menschenrechten und Grundfreiheiten mehr kennengelernt haben.

Auch in vielen anderen Ländern, vornehmlich in kommunistisch regierten Staaten, werden Menschenrechte und Grundfreiheiten verweigert. Gerade in Osteuropa werden sie trotz feierlich verkündeter Entspannungspolitik und trotz der Vereinbarungen von Helsinki mißachtet. Unterdrückung, Flucht, Vertreibung und Elend - das ist die Lebenswirklichkeit von Millionen Menschen.

Freiheit und Recht sind unteilbar. Ohne Menschenrechte und Grundfreiheiten gibt es keine Sicherheit und auch keinen Frieden, der diesen Namen verdient.

Auch die Sozialisten treten für die Menschenrechte ein, aber nur dort, wo es ihnen ideologisch paßt. Sie beschönigen die menschenverachtende Unrechtspolitik sozialistischer und kommunistischer Regime, weil sie die Lebenslüge ihrer Entspannungspolitik aufrechterhalten wollen und weil sie Macht und Gewaltanwendung durch kommu-

nistische Diktaturen mit anderen Maßstäben messen. Die SPD/FDP-Regierung hat nicht auf der Einhaltung des Kernstücks der Schlußakte von Helsinki - den Menschenrechtsvereinbarungen - bestanden, und damit die Hoffnung vieler Menschen in Osteuropa enttäuscht.

- Wir werden dafür sorgen, daß bei gesamteuropäischen Konferenzen - wie bei den KSZE-Folgekonferenzen - die westlichen Länder beharrlich die Menschenrechte anmahnen.
- Wir werden Bemühungen um eine freiheitliche politische Ordnung überall in der Welt fördern und Gewaltherrschaften, gleichgültig ob von rechts oder von links, ebenso verurteilen wie die friedensfeindliche Tätigkeit der Interventionstruppen des Sowjetblocks in Afrika.
- Wir werden den Opfern kommunistischer Gewaltpolitik solidarische Hilfe leisten, und dabei offen sagen, daß ihr Elend und ihre Vertreibung das Resultat kommunistischer Unterdrückung sind, die in Kambodscha selbst vor dem Völkermord nicht zurückschreckt.
- Christliche Verantwortung verpflichtet uns, allen Christen und allen Gläubigen anderer Religionen beizustehen, die wegen ihres Glaubens verfolgt werden.

2. Wir leisten unseren Beitrag für Frieden und Freiheit in der Bundesrepublik Deutschland

Heute blicken die Menschen unsicher in die Zukunft. Sie fragen, ob das heute erreichte Maß an wirtschaftlichem Wohlstand und sozialer Sicherheit von Dauer ist. Sie glauben nicht, daß SPD/FDP-Bundesregierungen jene Entscheidungen treffen und durchsetzen können, die eine gute Zukunft sichern.

Diese Zweifel, Fragen und Sorgen sind begründet. Staat und Gesellschaft sind in den kommenden Jahrzehnten mit neuen Problemen belastet.

Während des Jahrzehnts der SPD/FDP-Koalition sind Problemberge aufgetürmt worden, die die Aussichten auf eine gute Zukunft verstellen, die die Leistungsfähigkeit des Staates und des einzelnen sowie die kommende Generation schwer belasten.

Benachteiligung der Familien und mangelhafte Entfaltungschancen für die Frauen, Dauerarbeitslosigkeit und Finanzierungslücken bei der sozialen Sicherung, wachsende Verschuldung und bürokratische Fesseln in Staat und Gesellschaft schaffen die Gefahr eines Generationenkonfliktes, versperren den Weg in eine gute Zukunft. Aus einer Gesellschaft des Aufbruches, der Hoffnung und der Zuversicht ist jetzt eine Gesellschaft des Zweifels, der Resignation und der ängstlichen Verwaltung der Gegenwart geworden.

Wir leben in der Gegenwart vom Kapital der vergangenen und auf Kosten der künftigen Generationen.

Das richtige Verhältnis zwischen Gegenwart und Zukunft ist gestört. Die Politik hat das Gleichgewicht verloren zwischen den Ansprüchen der Gegenwart und den Erfordernissen der Zukunft. Sie hat nur die Gegenwart berücksichtigt und die Zukunft vernachlässigt. Diese Politik ist kurzsichtig. Sie ist unmoralisch. Sie führt unausweichlich in große - nicht nur finanzielle - Krisen.

Wir können die Zukunft gewinnen. Dazu aber brauchen wir einen neuen Anfang. Die Probleme, die sich vor uns auftürmen, sind nicht naturgegeben oder vom Schicksal verhängt. Sie sind die Folge von Fehlern und Versäumnissen der SPD/FDP-Regierungen. Sie können durch unsere

tüchtige Bevölkerung und eine gute Politik gemeistert werden. Das deutsche Volk hat, geführt von einer fähigen Regierung, schon ganz andere Probleme gemeistert.

Wir können viel von der Wiederaufbaugeneration lernen. Sie hat uns ein Erbe hinterlassen, das es zu erhalten, zu mehren und weiterzugeben gilt. Diese Generation hat Erhebliches in die Zukunft, in die nachfolgenden Generationen investiert. Unsere jetzige Generation lebt von der Leistung, die die Generation vor uns in den fünfziger Jahren unter Opfer, Verzicht und harter Arbeit für die Gegenwart erbracht hat. Aber wer an einer guten Zukunft bauen will, der darf die Fundamente nicht zerstören und bewährte Prinzipien nicht verletzen.

2.1 Wir erhalten und verbessern die Soziale Marktwirtschaft als Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der Freiheit, Grundlage unseres Wohlstandes und unserer sozialen Sicherheit

CDU und CSU haben mit Ludwig Erhard und der Sozialen Marktwirtschaft das Fundament für einen ungeahnten wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg unseres Landes und aller seiner Bürger gelegt.

Wir haben den Ordnungsrahmen der Sozialen Marktwirtschaft erarbeitet und durchgesetzt, um die Freiheit auch im Zeitalter verstärkter Industrialisierung und weitergehender Arbeitsteilung für jedermann zu schaffen und das Bewußtsein für Selbstverantwortung ebenso wie die Bereitschaft zur Mitverantwortung für den Mitmenschen und für das Allgemeinwohl zu wecken und wirksam zu machen.

Wenn wir unsere Zukunft in Freiheit und sozialer Gerechtigkeit sichern wollen, dann müssen wir zu großen Anstrengungen bereit sein und wieder zu einer Solidarität der gesellschaftlichen und sozialen Gruppen sowie der Generationen finden. Nur so werden wir die Herausforderungen der Gegenwart und Zukunft bewältigen.

Eine Wende zum Besseren erfordert eine Wende in der Wirtschaftspolitik. Die SPD/FDP hat in den vergangenen zehn Jahren Schritt für Schritt die Soziale Marktwirtschaft beeinträchtigt.
Diese Politik hat im Vergleich zu den 50er und 60er Jahren zu einem beispiellosen Rückgang der Investitionstätigkeit im letzten Jahrzehnt geführt, zu Inflation und Dauerarbeitslosigkeit, zu einer nie zuvor erreichten Staatsverschuldung und zu einer bürokratischen Fesselung der Wachstumskräfte unserer Wirtschaft.

In der Sozialen Marktwirtschaft, die wir für unser Land erstritten haben, und die wir erhalten werden, hat jeder seinen Platz: Arbeitnehmer und Unternehmer, Handwerker und freiberuflich Tätiger, Einzelhändler, Landwirt und Beamter. Dem Sozialismus als einer Ideologie des Neides ist es zu eigen, Gruppen gegeneinander aufzubringen, Gräben zu ziehen, Gegensätze zu schaffen und zu schüren. Wir dagegen sind der Überzeugung, daß nur das Zusammenwirken vieler einzelner dem Wohl des Ganzen dient.

Wir wissen um die Bedeutung unserer Arbeitnehmer, die gerade in der Sozialen Marktwirtschaft einen wirtschaftlichen und sozialen Aufstieg ohne Beispiel genommen haben und durch ihre Arbeitsleistung das große Werk des Wieder- und Neuaufbaus maßgeblich bewirkt haben. Wir haben dem Arbeitnehmer seinen Platz in unserer Gesellschaft ermöglicht, wir werden ihn auch in Zukunft vor sozialistischer Bevormundung und Ausbeutung, die vor allem durch eine verfehlte Steuer- und überzogene Ausgabenpolitik erfolgt, bewahren.

Wir wissen um die Bedeutung unternehmerischer Wirtschaft, die sozialistischer Planwirtschaft, wo und unter welchen Vorzeichen sie immer praktiziert wird, bei weitem überlegen ist. Der Abbau des Unternehmertums, Fernziel sozialistischer Systemveränderer, wird unter unserer Regierungsverantwortung nicht weitergehen.

Wir wissen um die Bedeutung eines vielfältigen und breitgefächerten Mittelstandes, von Klein- und Mittelbetrieben, von Handwerkern, von freiberuflich Tätigen, von Einzelhändlern.

Die Qualität einer freiheitlichen Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung mißt sich für uns auch an der Zahl der Selbständigen: je mehr Menschen es gibt, die eigenverantwortlich planen und handeln, überlegen und entscheiden, also eigene Verantwortung übernehmen, um so größer ist die Fähigkeit der Erneuerung und Weiterentwicklung, was dem wirtschaftlichen Ganzen im allgemeinen und den Arbeitnehmern bei einer möglichst breiten Arbeitsplatzzahl im besonderen zukommt. Deshalb fördern wir eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben, die auch den Wettbewerb im Interesse des Verbrauchers fördert. Wir werden die Auszehrung des Mittelstandes beenden und durch geeignete Rahmenbedingungen mehr Menschen zu selbständiger beruflicher Existenz ermuntern.

Wir wissen um die Bedeutung der Arbeit unserer Landwirte für die Sicherung der Ernährung und für die Erhaltung und Pflege unserer Landschaft. Gerade die weltpolitische und weltwirtschaftliche Entwicklung zwingt uns auch in der Landwirtschaftspolitik zu einer illusionsfreien Haltung. Wir müssen auch bei der Nahrungsmittelversorgung verhindern, in einer Krisensituation an einem entscheidenden Lebensnerv getroffen zu werden. Deshalb setzen wir uns mit allen Kräften für die Erhaltung einer leistungsfähigen bäuerlichen Landwirtschaft auf der Grundlage eines breit gestreuten Bodeneigentums ein. Wir werden dafür sorgen, daß auch unsere Bauern angemessen teilhaben an der allgemeinen Einkommensentwicklung, daß sie ein gerechtes Entgelt für ihre harte Arbeit erhalten.

Wir wissen um die Bedeutung eines tüchtigen und qualifizierten Berufsbeamtentums, am dem wir im Interesse des Bürgers und des Staates festhalten werden.

- Wir werden das Wirtschaftswachstum durch Verstärkung der Investitionsbereitschaft und Investitionsfähigkeit fördern.
- Wir werden den Konzentrationstendenzen in der Wirtschaft mit allen zur Verfügung stehenden rechtlich und marktwirtschaftlich einwandfreien Mitteln entgegenwirken sowie im Interesse der Verbraucher neuen Produkten und Unternehmen den Zugang zum Markt eröffnen.
- Wir werden die Bremsklötze für Investitionen beseitigen. Initiative, Einfallsreichtum und Leistungswille dürfen nicht in einer Flut von Vorschriften und durch bürokratische Reglementierungen erstickt werden.
- Eine ausgewogene Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben fördert den Wettbewerb im Interesse des Verbrauchers, vergrößert die Arbeitsplatzchancen der Arbeitnehmer und ermöglicht mehr unternehmerische und berufliche Selbständigkeit. Wir werden daher ein Gesetz zur Förderung des Mittelstandes einbringen.
- Unsere freiheitliche Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung braucht eine leistungs- und wettbewerbsfähige Land-, Forst-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft.

- Die Eigenkapitalbildung der Unternehmen als Voraussetzung neuer Investitionen und neuer Arbeitsplätze muß gestärkt werden.
- Wir werden die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand fördern. Sie ist eine zwingende wirtschaftliche und soziale Notwendigkeit. Steuerrechtliche und gesellschaftsrechtliche Hemmnisse für eine wirksame Vermögensbildung werden wir entsprechend dem Gesetzentwurf der CDU/CSU-Bundestagsfraktion von 1979 unverzüglich beseitigen. Wir treten ein für eine Vielfalt von Vermögensbeteiligungsformen und wollen, daß sich die Arbeitnehmer auch an ihren Unternehmen beteiligen können.

2.2 Wir sichern die Energieversorgung

Ohne Energie gibt es keine Zukunft. Die ausreichende Versorgung der Bundesrepublik Deutschland mit Energie zu bezahlbaren Preisen ist die Voraussetzung für

- das Funktionieren unserer Wirtschaftsordnung,
- wirtschaftliches Wachstum,
- Vollbeschäftigung,
- Humanisierung der Arbeitswelt,
- zivilisatorische Erleichterungen unseres Lebens,
- Erhaltung des sozialen Netzes,
- Sicherung der politischen Stabilität.

Deshalb geht die Frage der Energie- und Rohstoffversorgung unseres Staates an die Wurzeln unserer Existenz schlechthin. Weltpolitische Krisen und einseitige Abhängigkeiten von Förderländern, die das nach wir vor unentbehrliche Erdöl liefern, bedrohen nicht nur unsere wirtschaftliche Entwicklung, sondern auch unsere politische Entscheidungsfreiheit.

Die Gefährdung unserer Energieversorgung ist seit Jahren bekannt, sie ist vor allem seit der ersten Ölkrise der Jahre 1973/74 in das Bewußtsein der Menschen gerückt.

Die SPD/FDP-Bundesregierungen haben sich auch hier um die Antwort auf eine Lebensfrage unseres Volkes gedrückt. Sie haben geredet, wo hätte gehandelt werden müssen, sie haben diskutiert, wo hätten Entscheidungen getroffen werden müssen, sie haben die Öffentlichkeit über den Ernst der Lage hinweggetäuscht, wo unsere Bürger Anspruch auf ehrliche Information gehabt hätten. SPD und FDP haben um die energiepolitische Bedrohung gewußt, aber aus ihrem Wissen aus parteipolitischer Schwäche keine Konsequenzen gezogen. Deshalb wiegt das Versagen hier doppelt schwer.

SPD und FDP haben einen energiepolitischen Stillstand verschuldet. Sie waren unfähig, eine verantwortungsbewußte Entscheidung für die Kernenergie zu treffen. Die Radikalisierung des einen Koalitionsflügels traf sich mit der opportunistischen und führungsschwachen Anpassung jener, die es hätten besser wissen müssen. In einer unbequemen und teilweise unpopulären Frage wollten sich SPD und FDP auch hier an einer Antwort vorbeischwindeln.

Wir geben diese Antwort:

- Die friedliche Nutzung der Kernkraft ist zur Sicherung unserer Energieversorgung unentbehrlich. Wir werden daher die Kernener-

gie im notwendigen Umfang, bei einer geregelten Entsorgung und unter strengen Sicherheitsvorkehrungen nutzen. Wir werden aber nicht zulassen, daß die Berufung auf Fragen der Sicherheit und der Entsorgung selbst dort zum Vorwand für die Verhinderung der Kernenergienutzung genommen wird, wo sie gelöst sind.

- Wir werden die Abhängigkeit der Bundesrepublik Deutschland vom Erdöl schrittweise verringern. Dafür brauchen wir sowohl neue Kohlekraftwerke wie neue Kernkraftwerke in einer sinnvollen Verbindung des Einsatzes beider Energieträger. Jede Tonne Kohle ist wertvoll. Die Verwendung der Kernenergie als billigste Quelle für die Erzeugung von Prozeßwärme gibt den Veredelungsmöglichkeiten der Kohle eine wirtschaftlich optimale Grundlage.

- Weil wir für eine ehrliche Politik gegenüber unserem Volke sind, sagen wir, daß trotz Sparens und verbesserten Wirkungsgrades bekannter Energien, trotz der Suche nach neuen Energien und trotz des verstärkten Einsatzes der Kohle kein Weg an der Kernkraft vorbeiführt, wenn nicht unsere wirtschaftliche, soziale und staatliche Ordnung zusammenbrechen soll.

- Nicht aus Übermut, sondern aus Verantwortungsbewußtsein sagen wir ja zur Kernenergie. Klarheit und Rechtssicherheit und kürzere Entscheidungswege sind für die Genehmigungsverfahren unerläßlich. SPD und FDP haben sich als unfähig erwiesen, diese Verantwortung zu tragen.

- Die Erschließung bisher ungenutzter Energiequellen und der Einsatz neuer Techniken stehen erst am Anfang. Wir werden Wissenschaft und Forschung fördern, damit sie sich dieser Aufgabe verstärkt zuwenden. Dies gilt nicht nur für die Nutzung der Sonnenenergie und der Erdwärme, sondern auch für die Erforschung und Entwicklung der Fusionsenergie und der Wasserstoffenergie sowie für die Förderung der Energiegewinnung aus nachwachsenden Brennstoffen. Wir brauchen neue Treibstoffe und energiesparende Antriebsaggregate.

- Wir werden im privaten und wirtschaftlichen Bereich Anreize zu einer besseren Ausnutzung von Energie schaffen.

- Wir verstehen die Sicherung der Energieversorgung zu tragbaren Preisen als eine große Herausforderung für unser Land. Wir sind bereit zu einem Pakt der Vernunft. Wir brauchen ein Handeln, das jetzt die Blockade lebenswichtiger Entscheidungen aufhebt und unsere Zukunft sichert.

2.3 Wir schaffen wieder Vollbeschäftigung

Arbeitslosigkeit ist in der Bundesrepublik Deutschland zum Dauerproblem der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik geworden. Eine investitionsfeindliche Politik hat zu einer schwerwiegenden Investitionslücke geführt, mit dem Ergebnis, daß seit 1972 die Zahl der Arbeitsplätze um weit mehr als eine Million abgenommen hat. Die Lage am Arbeitsmarkt ist von einer Arbeitslosenzahl von rund einer Million auf der einen Seite und vom Fehlen vieler hunderttausender qualifizierter Arbeitskräfte auf der anderen Seite seit Jahren gekennzeichnet. Das ist zum Hauptproblem der Wirtschafts- und Bildungspolitik geworden.

Der technische Fortschritt (z. B. Mikroprozessoren) schafft Arbeitsplätze und trägt zur Entlastung von körperlicher Schwerarbeit bei, zugleich aber stellt er den Arbeitsmarkt vor große Aufgaben. Die Situation wird sich noch dadurch weiter verschärfen, daß in

den nächsten 10 Jahren mit den geburtenstarken Jahrgängen 1 Million Menschen mehr ins Erwerbsleben eintreten als gleichzeitig aus ihm ausscheiden. Die Arbeitslosigkeit ist damit zu einem der großen Zukunftsprobleme geworden.

Mit dirigistischen Mitteln wie Wirtschaftsplanung, Investitionslenkung, Strukturräten usw. ist dieses Problem nicht zu lösen. Durch ihre Unfähigkeit, dieses Problem zu lösen, hat die SPD ihren Anspruch, Arbeitnehmerpartei zu sein, verwirkt.

Die Union wird durch eine konsequente Politik der Sozialen Marktwirtschaft den beschäftigungspolitischen Herausforderungen begegnen. Denn wir wissen: eine gute, zuverlässige Wirtschaftspolitik ist die beste Sicherung der Vollbeschäftigung. Dabei werden wir uns besonders um Problemgruppen des Arbeitsmarktes wie Jugendliche ohne Ausbildungs- und Arbeitsplätze, Frauen, ältere Arbeitnehmer, Arbeitnehmer mit gesundheitlichen Einschränkungen und Arbeitnehmer strukturschwacher Gebiete bemühen. Die Tarifpartner tragen wesentliche Verantwortung für die Vollbeschäftigung.

2.4 Wir fördern die Familie, das Fundament der freien menschlichen Gesellschaft

Nach unserem Verständnis von Mensch, Gesellschaft und Staat hat die Familie eine überragende Stellung. Deshalb hat das Grundgesetz Ehe und Familie, die für uns nicht Leistungseinheit und Zufallsgemeinschaft sind, unter den besonderen Schutz des Staates gestellt. SPD und FDP waren unfähig oder nicht willens, diesem Verfassungsauftrag gerecht zu werden. Im letzten Jahrzehnt haben sich die Lebensbedingungen für die Familie deutlich verschlechtert. Wird die Politik von SPD und FDP hier nicht abgelöst, gerät die Familie auf die Schattenseite der Gesellschaft. Die Geburtenzahlen sinken, die Bundesrepublik Deutschland ist das Land mit der niedrigsten Geburtenziffer in der ganzen Welt geworden. Seit 1960 hat sich die Geburtenzahl in nur zwei Jahrzehnten von rund einer Million fast um die Hälfte verringert. Die SPD/FDP-Koalition hat Familien und Kinder links liegenlassen.

Wir werden diese familienfeindliche Politik beenden und zu einer moralischen wie politischen Offensive für die Familie antreten. Notwendig für eine neue Politik ist eine Bewußtseinsänderung, ist ein Umdenken hin zu einer Wertschätzung und Anerkennung der Familie in Politik und Gesellschaft. Sozialistisches Gedankengut, mißverstandene Emanzipation, ständige Mißachtung der Familie in großen Teilen der Massenmedien haben zusammen mit dem konkreten familienplitischen Versagen von SPD und FDP dazu geführt, daß dem Verfassungsgebot des besonderen Schutzes für Ehe und Familie keinem/angemessene Verfassungswirklichkeit gegenübersteht.

Eine Politik, die die Familien links liegen läßt, verwehrt es jungen Ehepaaren, ihren Wunsch nach Kindern zu verwirklichen. Die meisten Eltern wünschen sich mehr Kinder, als sie haben. Sie wissen, daß sie dann Opfer bringen müssen. Eltern sind nach wie vor dazu ihren Kindern zuliebe bereit. Aber es dürfen ihnen keine unzumutbaren Opfer abverlangt werden.

Eine Politik, die die Familien links liegen läßt, verletzt die Grundbedürfnisse nach Geborgenheit, Sicherheit und Menschlichkeit. In einer anonymen, arbeitsteiligen Gesellschaft ist die Familie der Ort, wo Vertrauen, Toleranz und Pflichterfüllung gelernt und gelebt werden können. Die Familie ist der wichtigste Schutz gegen die zunehmende Vermassung in der Industriegesellschaft und gegen

die Kollektivierungstendenzen sozialistischer Ideologien.

Eine Politik, die die Familien links liegen läßt, lebt auf Kosten der Zukunft und legt den Keim für künftige soziale Konflikte. Die Familie hat ihren eigenen Wert. Sie ist kein Vollzugsorgan des Staates oder der Gesellschaft. Aber wenn die Lebensfähigkeit der Familien beeinträchtigt wird, hat dies Folgen für Staat und Gesellschaft, für Gegenwart und Zukunft.

Wenn der Geburtenrückgang in Deutschland dramatischer ist als in anderen Ländern, dann ist dies auch die Folge einer verfehlten Familien- und Gesellschaftspolitik. Künftige Generationen werden durch den Geburtenrückgang mit schweren Hypotheken belastet. Der Generationenvertrag droht in einen Generationenkonflikt umzuschlagen. Eine familienfeindliche Politik lebt auf Kosten unserer Kinder.

Die Familie leitet ihre Existenz nicht vom Staat ab, sie steht nicht zur Verfügung des Staates. Auch wenn die Familie Aufgaben für die Gemeinschaft erfüllt, die Staat und Gesellschaft nicht leisten können, hat der Staat nicht in die Familien hineinzuregieren. Deshalb werden wir für eine unserer Verfassung gerecht werdende Familiengesetzgebung sorgen. Wir werden der Familie die notwendige Unterstützung geben, die sie braucht, um ihrer Eigenschaft und Aufgabe als Fundament unserer Gesellschaft und unseres Staates gerecht werden zu können. Jede Gesellschaft braucht die gesunde Familie, um überleben zu können.

Eine Politik, die jetzt an der Familie spart, wird uns alle teuer zu stehen kommen. Deshalb ist ein gerechter Familienlastenausgleich ein sittliches und politisches Gebot. Wir wollen diesen Ausgleich so gestalten, daß er weit stärker als bisher die Eigenleistung der Familie, insbesondere der Mütter, anerkennt.

- Wir werden ein Erziehungsgeld von DM 400,- monatlich bis zum vollendeten 3. Lebensjahr des Kindes einführen. Alleinerziehende Mütter und Väter sowie Familien mit geringem Einkommen werden wir darüber hinaus fördern.
- Wir werden die Benachteiligung der nicht in einem arbeitsrechtlichen Verhältnis tätigen Mütter beim Mutterschaftsgeld beseitigen. Wir wollen, daß auch diese Mütter bei der Geburt eines Kindes für die Dauer von 6 Monaten ein Mutterschaftsgeld in Höhe von DM 500,- monatlich erhalten. Das Erziehungsgeld wird sich zeitlich an das Mutterschaftsgeld anschließen.
- Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.
- Die Höhe des Kindergelds muß vom Gesetzgeber regelmäßig überprüft werden. Wir wollen die Entscheidungsfreiheit der Eltern dadurch verbessern, daß wir eine zweckgebundene Kapitalisierung für das Erstkindergeld anbieten.
- Die Union wird ergänzend zu einer familien- und kinderfreundlichen Städteplanung und Dorfentwicklung die gesamte Wohnungsbauförderung neu regeln und verbessern, damit Kinder nicht wegen unzureichender Wohnverhältnisse unerwünscht oder benachteiligt sind.
- Wir werden ein umfassendes Programm zum Schutz des ungeborenen Lebens verwirklichen.

2.5 Wir wollen mehr Entfaltungschancen für die Frauen

Der industrielle Fortschritt hat Wohlstand und soziale Sicherheit ermöglicht. Aber er war auch begleitet von Verlusten an Menschlichkeit, die vor allem die Frauen treffen. Was sie unter doppelter oder gar dreifacher Belastung - im Beruf, als Hausfrau und Mutter - leisten, findet wenig Anerkennung. Unsere Gesellschaft hat von den Frauen viel erwartet, ihnen viel aufgebürdet, aber wenig für sie getan. Die SPD hat aus ideologischen Gründen diesen Mißstand noch verschärft. Ausgehend von einem materialistischen Menschenbild vertritt sie die Irrlehre, die Befreiung der Frauen erfordere ihre Eingliederung in den industriellen Arbeitsprozeß. Das Ergebnis dieser Form von "Emanzipation" ist, daß den Frauen erneut eine einseitige Rolle zugewiesen wird.

Heute wehren sich die Frauen gegen diesen Zwang und wollen selbst über ihren Lebensweg entscheiden. Dabei erleben sie oft schmerzlich, daß ihre Möglichkeiten zur freien Entscheidung besonders eng begrenzt sind. Viele von ihnen üben einen Beruf aus, der ihnen Freude macht, wollen aber deshalb nicht auf Kinder verzichten. Sie sollten mehr Möglichkeiten haben, beides zu verbinden. Andere verzichten lieber auf berufliche Tätigkeit, um sich ganz ihrer Familie und ihren Kindern zu widmen. Sie sollen diese Möglichkeit nicht mit unzumutbaren Härten erkaufen müssen.

Vor allem aber: Die meisten Frauen wollen sich nicht in jungen Jahren ein für allemal zwischen Familie und Beruf entscheiden müssen, sondern in unterschiedlichen Lebensphasen unterschiedliche Schwerpunkte in ihrem Leben wählen. Besonders Frauen, die sich voll der wichtigen Aufgabe der Mutter widmen, stehen nach der Zeit der Kindererziehung vor dem Problem, eine neue Lebensaufgabe zu finden. Die Union versteht unter Gleichberechtigung die Wahlfreiheit zu einer Vielfalt von Lebensmöglichkeiten. Deshalb hat die Union schon vor Jahren die Partnerrente und das Erziehungsgeld gefordert und damit die entscheidenden Weichen gestellt.

Diese Politik für mehr Wahlmöglichkeiten und größere soziale Sicherheit für die Frauen setzt die Union fort.

- Wir werden die Benachteiligung der Hausfrauentätigkeit und der Kindererziehung beseitigen. Deshalb anerkennen wir diese Aufgaben als Berufstätigkeit und werden sie schrittweise sozial absichern.
- Wir werden die Altersversorgung der Mütter durch die Anrechnung von Erziehungszeiten verbessern. Die Union wird deshalb sicherstellen, daß durch die Anerkennungvon Zeiten der Kindererziehung ein eigenständiger Rentenanspruch erworben werden kann.
  Die Bemessungsgrundlage für die Anrechnung der Erziehungsjahre soll sich am entsprechenden Durchschnittseinkommen orientieren. Als Erziehungsjahre sollen künftig 5 Jahre je Kind anerkannt werden.
- Für die rückwirkende Lösung stellen sich besondere finanzielle Probleme. Darüber hinaus ist es besonders schwierig, rückwirkend eine gerechte Lösung zu finden. Wir wollen, daß im Sinne der gleichwertigen Anerkennung von Berufstätigkeit und Kindererziehung rückwirkend grundsätzlich 1 Jahr je Kind rentensteigernd anerkannt wird.
- Wir werden die Gleichberechtigung von Mann und Frau im Rentenrecht sicherstellen. Deshalb werden wir die Partnerrente für die Hinterbliebenen durchsetzen. Wir wollen, daß der ereichte

Lebensstandard für den hinterbliebenen Ehegatten gesichert und für die Witwen verbessert wird. Deshalb soll die Rente des hinterbliebenen Ehepartners 70 % der insgesamt von beiden Ehepartnern erworbenen Rentenanwartschaften nicht unterschreiten.

Bei voller Sicherung der eigenerworbenen Rentenansprüche wird dies unter Berücksichtigung von Erziehungsjahren und sonstigen anrechnungsfähigen Versicherungsjahren zu einer Rentenverbesserung für den Hinterbliebenen führen.

- Wir werden die unzureichende Sicherung der Hausfrau und Mutter gegen Unfall und Invalidität beseitigen, die insbesondere für junge Frauen und ihre Familien existenzbedrohend ist, und schlagen eine Versicherungspflicht bei freier Wahl des Versicherungsträgers vor. Denn das Gesundheits- und Lebensrisiko der Hausfrauentätigkeit ist heute das einzige der großen Risiken, das nicht abgesichert ist.
- Wir werden alle Gesetze, Verordnungen und Ausbildungsvorschriften daraufhin überprüfen, ob sie die Berufschancen von Frauen beeinträchtigen. Wir wollen die einseitige Festlegung der Mädchen auf typische Frauenberufe beseitigen.
- Wir werden darauf hinwirken, daß Frauen gleichen Lohn bei gleicher Arbeit erhalten. Frauen müssen die gleichen Aufstiegschancen haben wie Männer. Wir werden die Tarifpartner dabei unterstützen, daß die Benachteiligung der Frauen in der Arbeitswelt abgebaut wird.
- Wir werden dafür eintreten, daß das Angebot an Teilzeitarbeitsplätzen in der Privatwirtschaft und im öffentlichen Dienst erhöht wird.
- Die Union wird durch eine verstärkte Förderung aus Bundesmitteln im Rahmen des Arbeitsförderungsgesetzes die Schaffung von Teilzeitarbeitsplätzen anregen, die insbesondere Frauen zugute kommen werden.
- Für den Wiedereintritt von Hausfrauen in das Berufsleben wird die Union bessere Ausbildungs-, Fortbildungs- und Umschulungsmöglichkeiten schaffen.

2.6 Wir sichern die Renten und erhalten den Generationenvertrag

Die Empörung über den Rentenbetrug des Wahljahres 1976 durch Helmut Schmidt hat bei unseren älteren Mitbürgern eine Phase der Sorge und Unsicherheit eingeleitet. Die Menschen müssen sich heute darauf verlassen können, daß die nachfolgende Generation ihnen morgen ihre Altersversorgung sichert.

Die Union will den Generationenvertrag durch wachstums- und umweltfreundliche Wirtschaftspolitik, eine neue und bessere Familienpolitik und eine verläßliche Rentenpolitik sichern. Wir werden die bruttolohnbezogene, dynamische Rente wiedereinführen. Das Festhalten an der bruttolohnbezogenen Rente - ein durch die CDU/CSU geschaffenes Jahrhundertwerk echter Reformpolitik - ermöglicht die Einführung eines nach den Grundsätzen der sozialen Gerechtigkeit gestaffelten Krankenversicherungsbeitrags der Rentner. Allein die bruttolohnbezogene, dynamische Rente schafft Verläßlichkeit und Sicherheit.

Wir stehen zum gegliederten System der Sozialversicherung. Nicht leistungsmäßig begründete Belastungsunterschiede von Versicherten und Arbeitgebern müssen abgebaut werden.

- Wir wollen den Sozialstaat nicht nur wirtschaftlich vernünftiger, sondern auch menschlicher gestalten.
- Wir werden die Bereitschaft vieler Menschen, vor allem Jugendlicher, zur zwischenmenschlichen Hilfe unterstützen.
- Wir werden freie gemeinnützige, kirchliche und private Krankenhäuser erhalten und neue staatliche Mammutkliniken verhindern.

2.7 Wir nehmen die aus der modernen Industriegesellschaft entstandenen neuen sozialen Fragen in Angriff

Die SPD nimmt die neuen Konflikte und die neuen sozialen Herausforderungen nicht zur Kenntnis. Sie ist in einem reaktionären sozialistischen Weltbild Denkkategorien und Konflikten der Vergangenheit verhaftet. Ihre Politik beruht geradezu auf einem Bündnis der Starken gegen die Schwachen. Unter der Regierungsverantwortung der SPD läuft der Staat Gefahr, sich vor allem nach organisierten Mehrheiten zu richten. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat aber die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten in der Gesellschaft im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen.

Die Nichtorganisierten, alte Menschen, Mütter mit Kindern, Behinderte, Nicht-Mehr-Arbeitsfähige sind den organisierten Verbänden im Verteilungskampf um das Bruttosozialprodukt in der Regel unterlegen. Arbeitgeber, Arbeitnehmer und andere Gruppen sind heute in mächtigen Verbänden organisiert. Sie treten nicht nur gegeneinander an, sondern behaupten ebenso wirkungsvoll ihre Sonderinteressen gegenüber anderen Bevölkerungsgruppen.

Die Union hat als moderne und zukunftsorientierte politische Kraft erkannt, daß es unser Volk nicht weiterführt, wenn Konflikte vergangener Jahrhunderte als die Probleme unserer Zeit ausgegeben werden, wie dies die SPD tut.

Zu den ernsteren Gefahren zählen heute Entpersönlichung und Anonymität. Die Menschen wohnen enger zusammen als je zuvor, aber die Einsamkeit vieler Mitbürger nimmt zu. Die Zahl der hilfsbedürftigen und isolierten, der kranken und älteren Menschen wächst. Die sozialen Aufwendungen sind immer weiter angestiegen, aber trotzdem sind neue benachteiligte Gruppen und neue soziale Not entstanden.

Die SPD kennt als Antwort auf alle sozialen Fragen unserer Gesellschaft nur immer neue Großorganisationen, Bürokratien und Funktionärsapparate. Von staatlichen Regelungen erwartet sie alles, von mitmenschlicher Hilfe nichts.

Die großen Lebensrisiken können nur in großen Solidargemeinschaften abgesichert werden. Solidargemeinschaft bedeutet aber mehr. Solidarität heißt füreinander da sein, weil der einzelne und die Gemeinschaft darauf angewiesen sind.

- Wir werden die Frage der Behandlung und Unterbringung psychisch Kranker in Kliniken grundlegend überprüfen und verbessern.
- Wir werden für eine ausreichende Anzahl von Sozialstationen, in denen Menschen rund um die Uhr persönliche Hilfe erhalten können, sorgen.
- Zu einer freiheitlichen Sozialpolitik gehört für uns auch ein freiheitliches Gesundheitswesen, das dem Bürger besser dient als sozialistische Betreuungssysteme im Kollektiv.

2.8 Wir stoppen den Marsch in den Steuer- und Abgabenstaat

Seit Jahren steigt der Staatsanteil schneller als je zuvor in Friedenszeiten. Die Steuer- und Abgabenlast der Bürger hat Rekordhöhen erreicht. Fast die Hälfte jeder in unserer Volkswirtschaft verdienten Mark wandert in öffentliche Kassen. Die Mehrarbeit der Bürger wird durch den Zugriff der Steuer bestraft. Dennoch ist der Staat überschuldet. Die Schulden des Bundes sind höher als sein Haushalt. Die neuen Kredite reichen kaum noch aus, Zinsen und Tilgung für die alten zu zahlen.

Die SPD/FDP hat trotz ständiger Warnungen der Union die Finanzkraft des Staates überfordert und die Grenzen der Belastbarkeit der Bürger überschritten. Die Explosion staatlicher Aufgaben und Zuständigkeiten hat zu Freiheitseinbußen, wachsender Entmündigung der Bürger, Bürokratie und einer zunehmenden Lähmung von Wirtschaft und Gesellschaft geführt. Die SPD/FDP-Bundesregierung zieht den Bürgern zuviel Geld aus der Tasche.

Der Staat ist für die Bürger da. Er verfehlt seine Aufgabe, wenn er seine Bürger ausbeutet, ihnen mit der einen Hand gibt, was er ihnen zuvor mit der anderen genommen hat. Die Schulden von Bund, Ländern und Gemeinden betragen heute weit über 4oo Milliarden DM. Die Last dieser Schulden werden die heute 1o-, 15- und 2o-jährigen zu tragen haben.

Wir werden im Steuerrecht die Leistungsfähigkeit und den Leistungswillen fördern und Bremsklötze für das Wirtschaftswachstum beseitigen.

- Die im geltenden Einkommen- und Lohnsteuertarif begründete Automatik von "heimlichen Steuererhöhungen" muß durch regelmäßige Tarifkorrekturen entschärft werden.
- Wir werden ein familienfreundliches Steuerrecht mit wirksamen Kinderfreibeträgen schaffen. Ein erster Schritt hierzu ist die Umwandlung des bestehenden Kinderbetreuungsbetrages in einen echten Kinderfreibetrag.
- Wir wollen die steuerliche Benachteiligung der Altersversorgung der Selbständigen gegenüber den Arbeitnehmern durch eine Verbesserung der steuerlichen Abzugsmöglichkeiten für Vorsorgeaufwendungen abbauen.
- Wir werden die Investitionskraft der Betriebe durch steuerliche Entlastung insbesondere bei den ertragsunabhängigen Steuern stärken und hierdurch einen Beitrag zur Sicherung der Arbeitsplätze leisten.

Durch unser steuerpolitisches Programm werden wir den Bürgern heimliche Steuererhöhungen zurückgeben. Persönliche Leistung soll sich wieder lohnen.

2.9 Wir sichern Recht und Freiheit

Unser Staat ist die Gemeinschaft frei verantwortlicher Bürger füreinander. Er bezieht seine Autorität aus seiner Bindung an die Menschenwürde und die unveräußerlichen Grundrechte der Bürger, die ihn geschaffen haben und tragen.

Die Wahrung von Sicherheit und Ordnung ist nicht Selbstzweck, sie ist Grundvoraussetzung für die freie Entfaltung des einzelnen und das solidarische Zusammenwirken aller in der Gemeinschaft. Ohne Sicherheit und Ordnung gibt es keinen inneren Frieden.

Sicherheit und Ordnung aufrechtzuerhalten und damit den inneren Frieden in unserer Gemeinschaft zu sichern, gehört zu den wichtigsten Aufgaben des Staates. Wenn der Staat dem einzelnen und der Gemeinschaft nicht mehr Schutz gewährleisten kann, werden das Vertrauen und die Zustimmung des Bürgers zu ihm erschüttert.

Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger.

SPD und FDP setzen den ordnenden, die Freiheit der Bürger schützenden Staat ständigem Verdacht aus. Sie verkennen dabei, daß Rechtsstaat nicht nur Schutz des einzelnen vor staatlichen Übergriffen bedeutet, sondern auch Schutz durch den Staat. Die SPD sieht den Staat nur als Dienstleistungsbetrieb.

Die Union wird den Staat wieder in die Lage versetzen, auf Gefahren für die Sicherheit und Freiheit der Bürger angemessen reagieren zu können. Die Sicherheitsorgane sind bei der Bewältigung ihrer schweren Aufgabe auf unsere Anerkennung und Unterstützung sowie auf die

Mithilfe und Solidarität der Bürger angewiesen. Wir geben der Polizei nicht nur alle Mittel, die sie zum Schutz der Bürger braucht, wir respektieren auch in besonderer Weise den Dienst, den sie leistet.

Wir treten der steigenden Kriminalität entschlossen entgegen. Verbrechen zu verhindern ist besser als Täter zu bestrafen.

Freiheit der Bürger und Hilfe für die Opfer von Verbrechen haben für uns Vorrang.

Für die vorbeugende Verbrechensbekämpfung sind alle Bürger mitverantwortlich. Die Union weiß, in den Familien werden die Grundlagen für das mitmenschliche Verhalten, für die Wahrung des Rechts des anderen gelegt.

Die Bedrohung durch den Terrorismus ist nicht gebannt. Mit den notwendigen rechtlichen und polizeilichen Maßnahmen muß der Staat gegen den Terrorismus gerüstet sein. Unser besonderes Anliegen ist die Beseitigung der geistigen Ursachen des Terrorismus.

Unsere freiheitlich-demokratische Grundordnung lebt und erhält ihre Antriebskraft aus der demokratischen Diskussion verschiedener Standpunkte. Toleranz hat jedoch gegenüber denjenigen eine Grenze, die entweder mit Gewalt oder aus taktischen Gründen mit demokratischen Mitteln unsere demokratischen Freiheiten und damit die freiheitlich-demokratische Grundordnung beseitigen wollen. Der freiheitliche Staat, der sich nicht gegen seine Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürger. Im öffentlichen Dienst darf nur tätig sein, wer bereit ist, sich jederzeit für den Bestand und den Schutz der freiheitlich-demokratischen Grundordnung einzusetzen.

Staatsfeinde haben im Staatsdienst nichts zu suchen. Wir werden dafür sorgen, daß Mitglieder verfassungsfeindlicher Parteien im öffentlichen Dienst keinen Platz haben.

Verfassungstreue ist eine der besonderen Pflichten der im öffentlichen Dienst Beschäftigten. Diesen Pflichten müssen angemessene Rechte gegenüberstehen. Wir werden der öffentlichen Verwaltung alle denkbaren Hilfen geben, damit sie sich voll ihrer Aufgabe widmen kann: dem Dienst am Bürger.

2.1o Wir wollen den Fortschritt mit menschlichem Gesicht

Während der 2o-jährigen Regierungszeit der Union hat unser Land auf allen Gebieten große Fortschritte erlebt. Nie zuvor hat man in Deutschland in so kurzer Zeit so weitreichende Veränderungen zum Guten gesehen. Von Reformen wurde nicht geredet, sie wurden verwirklicht. Fortschritte gab es nicht in der Theorie, sondern im Alltag der Menschen.

Die Erfolge jener Jahrzehnte waren darin begründet,daß Politik,Wirtschaft und Gesellschaft die elementaren Lebensbedürfnisse der Menschen befriedigt haben. Nie zuvor und auch nicht danach standen die Politik einer Regierung und die Erwartungen der Menschen so sehr im Einklang.

Dieser Einklang ist heute gestört. Er muß wiederhergestellt werden. In einer Zeit anderer Erwartungen, neuer Ängste und vielfältiger Unsicherheiten nimmt die Union diese Herausforderung an.

Die Menschen erleben immer schmerzlicher die Widersprüche unserer Zeit: Die Entfernungen werden kürzer, aber die Menschen kommen sich nicht näher. Stadtteile werden moderner, aber nicht wohnlicher; der Lebensstandard wächst, aber mit ihm nicht Glück und Zufriedenheit der Menschen. Die Menschen spüren immer mehr, daß ihr Wohlbefinden von Dingen abhängt, die keinen Preis haben, aber trotzdem wertvoll sind. Sie wehren sich deshalb zu recht dagegen, daß ihre natürliche und soziale Umwelt zerstört wird: sei es durch einen blinden Fortschritt oder durch eine blinde Politik.

Die Union ist sich bewußt, daß es Wichtigeres gibt als materielle Werte. Mit den Vätern der Sozialen Marktwirtschaft wissen wir, daß das Wohlbefinden der Menschen von vielen Dingen abhängt, die man nicht kaufen kann. Aber Moralismus, der auf wirtschaftliche Erfordernisse keine Rücksicht nimmt, ist genauso abschreckend wie Materialismus ohne Bewußtsein für ethische Werte.

Die Soziale Marktwirtschaft ist allen anderen Systemen überlegen. Sie hat nicht nur eine "ökonomische", sondern auch eine "ökologische" Zukunft. In und mit der Sozialen Marktwirtschaft werden wir auch die Umweltprobleme lösen. Das Ziel unserer Politik ist es nicht, neue Sonderinteressen zu vertreten, sondern die natürliche und soziale Umwelt des Menschen so zu gestalten, daß er sich darin wieder "zu Hause" fühlen kann.

Wir müssen die Lebenswelt der Menschen wieder überschaubarer machen. Das erfordert Ehrfurcht vor gewachsenen Traditionen, vertrauten Einrichtungen und Landschaften. Der rasche gesellschaftliche Wandel hat in der Vergangenheit vieles zerstört. Wir müssen wieder lernen, daß es zur Freiheit des Menschen gehört, so zu leben, wie er zu leben sich wünscht. Der Mensch darf nicht zum Sklaven des Fortschritts gemacht werden. Die Politik muß sich auf das dem einzelnen und der Gemeinschaft zuträgliche Maß zurückbesinnen.

Wir sind offen für das Neue. Aber: Alles Neue hat sich gegenüber dem Bewährten als das Bessere auszuweisen. Wir werden bewahren, was gut, und verändern, was schlecht ist.

Eine verantwortungsbewußte Politik hat den Auftrag, einer möglichst breiten Öffentlichkeit eindringlich klar zu machen, daß es ohne technische Neuerung heute für die Jugend kein Morgen gibt, wie sie es erwartet. Wer die Krankheiten unserer Zeit heilen will, darf nicht blind den technischen Fortschritt beschneiden, er muß vielmehr die Lebens- und Weltorientierung unserer Bürger klären und

stärken. Für uns ist nicht "Aussteigen", sondern "Einsteigen" ein Leitwort für die junge Generation. Wir sind mit der Jugend bereit, uns der Herausforderung von Gegenwart und Zukunft zu stellen, Beherrschungs- und Gestaltungskräfte zu entwickeln, um kommenden Generationen das zu erhalten, was die Generationen zuvor aufgebaut haben. Nullwachstum, Stillstand und Rückgang sind Rezepte des Untergangs. Deshalb werden wir es nicht zulassen, daß sich die Prediger der Zukunftsverweigerung durchsetzen.

Wir müssen die Jugend davon überzeugen, daß Naturwissenschaft, Technik und ihre industrielle Nutzung nicht die vorgegebenen Feinde unserer natürlichen Umwelt sowie einer menschlichen und menschenwürdigen Gesellschaft sind. Wir bekennen uns gerade im Interesse unserer Jugend zur Notwendigkeit des technischen Fortschritts. Der Verzicht der Gesellschaft auf technische Erneuerung und der Verzicht des Staates auf die Förderung dieser notwendigen Weiterentwicklung würde unser Gemeinwesen seiner industriellen und wirtschaftlichen Zukunft, die Bürger des Wohlstandes, die Jugend der Zukunft und das ganze Volk langfristig auch der Freiheit berauben - weil Elend und Not fruchtbarer Boden nur für die Unfreiheit sind.

2.11 Wir brauchen und wollen die Mitarbeit der Jugend

Unser Staat schreibt nicht vor, wie jemand leben soll. Der junge Mensch kann sich frei entscheiden, ohne politische Bevormundung, ohne staatliche Reglementierung. Wir wollen, daß das so bleibt.

Unser Staat ist kein autoritärer Staat. Er garantiert die freie Entfaltung aller Bürger. Aber alle Bürger müssen auch für seine Freiheit einstehen. Und diese Freiheit ist es wert, daß wir für sie eintreten.

Unsere Gesellschaft ist nicht vollkommen, Schwache sind auf die Unterstützung der Gemeinschaft angewiesen. Der Dienst am Nächsten, am Menschen, braucht auch den Idealismus der Jugendlichen, ihre Bereitschaft zum Engagement.

Wir übersehen nicht: es gibt Jugendliche, die sich verweigern. Sie flüchten sich in radikale Ideologien, in religiöse Sekten, in die Welt der Drogen.

Eine Gesellschaft, die in Freiheit überleben will, kann auf Bindungen nicht verzichten. Unser Ziel ist ein gemeinsames Verständnis der grundlegenden Wertentscheidungen, die unser Volk zu einer Gemeinschaft verbinden. Dazu gehört auch ein Verständnis für unsere Geschichte mit ihren Licht- und Schattenseiten. Eine Jugend, die ihre Geschichte kennt, wird mehr Bereitschaft zeigen, die Verantwortung für eine Zukunft in Freiheit zu übernehmen.

Politik für junge Menschen erschöpft sich nicht in Jugendpolitik. Wir stellen unser umfassendes politisches Konzept auch in den Dienst der jungen Menschen.

- Unsere staatliche und gesellschaftliche Ordnung ist es wert, verteidigt zu werden. Deshalb werben wir um Zustimmung für sie.
- Die Jugend hat das Recht und die Pflicht, unsere Gesellschaft verantwortlich mitzugestalten. Schule, außerschulische Jugendbildung, die Arbeit der Jugendverbände sollen dieses Verantwortungsbewußtsein wecken und stärken.
- Wir wollen die ehrenamtliche Tätigkeit junger Menschen ideell fördern und die Jugendarbeit in freier Trägerschaft materiell unterstützen.

- Die Vielfalt der Medien, für die die Union eintritt, ist eine Chance für junge Menschen. Der kritische Umgang mit den Medien ist ein wichtiges Erziehungsziel.
- Wir wollen die Zukunftschancen der jungen Generation sichern, indem wir die Jugendarbeitslosigkeit abbauen und für eine ausreichende Zahl an Ausbildungsplätzen sorgen.

2.12 Wir wollen die menschliche Schule

Die Kinder vermissen in ihrer Schule Geborgenheit: Kurse statt Klassengemeinschaften, Fachwissenschaftler statt Klassenlehrer, Kursteilnehmer statt Klassenkameraden. Lehrpläne werden mit immer neuen Stoffgebieten befrachtet, grundlegendes Wissen aber vernachlässigt. Die Eltern werden als Nachhilfelehrer ihrer Kinder mißbraucht.

SPD und FDP haben mit ihrer Schulpolitik rücksichtslos herumexperimentiert und dadurch Eltern und Schüler unzumutbar belastet. Sozialistische Systemveränderer versuchen, Klassenkampf im Klassenzimmer einzuüben. Schulen sollen für sie nicht länger Stätten der Bildung und Erziehung sein, sondern Gelegenheiten, die Schüler "konflikttheoretisch" aufzuladen, sie dem Elternhaus zu entfremden, ihnen, auf der Grundlage eines verzerrten und verfälschten Geschichtsbildes, ein einseitiges politisches Weltbild aufzudrängen.

Die Union wird mit der Unruhe und der Verwirrung an unseren Schulen Schluß machen:

- Die Schule muß wieder eine geistige Orientierung vermitteln. Sie darf sich nicht auf die Vermittlung von Fachwissen beschränken.
- Der Geschichtsunterricht muß wieder einen festen Platz in Stundenplänen erhalten.
- Die Überfrachtung der Lehrpläne muß beseitigt werden.
- Schule und Hochschule müssen einander ergänzen, die Schule darf nicht verwissenschaftlicht und das Studium nicht verschult werden.
- Wir halten am gegliederten Schulsystem fest, weil es sich im Vergleich als die menschlichere und leistungsfähigere Form des Schulwesens bewährt.
- Schulen müssen in einer angemessenen Ortsnähe erhalten bleiben. Auch die Kinder und Jugendlichen in ländlichen Räumen haben Anspruch auf ein wohnungsnahes, vielfältiges Angebot an Bildungseinrichtungen. Wir werden verhindern, daß der Rückgang der Schülerzahl zu einer Schulschließungswelle führt und immer mehr Schüler zu einer entfernten Zentralschule gefahren werden müssen.
- Der Hauptschüler darf nicht diskriminiert werden. Die Hauptschule muß ihre eigenständige Aufgabe behalten und dort, wo sie verloren ist, wiedergewinnen: eine grundlegende Allgemeinbildung vermitteln, den Schüler auf die Berufswelt vorbereiten und ihn zu einer sachlich begründeten Berufsentscheidung befähigen.
- Durch die Einführung eines beruflichen Grundbildungsjahres im Rahmen des dualen Systems muß die Qualität der Ausbildung gesteigert werden. Gesetze und Rechtsverordnungen, die die berufliche Ausbildung behindern, müssen überprüft und gegebenenfalls abgeändert werden. Für Abiturienten müssen in größerem Umfang als bisher Berufe angeboten werden, in denen sie ohne Absolvierung eines Studiums ihre besonderen Kenntnisse und Fähigkeiten einsetzen können.

- Den behinderten Kindern und Jugendlichen gilt unsere besondere Sorge. Das Miteinander von Behinderten und Nichtbehinderten soll in allen Bereichen selbstverständlich sein.
- Die ausländischen Jugendlichen haben Anspruch auf eine verstärkte Förderung in Schule und Berufsausbildung, die ihren besonderen sozialen und kulturellen Problemen gerecht wird.

2.13. Wir sichern die Meinungs- und Informationsfreiheit

Freie Information ist ein Grundpfeiler der Demokratie. Sie ist nur möglich durch Vielfalt von Zeitungen, Zeitschriften, Rundfunk und Fernsehen. Freie Medien dürfen nicht Spielball politischer Interessen werden. Ein vielfältiges Angebot von Nachrichten und Meinungen dient dem Bürger. Er muß selbst entscheiden können, wie er das Angebot nutzt. Freie Medien und der Zugang zu allen Informationen sind unerläßlich für den freiheitlich-demokratischen Staat. Nur durch eine frei gebildete öffentliche Meinung ist es möglich, staatliche Macht wirksam zu kontrollieren.
Öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten bleiben in besonderer Weise der Vermittlung von Informationen, der Vielfalt der Meinungen und dem Gemeinwohl verpflichtet.

Von einer gesunden Konkurrenz zwischen öffentlich-rechtlichen Rundfunkanstalten und privat-rechtlichen Veranstaltern erwartet die Union eine Stärkung des Grundrechts der freien Meinungsäußerung und Information. Sie vertraut auf die Mündigkeit unserer Bürger. Aufgabe verantwortungsbewußter Medienpolitik wird es sein, die notwendigen Rahmenbedingungen zu setzen.

Wir sind grundsätzlich offen für neue Entwicklungen im Bereich der Medien- und Nachrichtentechnik. Ideologisch begründete Bilderstürmerei lehnen wir ab. Wir werden jeweils sorgsam prüfen und im Interesse aller Bürger verantwortungsbewußt entscheiden.

Wir werden gegen den Mißbrauch des fernmeldetechnischen Monopols der Deutschen Bundespost entschieden vorgehen. Unabhängigkeit und Vielfalt von privatwirtschaftlichen Zeitungen und Zeitschriften zu sichern, bleibt für uns ein selbstverständliches Gebot.

2.14. Wir beseitigen bürokratische Fesseln und stärken die Selbstverantwortung

Gesetze, Erlasse, Verfügungen, Verordnungen und Ausführungsbestimmungen ersticken Spontaneität, Risikobereitschaft und Erfindungsgeist der Menschen. Die Dynamik der Wirtschaft und die Vitalität der Gesellschaft drohen zu erlahmen.

Nur im Sozialismus muß alles und jegliches bürokratisch entschieden werden. Eine leistungsfähige Verwaltung ist im modernen Staat unverzichtbar; Bürokratisierung ist für uns jedoch ein Fehler, für Sozialisten dagegen System.

Sie benutzen Bürokratisierung als Mittel zur lautlosen Systemveränderung. Heute braucht der Sozialismus keine Revolution. Er entsteht durch die allumfassende Bürokratisierung unseres Lebens gleichsam von selbst.

- Gemeinsinn, Risikobereitschaft und Verantwortung für das Ganze sind unverzichtbare Tugenden. Die Union wird diese Tugenden wieder wecken.
- Für uns ist Vertrauen besser als Kontrolle, wir vertrauen auf den Bürgersinn.

- Wir werden die Gesetze und Verordnungen mit dem Ziel ihrer Verringerung überprüfen.
- Wir stehen auf dem Standpunkt, daß viele öffentliche Aufgaben durch Private und Freie Träger genauso gut und oft besser erfüllt werden können als durch staatliche Bürokratien.
- Wir werden die private Sphäre des Menschen schützen. Deshalb gewährleisten wir den Datenschutz.
- Wir setzen uns ein für die Stärkung der kommunalen Selbstverwaltung in Städten, Dörfern und Gemeinden. Was bürgernah entschieden werden kann, soll nicht auf zentrale Behörden verlagert werden.

2.15. Wir schützen die Umwelt und erhalten sie als lebenswerte Heimat

Wir sind keine Fanatiker eines Fortschritts um jeden Preis. Die Alternative lautet deshalb für uns nicht "Fortschritt ja oder nein", die entscheidende Frage heißt für uns "Fortschritt wohin". In einer Welt aber, die in ihren Gütern und Schätzen begrenzt und in ihrem Naturhaushalt nur begrenzt belastbar ist, muß technischer und wirtschaftlicher Fortschritt in eine Richtung geführt werden, die den Gesetzen der Umwelt folgt.

Die fortschreitende Auflösung zwischenmenschlicher Bindungen, der Verlust an Geborgenheit und die vielfältigen Belastungen der natürlichen Umwelt werden als ein zu hoher Preis für die Fortentwicklung unseres materiellen Wohlstands empfunden.

Die Union ist sich bewußt, daß es eine neue Werthaltung der Bürger gibt, die eine grundlegende politische Wende und nicht nur Randkorrekturen erfordert. Diese neue Politik ist nur möglich, wenn sie sich auf die Mitarbeit der Bürger, auf deren Verantwortung für die Gemeinschaft und für die zukünftige Generation stützen kann. Unsere Politik umfaßt mehr als technokratischen Umweltschutz. Unsere Politik berücksichtigt die Wechselbeziehungen zwischen natürlicher, familiärer, beruflicher und gesellschaftlicher Umwelt.

Wir versprechen nicht die Unberührtheit einer vorindustriellen Natur und gleichzeitig die Errungenschaften einer modernen Industriegesellschaft. Wir wissen, daß es viele Dinge gibt, die wichtiger sind als materieller Fortschritt. Wir wissen ebenso, daß ohne gesunde wirtschaftliche Grundlage die Lebensbedürfnisse nicht erfüllt werden können. Wir halten auch in Beziehung auf die Umwelt eine Politik des "alles oder nichts" für verfehlt, für unmenschlich. Deshalb versprechen wir weder die unberührte Natur noch das grenzenlose Wachstum. Wir versprechen vielmehr eine Politik für eine geschützte Natur und den damit zu vereinbarenden wirtschaftlichen Fortschritt. Wir wollen:

- Eine wirkungsvolle Lärmbekämpfung.
- Die Verminderung der Luftverschmutzung.
- Wasserbauliche Maßnahmen zur Sicherung der Ufervegetation.
- Die Sicherung bzw. Wiederherstellung einer guten Wasserqualität.
- Die Förderung einer verantwortungsbewußten Verwendung von Chemikalien.
- Die ständige Überprüfung und Verbesserung des Strahlenschutzes.

Wir verpflichten uns, die Lebensgrundlagen in unserem Lande so zu

erhalten, daß die Umwelt für die Bürger Heimat bleibt und daß wir der nachfolgenden Generation ein Erbe hinterlassen, das zu bewahren und weiterzugeben sich lohnt.

III. Wahlaufruf

Am 5. Oktober 1980 sind die Bürgerinnen und Bürger der Bundesrepublik Deutschland zu einer Entscheidung von geschichtlicher Tragweite aufgerufen. Es geht um Richtung und Weg der deutschen Politik in einer Zeit der Krise, der Unsicherheit, der Bewährung. Deutschland braucht jetzt eine klare, zielstrebige, illusionsfreie Politik der Friedensbewahrung und der Freiheitssicherung, der Wiedergewinnung der finanziellen Stabilität und eines ausreichenden Wirtschaftswachstums.

Nach 10 Jahren einer Politik der enttäuschten Hoffnungen, der gebrochenen Versprechungen und der gefährdeten Grundlagen unserer Freiheit und unseres Wohlstandes sind SPD und FDP nicht mehr in der Lage, diese Lebensfragen unseres Volkes zu meistern.

CDU und CSU sind bereit, in dieser schweren Zeit die Verantwortung zu übernehmen. Dafür bitten wir Sie, liebe Mitbürgerinnen und Mitbürger, um Ihr Vertrauen, um Ihre Mitarbeit und um Ihre Stimme.

CDU und CSU haben in den Aufbaujahren nach der größten Katastrophe der deutschen Geschichte bewiesen, was sie leisten können. Deshalb sind sie auch in der Lage, gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern unseres Landes die Aufgaben der 80er Jahre zu bewältigen. Mit einer neuen Politik und einer besseren Regierung werden wir tun, was getan werden muß, damit die Zukunft unseres Volkes in Frieden und Freiheit gesichert wird.

Wir treten an mit einem Programm des Augenmaßes, der Glaubwürdigkeit, der Zuverlässigkeit.

Wir treten an mit der kraftvollen Entschlossenheit, die wirtschaftlichen Grundlagen zu festigen, die soziale Sicherung zu bewahren, die Freiheit nach innen und außen zu sichern und den Frieden zu erhalten. Groß sind die Gefahren unserer Zeit, aber größer sind unsere Chancen und unsere Entschlossenheit, auch in Zukunft in einer menschlichen Gesellschaft freier Bürger zu leben. Das erfordert eine neue Politik, eine bessere Regierung.

CDU und CSU treten gemeinsam an mit Franz Josef Strauß.

Er hat mir Ludwig Erhard im Jahre 1948 die Soziale Marktwirtschaft durchgesetzt.

Er hat die großen Entscheidungen Konrad Adenauers als Mitglied des Deutschen Bundestages und als Bundesminister mitgetragen. Er hat entscheidend am Aufbau der Bundeswehr, an ihrer modernen Ausrüstung und am Eintritt der Bundesrepublik Deutschland in die NATO mitgewirkt.

Er hat als Finanzminister eine Politik der Sparsamkeit und des stabilen Geldes durchgesetzt.

Er ist der entschiedene Verteidiger der Rechte und Freiheiten des Bürgers.

Wir treten an mit der Union und mit Franz Josef Strauß,
für Frieden, für Freiheit, für Deutschland!

Anhang III

Grußwort von S.E. Herrn Mongi Kooli, Minister bei der Präsdentschaft der Tunesichen Republik, Direktor des Parti Socialiste Destourien.

Herr Präsident, sehr geehrte Delegierte, meine Damen und Herren, es ist für mich eine große Befriedigung heute in einem Augenblick vor Ihnen das Wort zu ergreifen, in dem Ihre große Partei, die berühmte Christlich Demokratische Union, ihren Kongreß abhält, und Ihnen, Delegierten und Gästen die herzlichen Wünsche der Néo-Destour-Partei zu überbringen, die es meine Ehre ist, auf diesem Parteitag zu vertreten.

Ich möchte zunächst unterstreichen, daß meine Anwesenheit in diesem gastlichen Land und die gern wahrgenommene Gelegenheit, zu Ihnen, der Kerntruppe der CDU, zu sprechen, vor aller Öffentlichkeit die engen Freundschaftsbande zwischen unseren beiden Parteien bekräftigen soll, die durch die gleichen Ideale des Friedens, der Gerechtigkeit und des Fortschritts geeint sind. Ich überbringe Ihnen diese Botschaft im Namen aller Mitglieder der Destour-Partei und an ihrer Spitze Präsident Habib Bourguiba, dem Staatschef der Tunesischen Republik. Was ich Ihnen zu sagen habe, steht im engen Zusammenhang mit der Freundschaft zwischen der CDU und dem PSD.

Ich möchte Ihnen ins Gedächtnis rufen, daß Tunesien unmittelbar nach seiner Unabhängigkeit in Ihrem früheren Bundeskanzler Konrad Adenauer den Mann gefunden hat, der den Beziehungen zwischen unseren beiden Ländern einen ganz besonderen Impuls gegeben hat. Seither haben sich diese Beziehungen auf der Grundlage des gegenseitigen Respekts und der beiderseitigen Interessen kontinuierlich weiterentwickelt.

In jüngster Zeit, bei unserem letzten Kongreß im September 1979, ist die CDU vertreten gewesen; übrigens nicht zum ersten Mal. Ihr Vertreter hat bei diesem Kongreß den Wunsch Ihrer Partei zum Ausdruck gebracht, die Beziehungen mit uns weiter auszubauen. Auch wir teilen diesen Wunsch, ohne jede Vorbehalte, und möchten Ihnen vorschlagen, daß die beiden Parteien ihre fruchtbare Zusammenarbeit weiterentwickeln und in einen für beide Seiten bereichernden Austausch eintreten.

Herr Präsident, sehr geehrte Delegierte, meine Damen und Herren, das tunesische Volk sieht mit Anerkennung, Bewunderung und Sympathie die bemerkenswerten Anstrengungen, die die Bevölkerung der befreundeten Bundesrepublik Deutschland unablässig für den Ausbau einer gesunden Volkswirtschaft unternimmt. Ihre Erfahrung in der Wirtschafts- und Sozialentwicklung und die ausgezeichneten Ergebnisse, die Sie dabei erzielt haben, finden bei uns große Aufmerksamkeit und bilden für uns eine wichtige Quelle der Inspiration und der Belehrung. Auch wir sind dem gleichen Ziel einer Entwicklung in allen Lebensbereichen verpflichtet. Getreu der Überzeugungen, die Präsident Bourguiba mit entwickelt und bei vielen Gelegenheiten bekräftigt hat, hat sich das Tunesien von heute seit seiner Unabhängigkeit unablässig und irreversibel für die Würde des einzelnen Bürgers und seine politische, wirtschaftliche und soziale Emanzipation eingesetzt. Unsere Partei hat das historische Verdienst, die Unabhängigkeit begründet zu haben. Sie ist die wirkliche Volkspartei, die alle sozialen Schichten umfaßt und die lebendigen Kräfte der gesamten Nation kanalisiert. Sie bildet in dem vieldimensionalen Kampf für Fortschritt und Wohlstand die Vorhut. Sie liefert die Inspiration, und sie ist der Motor. Ihre absolut demokratische Orientierung und bewußte Offenheit für alle Kräfte macht sie zum wirklichen Garanten der nationalen Einheit. Ihre Grundregeln sind

die Konzertation und der Dialog. Im Politischen Büro, dem höchsten Parteigremium, sind die nationalen Massenorganisationen, die UGTT, U.T.I.C.A., U.N.F.T., vertreten. Deshalb kann unsere Partei heute stolz darauf sein, daß sie die hauptsächliche Kraft bei der Mobilisierung der ganzen Bevölkerung für die Errichtung einer Gesellschaft darstellt, die im Gleichgewicht ist und sich verantwortlich und solidarisch für eine vernünftige Wirtschaftsplanung, die Vollbeschäftigung und wirtschaftliches Wachstum einsetzt.

Die Erfolge, die wir bisher erzielt haben, entsprechen den Opfern, die wir auf uns genommen haben. Tunesien hat eine Regierung, die es sich frei gewählt hat, eine Regierung, die mehr als 60 Prozent des Staatshaushaltes für die Sozialpolitik, die Bildung und Erziehung, die Gesundheitspolitik und die Kulturpolitik ausgibt, die in ihrer Außenpolitik in voller Souveränität für Zusammenarbeit und Frieden wirbt und sich in der Innenpolitik, im Lande selbst, der Förderung des einzelnen Menschen und der Erneuerung der Gesellschaft widmet.

Herr Präsident, verehrte Delegierte, meine Damen und Herren, die internationalen Wirtschaftsbeziehungen erleben heute eine tiefgreifende Veränderung. Mehr als je zuvor ist es heute unerläßlich, die Weltwirtschaftsordnung auf eine realistische und gerechte Basis zu stellen. Wir glauben, daß nur Konzertierung und Zusammenarbeit geeignet sind, der Welt eine noch weitergehende Verschlechterung der Wirtschaftslage zu ersparen.

Unglücklicherweise gibt es noch immer Kräfte, die dem konstruktiven Dialog die Sprache der Waffen, der Zerstörung und der Besetzung anderer Gebiete durch Gewalt vorziehen. Die Spannung, die seit mehr als 30 Jahren im Nahen Osten anhält, stellt in unseren Augen einen offenen Angriff auf die Grundrechte der Völker und eine Herausforderung an das Weltgewissen dar. Leider steht Israel mit seinen wiederholten Angriffen auf die Staaten der Region und seiner Weigerung, das legitime Recht des palästinensischen Volkes zur freien Wahl seines Schicksals in einem eigenen Vaterland anzuerkennen, den Bemühungen entgegen, eine gerechte und dauerhafte Regelung für das Palästinenserproblem zu finden, dessen Verschleppung von Jahr zu Jahr schädlicher ist und die prinzipielle Ungerechtigkeit bloßlegt, deren Opfer ein ganzes Volks bleibt, dessen seit tausend Jahren bewohntes Territorium schändlich besetzt worden ist.

In gleicher Weise beeinflußt die bewaffnete Intervention der Sowjetunion in Afghanistan in gefährlicher Weise die internationalen Beziehungen und gefährdet den Frieden in der Welt.

In Afrika begrüßen wir den Sieg, den unsere Brüder von Zimbabwe errungen haben.

Wir grüßen auch diejenigen, die sich tapfer gegen rassische Diskriminierung zur Wehr setzen, die gegen die Apartheid und gegen den Kolonialismus in Eritrea, in Namibia und in Südafrika kämpfen. Unsere Partei wird ihre moralische und materielle Unterstützung für die Befreiungsbewegung in Afrika und im Mittleren Osten fortsetzen.

Diese Unterstützung ist ein Teil der Strategie Präsident Bourguibas, der sich seit mehr als 50 Jahren energisch bemüht, dem Freiheitswillen der Menschen Geltung zu verschaffen, ihren Willen, ihre Würde zu behaupten und Gerechtigkeit und Fortschritt zu verwirklichen.

Erlauben Sie mir, bevor ich diese Botschaft der Freundschaft abschließe, Ihnen noch einmal den Gruß unserer Partei zu übermitteln und ihre Bereitschaft, die Zusammenarbeit mit der befreundeten CDU zu vertiefen. Ich bin davon überzeugt, daß wir durch solche direkten

Kontakte ein noch besseres gegenseitiges Verständnis unserer Probleme im Interesse unserer beiden Völker erreichen können. Ich möchte Ihnen meine besten Erfolgswünsche für Ihren Kongreß und für das Wohlergehen des deutschen Volkes zum Ausdruck bringen.

N a m e n s v e r z e i c h n i s

Albrecht 96

Beckmann 122
Besser 138
Biedenkopf 56
Blüm 11o
Böhr 151
Brok 66, 139
Burkert 65

Decker 69
Dingerkuss 155
Dregger 116
Dübel 136

Echternach 131

Friedmann 64

Geißler 42

Heinzel 63
Huck 55
Hupka 83

Jäger 54
Jung 52

Kaczmarek 39
Katzer 76
Kieliszek 157
Kiep 7o
Kohl 7, 24, 189
Köhler 88
Kooli 231
Kroll-Schlüter 127
Kropp 137

Laurien 123, 154
Lorenz 9, 135

Meneste 1o2
Müller 1oo

Neumann 99

Piccoli 39
Pieroth 8o

Riesenhuber 128
Rumor 79

Scherer 126
Seiters 1o3
Späth 39, 1o3
Stercken 136
Stobbe 19
Stoltenberg 9o
Strauß 159

Thoben 96
von Thümen 86

Vogel, Bernhard 51, 12o, 158
Vogel, Friedrich 133

Waffenschmidt 73, 15o
von Weizsäcker 21, 147
Wellmann 134, 144
Wex 1o7
Wissmann 139
Wörner 73
von Wrangel 82, 119

Zeitel 83